



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

N° 18

2010

STATISTISCHE ANALYSEN



Statistik nutzen

Rheinland-Pfalz
Ein Ländervergleich in Zahlen

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 14-16

56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0

Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion:

Referat „Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“

Autoren:

Dr. Ludwig Böckmann, Romy Feldmann, Werner Kertels, Thomas Kirschey, Dr. Julia König, Dr. Stefan Weil

Erschienen im August 2010

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:

http://www.statistik.rlp.de/analysen/rlp-laendervergleich_2010.pdf

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Infolge der Globalisierung stehen heute ganze Wirtschaftsräume in einem internationalen Wettbewerb. Vergleichende Untersuchungen von Strukturen und Entwicklungen geben Aufschluss über die Position von Ländern und Regionen in diesem Wettbewerb und können so als Grundlage sowohl für politische als auch für unternehmerische Entscheidungen dienen. Das

Statistische Landesamt stellt mit der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ bereits zum dritten Mal für einen umfangreichen Merkmalskatalog die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer dar.

Gegenüber der Ausgabe 2008 wurden in diesem Ländervergleich alle Themengebiete überarbeitet und zusätzliche Merkmale aufgenommen. So wurde beispielsweise das Kapitel „Wohlstand“ erweitert, es heißt jetzt „Wohlstand und Soziales“. Neu sind dort Merkmale wie z. B. Elterngeld und Armutsgefährdungsquote. Der Indikator Einkommensstruktur ist gestrichen worden, weil die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 noch nicht vorliegen und die Daten für das Jahr 2003 bereits im letzten Ländervergleich veröffentlicht wurden. Im Kapitel „Umwelt“ wurden die Energieproduktivität und die CO₂-Emissionen als neue Indikatoren aufgenommen. Im neuen Kapitel „Wahlen“ werden die Wahlbeteiligungen bei den Bundestags-, Landtags- und Europawahlen verglichen.

Das Kapitel „Finanzen“ musste in diesem Ländervergleich leider deutlich gekürzt werden. Aufgrund der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik, die in den Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten ist, liegen derzeit für eine Reihe von Indikatoren nur eingeschränkt vergleichbare Daten vor. Im Kapitel „Tourismus“ musste der Indikator Bettenauslastung gestrichen werden, weil es Umstellungen bei der Erfassung der Bettenauslastung gab, die die Vergleichbarkeit dieses Indikators beeinträchtigen.

Den Kapiteln des Ländervergleichs ist eine Zusammenfassung vorangestellt. In dieser Zusammenfassung sind für jedes Merkmal die Platzierung für Rheinland-Pfalz sowie die Länder mit dem höchsten bzw. niedrigsten Merkmalswert aufgelistet. Dies ermöglicht nicht nur einen schnellen Überblick über die Platzierungen von Rheinland-Pfalz, sondern – durch die Angabe der Spannweite – auch eine Einordnung dieser Rangziffern.

Das Ranking ist grundsätzlich so aufgebaut, dass der höchste Wert den Rang 1 erhält. Nur in einigen Ausnahmefällen, in denen ein niedriger Wert eindeutig positiv zu beurteilen ist, wie beispielsweise bei der Arbeitslosenquote und der Zahl der Insolvenzen, wird von dieser grundsätzlichen Systematik abgewichen.

Der umfangreiche Tabellenanhang enthält die Werte aller ausgewählten Merkmale und zeigt zudem auch zeitliche Entwicklungen auf, wobei jeweils die aktuellsten verfügbaren Erhebungen herangezogen wurden. Als Bezugsjahr für Veränderungen wurde in diesem Ländervergleich das Jahr 2000 gewählt. Da nicht alle Statistiken jährlich erscheinen, ist in Ausnahmefällen ein anderes Vergleichsjahr gewählt worden.

Vorwort

Der Ländervergleich soll in unserem föderativen Gemeinwesen, das durch Zusammenarbeit und Solidarität, aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet ist, eine gewisse Orientierung bieten. Die ganze Vielfalt der Länder kann durch solche Vergleiche natürlich nicht abgebildet werden.

Bad Ems, im August 2010



(Jörg Berres)

Präsident des Statistischen Landesamtes

Vorwort	3
Zeichenerklärung, Datenquellen und sonstige Hinweise	10
Karte von Deutschland	11
Zusammenfassung	13
Bevölkerung	
Bevölkerung 2008	20
Bevölkerungsdichte 2008	22
Altersstruktur der Bevölkerung 2008	23
Jugendquotient 2008	24
Altenquotient 2008	24
Frauen im gebärfähigen Alter 2008	25
Zusammengefasste Geburtenziffer 2008	25
Ausländische Bevölkerung 2008	26
Geborenenüberschuss (+) bzw. Gestorbenenüberschuss (-)	27
Saldo der Wanderungen über die jeweilige Landesgrenze	28
Haushaltsgröße 2008	29
Wohlstand und Soziales	
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2008	30
Sparquote der privaten Haushalte 2008	31
Verbraucherinsolvenzen 2008	32
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) im Dezember 2009	33

Inhaltsverzeichnis

Betreuungsquote unter 3-Jähriger im März 2009	34
Betreuungsquote 3- bis 6-Jähriger im März 2009	35
Leistungsempfänger von Elterngeld 2009	36
Durchschnittliche Höhe des Elterngeldes 2009	37
Armutsgefährdungsquote 2008	38
Einkommensreichumsquote 2008	40

Gesundheit und Pflege

Niedergelassene Ärzte 2008	41
Niedergelassene Zahnärzte 2008	41
Aufgestellte Betten in allgemeinen Krankenhäusern 2008	42
Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2008	42
Pflegequote 2007	43
Pflegebedürftige 2007 nach Art der Versorgung	44

Wahlen

Wahlbeteiligung bei der letzten Landtagswahl	45
Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009	46
Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009	47

Bildung

Unterrichtsstunden an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2008/2009	48
Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an allen Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2008/2009	49
Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen nach Abschlussart 2008	50
Veränderung der Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen 2008 gegenüber 2000 nach Abschlussart	51
Studienanfängerquote 2008	52
Bildungsausländer im Wintersemester 2008/2009	53

Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen 2008	54
Wanderungssaldo der Studierenden im Wintersemester 2008/09	55

Verkehr

Straßendichte 2009	56
Pkw-Bestand 2009	56
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden 2009	57
Verkehrstote 2009	57

Wohnen

Durchschnittliche Wohnfläche 2008	58
Wohneigentumsquote 2008	59

Umwelt

Nutzung der Bodenfläche 2008	60
Wasserverbrauch privater Haushalte 2007 (einschließlich Kleingewerbe)	61
Energieproduktivität 2006.....	62
CO ₂ -Emissionen 2006	63
Umweltschutzinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2007	64

Wirtschaft

Bruttoinlandsprodukt 2009	65
Arbeitsproduktivität 2009	66
Bruttowertschöpfung 2009 nach Sektoren	67
Umsatz im verarbeitenden Gewerbe 2009	68
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe 2009	69
Umsatz im Bauhauptgewerbe 2009	70
Umsatz in den Dienstleistungsbereichen 2007	71

Inhaltsverzeichnis

Bruttoanlageinvestitionen 2007.....	72
Gewerbeanmeldungen 2009	73
Insolvenzen 2009	73
Gästeintensität im Tourismus (ohne Kleinbetriebe) 2009	74
Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus 2009.....	75

Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale

Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2007	76
FuE-Personal im Wirtschaftssektor 2007	77
Beschäftigte in den Hochtechnologiebranchen 2009.....	78
Beschäftigte in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen 2009	79
Beschäftigte mit Hochschulabschluss 2009	80
Patentdichte 2007–2009	81
Gründungsintensität 2005–2008	82

Arbeitsmarkt

Erwerbstätige am Arbeitsort 2009	83
Arbeitsplatzdichte 2009	84
Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe 2009	86
Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen 2009	88
Erwerbstätige 2009 nach Stellung im Beruf	90
Selbstständige 2009	91
Arbeitsvolumen 2009.....	92
Teilzeitbeschäftigte 2008	94
Frauenerwerbsquote 2008	96
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte 2009	97
Arbeitslosenquote 2009	98

Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen 2009	100
Berufsauspendler 2009	102
Berufseinpender 2009	103
Öffentliche Finanzen	
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände 2007	104
Kassenmäßige Steuereinnahmen 2007 nach Gebietskörperschaften	105
Kreditmarktschulden der Länder sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände 2008	106
Kreditmarktschulden der Länder 2008	107
Kreditmarktschulden der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände 2008	107
Personal der Länder sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände 2008	108
Länderfinanzausgleich 2008	109
Tabellenanhang	111
Glossar	155

Zeichenerklärung, Datenquellen und sonstige Hinweise

Zeichenerklärung	x	Nachweis nicht sinnvoll
	.	Zahl unbekannt oder geheim
	-	nichts vorhanden
	...	Zahl fällt später an

Datenquellen Bundesagentur für Arbeit, Deutsches Patent- und Markenamt, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wissenschaftsstatistik gGmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Sonstige Hinweise Um einen Vergleich zwischen den Ländern zu ermöglichen, wurden überwiegend Kennziffern berechnet. Sofern dazu die Bevölkerungszahlen herangezogen wurden, handelt es sich in der Regel um die Stichtagswerte zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

Die Rangfolge ist grundsätzlich so aufgebaut, dass der höchste Wert den Rang 1 erhält. Ausnahmen bilden Merkmale, bei denen ein hoher Wert als eindeutig negativ anzusehen ist. In diesen Bereichen wurde dem niedrigsten Wert der Rang 1 zugeordnet. Im Einzelnen sind dies: der Altenquotient, die Verbraucherinsolvenzen, die SGB II-Quote, die Armutsgefährdungsquoten, die Pflegequote, der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss, die durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen, die Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, die Verkehrskosten, der Wasserverbrauch, die CO₂-Emissionen, die Unternehmensinsolvenzen, die Arbeitslosenquoten, die Kreditmarktschulden und der Länderfinanzausgleich.

Im Allgemeinen wurden die Einzelangaben und Summen unabhängig voneinander auf die kleinste in der jeweiligen Grafik oder in der jeweiligen Tabelle zur Darstellung kommende Einheit auf- bzw. abgerundet. Dadurch kann die Summe der Einzelpositionen geringfügig von dem nachgewiesenen Gesamtergebnis abweichen.

Bei Merkmalen und Indikatoren, die im Zeitablauf größeren Schwankungen unterliegen, ergeben sich – je nach Wahl der Länge und des Ausgangsjahrs des Vergleichszeitraums – stark von einander abweichende Veränderungsdaten (unter Umständen mit Vorzeichenwechsel). Daher wurden in solchen Fällen Durchschnittswerte von Vergleichszeiträumen gebildet, um kurzfristige Schwankungen auszugleichen. Aus diesen Werten wurden Veränderungsdaten ermittelt.

Vor allem aus Platzgründen wurde in den Grafiken und Tabellen auf geschlechtsspezifische Bezeichnungen von Berufs- und Personengruppen verzichtet.





Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
Bevölkerung										
Bevölkerung	2008	Anzahl	7	4 028 351	NW	17 933 064	HB	661 866	20	117
Anteil der Bevölkerung der Länder an der Gesamtbevölkerung in Deutschland	2008	%	7	4,9	NW	21,9	HB	0,8	20	117
Veränderung der Bevölkerung	2008/ 2000	%	9	-0,2	HH	3,3	ST	-8,9	21	117
Bevölkerungsdichte	2008	Einwohner je km ²	9	203	BE	3 849	MV	72	22	117
Anteil der unter 20-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	2008	%	6	19,8	NI	20,5	ST	14,8	23	118
Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	2008	%	14	59,7	BE	64,8	SH	58,7	23	118
Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	2008	%	10	20,5	SN	24,1	BE HH	18,8	23	118
Jugendquotient (unter 20-Jährige bezogen auf 20- bis unter 65-Jährige)	2008	Quotient	5	33,1	NI	34,7	TH	24,1	24	119
Altenquotient (65-Jährige und Ältere bezogen auf 20- bis unter 65-Jährige)	2008	Quotient	7*	34,3	BE	29,0	SN	39,7	24	119
Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre) an allen Frauen	2008	%	8	36,7	HH	42,2	ST	33,2	25	119
Zusammengefasste Geburtenziffer (Frauen von 15 bis unter 45 Jahre)	2008	Ziffer	8	1 372	SN	1 436	HH	1 243	25	120
Anteil der ausländischen Bevölkerung an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	2008	%	9	7,2	HH	13,2	TH	1,5	26	120
Geborenenüberschuss (+) bzw. Gestorbenenüberschuss (-)	2000- 2008	je 10 000 Einwohner	9	-192	BW	20	ST	-456	27	120
	2008	je 10 000 Einwohner	8	-27	BE	0	SL	-52	27	120
Wanderungssaldo (über die Landesgrenze)	2000- 2008	je 10 000 Einwohner	8	185	HH	463	ST	-667	28	121
	2008	je 10 000 Einwohner	11	- 16	BE	45	ST	-78	28	121
Haushalte	2008	1 000	8	1 898	NW	8 590	HB	354	29	121
Anteil der Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten	2008	%	15	36,8	BE	53,4	BB	36,3	29	121
Anteil der Haushalte mit zwei Personen an allen Haushalten	2008	%	10	34,1	BB	37,7	BE	29,7	29	122
Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten	2008	%	2	29,1	BW	30,2	BE	16,9	29	122
Wohlstand und Soziales										
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2008	EUR je Einwohner	8	18 509	HH	23 455	MV	14 944	30	122
Sparquote der privaten Haushalte	2008	%	4	11,3	BW	12,9	HB	8,1	31	123
Verbraucherinsolvenzen	2009	je 10 000 Einwohner	4*	11,2	BY	8,3	HB	22,5	32	123
Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II- Quote)	2009	je 100 unter 65-Jährige	3*	7,6	BY	4,9	BE	21,3	33	123
* Niedrigster Wert = Rang 1.										

Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
noch: Wohlstand und Soziales										
Betreuungsquote unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung	2009	je 100 Kinder	8	17,5	ST	55,1	NW	11,5	34	124
Betreuungsquote 3- bis 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung	2009	je 100 Kinder	1	96,2	RP	96,2	HH	79,9	35	124
Leistungsempfänger von Elterngeld (Männer)	2009	%	13	16,1	BY	22,6	SL	12,7	36	124
Durchschnittliche Höhe des Elterngelds (Frauen)	2009	EUR	9	598	HH	692	HB ST	557	37	125
Durchschnittliche Höhe des Elterngelds (Männer)	2009	EUR	7	978	BW	1 116	MV	801	37	125
Armutsgefährdungsquote	2008	%	6*	14,5	BW	10,2	MV	24,0	38	125
der unter 18-Jährigen	2008	%	5*	18,2	BW	11,9	MV	34,5	39	126
der 65-Jährigen und Älteren	2008	%	16*	16,6	HH	7,2	RP	16,6	39	126
Einkommensreichumsquote	2008	%	6	8,4	HH	11,8	MV	2,3	40	126
Gesundheit und Pflege										
Niedergelassene Ärzte	2008	je 100 000 Einwohner	9	149	HH	206	ST	127	41	127
Niedergelassene Zahnärzte	2008	je 100 000 Einwohner	15	56	BE	91	SL	53	41	127
Aufgestellte Betten in allgemeinen Krankenhäusern	2008	je 100 000 Einwohner	9	561	HB	774	SH	463	42	127
Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen	2008	je 100 000 Einwohner	11	200	MV	631	HH	0	42	128
Anteil der Pflegebedürftigen ab 60 Jahren an der Bevölkerung ab 60 Jahren	2007	%	2*	8,8	BW	7,8	MV	10,9	43	128
Reine Pflegegeldempfänger	2007	%	2	51,6	HE	54,3	HH	36,6	44	128
Ambulante Pflege	2007	%	16	19,5	HH	29,5	RP	19,5	44	129
Stationäre Pflege	2007	%	12	28,9	SH	40,4	BB	25,1	44	129
Wahlen										
Wahlbeteiligung Landtagswahl	letzte	%	8	58,2	SH	73,6	ST	44,4	45	129
Wahlbeteiligung Bundestagswahl	2009	%	6	72,0	HE	73,8	ST	60,5	46	130
Wahlbeteiligung Europawahl	2009	%	2	55,6	SL	58,6	BB	29,9	47	130

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Ran	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
Bildung										
Unterrichtsstunden an allgemeinbildenden Schulen	SJ 08/09	Stunden je Schüler	12	1,50	TH	1,88	NW	1,43	48	130
Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an allen Schülerinnen und Schülern	SJ 08/09	%	9	6,6	BE	15,1	TH	1,5	49	131
Anteil der Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen	2008	%	8*	7,0	BW	5,5	ST	10,5	50	131
Anteil der Schulabgänge mit Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen	2008	%	5	25,5	SL	31,2	MV	8,7	50	131
Anteil der Schulabgänge mit qualifiziertem Sekundarabschluss I an allen Schulentlassungen	2008	%	8	39,0	NI	48,7	MV	27,3	50	132
Anteil der Schulabgänge mit Hochschulreife an allen Schulentlassungen	2008	%	11	28,5	MV	54,2	BY	22,1	50	132
Veränderung der Schulentlassungen mit Hochschulreife	2008/2000	Prozentpunkte	8	5,7	MV	30,4	NI	0,5	51	132
Veränderung der Schulentlassungen ohne Hauptschulabschluss	2008/2000	Prozentpunkte	8*	-2,6	TH	-5,8	BB	0,6	51	131
Studienanfängerquote	2008	%	6	41,7	HB	70,3	SH	28,7	52	132
Anteil der Bildungsausländer an allen Studierenden	WS 08/09	%	7	8,7	HB	13,2	MV	5,2	53	133
Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen	2008	Semester	12*	9,9	NI	9,0	HH	10,3	54	133
Wanderungssaldo der Studierenden	WS 08/09	Anzahl	5	8 646	BE	24 018	NI	-30 881	55	133
Verkehr										
Straßendichte	2009	m je km ² Fläche	1	929	RP	929	HH	266	56	134
PKW-Bestand	2009	je 1 000 Einwohner	2	543	SL	555	BE	319	56	134
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden	2009	je 10 000 Einwohner	9*	39	BW TH	33	HB	48	57	134
Verkehrstote	2009	je 100 000 Einwohner	10*	6	BE	1	MV	9	57	135
Wohnen										
Durchschnittliche Wohnfläche	2008	m ² je Wohnung	1	98,6	RP	98,6	SN	69,9	58	135
	2008	m ² je Einwohner	2	47,4	SL	48,4	HH	36,1	58	135
Wohnungseigentumsquote	2008	%	2	57,2	SL	59,5	BE	16,2	59	136

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
Umwelt										
Bodenfläche	2008	km ²	9	19 854	BY	70 550	HB	404	60	136
Anteil der Waldfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	2008	%	1	41,9	RP	41,9	HB	1,9	60	136
Anteil der Landwirtschaftsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	2008	%	13	42,0	SH	70,0	BE	4,6	60	137
Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	2008	%	7	14,2	BE	69,9	MV	7,7	60	137
Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) pro Tag	2007	Liter je Einwohner	9*	118	SN	85	NW	135	61	137
Energieproduktivität	2006	1991=100	16	103,3	TH	224,0	RP	103,3	62	138
CO ₂ -Emissionen	2006	Tonnen je Einwohner	6*	6,7	TH	4,9	BB	22,8	63	138
Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden	2007	%	2	6,0	BB	10,0	BE	0,3	64	138
Wirtschaft										
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	2009	Mill. EUR	6	102 526	NW	521 746	HB	26 753	–	139
Veränderung	2009/ 2000	%	15	1,6	SN	11,2	BE	1,3	65	139
Veränderung	2009/ 2008	%	12	-5,0	BE	-0,7	SL	-7,9	65	139
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen (Arbeitsproduktivität)	2009	EUR	10	55 284	HH	76 235	SN	47 898	66	139
Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an der Bruttowertschöpfung	2009	%	5	1,5	MV	2,4	BE	0,1	67	140
Anteil des produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung	2009	%	5	28,8	BW	34,2	HH	16,2	67	140
Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung (BWS)	2009	%	12	69,7	HH	83,6	BW	65,1	67	140
Anteil von „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ an der BWS	2009	%	10	17,2	HB	26,6	TH	14,5	67	141
Anteil von „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ an der BWS	2009	%	14	26,1	HE	38,8	ST	21,6	67	141
Anteil von „Öffentlichen und privaten Dienstleistern“ an der BWS	2009	%	8	26,4	MV	33,4	HE	19,8	67	141
Umsatz im verarbeitenden Gewerbe	2009	EUR je Beschäftigten	7	242 012	HH	645 823	TH	163 479	68	142
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe	2009	%	6	46,6	BY	48,8	BB	22,8	69	142
Umsatz im Bauhauptgewerbe	2009	EUR je Beschäftigten	5	118 721	HH	203 692	MV	95 556	70	142
Umsatz in den Dienstleistungsbereichen (bereinigt)	2007	EUR je Beschäftigten	11	87 120	HH	221 809	ST	57 903	71	143
Bruttoanlageinvestitionen	2007	%	7	19,5	HH	27,7	HB	14,1	72	143
Gewerbeanmeldungen	2009	je 10 000 Einwohner	6	105	BE	131	ST	72	73	143
Insolvenzen	2009	je 10 000 Unternehmen	6*	88	BW	65	NW	163	73	144

* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
noch: Wirtschaft										
Gästeintensität im Tourismus (ohne Kleinbetriebe)	2009	je 100 Einwohner	6	185	MV	417	SL	69	74	144
Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus	2009	Tage	8	2,7	SH	4,2	HB	1,8	75	144
Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale										
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (Anteil am Bruttoinlandsprodukt)	2007	%	9	1,9	BW	4,4	SL ST	1,1	76	145
FuE-Personal im Wirtschaftssektor (Vollzeitäquivalente)	2007	je 1 000 Erwerbstätige	5	7,9	BW	18,9	MV	2,1	77	145
Anteil der Beschäftigten in den Hochtech- nologiebranchen an allen Beschäftigten	2009	%	4	14,8	BW	22,4	MV	4,9	78	145
Anteil der Beschäftigten in den wissens- intensiven Dienstleistungsbranchen an allen Beschäftigten	2009	%	13	36,5	BE	50,1	BW	35,0	79	146
Anteil der Beschäftigten mit Hochschul- abschluss an allen Beschäftigten	2009	%	15	7,8	BE	14,4	SH	6,6	80	146
Patentdichte	2007– 2009	Durchschnitt je 100 000 Einwohner	7	31	BW	137	MV	11	81	146
Gründungsintensität	2005– 2008	Durchschnitt je 10 000 Erwerbsfähige	5	47	HH	61	SL SN	35	82	147
Arbeitsmarkt										
Erwerbstätige am Arbeitsort	2009	1 000	7	1 855	NW	8 673	HB	391	–	147
Veränderung	2009/ 2000	%	3	5,1	HH	7,9	ST	-4,6	83	147
Arbeitsplatzdichte	2009	Erwerbstätige je 1 000 Einwohner	11	461	HH	633	BB	420	84	147
Veränderung	2009/ 2000	Erwerbstätige je 1 000 Einwohner	3	23	ST	25	SH	4	85	147
Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen	2009	%	6	25,5	BW	31,9	BE	13,0	86	148
Veränderung	2009/ 2000	Prozentpunkte	10	-3,9	TH	-2,3	BE	-5,1	87	148
Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen Erwerbstätigen	2009	%	11	71,7	BE	86,7	BW	66,3	88	148
Veränderung	2009/ 2000	Prozentpunkte	8	4,1	MV	5,6	TH	2,9	89	148
Anteil der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen	2009	%	12	88,5	HB	93,3	BE	85,9	90	148
Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen	2009	%	5	11,5	BE	14,1	HB	6,7	90	149
Veränderung	2009/ 2000	Prozentpunkte	10	0,7	BE	3,4	HB SL	0,2	91	149

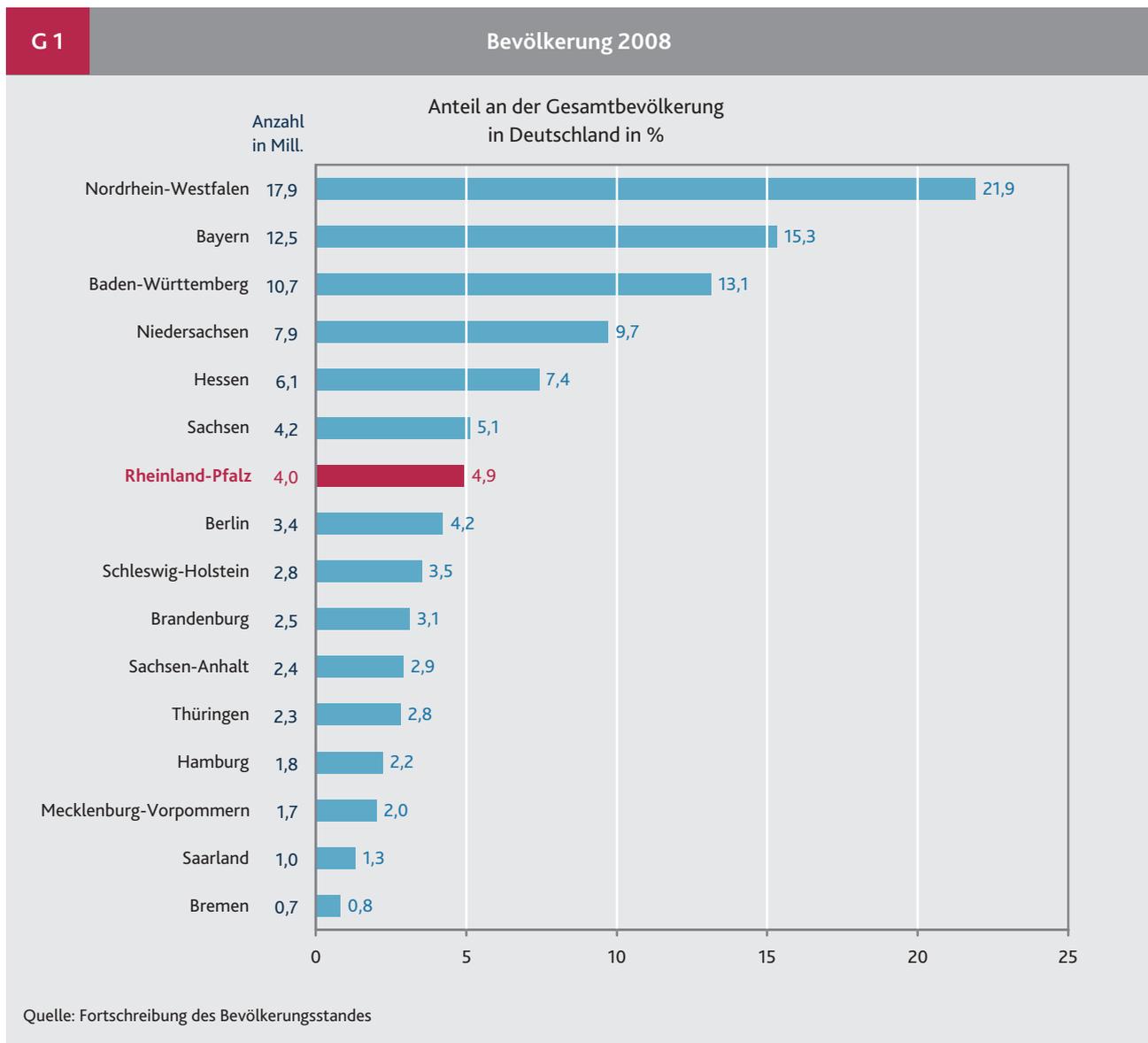
* Niedrigster Wert = Rang 1.

Ein Ländervergleich in Zahlen – Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Ran	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
noch: Arbeitsmarkt										
Arbeitsvolumen	2009	Stunden je Erwerbstätigen	13	1 365	BB	1 451	HB	1 359	92	149
Veränderung	2009/2000	%	9	-5,3	HH	-4,0	ST	-8,9	93	149
Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Erwerbstätigen	2008	%	5	27,8	HB	30,9	TH	20,6	94	149
Veränderung	2008/2000	Prozentpunkte	8	6,5	MV	12,4	HH	3,8	95	149
Frauenerwerbsquote	2008	%	11	68,7	MV	76,6	SL	64,6	96	150
Veränderung	2008/2000	Prozentpunkte	3	7,7	NW	8,1	TH	3,8	96	150
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	2009	je 1 000 Einwohner	6	63,6	HB	73,2	ST	38,2	97	150
Veränderung	2009/2000	%	8	22,5	ST	49,2	BW	12,7	97	150
Arbeitslosenquote	2009	%	3*	6,1	BY	4,8	BE	14,1	98	150
Veränderung	2009/2000	Prozentpunkte	9*	-1,2	ST	-6,6	BW HH NW	-0,3	99	150
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-jährigen	2009	%	3*	6,6	BY BW	4,6	BE	15,3	100	151
Veränderung	2009/2000	Prozentpunkte	12*	-1,2	ST	-5,5	BW	-0,1	101	151
Berufsauspendler	2009	je 1 000 Einwohner	3	66	BB	99	NW	13	102	151
Berufseinpender	2009	je 1 000 Einwohner	8	33	HB	183	MV	14	103	151
Öffentliche Finanzen										
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände	2007	EUR je Einwohner	14	3 132	BE	4 804	NI	3 036	104	152
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder	2007	EUR je Einwohner	11	2 390	BE	3 967	NI	2 291	105	152
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	2007	EUR je Einwohner	10	742	HH	1 621	MV	396	105	152
Kreditmarktschulden der Länder sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände	2008	EUR je Einwohner	8*	7 576	BY	2 861	HB	23 085	106	153
Kreditmarktschulden der Länder	2008	EUR je Einwohner	8*	6 369	BY	1 767	HB	23 085	107	153
Kreditmarktschulden der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände	2008	EUR je Einwohner	10*	1 208	BW	561	HE	1 310	107	153
Personal der Länder sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände	2008	Vollzeitäquivalente je 1 000 Einwohner	10	33	ST	40	SH	29	108	154
Länderfinanzausgleich	2008	Mill. EUR	9*	377	BY	- 2 938	BE	3 154	109	154

* Niedrigster Wert = Rang 1.



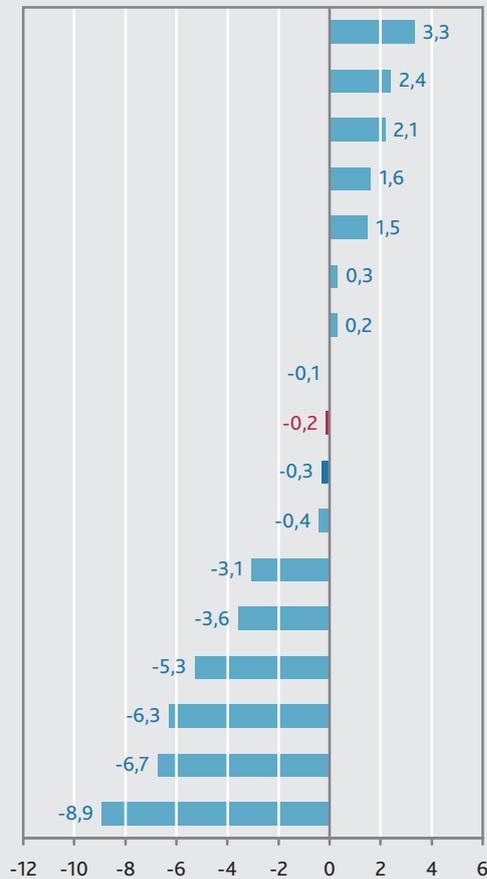


Fast fünf Prozent der Bevölkerung von Deutschland leben in Rheinland-Pfalz

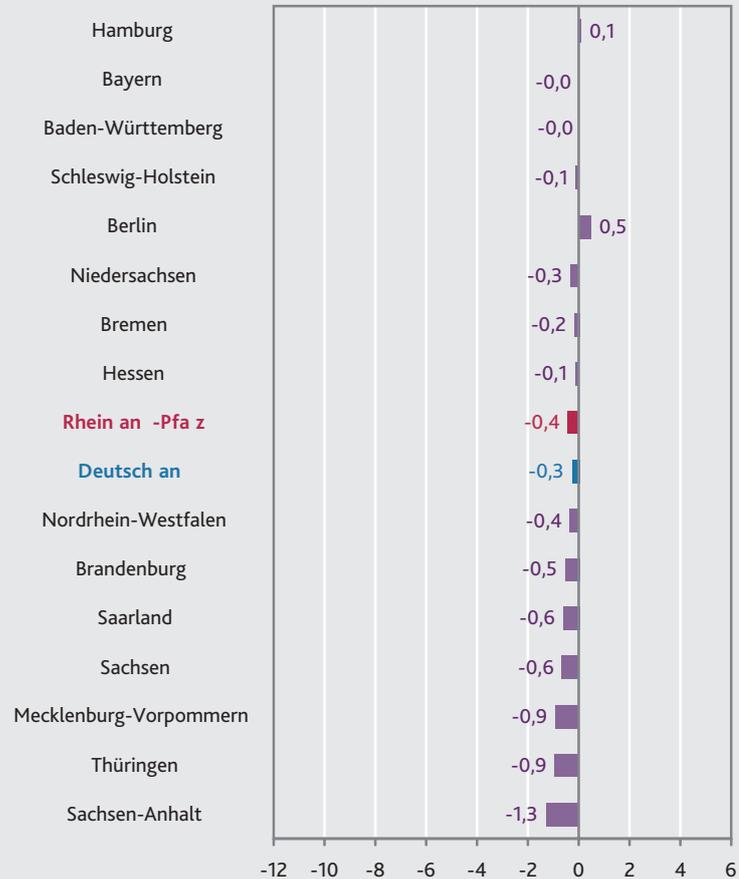
Ende 2008 wohnten in Rheinland-Pfalz 4 028 351 Menschen und damit fast fünf Prozent der 82 002 356 Einwohner Deutschlands. In einer Rangliste der Bevölkerungstärke steht das Land auf Platz sieben, knapp hinter dem Freistaat Sachsen und vor der Bundeshauptstadt Berlin. Den größten Anteil an der Bevölkerung in Deutschland hat Nordrhein-Westfalen; etwa jede bzw. jeder Fünfte lebt dort. Am geringsten ist der Bevölkerungsanteil von Bremen. Nur knapp ein Prozent der Einwohner Deutschlands lebt in diesem Stadtstaat. Das kleinste Flächenland mit 1,3 Prozent Bevölkerungsanteil ist das Saarland.

Den bisherigen Höchststand erreichte die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 mit 4 061 105. Seit 2005 schrumpft die Bevölkerung. Die Ursachen hierfür liegen sowohl in der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung als auch in der Wanderungsbilanz. Das Geburtendefizit, das es seit Anfang der 70er-Jahre gibt, war 2008 mit einem Minus von 10 709 Personen so hoch wie noch nie seit Bestehen des Landes. Zugleich wurde erstmals seit 22 Jahren auch ein Wanderungsverlust ausgewiesen: Insgesamt

Veränderung gegenüber 2000
in %



Veränderung gegenüber 2007
in %

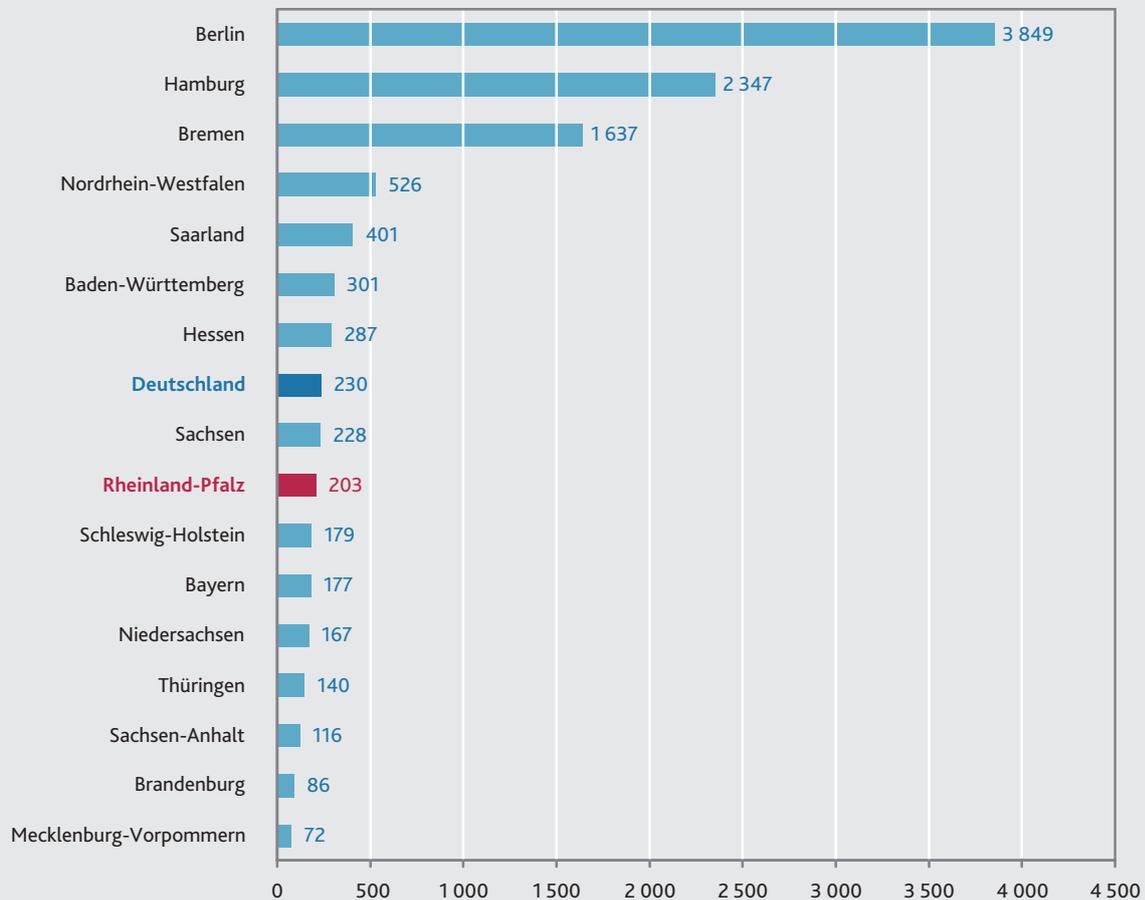


Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

zogen 6 645 Menschen weniger nach Rheinland-Pfalz als das Land verließen. Am günstigsten verlief die Entwicklung in Hamburg. Seit dem Jahr 2000 ist dort die Bevölkerungszahl um 3,3 Prozent gestiegen. Den stärksten Bevölkerungsverlust musste Sachsen-Anhalt mit einem Minus von fast neun Prozent verkraften.

Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wohnen überwiegend in kleineren Städten und Gemeinden. Fast 60 Prozent der Bevölkerung lebt in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. Die kleinste Gemeinde Dierfeld im Landkreis Bernkastel-Wittlich hat sogar nur acht Bewohner. Lediglich 46 der 2 306 Gemeinden des Landes haben mehr als 10 000 Einwohner. Mit Mainz, Ludwigshafen, Koblenz und Trier gibt es nur vier Großstädte mit über 100 000 Einwohnern. Von diesen hat die Landeshauptstadt Mainz mit gut 197 600 die meisten Bewohner.

Einwohner je Quadratkilometer¹



¹ Bodenfläche des jeweiligen Gebietes am 31.12.2008.
 Quellen: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Flächenerhebung

Rheinland-Pfalz ist relativ dünn besiedelt

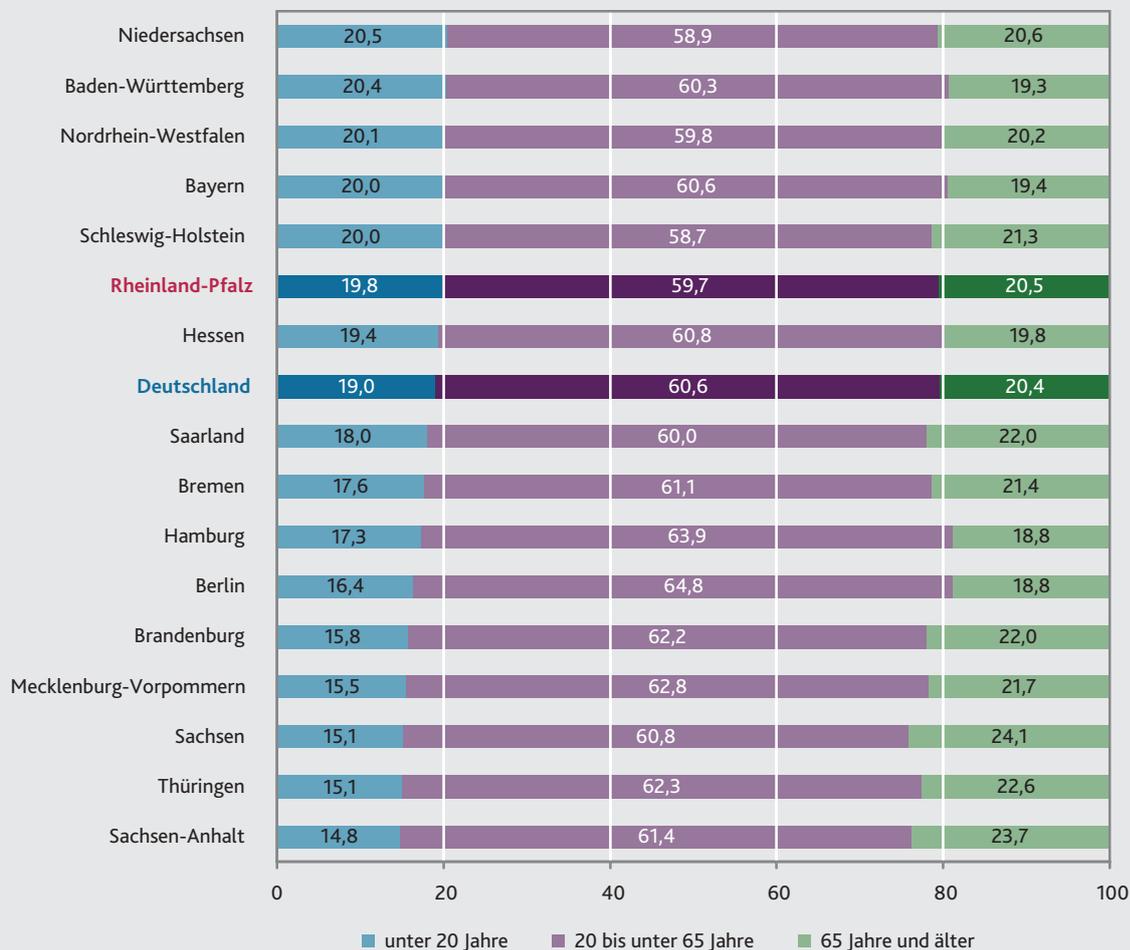
Die Bevölkerungsdichte in Rheinland-Pfalz liegt mit 203 Einwohnern je Quadratkilometer unter dem Bundesdurchschnitt von 230 Einwohnern je Quadratkilometer. Im Vergleich der Bundesländer nimmt das Land den neunten Rang ein. Am dichtesten sind die Stadtstaaten besiedelt. Dabei hat Berlin mit rund 3 850 Einwohnern je Quadratkilometer mit weitem Abstand die Spitzenposition inne. Über die größten Freiräume verfügen die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Dort kommen auf einen Quadratkilometer lediglich 72 Einwohner.

Die rheinland-pfälzische Bevölkerung konzentriert sich in den Städten und Gemeinden im östlichen Teil des Landes vor allem entlang der „Rhein-Schiene“. Hier liegen einige wirtschaftliche Schwerpunkte des Landes und an der Landesgrenze die Metropolregionen Köln-Bonn, Rhein-Main und Rhein-Neckar. Dagegen sind die ländlichen Räume Hunsrück und Eifel sowie die Westpfalz an den Grenzen zum Saarland und zu Frankreich relativ dünn besiedelt.

G 4

Altersstruktur der Bevölkerung 2008

Anteile in %



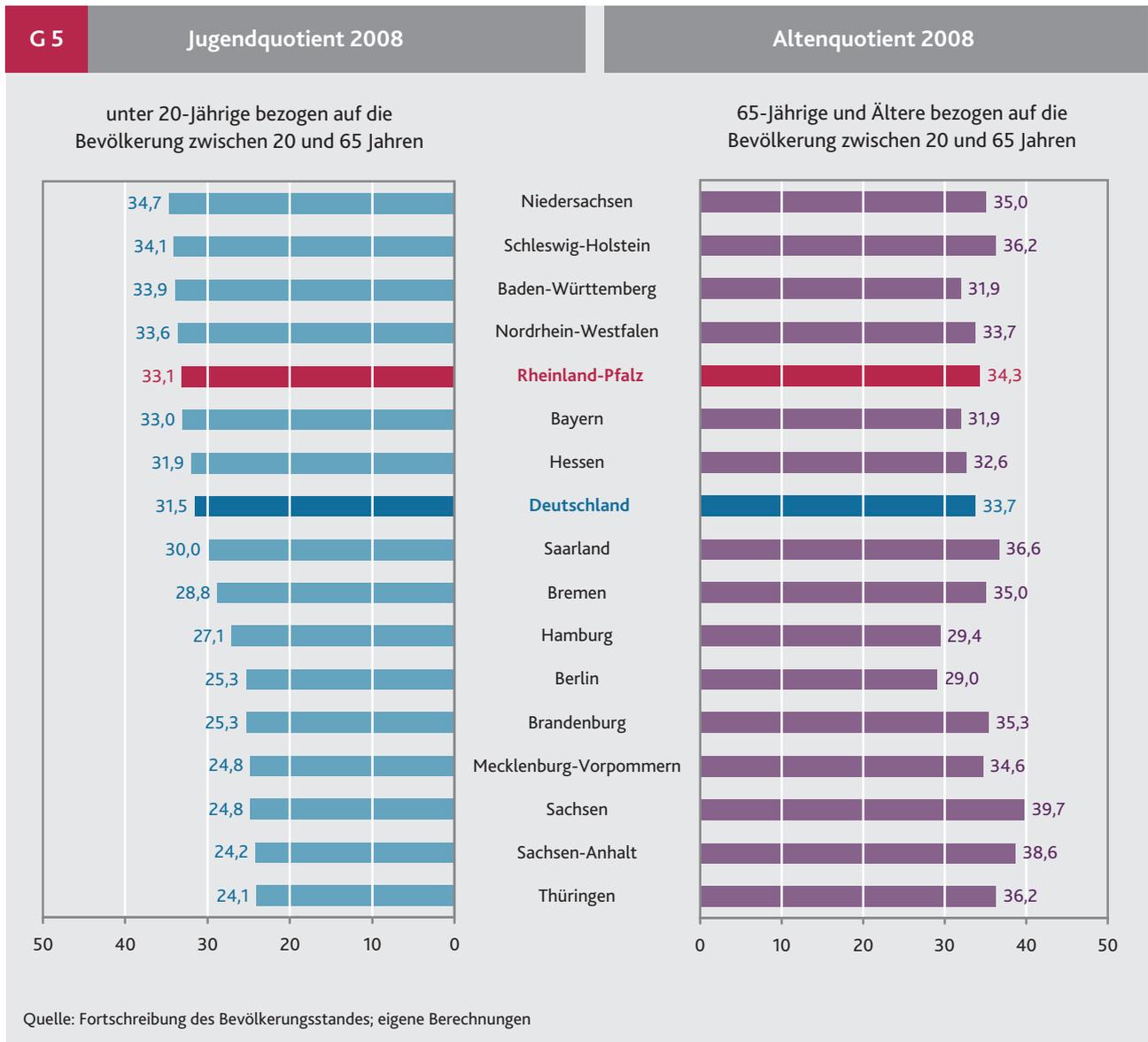
Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Immer mehr ältere Menschen leben in Rheinland-Pfalz

Die demografische Alterung der Gesellschaft schreitet voran: In Rheinland-Pfalz sind nur noch knapp 20 Prozent der Menschen jünger als 20 Jahre. Somit wird Rang sechs im Ländervergleich erreicht. Gegenüber 2000 ist der Anteil der jungen Menschen um zwei Prozentpunkte gesunken. Besonders niedrig sind die Anteile der jungen Bevölkerungsgruppe mit Werten zwischen 15 und 16 Prozent in den neuen Ländern.

Im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren sind lediglich knapp 60 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Nur in Niedersachsen und Schleswig-Holstein ist der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter noch geringer. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 60,6 Prozent.

Rund 21 Prozent der Bevölkerung sind älter als 65 Jahre und damit faktisch im Ruhestandsalter. Seit 2000 hat der Anteil der Menschen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, um rund drei Prozentpunkte zugenommen.



Jugendquotient sinkt, Altenquotient steigt weiter

Jugend- und Altenquotient vermitteln einen Eindruck von den Belastungen der erwerbsfähigen Bevölkerung durch Transfers aus dem volkswirtschaftlichen Einkommen an die jüngeren und älteren Menschen. Die Jüngeren sind in der Regel noch nicht erwerbstätig, die Älteren nicht mehr.

In Rheinland-Pfalz kommen derzeit auf 100 Menschen zwischen 20 und 65 Jahren 33 jüngere unter 20 Jahren. Das ist Rang fünf im Ländervergleich. Gegenüber dem Jahr 2000 ist der Jugendquotient um fast drei Punkte gesunken. Dagegen ist der Altenquotient in den vergangenen Jahren in Rheinland-Pfalz nachhaltig gestiegen: Zwischen den Jahren 2000 und 2008 erhöhte er sich von knapp 29 auf über 34. Hier wird der demografische Wandel sichtbar, der durch den starken Geburtenrückgang Anfang der 70er-Jahre in Gang gesetzt wurde und nach den Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes auch in Zukunft weiter voranschreiten wird.

G 6 Frauen im gebärfähigen Alter 2008

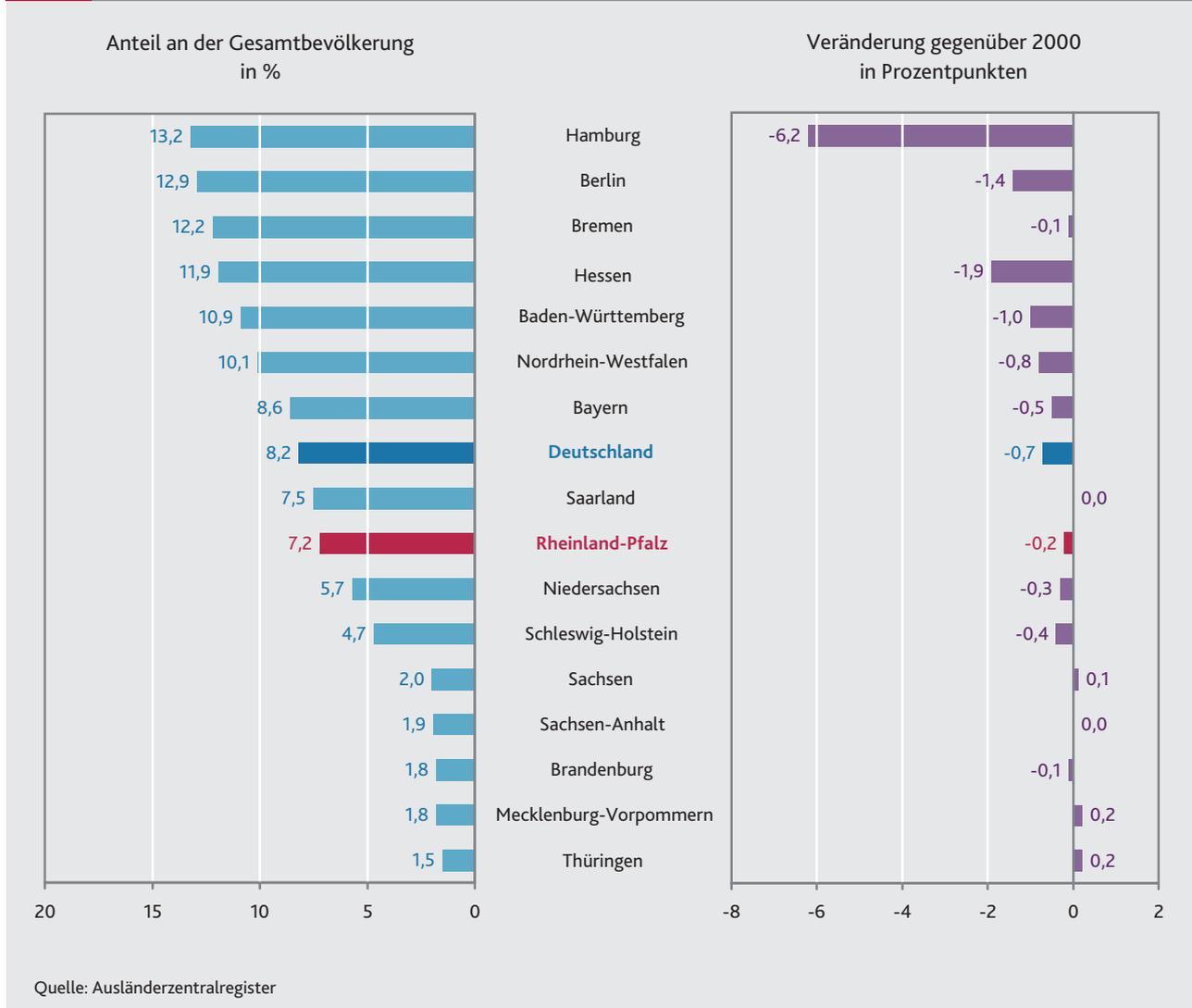
Zusammengefasste Geburtenziffer 2008



Geburtenrate weit unter dem Bestandserhaltungsniveau

Nur noch rund 37 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen sind im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren; das ist der achte Rang im Vergleich der Bundesländer. Dies erklärt auch die vergleichsweise wenigen Geburten. Im Jahr 2008 erblickten in Rheinland-Pfalz 32 223 Kinder das Licht der Welt. Das ist die zweitniedrigste Zahl seit der Gründung des Landes.

Die Geburtenrate, d. h. die Zahl der Kinder, die eine Frau in ihrem Leben im Durchschnitt zur Welt bringt, liegt in allen Ländern weit unter dem sogenannten Bestandserhaltungsniveau von 2 100 Kindern je 1 000 Frauen. Rheinland-Pfalz belegt 2008 mit 1 372 Kindern je 1 000 Frauen Rang acht im Bundesvergleich. Im Jahr 2000 wurde mit 1 440 Kindern je 1 000 Frauen noch der zweite Rang erreicht. Eine Geburtenrate in dieser Größenordnung bedeutet, dass sich jede Elterngeneration nur zu etwa zwei Dritteln reproduziert.



Ein Viertel der Ausländerinnen und Ausländer hat türkische Staatsangehörigkeit

Ende 2008 lebten in Rheinland-Pfalz 290 037 Bürgerinnen und Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 7,2 Prozent und lag damit unter dem Bundesdurchschnitt (8,2 Prozent). Eine Ursache für den relativ geringen Ausländeranteil hierzulande mag die eher ländliche Siedlungsstruktur und die geringe Zahl an Großstädten sein. Tendenziell besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Ausländeranteil. Die Stadtstaaten Hamburg und Berlin verzeichnen mit jeweils 13 Prozent die höchsten Anteilswerte. In Thüringen leben mit 1,5 Prozent relativ die wenigsten Ausländerinnen und Ausländer.

Die mit Abstand meisten Ausländerinnen und Ausländer, die in Rheinland-Pfalz leben, sind türkische Staatsbürger. Ein Viertel der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit kommt aus der Türkei (67 730). Bei den Ausländerinnen und Ausländern aus EU-Staaten liegen die Italienerinnen und Italiener (26 600) sowie die Polinnen und Polen (21 300) hinsichtlich des Bevölkerungsanteils auf den ersten Plätzen.

G 8

Geborenenüberschuss (+) bzw. Gestorbenenüberschuss (-)

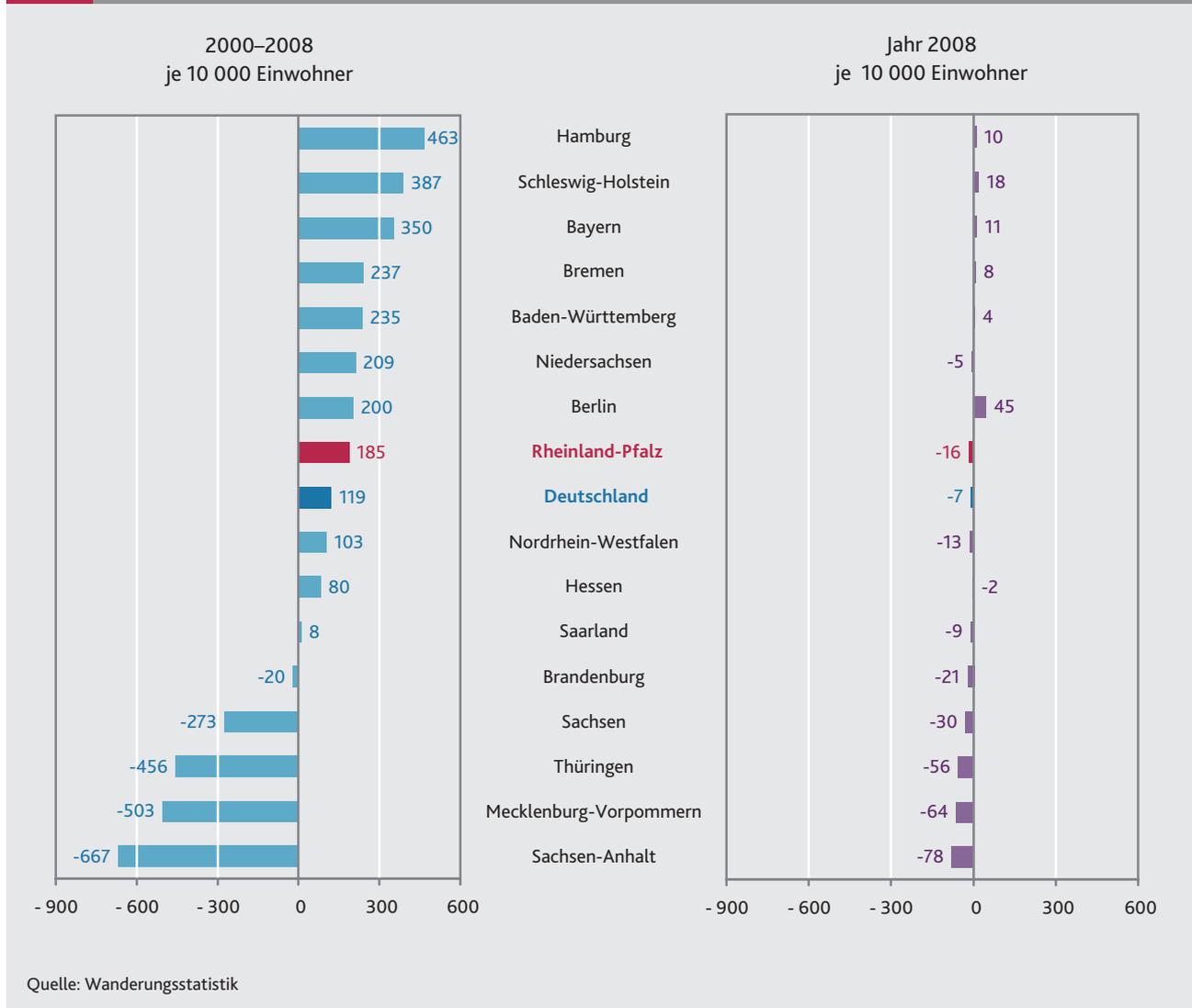


Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Zahl der Sterbefälle übersteigt Zahl der Geburten

Seit 1972 sterben in Rheinland-Pfalz jedes Jahr mehr Menschen als geboren werden. Dieses Minus in der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung wird seit einigen Jahren stetig größer. Im Jahr 2008 standen in Rheinland-Pfalz 42 932 Sterbefälle nur noch 32 223 Geburten gegenüber. Auf 10 000 Einwohner gerechnet lag die Zahl der Geborenen um 27 unter der Zahl der Gestorbenen. Im Jahr 2000 lag das Geburtendefizit je 10 000 Einwohner erst bei elf Personen.

Über den gesamten Zeitraum 2000 bis 2008 starben auf 10 000 Einwohner bezogen 192 Menschen mehr als geboren wurden. Das bedeutet Platz neun im Vergleich der Bundesländer. Von allen Ländern kann in der langfristigen Betrachtung seit 2000 nur Baden-Württemberg eine positive natürliche Bilanz vorweisen. Dort wurden je 10 000 Einwohner 20 Menschen mehr geboren als starben. In allen anderen Ländern verursachte die natürliche Bevölkerungsbewegung Bevölkerungsverluste. Am größten waren diese in Sachsen-Anhalt mit einem Minus von fast 460 Personen je 10 000 Einwohnern.



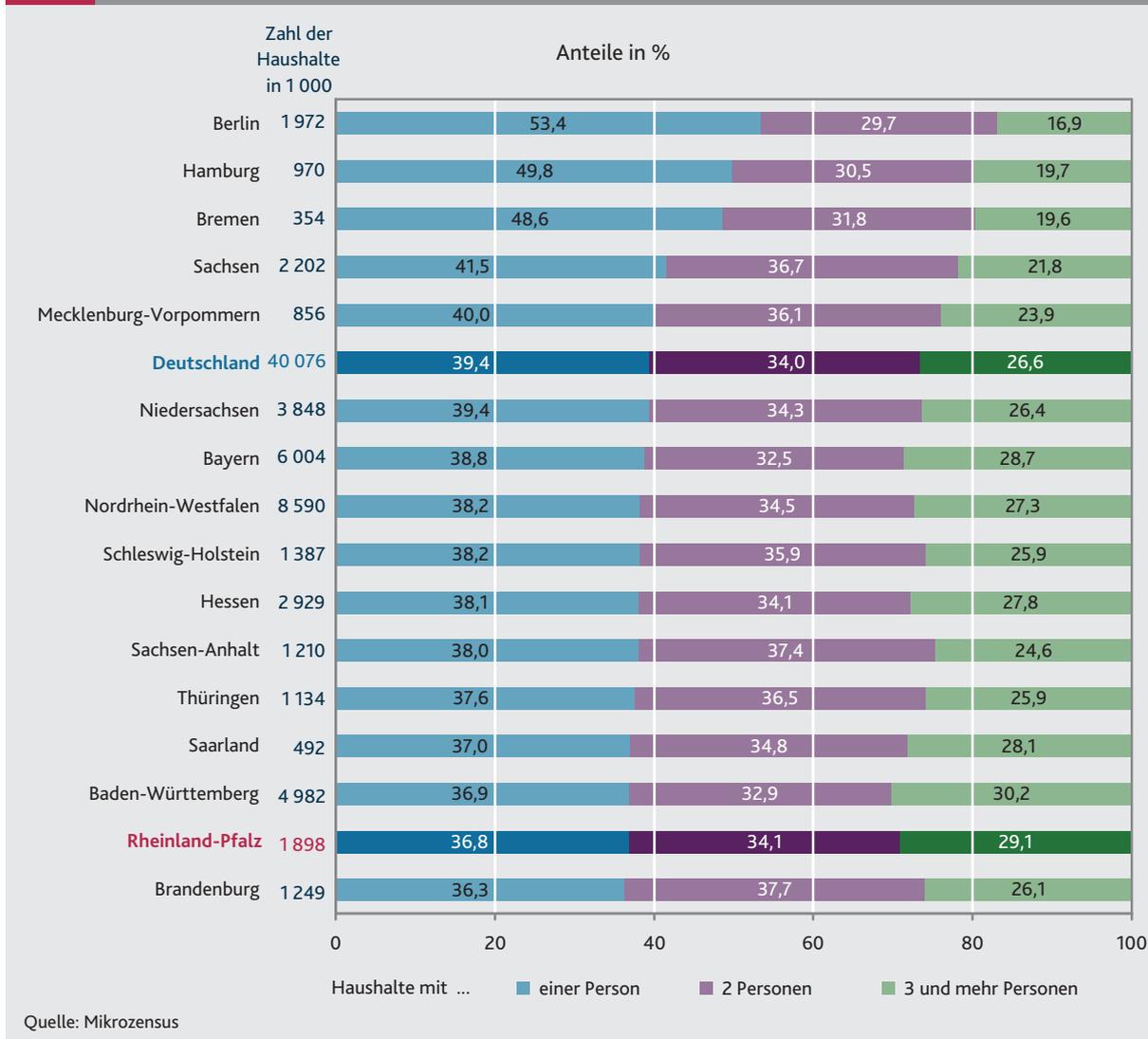
Erstmals seit 22 Jahren Wanderungsdefizit

Im Jahr 2008 zogen 95 561 Menschen über die Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz, den umgekehrten Weg wählten 102 206 Personen. Damit war die Wanderungsbilanz erstmals seit 22 Jahren wieder im Defizit. Bezogen auf 10 000 Einwohner verließen 16 Personen mehr das Land als zuzogen. Zusammen mit dem Geburtendefizit ergibt sich eine sinkende Bevölkerungszahl. Seit dem Jahr 2000 kamen bezogen auf 10 000 Einwohner 150 Personen mehr nach Rheinland-Pfalz als wegzogen. Das ist Platz fünf unter den Ländern.

Die stärksten Wanderungsverflechtungen gibt es zwischen Rheinland-Pfalz und seinen unmittelbaren Nachbarländern. Im Jahr 2008 zogen fast 16 500 Menschen aus Nordrhein-Westfalen nach Rheinland-Pfalz, gut 17 400 zogen dorthin. Starke Wanderungsverflechtungen gab es aber auch mit den Nachbarländern Hessen und Baden-Württemberg. Steigende Fortzugszahlen sind insbesondere auch ins Ausland zu registrieren. Gegenüber dem Jahr 2000 stieg die Zahl der Fortzüge ins Ausland um 32 Prozent. Zeitgleich sank die Zahl der Zuzüge aus dem Ausland um fast vier Prozent.

G 10

Haushaltsgröße 2008

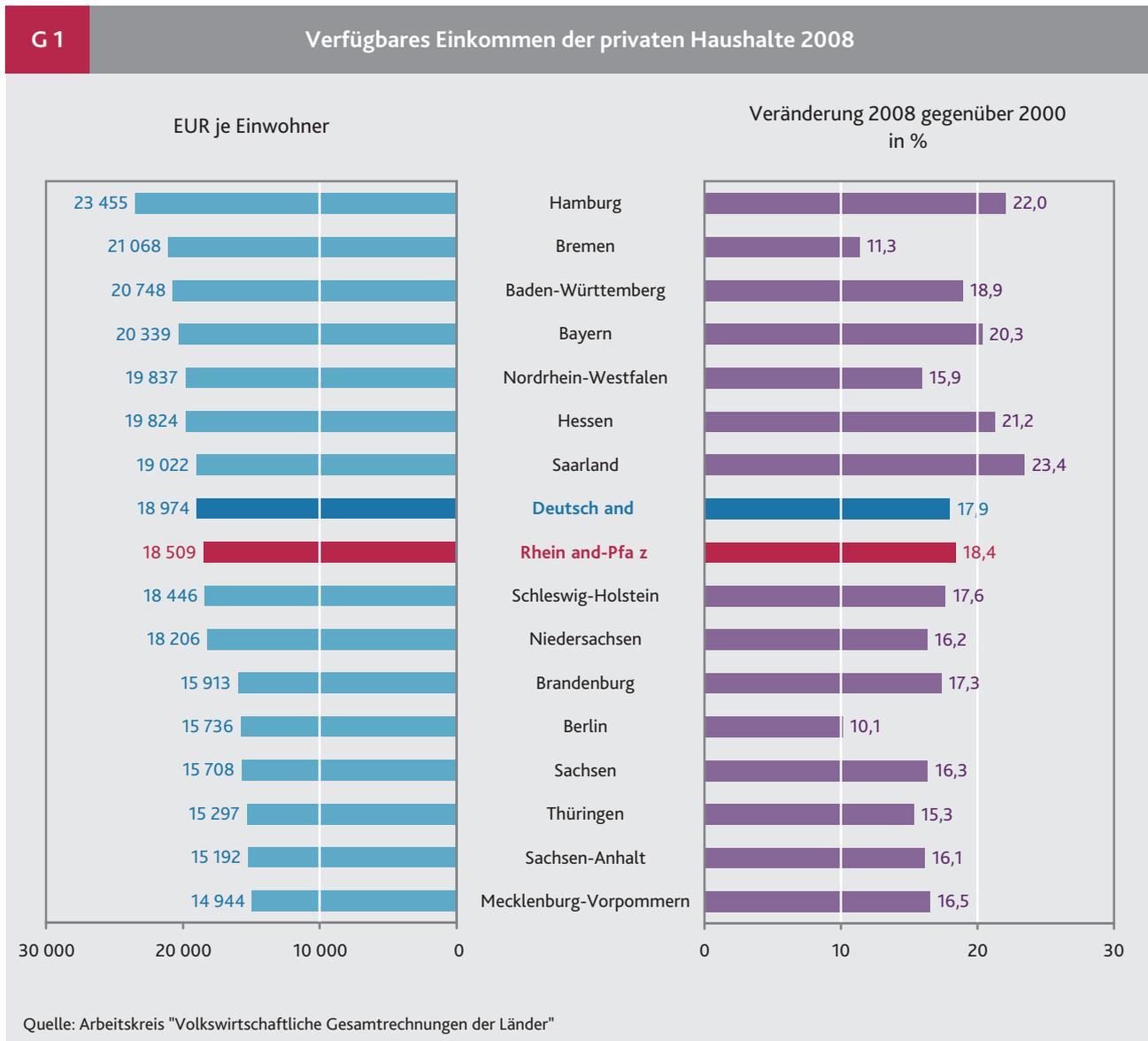


Menschen in Rheinland-Pfalz leben besonders häufig in großen Haushalten

Die Zahl der Haushalte ist in Rheinland-Pfalz seit dem Jahr 2000 um rund sechs Prozent auf nunmehr 1,9 Millionen gewachsen. Für diesen Anstieg sind die kleineren Haushalte mit einer oder zwei Personen verantwortlich (+13 bzw. +5 Prozent). Dagegen sank die Zahl der großen Haushalte (-8 Prozent).

In 37 Prozent der Haushalte lebte im Jahr 2008 eine Person allein, in 34 Prozent wohnten zwei Personen zusammen. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen lag bei 29 Prozent. Nur in Baden-Württemberg war der Anteil der großen Haushalte noch höher.

Im Schnitt sind die Haushalte in Baden-Württemberg mit 2,2 Personen je Haushalt am größten. Rheinland-Pfalz und Bayern folgen mit einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,1 Personen je Haushalt. In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg ist die durchschnittliche Haushaltsgröße besonders niedrig: Dort wohnt bereits in jedem zweiten Haushalt eine Person allein.



Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 18 500 Euro

Im Jahr 2008 betrug das verfügbare Einkommen je Rheinland-Pfälerin bzw. Rheinland-Pfälzer 18 509 Euro. Dieser Betrag stand den Menschen – nach Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen und unter Berücksichtigung der empfangenen laufenden Transfers wie Renten, Pensionen und Sozialleistungen – für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Im Ländervergleich ist das Rang acht. Das mit Abstand höchste Pro-Kopf-Einkommen wurde in Hamburg erreicht (23 455 Euro). Das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen erzielten die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit 14 944 Euro.

Seit dem Jahr 2000 ist das Pro-Kopf-Einkommen in Rheinland-Pfalz um knapp 2 900 Euro bzw. 18 Prozent gestiegen. Die reale Kaufkraft hat jedoch nicht so stark zugenommen, da es sich bei diesen Werten um nominale – also nicht preisbereinigte – Veränderungen handelt und der Verbraucherpreisindex im gleichen Zeitraum auch um rund 15 Prozent zulegte.

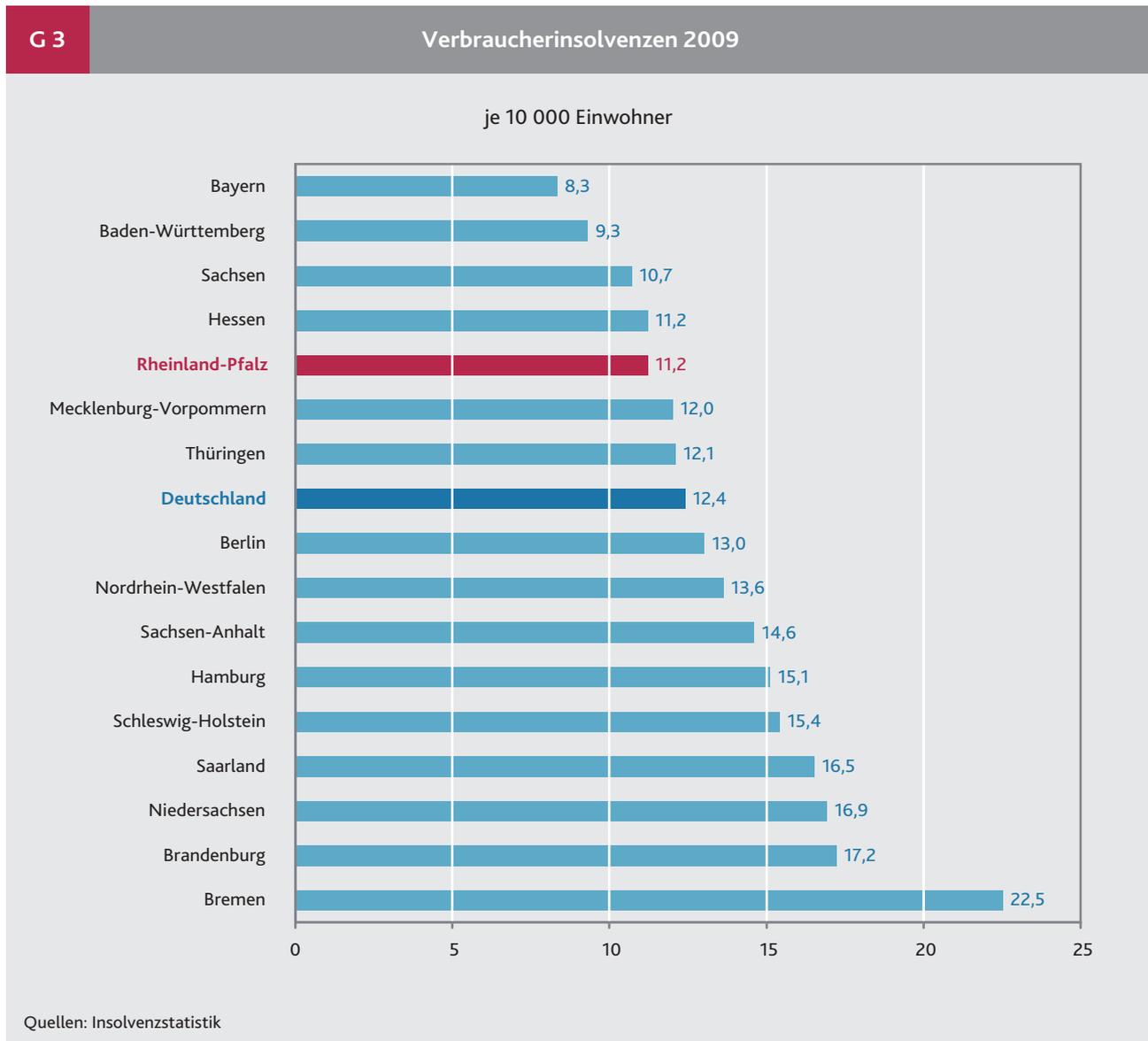


Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Jeder neunte Euro wird gespart

Die Sparquote ergibt sich aus der Relation der Ersparnis zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Mit einer Sparquote von elf Prozent im Jahr 2008 erreicht Rheinland-Pfalz zusammen mit Schleswig-Holstein den vierten Rang aller Bundesländer. Die fleißigsten Sparerinnen und Sparer leben in Baden-Württemberg (13 Prozent), gefolgt von den Hessen und Bayern mit jeweils gut zwölf Prozent. Mit acht Prozent sparen die Menschen in Bremen am wenigsten.

Werden die absoluten Sparbeträge betrachtet, fällt Rheinland-Pfalz mit einem Pro-Kopf-Wert von 2 145 Euro auf den sechsten Rang zurück. Aufgrund des höheren verfügbaren Einkommens sparen die Menschen in Hamburg (2 600) und Nordrhein-Westfalen (2 230) absolut mehr, obwohl sie niedrigere Sparquoten aufweisen. Die Baden-Württemberger liegen mit 2 720 Euro auch absolut an erster Stelle. Nur etwa die Hälfte dieses Sparbetrags wird von den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zurückgelegt. Damit nehmen sie den letzten Platz im Ländervergleich ein.



Arbeitslosigkeit ist häufigster Auslöser für Verbraucherinsolvenz

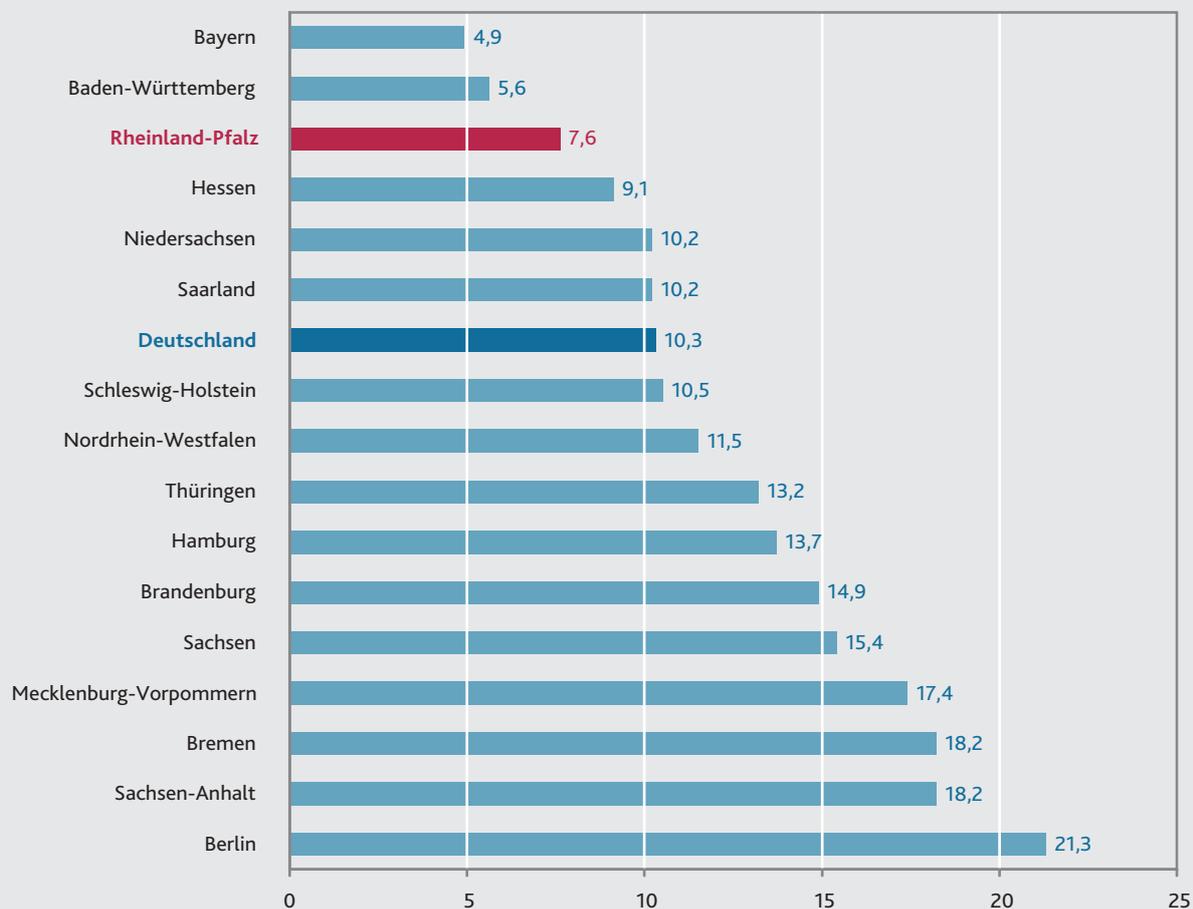
In Rheinland-Pfalz mussten im Jahr 2009 rund 4 480 Privatpersonen Insolvenz anmelden. Mit 11,2 Verbraucherinsolvenzen auf je 10 000 Einwohner liegt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich hinter Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen zusammen mit Hessen auf dem vierten Rang. Den ungünstigsten Wert weist Bremen auf. Dort meldeten bezogen auf je 10 000 Einwohner fast 23 Menschen und damit doppelt so viele Insolvenz an wie hierzulande.

Seit der Einführung der Verbraucherinsolvenz im Jahr 1999 nutzten in Rheinland-Pfalz 28 960 Privatpersonen und ehemalige Selbstständige mit überschaubaren Verhältnissen ein Verbraucherinsolvenzverfahren, um nach einer Wohlverhaltensphase von ihren restlichen Schulden befreit zu werden. Nach der Überschuldungsstatistik werden bundesweit die Verbraucherinnen und Verbraucher am häufigsten aufgrund von Arbeitslosigkeit gezwungen, Insolvenz anzumelden. Aber auch Trennung bzw. Scheidung und gescheiterte Selbstständigkeit werden oft als Grund für die Privatinsolvenz genannt.

G 4

Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) im Dezember 2009

Empfänger je 100 Einwohner unter 65 Jahre



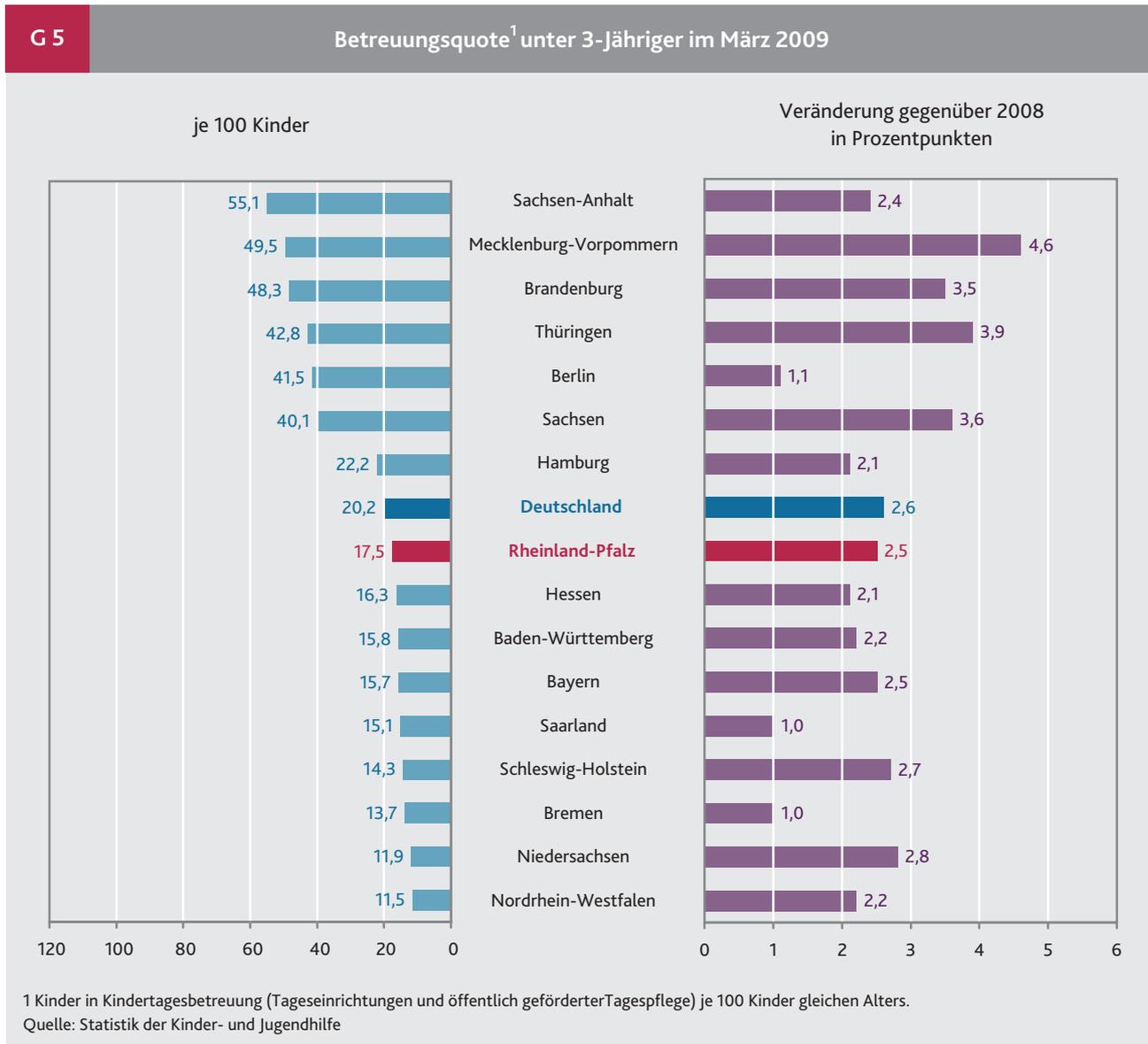
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Drittniedrigste SGB II-Quote in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz bekommen von 100 Menschen unter 65 Jahren 7,6 Grundsicherung für Arbeitsuchende. Nur in Bayern und Baden-Württemberg ist die Quote mit 4,9 bzw. 5,6 Prozent günstiger. Die höchste SGB II-Quote weist Berlin auf; dort ist jeder Fünfte im Alter unter 65 Jahren auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) angewiesen.

Relativ häufig müssen Familien mit Kindern durch diese Hilfeleistung unterstützt werden. In Rheinland-Pfalz ist eines von zehn Kindern betroffen. Den höchsten Wert gibt es in Bremen; dort betrifft es eines von drei Kindern.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende löste 2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe ab. Diese Leistung ist im SGB II geregelt und setzt sich zusammen aus dem Arbeitslosengeld II und dem Sozialgeld. Sie wird erwerbsfähigen Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren sowie deren Angehörigen gewährt, die über kein ausreichendes Einkommen zur Absicherung ihrer materiellen Grundbedürfnisse verfügen.

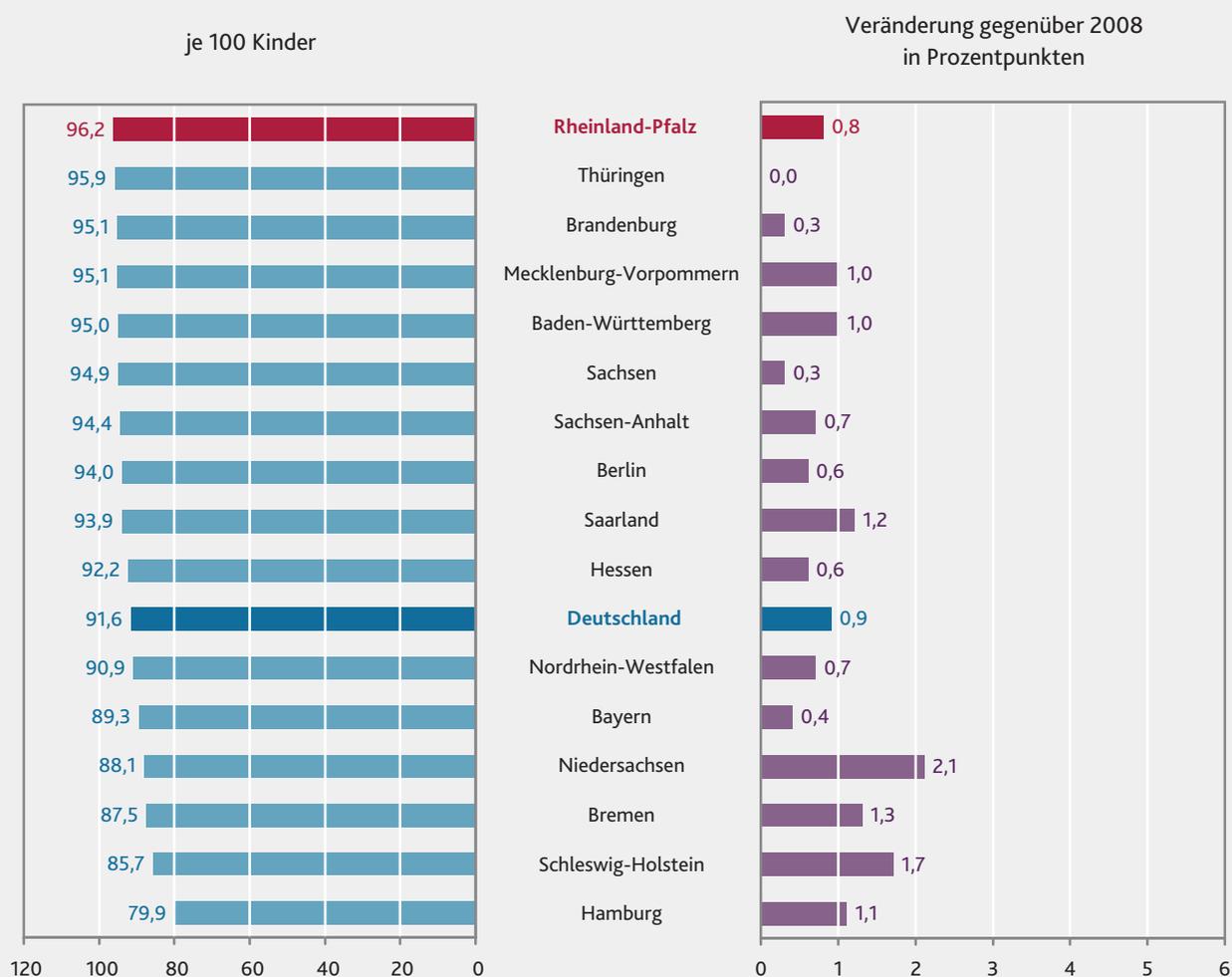


Betreuungsangebote für die Jüngsten ausgeweitet

Kindertagesstätten spielen für die Bildung und die Erziehung von Kindern eine große Rolle und fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In Rheinland-Pfalz besteht ab dem dritten Lebensjahr Rechtsanspruch für einen Platz in der Kindertagesbetreuung, ab dem 1. August 2010 sogar ab dem zweiten Lebensjahr.

Dementsprechend wurde das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren ausgebaut. Zum Stichtag 1. März 2009 befanden sich 17,5 Prozent der unter 3-Jährigen in Tagesbetreuung. Der Großteil besuchte eine Tageseinrichtung (16,1 Prozent), ein kleinerer Teil wurde von Tagesmüttern oder Tagesvätern betreut (1,4 Prozent). Unter den westdeutschen Flächenländern ist das die höchste Betreuungsquote, im Vergleich aller Länder Platz acht. Besonders hoch ist die Betreuungsquote der Jüngsten in den neuen Ländern. An der Spitze steht Sachsen-Anhalt mit 55 betreuten Kindern je 100 unter 3-Jährigen. Dort besteht bereits ab der Geburt ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung. Am niedrigsten ist die Quote in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen (zwölf Kinder je 100 unter 3-Jährige).

G 6

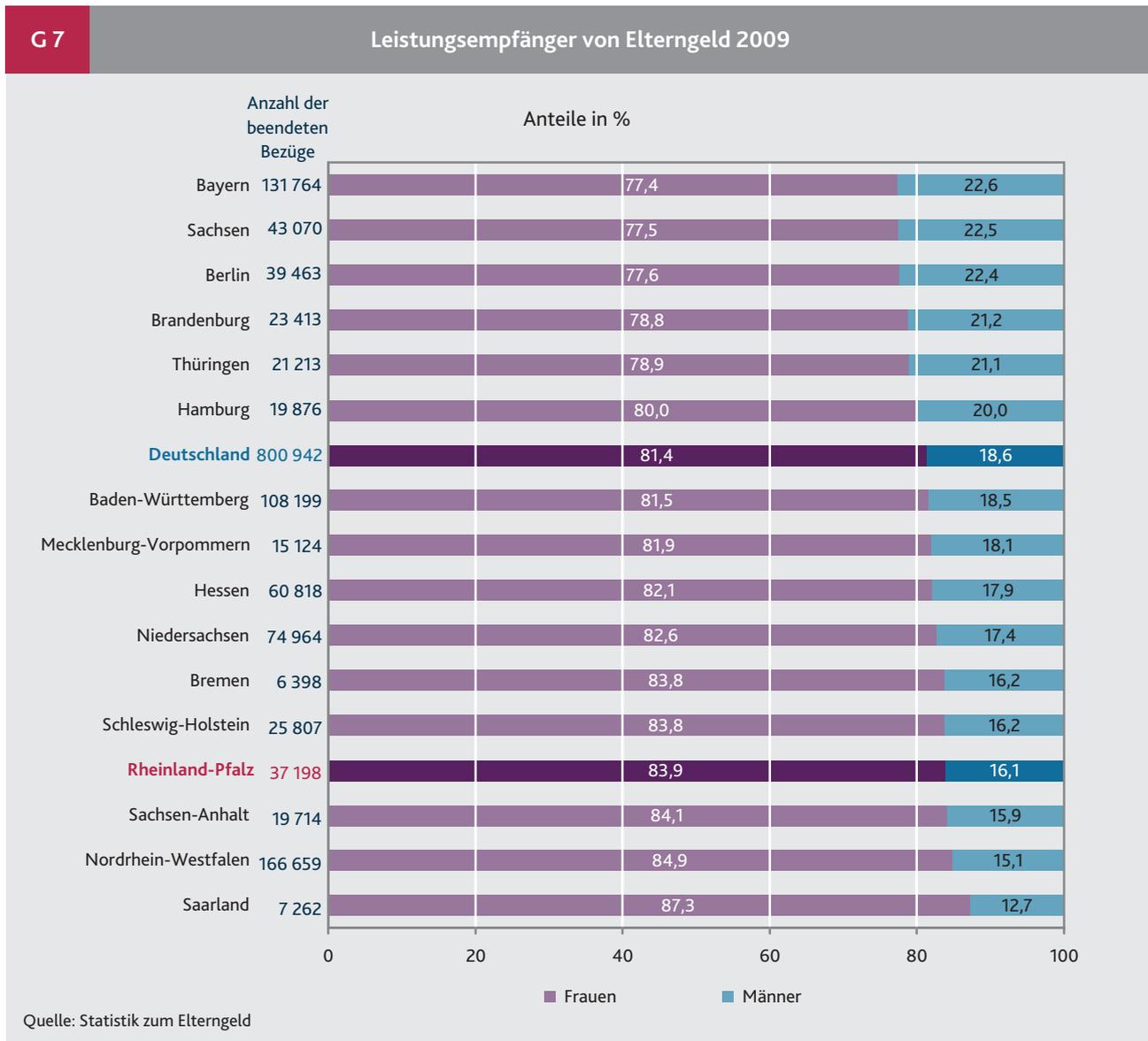
Betreuungsquote¹ 3- bis 6-Jähriger im März 2009

¹ 1 Kinder in Kindertagesbetreuung (Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Tagespflege) je 100 Kinder gleichen Alters.
Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

Spitzenposition bei der Versorgung der 3- bis unter 6-jährigen Kinder

Kinder im klassischen Kindergartenalter werden in Rheinland-Pfalz besonders häufig außerhalb des Elternhauses betreut. Von 100 Kindern dieser Altersgruppe besuchten im März 2009 gut 96 Kinder eine Kindertageseinrichtung oder wurden von einer Tagespflegeperson betreut. Damit steht das Land an der Spitze der Rangliste. Mit Hamburg (80 von 100 Kindern), Schleswig-Holstein (86 von 100 Kindern), Bremen und Niedersachsen (je 88 von 100 Kindern) stehen die Länder im Nordwesten am Ende der Skala. Der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter hat in fast allen Ländern weiter zugenommen.

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss auch berücksichtigt werden, dass die finanzielle Belastung, die auf die Eltern bei der Inanspruchnahme von Kinderbetreuung zukommt, in den Ländern unterschiedlich ist. Rheinland-Pfalz nimmt mit der vollständigen Gebührenbefreiung für die 3- bis 6-Jährigen eine Vorreiterrolle ein. Ab August 2010 werden dann auch für alle 2-Jährigen die Kindergartenbeiträge vom Land übernommen.



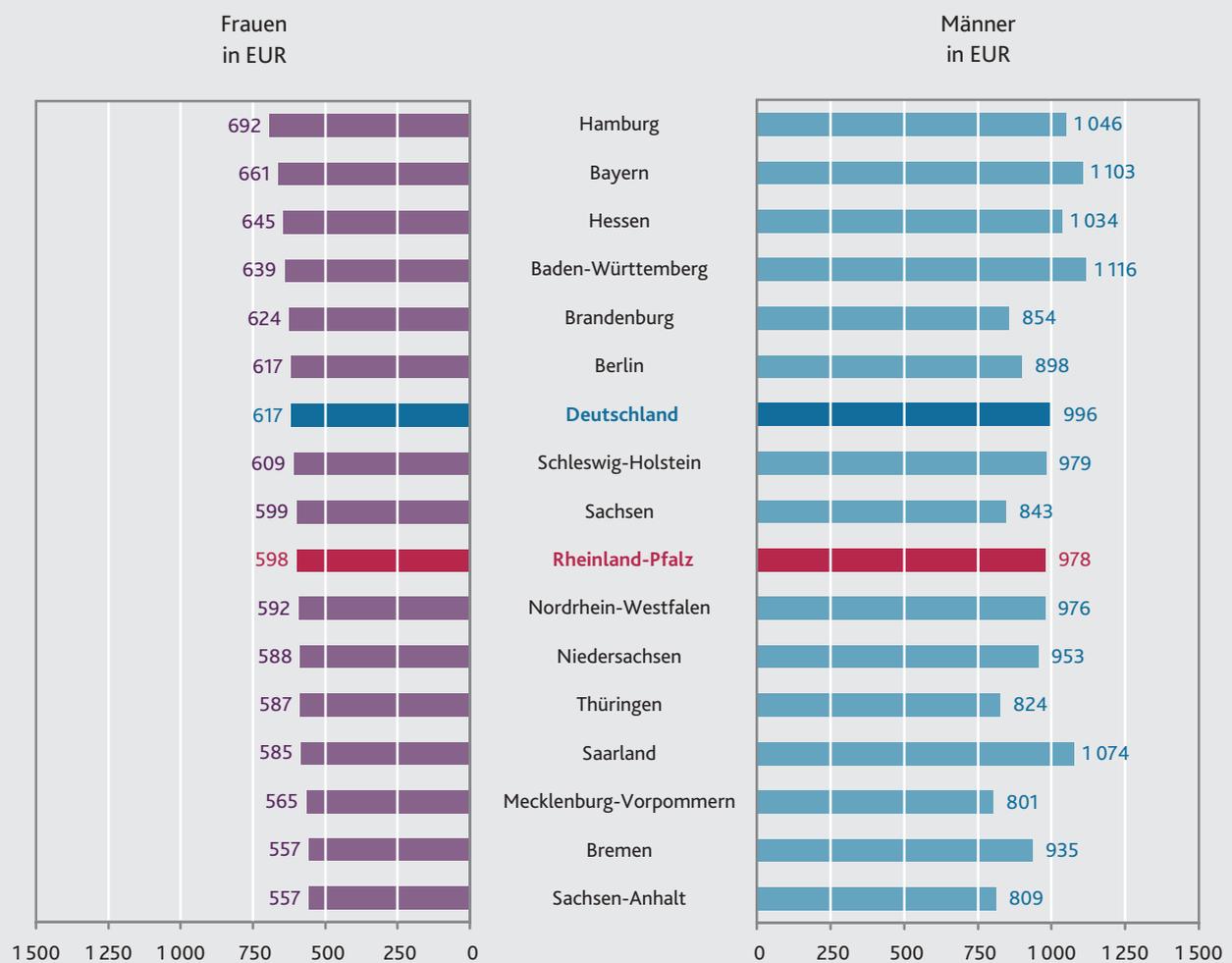
Fast 84 Prozent der Elterngeldempfänger sind Frauen

Empfänger von Elterngeld sind überwiegend Frauen. Von den in Rheinland-Pfalz rund 26 250 im Jahr 2009 beendeten Bezügen belief sich der Anteil der Frauen auf fast 84 Prozent. Mit lediglich 16 Prozent liegen die rheinland-pfälzischen Männer im Ländervergleich nur auf dem 13. Platz. Führend sind die Männer in Bayern, Sachsen und Berlin mit jeweils etwa 22,5 Prozent. Am seltensten beteiligten sich die Männer im Saarland an der Elternzeit mit weniger als 13 Prozent.

Das Elterngeld wurde am 1. Januar 2007 eingeführt. Eltern, die ihre Kinder im ersten Lebensjahr zu Hause betreuen, erhalten eine Einkommensersatzleistung, die sich am vorherigen Nettoeinkommen orientiert. Das Elterngeld beträgt 67 Prozent des Nettoeinkommens, maximal 1 800 Euro monatlich. Ziel ist es, die Geburtenrate positiv beeinflusst werden, indem den Menschen die finanzielle Grundlage gegeben wird, sich für Kinder zu entscheiden und diese nach der Geburt selbst zu betreuen. Durch die Verteilung der Elternzeit auf beide Elternteile wird die Bezugsdauer von zwölf auf 14 Monate verlängert.

G 8

Durchschnittliche Höhe des Elterngeldes 2009

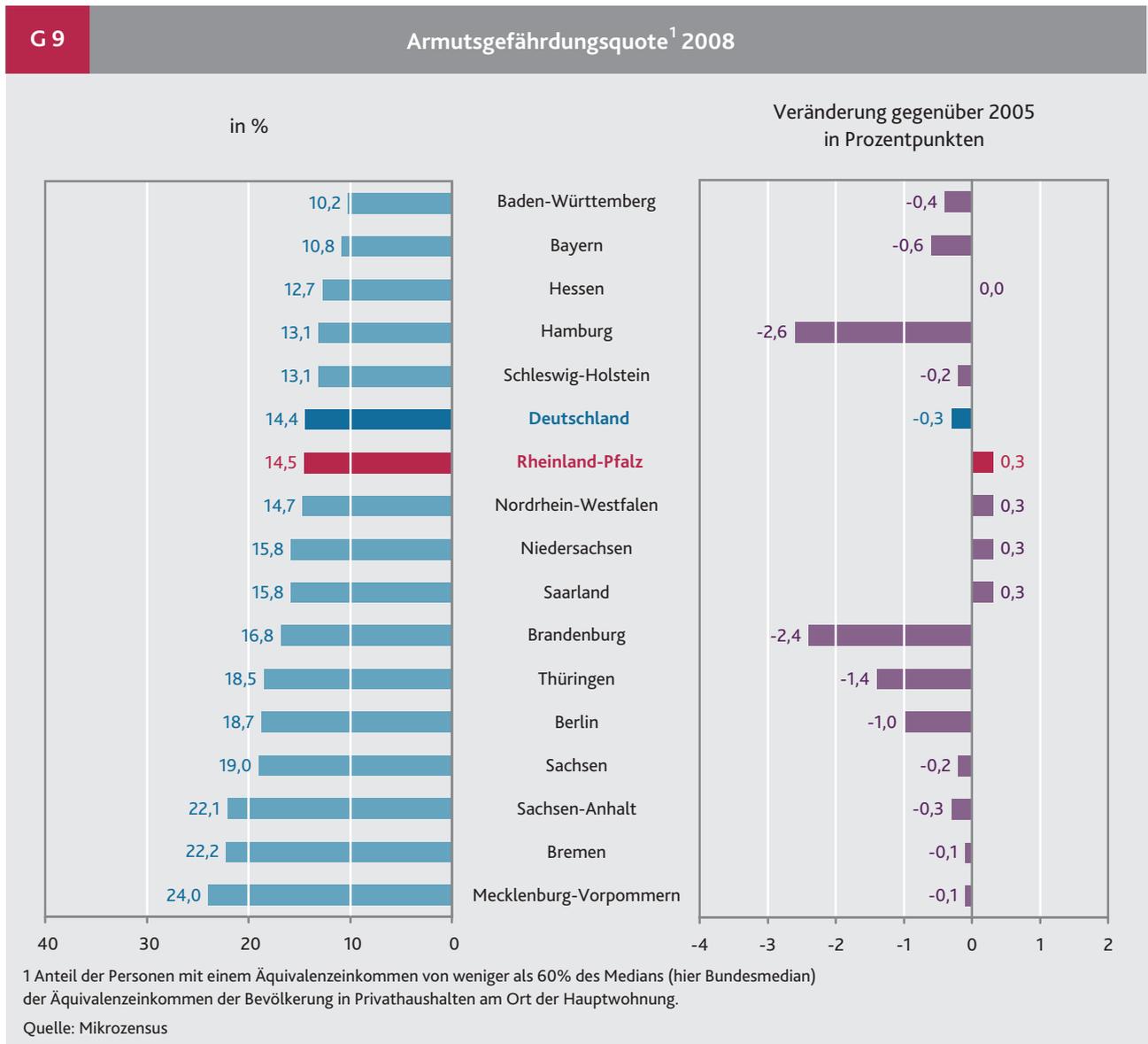


Quelle: Statistik zum Elterngeld

Im Schnitt erhalten Männer rund 60 Prozent mehr Elterngeld als Frauen

Mütter erhielten im Jahr 2009 in Rheinland-Pfalz durchschnittlich knapp 600 Euro Elterngeld. Im Ländervergleich bedeutet das Rang neun. Die höchsten Beträge gab es für Mütter in Hamburg (692 Euro), die niedrigsten für die in Bremen und Sachsen-Anhalt mit jeweils knapp 560 Euro. Das Elterngeld ist abhängig von der Höhe des vorherigen Erwerbseinkommens. Personen, die zuvor nicht erwerbstätig waren, erhalten den Mindestsatz von 300 Euro.

Deutlich höher sind die ausgezahlten Beträge für Väter. In Rheinland-Pfalz bekamen diese mit durchschnittlich 980 Euro im Mittel 60 Prozent mehr als Frauen. Zum einen erhalten Männer im Vorfeld im Schnitt höhere Nettoeinkommen, zum anderen sind sie auch häufiger erwerbstätig als Frauen. Den höchsten Betrag erhalten die Väter im Saarland mit rund 1 070 Euro. Die Väter in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern liegen mit rund 800 Euro am Ende der Rangliste. Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass in einigen Ländern die Fallzahlen noch sehr niedrig sind (z. B. im Saarland).



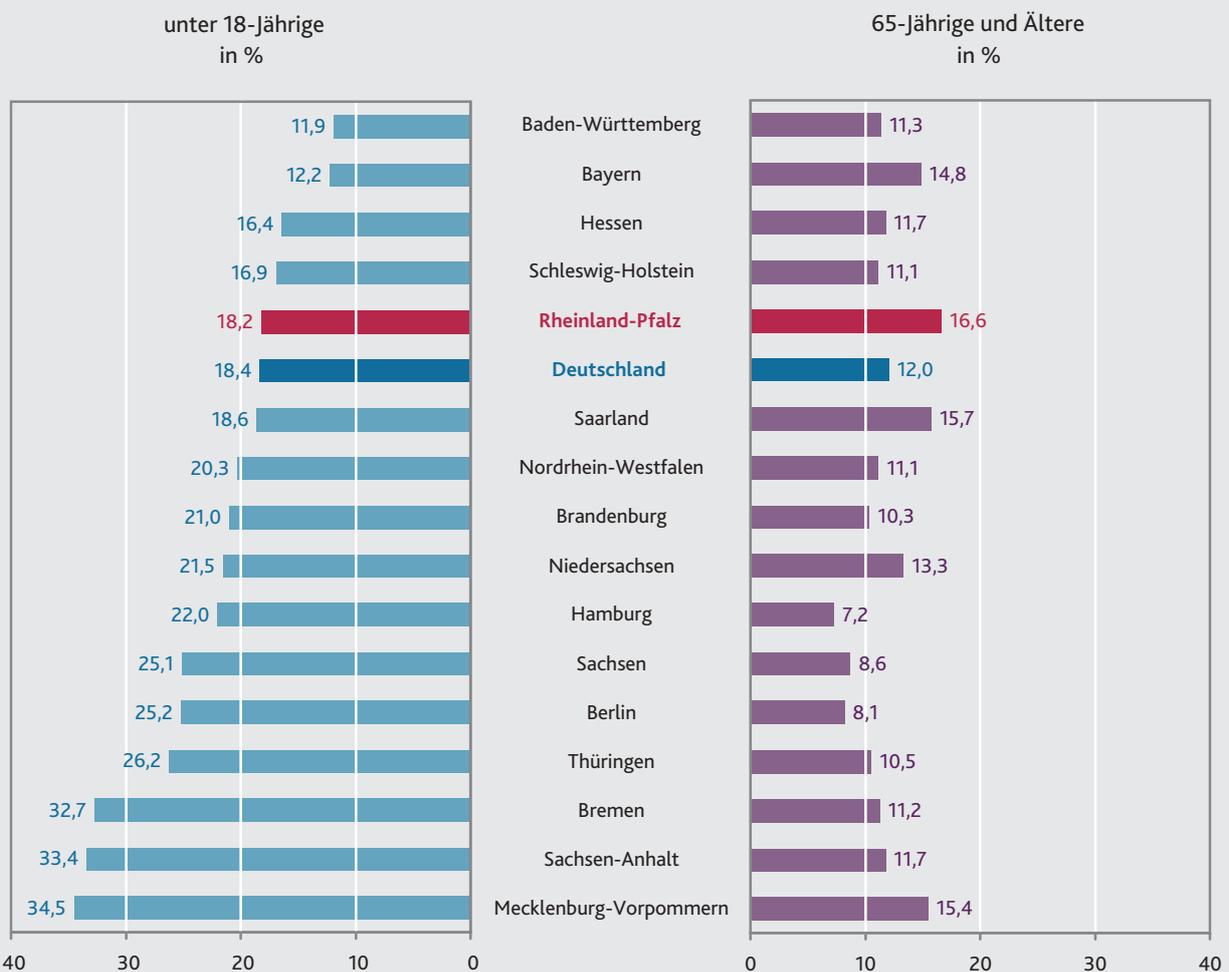
Jeder Siebte in Rheinland-Pfalz von Armut bedroht

Die Armutsgefährdungsquote ist gemäß EU-Konvention definiert als der Anteil der Bevölkerung, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet (Bundesmedian) lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2008 in Rheinland-Pfalz bei 14,5 Prozent. Das war Rang sechs im Ländervergleich. Am niedrigsten war die Quote mit gut zehn Prozent in Baden-Württemberg. Von Armut sind besonders die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Sachsen-Anhalt bedroht. Dort erreichte die Armutsgefährdungsquote Werte zwischen 22 und 24 Prozent.

Für die Berechnung dieser Größe wird für jedes Haushaltsmitglied ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, das sogenannte Äquivalenzeinkommen, berechnet. Dazu wird das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt. Nach der neuen OECD-Skala wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet. Jede

G 10

Armutsgefährdungsquote¹ 2008



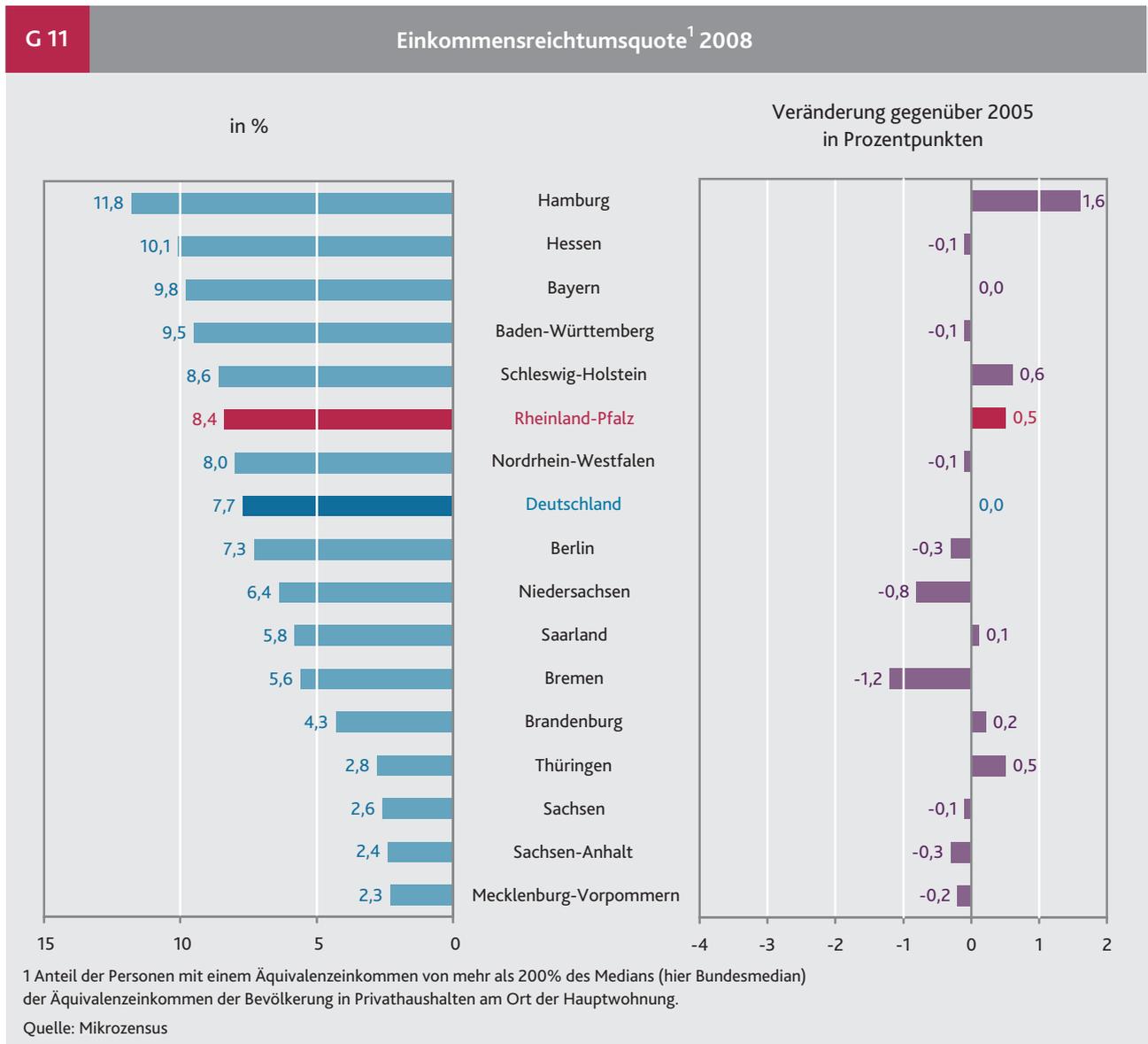
¹ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians (hier Bundesmedian) der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

Quelle: Mikrozensus

weitere Person ab 14 Jahren bekommt den Wert 0,5 zugeteilt. Kinder unter 14 Jahren erhalten einen Wert von 0,3. Es wird davon ausgegangen, dass sich durch das gemeinsame Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen (z. B. geringerer Mietanteil, niedrigere Heizkosten pro Person).

Junge Menschen, die sich oft noch in der Ausbildung befinden, sind in erhöhtem Maß von Armut bedroht. Die Quote liegt in Rheinland-Pfalz bei den unter 18-Jährigen bei 18 Prozent. Deutlich weniger sind die jungen Menschen in Baden-Württemberg und Bayern (jeweils rund zwölf Prozent) betroffen. In besonderem Maße sind hingegen die Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Bremen gefährdet: Dort fällt jede bzw. jeder Dritte unter die Armutsgefährdungsschwelle.

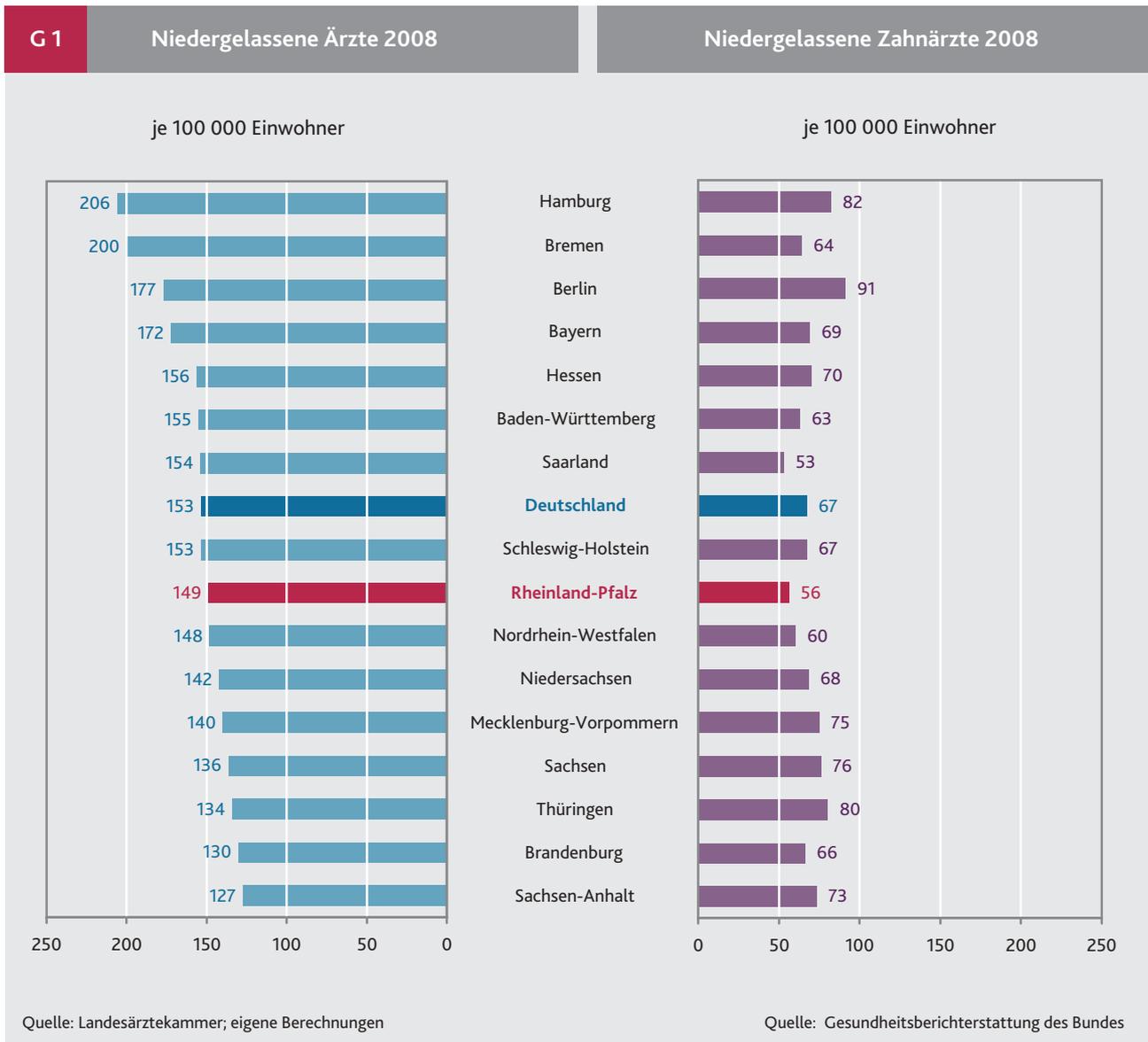
Aber auch die Älteren ab 65 Jahren weisen hierzulande mit rund 17 Prozent eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Das ist der höchste Wert aller Länder.



In Rheinland-Pfalz leben überdurchschnittlich viele Menschen mit hohem Einkommen

Das Gegenstück zur Armutsgefährdungsquote ist die Einkommensreichumsquote. Diese stellt den Anteil der Bevölkerung dar, dessen Einkommen mehr als 200 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung in Privathaushalten beträgt. Als Vergleichsgröße wird wie bei der Armutsgefährdungsquote der Bundesmedian herangezogen.

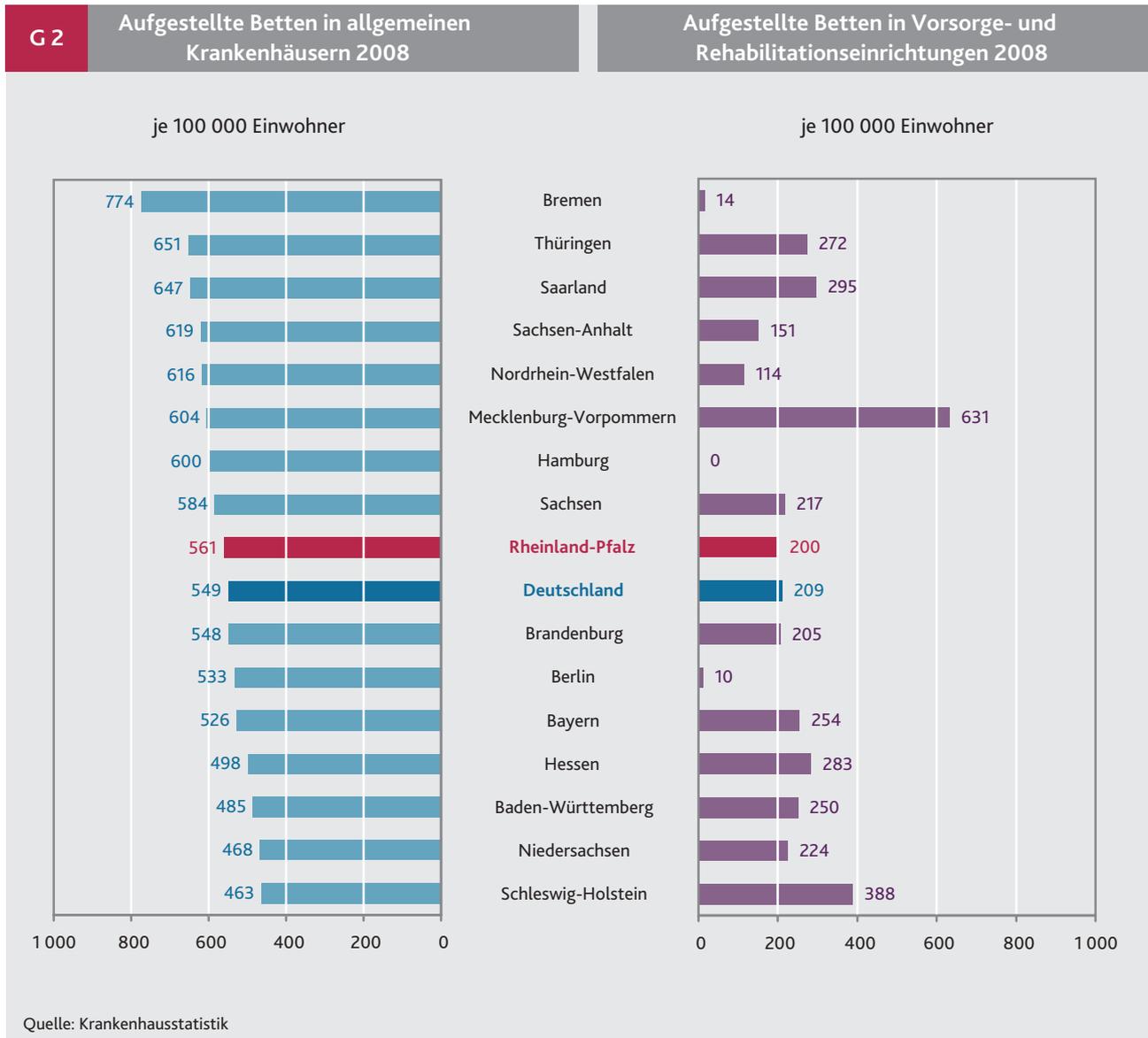
Im Jahr 2008 gehörten in Rheinland-Pfalz 8,4 Prozent der Bevölkerung zu dieser Gruppe. Mit diesem überdurchschnittlichen Wert wird Rang sechs im Ländervergleich erreicht. Der Anteil der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit einem hohen Einkommen ist in den vergangenen Jahren gegen den Bundestrend gestiegen. In Hamburg war der Zuwachs so hoch, dass Hessen von der Spitze der Rangliste verdrängt wurde. Die Quote liegt in Hamburg nunmehr bei fast zwölf Prozent. Am niedrigsten war die Einkommensreichumsquote in den neuen Ländern. In Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt hatten nur rund zwei Prozent der Bevölkerung Einkommen dieser Größenordnung.



Unterdurchschnittliche Arzt- und Zahnärztdichte in Rheinland-Pfalz

Zu den niedergelassenen Ärzten bzw. Zahnärzten werden nur solche Ärzte und Zahnärzte gezählt, die eine eigene Praxis führen; in diesen Praxen oder in Krankenhäusern angestellte Ärzte werden nicht berücksichtigt. Bundesweit kamen im Jahr 2008 auf 100 000 Einwohner 153 niedergelassene Ärzte. In Rheinland-Pfalz wurde dieser Durchschnittswert um vier Ärzte unterschritten. Die mit Abstand höchste Arztdichte verzeichneten die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Den dritten Platz sicherte sich die Bundeshauptstadt, obwohl dort im Vergleich zum Vorjahr 27 Ärzte je 100 000 Einwohner weniger zur Verfügung standen (Deutschland: –2 Ärzte je 100 000 Einwohner).

Im bundesweiten Mittel wurden 100 000 Einwohner von 67 niedergelassenen Zahnärzten versorgt. Tendenziell ist in den ostdeutschen Ländern eine höhere Zahnärztdichte zu beobachten als im Westen – Spitzenreiter war Berlin mit 91 Zahnärzten je 100 000 Einwohner. In Rheinland-Pfalz standen für 100 000 Einwohner 56 Zahnärzte zur Verfügung. Nur im Saarland war der Versorgungsgrad geringer.



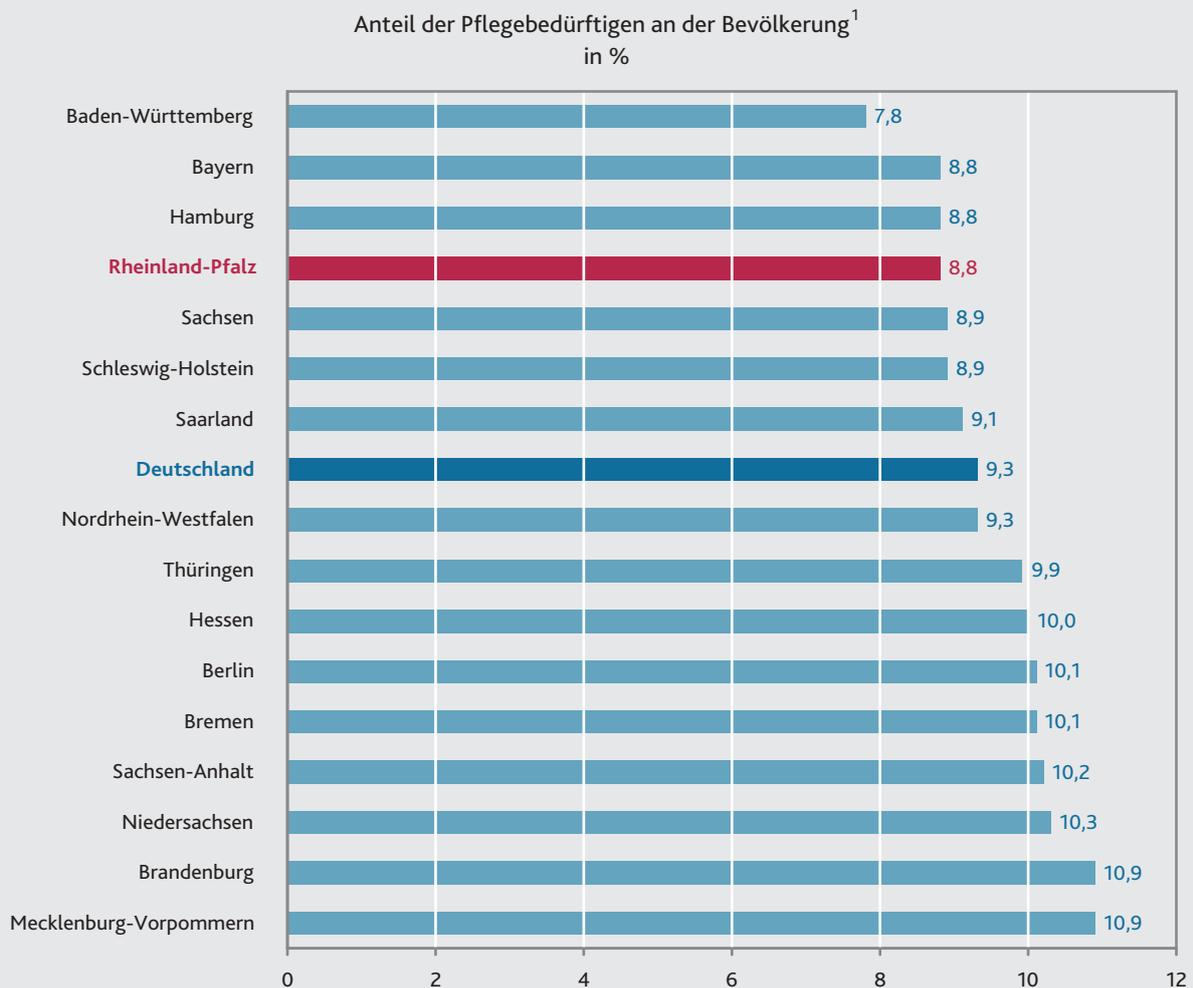
Bettenabbau in Krankenhäusern setzt sich weiter fort

Gesundheitspolitische Reformen und Gesetzesänderungen, die auf eine höhere Wirtschaftlichkeit im Krankenhaussektor abzielten, haben seit Anfang der 90er-Jahre bundesweit zu einem Bettenabbau in Krankenhäusern geführt. Durchschnittlich standen im Jahr 2008 für 100 000 Einwohner noch 549 Betten zur Verfügung, 87 weniger als im Jahr 2000. Mit großem Vorsprung führt Bremen die Rangliste an. Rheinland-Pfalz belegt dagegen einen Platz im Mittelfeld, die Bettenkapazität lag um zwölf Betten je 100 000 Einwohner über dem deutschlandweiten Wert.

Auch in den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen haben sich die Kapazitäten längerfristig verringert. Zuletzt belief sich die Bettendichte auf 209 aufgestellte Betten je 100 000 Einwohner. In Rheinland-Pfalz waren es neun Betten weniger. Das Land rangiert damit im unteren Mittelfeld. Mecklenburg-Vorpommern stellt quasi einen Ausreißer dar, die Bettendichte überschritt dort den Bundesdurchschnitt um mehr als das dreifache. Aufgrund der Küstennähe gibt es im Land an der Ostsee besonders viele Einrichtungen.

G 3

Pflegequote 2007



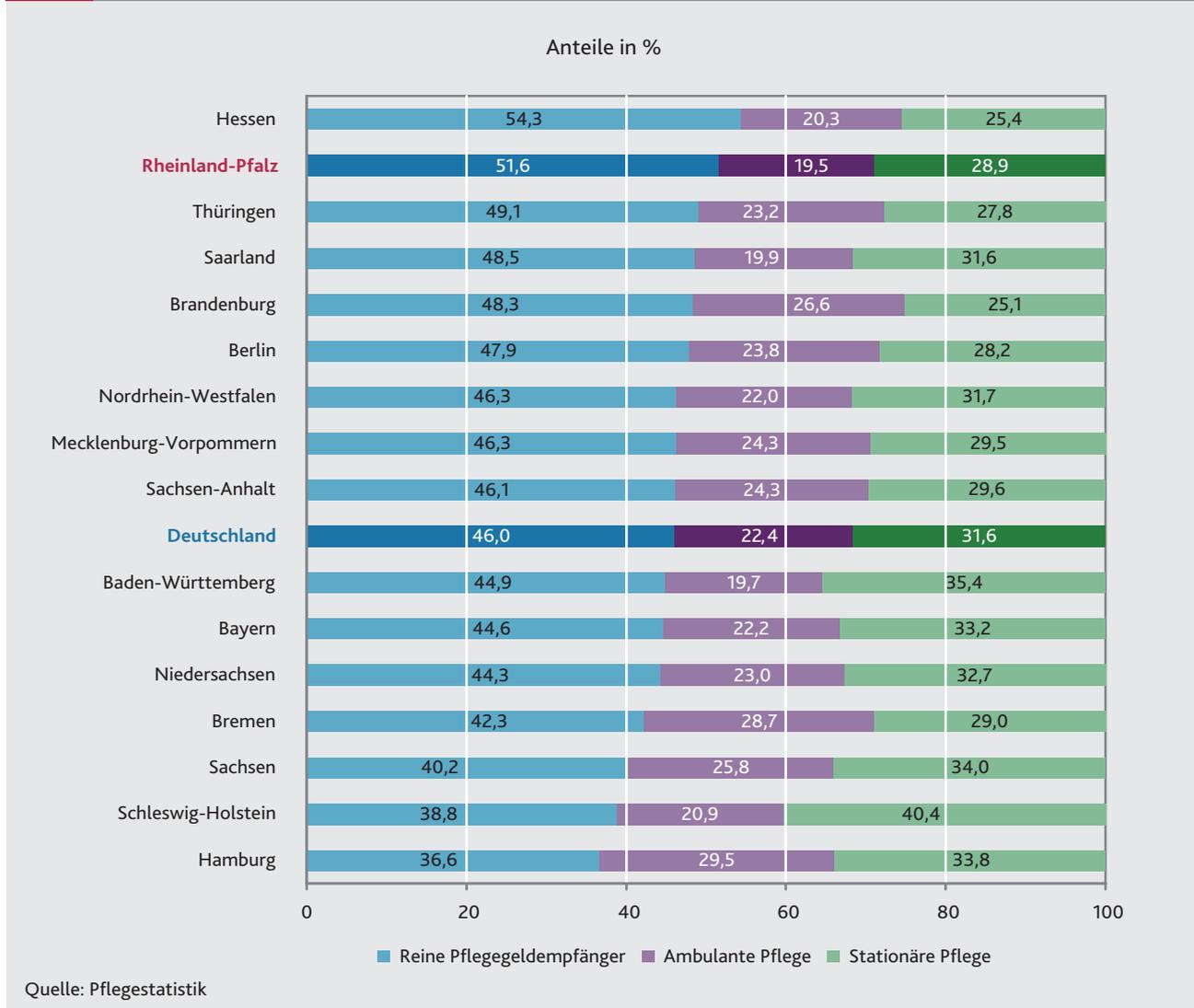
¹ Pflegebedürftige im Alter ab 60 Jahren an der Bevölkerung ab 60 Jahren.

Quellen: Pflegestatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Zweitniedrigste Pflegequote in Rheinland-Pfalz

Die Pflegequote der über 60-Jährigen setzt die Zahl der pflegebedürftigen Menschen im Alter ab 60 Jahren ins Verhältnis zur Einwohnerzahl dieses Alters. Mit dieser Kennzahl wird also der Anteil der älteren Bevölkerung gemessen, der pflegebedürftig ist und Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erhält. Im Vergleich der Bundesländer sind große regionale Unterschiede zu erkennen, die nicht zuletzt auf Unterschiede in der Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen sind. Die Spannweite der Pflegequoten betrug zuletzt 3,1 Prozentpunkte.

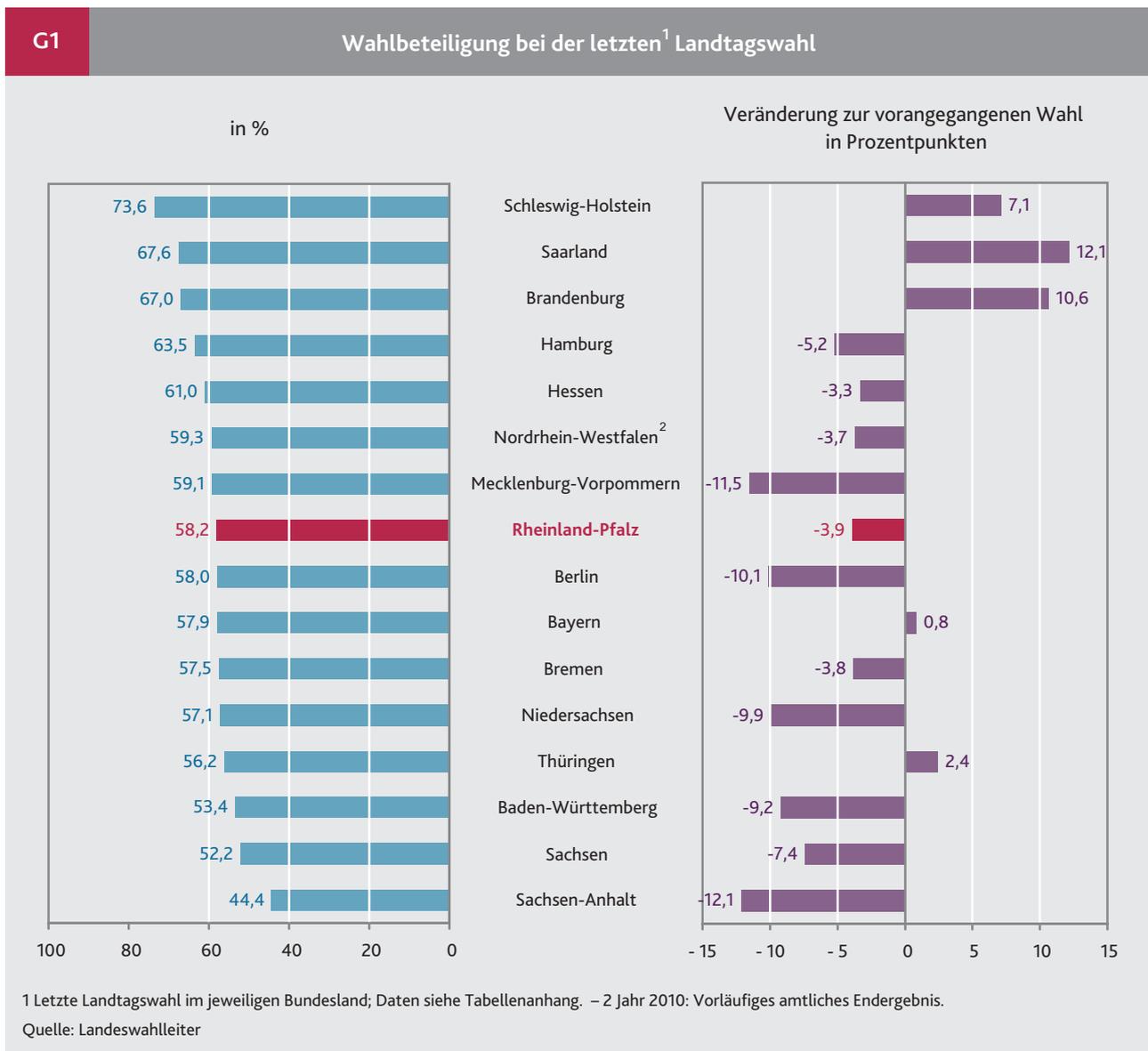
Im Jahr 2007 waren im bundesweiten Durchschnitt 9,3 Prozent der Einwohner im Alter ab 60 Jahren pflegebedürftig. Rheinland-Pfalz hatte mit einer Quote von 8,8 Prozent gemeinsam mit Bayern und Hamburg den zweiten Rang unter den Bundesländern inne. Nur in Baden-Württemberg gab es weniger Pflegebedürftige bezogen auf die Einwohnerzahl. Die höchste Pflegequote bei den über 60-Jährigen verzeichneten die ostdeutschen Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils elf Prozent).



Zweithöchster Anteil an reinen Pflegegeldempfängern in Rheinland-Pfalz

Zu den Pflegebedürftigen werden nur solche Personen gezählt, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) erhalten. Je nach Inanspruchnahme der pflegerischen Leistungen werden die Personen den drei Versorgungsarten reine Pflegegeldempfänger, ambulante bzw. stationäre Pflege zugeordnet.

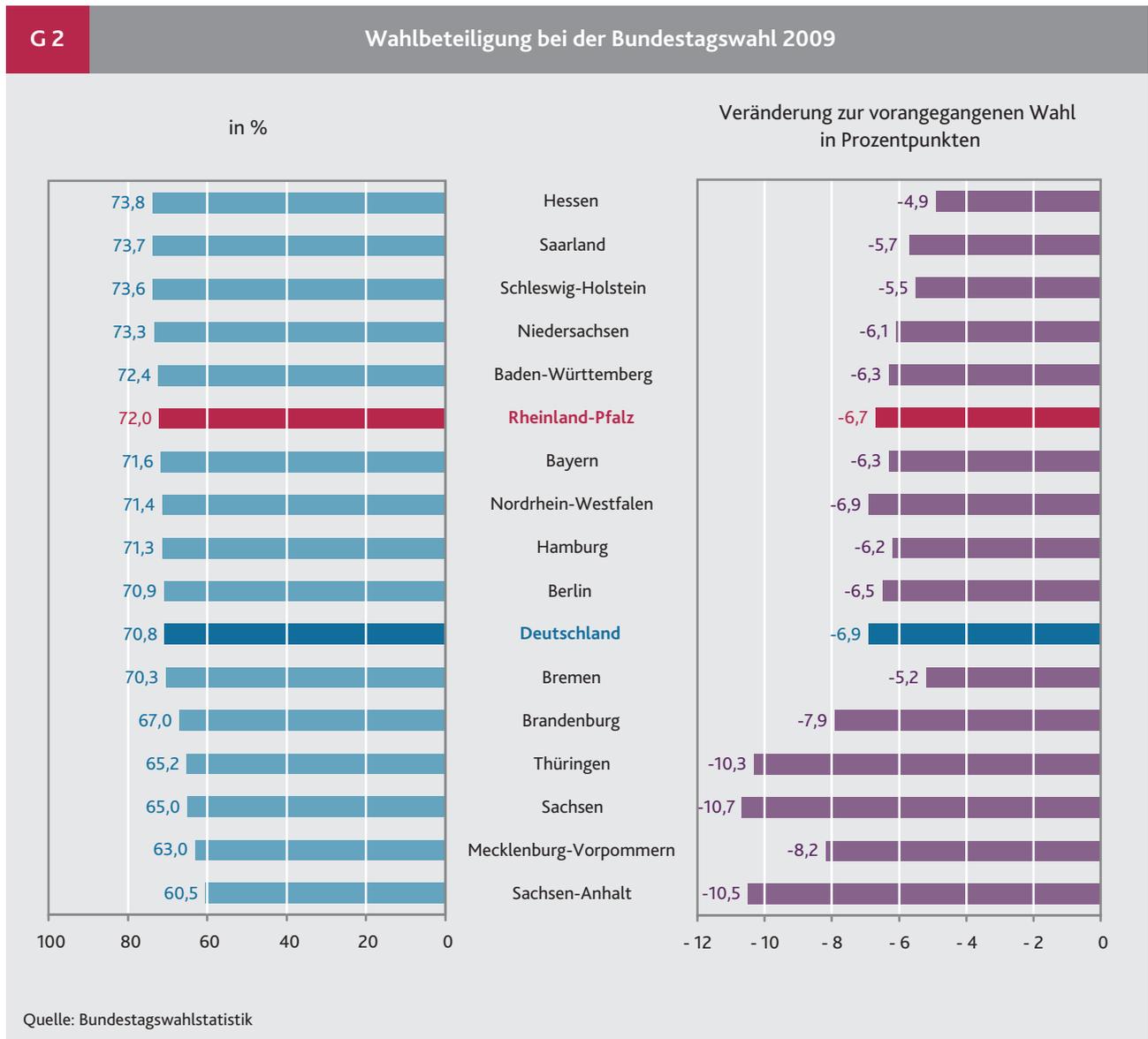
In Rheinland-Pfalz erhielten im Jahr 2007 knapp 52 Prozent der Pflegebedürftigen ausschließlich finanzielle Unterstützung. Damit belegte Rheinland-Pfalz im Ländervergleich den zweiten Rang hinter Hessen (54 Prozent). Hierdurch landete Rheinland-Pfalz trotz des geringsten Anteils an ambulant Gepflegten (19,5 Prozent) bei der häuslichen Pflege (reine Pflegegeldempfänger und ambulante Pflege zusammen) im oberen Drittel. Bundesweit wurden 32 Prozent der Pflegebedürftigen in Heimen versorgt. Deutlich überschritten wird dieser Durchschnittswert in Schleswig-Holstein (40 Prozent). In Brandenburg werden mit etwa einem Viertel die wenigsten pflegebedürftigen Menschen stationär betreut.



Interesse an den Landtagswahlen sehr unterschiedlich

Bei der letzten Wahl zum rheinland-pfälzischen Landtag im Jahr 2006 stimmten lediglich 58,2 Prozent aller Wahlberechtigten ab. Das bedeutet Rang acht im Ländervergleich. Da die Wahlen zu den jeweiligen Landtagen in unterschiedlichen Jahren stattfinden, wurde als Basis für die Gegenüberstellung die jeweils letzte Landtagswahl in den einzelnen Ländern herangezogen. Gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl 2001 sank die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz um fast vier Prozentpunkte.

Die Durchführung mehrerer Wahlen am gleichen Tag wirkt sich in der Regel positiv auf die Wahlbeteiligung aus. So gingen die Menschen in Schleswig-Holstein und in Brandenburg relativ häufig zur Wahl (Ränge eins und drei). Dort fanden die letzten Landtagswahlen parallel zur Bundestagswahl 2009 statt. Auch die Saarländerinnen und Saarländer gingen zahlreich zur Wahl ihres Landtages (67,6 Prozent). Gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl weist das Saarland mit 12,1 Prozentpunkten auch die höchste Steigerung der Wahlbeteiligung auf.



Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 so niedrig wie nie zuvor

An der Bundestagswahl 2009 beteiligten sich lediglich 70,8 Prozent der Wahlberechtigten und damit so wenig wie nie zuvor an einer Wahl zum Deutschen Bundestag. In Rheinland-Pfalz machten noch überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger von ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch. Eine Wahlbeteiligung von 72 Prozent bedeutet Platz sechs im Ländervergleich. Die höchste Wahlbeteiligung erreichte Hessen mit 73,8 Prozent. Am seltensten gingen die Menschen in den neuen Ländern zur Wahl: In Sachsen-Anhalt stimmten nur 60,5 Prozent ab. Im Schnitt sank die Wahlbeteiligung im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 um 6,9 Prozentpunkte.

Gestiegen sind dagegen die Anteile der Stimmabgaben per Brief. Während hierzulande bei der Bundestagswahl 2002 erst 17,6 Prozent diesen Weg der Stimmabgabe wählten, waren es bei der Wahl 2009 schon 26,5 Prozent. Das ist der vierthöchste Wert im Ländervergleich. Besonders häufig wählten die Bayern per Brief (29,1 Prozent). Am niedrigsten ist der Anteil auch hier in Sachsen-Anhalt (13,8 Prozent).

G 3

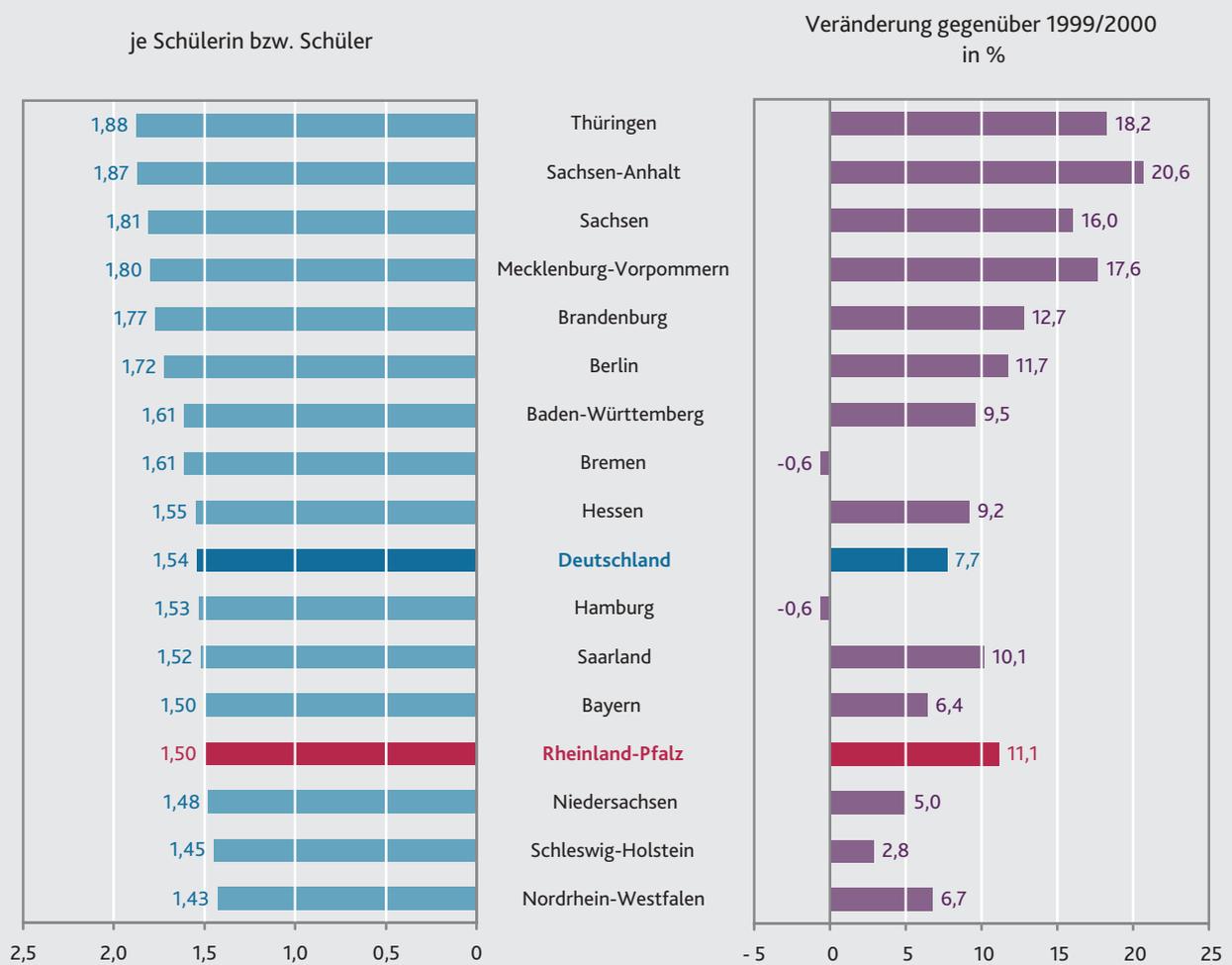
Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009



Trotz gesunkener Wahlbeteiligung wird noch immer zweithöchster Wert erreicht

Nur 55,6 Prozent aller wahlberechtigten Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer gingen zur Europawahl 2009. Das waren 2,7 Prozentpunkte weniger als noch im Jahr 2004. Damit erreicht Rheinland-Pfalz jedoch noch immer einen Spitzenwert. Nur im Saarland lag die Wahlbeteiligung mit 58,6 Prozent höher als hier. Am niedrigsten war das Interesse an der Wahl in Brandenburg. Obwohl die Wahlbeteiligung in Brandenburg um drei Prozentpunkte stieg, ging dort nicht einmal jede bzw. jeder Dritte zur Europawahl (29,9 Prozent).

Starke Unterschiede bezüglich der Wahlbeteiligung gibt es in den verschiedenen Altersgruppen. Nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik zeigen die jungen Wählerinnen und Wähler im Alter von 21 bis 29 Jahren das geringste Interesse an der Europawahl (Rheinland-Pfalz: gut 40 Prozent). Die Wahlbeteiligung steigt mit dem Alter und erreicht den höchsten Wert in der Altersklasse 60 bis 69 Jahre (Rheinland-Pfalz: 68,9 Prozent).



Quelle: Statistisches Bundesamt

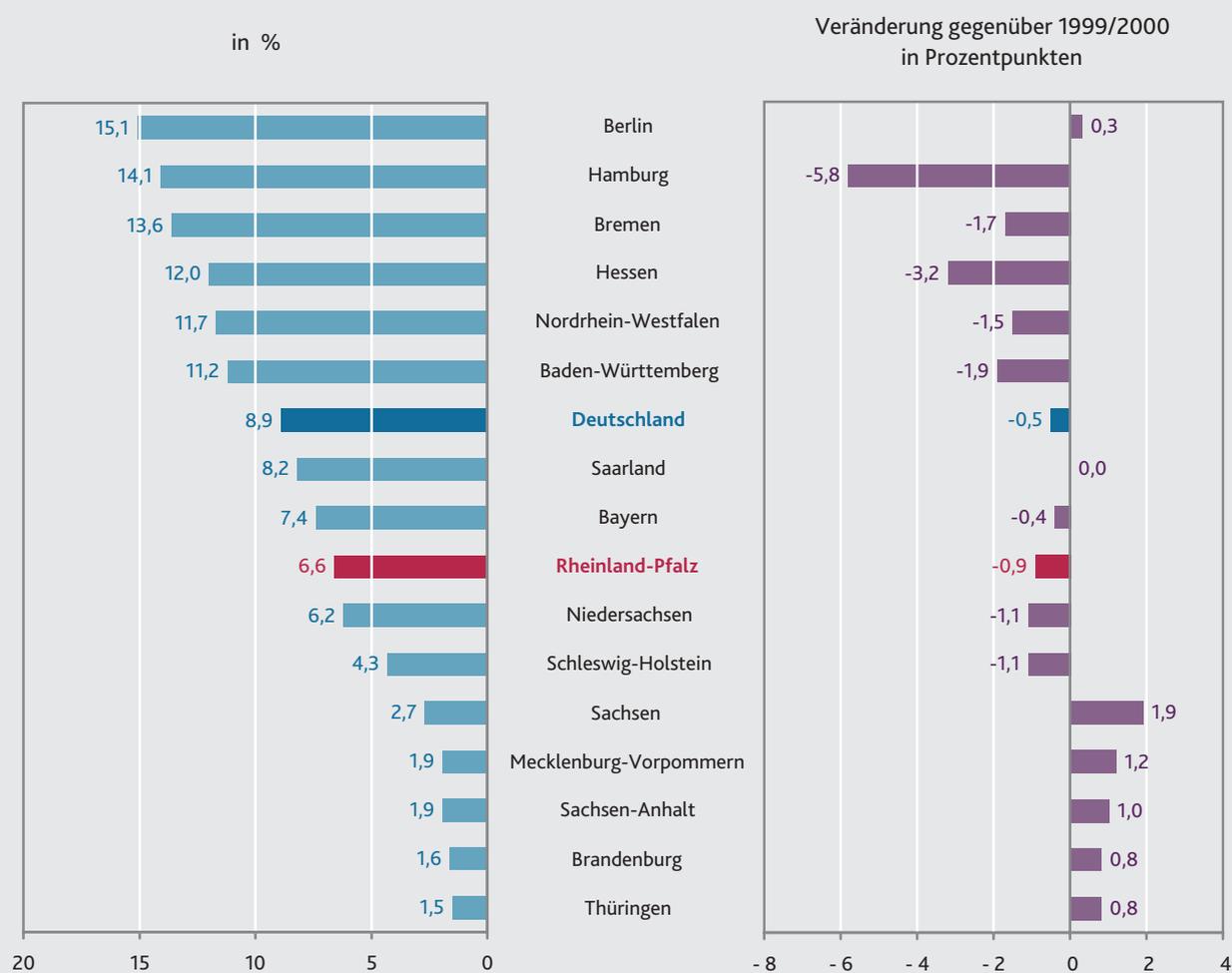
Zahl der Unterrichtsstunden je Schülerin bzw. Schüler deutlich gestiegen

Aus den Daten der Schulstatistik können verschiedene Relationen zur Beurteilung der Bildungssituation ermittelt werden. Durch den Bezug der pro Woche insgesamt erteilten Unterrichtsstunden auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler lässt sich ein Indikator zur Unterrichtsversorgung ableiten. Diese Relation drückt aus, wie viele Stunden Unterricht jede Schülerin bzw. jeder Schüler wöchentlich erteilt bekommen könnte, wenn ausschließlich Einzelunterricht gegeben würde.

Der Wert von 1,5 Unterrichtsstunden je Schülerin bzw. Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz lag im Schuljahr 2008/2009 leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Der höchste Wert wurde für Thüringen (1,88 Stunden) ermittelt, der niedrigste für Nordrhein-Westfalen (1,43 Stunden). Ein Vergleich der Relation zum Schuljahr 1999/2000 zeigt für Rheinland-Pfalz mit einem Plus von 11,1 Prozent einen stärkeren Anstieg bei der Unterrichtsversorgung als im Durchschnitt aller Länder (+7,7 Prozent).

G 2

Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an allen Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2008/2009

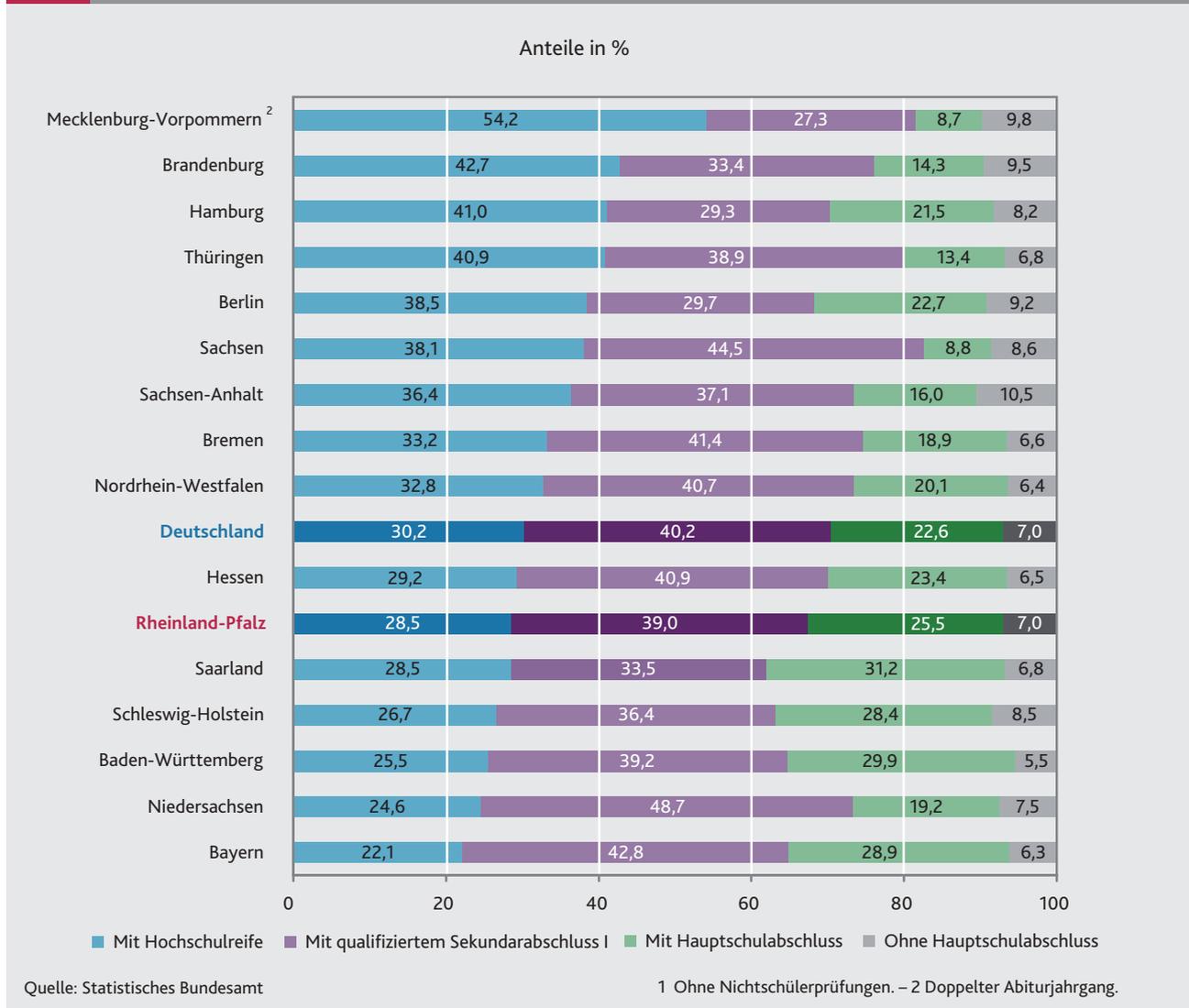


Quelle: Statistisches Bundesamt

Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler leicht rückläufig

Im Schuljahr 2008/2009 wurden an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz etwa 31 100 ausländische Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Bei insgesamt fast 469 200 Schülerinnen und Schülern entsprach dies einem Anteil von 6,6 Prozent. Dieser Wert ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (8,9 Prozent) und vor allem zu den Stadtstaaten verhältnismäßig gering. Den höchsten Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler wies Berlin auf (15,1 Prozent) vor den Hansestädten Hamburg (14,1 Prozent) und Bremen (13,6 Prozent); der niedrigste Anteilswert wurde für Thüringen (1,5 Prozent) ermittelt.

Gegenüber dem Schuljahr 1999/2000 zeigt sich in Rheinland-Pfalz ein Rückgang des Ausländeranteils um 0,9 Prozentpunkte. In Deutschland sank der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen seither um 0,5 Prozentpunkte. Im Gegensatz dazu war in den neuen Bundesländern – allerdings auf niedrigem Niveau – ein leichter Anstieg zu verzeichnen.



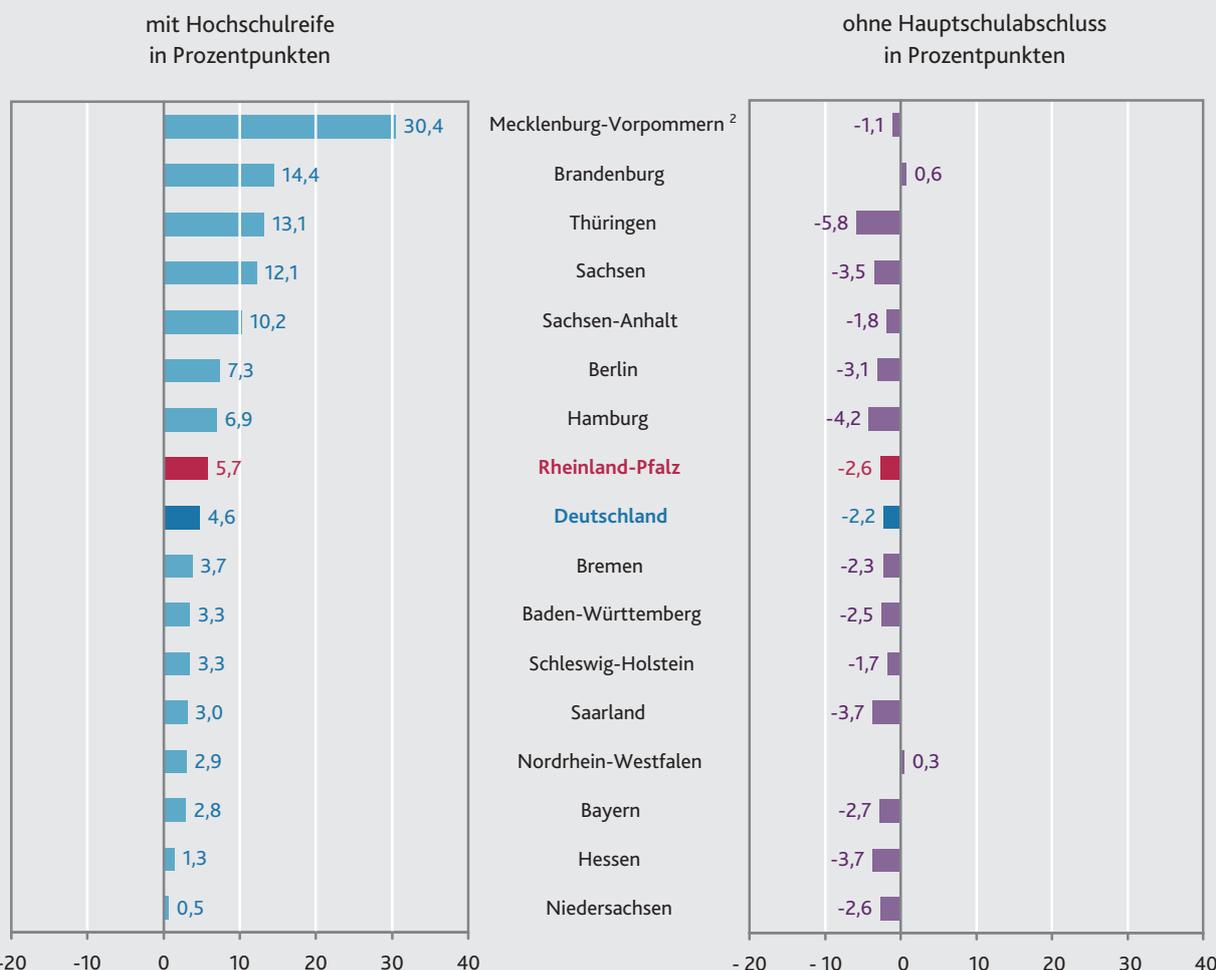
Drei von zehn Schülerinnen und Schülern erreichen die Hochschulreife

Die Zahl der Schulentlassungen – differenziert nach der Abschlussqualifikation – beschreibt das Potenzial der Ausbildungs- und Studienplatzbewerber. In Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2008 der Anteil der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen mit Fachhochschul- bzw. allgemeiner Hochschulreife 28,5 Prozent. Bundesweit lag diese Quote mit 30,2 Prozent etwas höher. Weitere 39 Prozent der Schülerinnen und Schüler erreichten in Rheinland-Pfalz den qualifizierten Sekundarabschluss I („mittlere Reife“) und 25,5 Prozent den Hauptschulabschluss. Allerdings verließen auch sieben Prozent der Jugendlichen das allgemeinbildende Schulsystem, ohne die Berufsreife erlangt zu haben.

Bei dieser Betrachtung ist jedoch zu berücksichtigen, dass ein nicht unerheblicher Teil von allgemeinbildenden Abschlüssen auch an berufsbildenden Schulen erreicht wird. In Rheinland-Pfalz legten im Jahr 2008 etwa 18 Prozent der Absolventen mit qualifiziertem Sekundarabschluss I ihre Prüfung an einer berufsbildenden Schule ab; bei den Absolventen mit Hochschulreife waren es sogar mehr als 36 Prozent.

G 4

Veränderung der Schulentlassungen¹ an allgemeinbildenden Schulen 2008 gegenüber 2000 nach Abschlussart

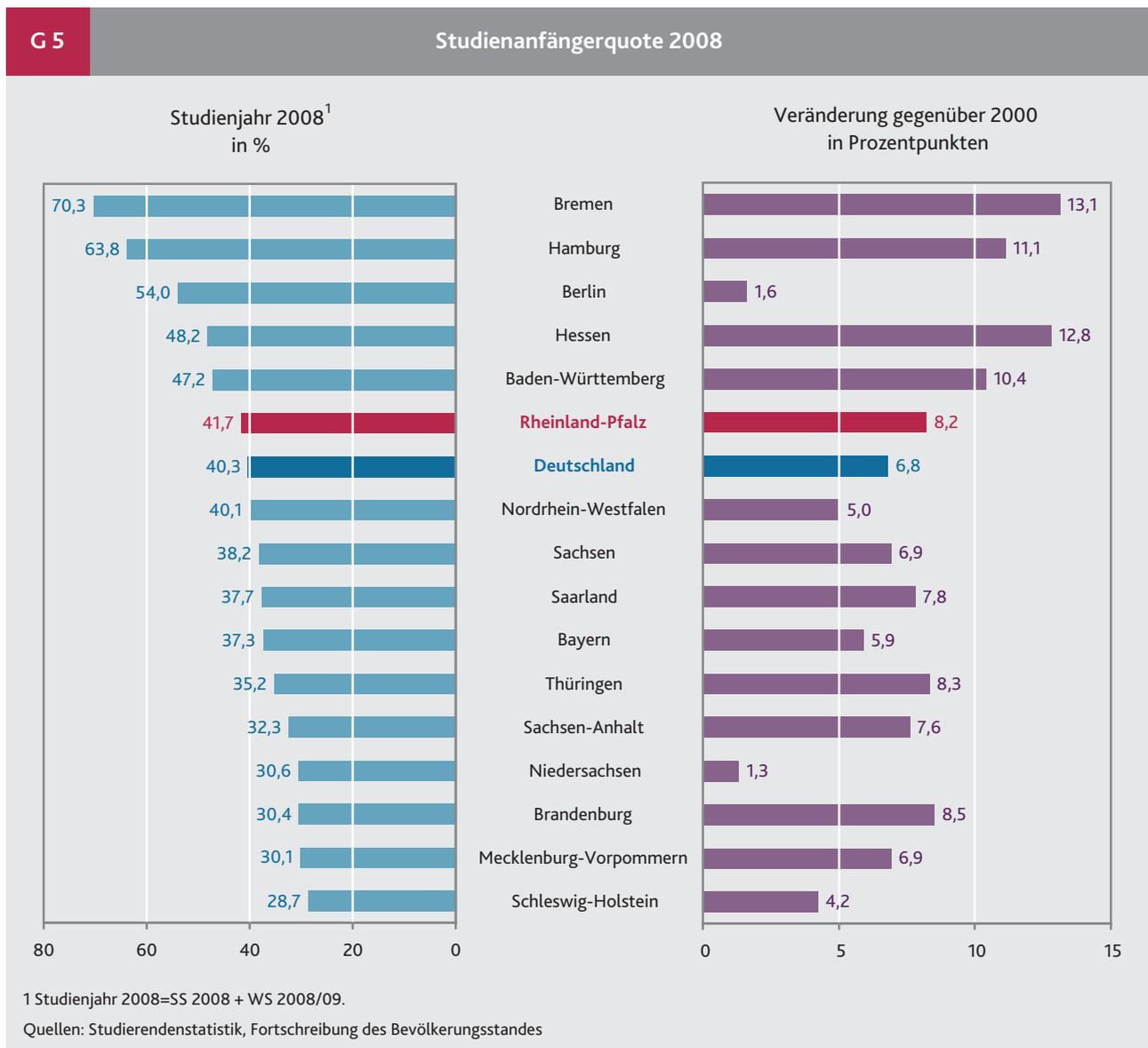


1 Ohne Nichtschülerprüfungen. – 2 Doppelter Abiturjahrgang.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Positive Entwicklung bei der Abschlussqualifikation der Schülerinnen und Schüler

Bei den Schulentlassungen nach der Abschlussqualifikation ist eine positive Entwicklung festzustellen. Der Vergleich der Schulentlassungen im Jahr 2008 mit den Abschlusszahlen des Jahres 2000 lässt einen Trend zur Höherqualifizierung erkennen. Allerdings kann die Entwicklung in einigen Ländern nach der Umstellung auf eine achtjährige Gymnasialzeit durch Doppelabiturjahrgänge überzeichnet sein.

Der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife erhöhte sich in Rheinland-Pfalz um 5,7 Prozentpunkte; bundesweit kam es zu einem Plus von 4,6 Prozentpunkten. Ebenfalls gestiegen ist der Anteil der Schulentlassungen mit qualifiziertem Sekundarabschluss I. Hier lag in Rheinland-Pfalz der Anteilswert im Jahr 2008 um 3,1 Prozentpunkte höher als im Jahr 2000. Dagegen sank der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss um 6,2 Prozentpunkte. Mit einem Anteil von 9,6 Prozent verließ im Jahr 2000 noch fast jeder zehnte Jugendliche die Schule, ohne einen Hauptschulabschluss erlangt zu haben – acht Jahre später lag der Anteilswert um 2,6 Prozentpunkte niedriger.



Anhaltender Anstieg der Studienanfängerquote

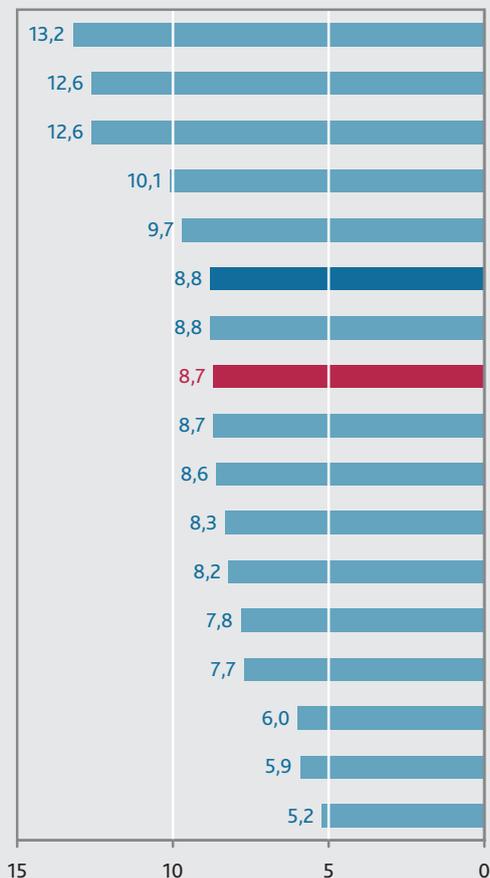
Zur Ermittlung der Studienanfängerquote eines Jahres werden die Studierenden im ersten Hochschulsemester, und zwar die des Sommer- und die des nachfolgenden Wintersemesters, im Land des Studienortes auf die Bevölkerung des entsprechenden Alters im jeweiligen Land bezogen. Die so errechnete Quote folgt einem von der OECD entwickelten Verfahren und ist ein wichtiger Indikator für die Hochschulplanung.

Für Rheinland-Pfalz ergab sich bei 20 000 Studienanfängern im Jahr 2008 eine Quote von 41,7 Prozent (Deutschland: 40,3 Prozent). Unter ihnen hatten die Frauen mit einem Anteil von 52,1 Prozent deutlich die Nase vorn. Mehr als 60 Prozent der Studierenden begannen ihre akademische Karriere an den vier Universitäten des Landes, über 35 Prozent wählten eine der acht Fachhochschulen. Gegenüber dem Studienjahr 2000 erhöhte sich die Studienanfängerquote in Rheinland-Pfalz um 8,2 Prozentpunkte.

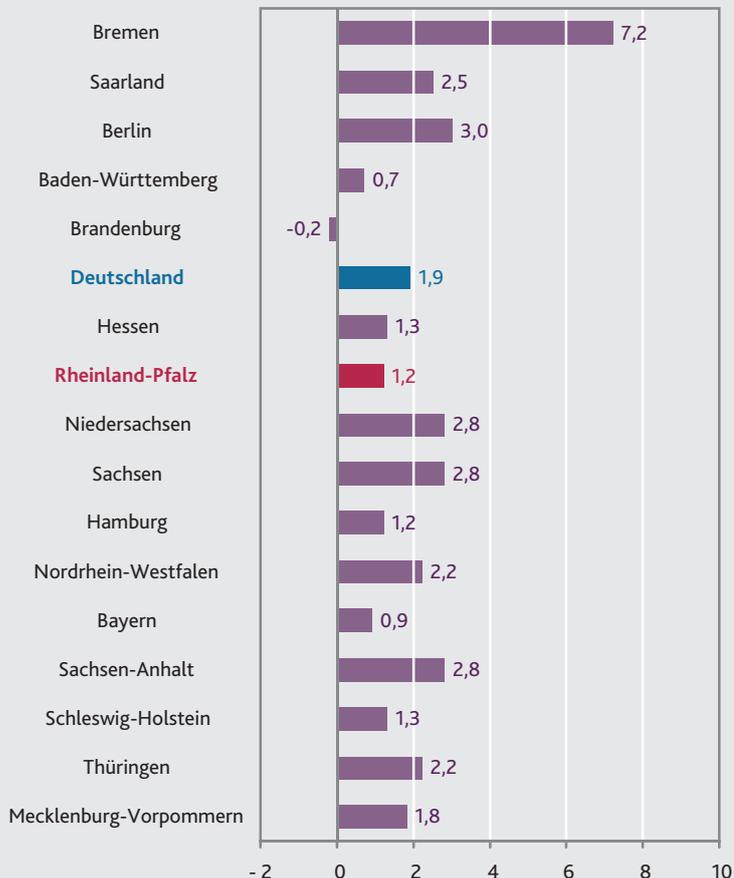
G 6

Bildungsausländer im Wintersemester 2008/09

Wintersemester 2008/09
Anteil an allen Studierenden in %



Veränderung Wintersemester 2008/09
gegenüber 2000/01
in Prozentpunkten



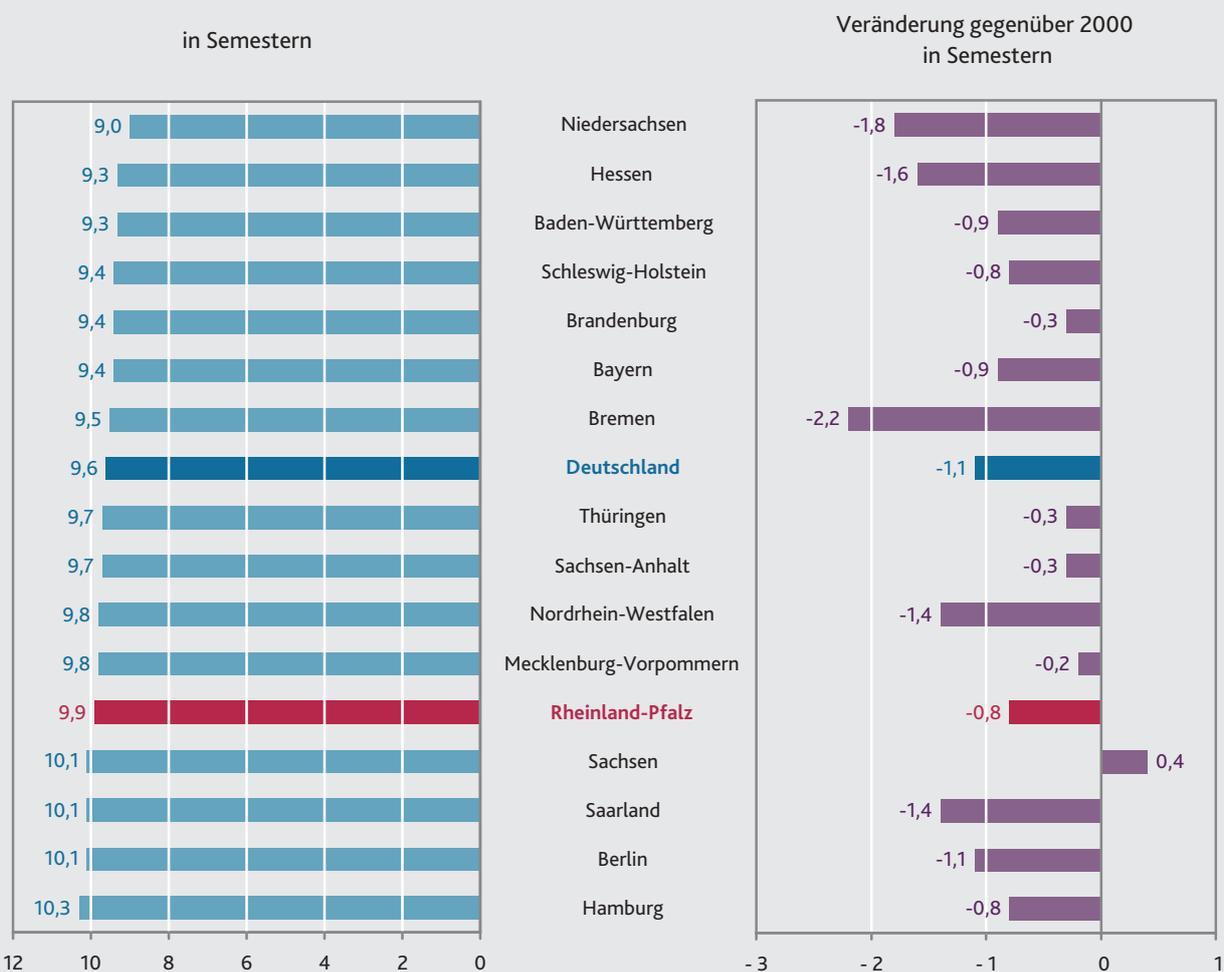
Quelle: Studierendenstatistik

Anteil der „Bildungsausländer“ weiter gestiegen

Als „Bildungsausländer“ werden die ausländischen Studierenden bezeichnet, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erlangt haben. Ihr Anteil an der Zahl aller Studierenden gibt somit einen Anhaltspunkt für die Attraktivität eines Studienlandes aus der Sicht der anderen Nationen.

Gut 9 400 der mehr als 107 000 Studierenden in Rheinland-Pfalz waren im Wintersemester 2008/09 Bildungsausländer. Ihr Anteil lag mit 8,7 Prozent knapp unter dem Bundesdurchschnitt (8,8 Prozent). Die höchsten Werte wurden in Bremen (13,2 Prozent) sowie im Saarland und in Berlin (jeweils 12,6 Prozent) ermittelt, die niedrigsten in Thüringen (5,9 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (5,2 Prozent).

Bemerkenswert ist auch die Gesamtzahl der ausländischen Studierenden an den rheinland-pfälzischen Hochschulen: Etwa 12 300 hatten eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit (11,5 Prozent).



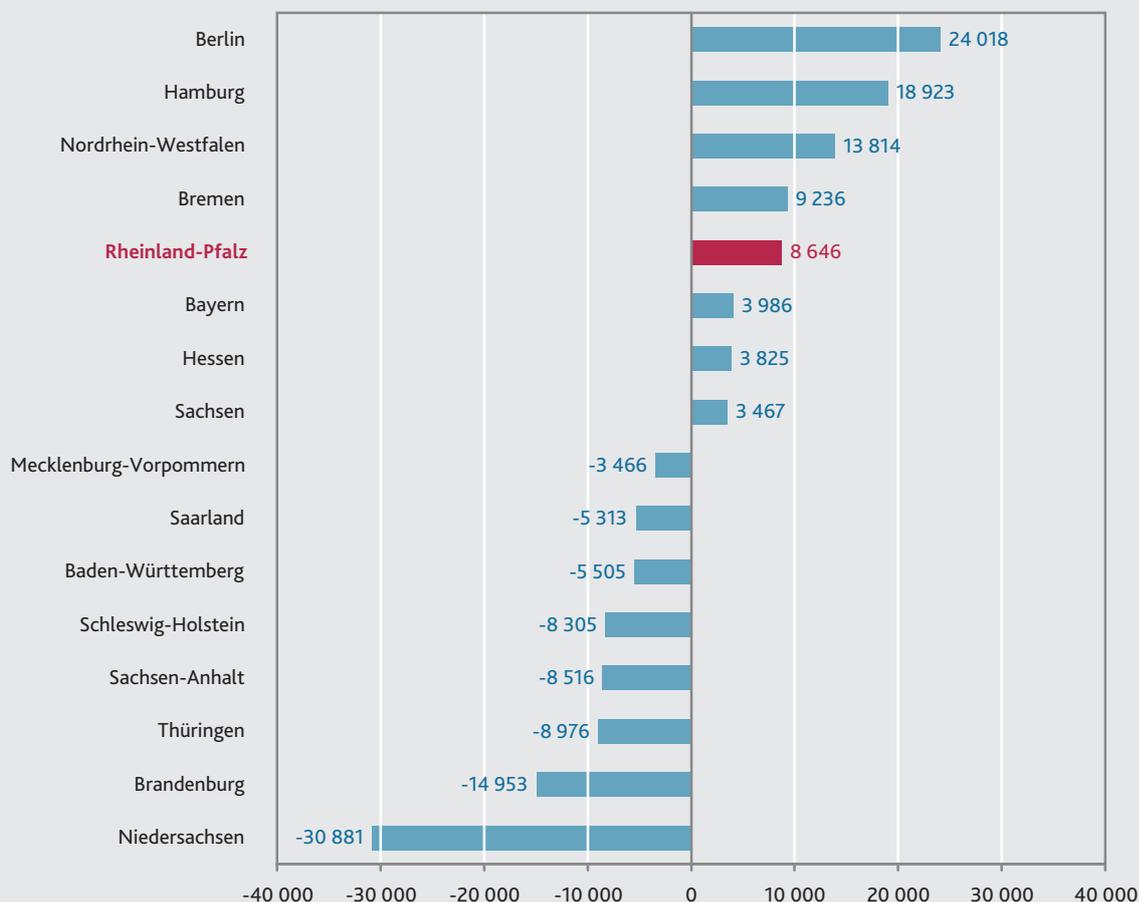
Quelle: Prüfungsstatistik

Fünf Jahre auf dem Weg zum Studienabschluss

Knapp zehn Fachsemester benötigten die deutschen Erstabsolventen an rheinland-pfälzischen Hochschulen, bis sie im Jahr 2008 die angestrebte Prüfung mit Erfolg bestanden haben. Damit liegt deren Fachstudiendauer leicht über dem Bundesdurchschnitt. Am schnellsten wurde in Niedersachsen (neun Fachsemester) sowie in Baden-Württemberg und Hessen mit jeweils 9,3 Fachsemestern studiert. Gegenüber dem Prüfungsjahr 2000 verkürzte sich in Rheinland-Pfalz die Studienzeit um fast ein Semester.

Diese Werte können allerdings auch durch den unterschiedlichen Anteil der Fachhochschulabsolventen – mit ihrer durchschnittlich kürzeren Studiendauer – im jeweiligen Studienland beeinflusst sein. In Rheinland-Pfalz betrug im Wintersemester 2008/09 der Studierendenanteil an wissenschaftlichen Hochschulen mehr als 68 Prozent. Die meisten bestandenen Abschlussprüfungen gab es 2008 in den Fächergruppen der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (39,3 Prozent) sowie der Sprach- und Kulturwissenschaften (21,8 Prozent).

G 8

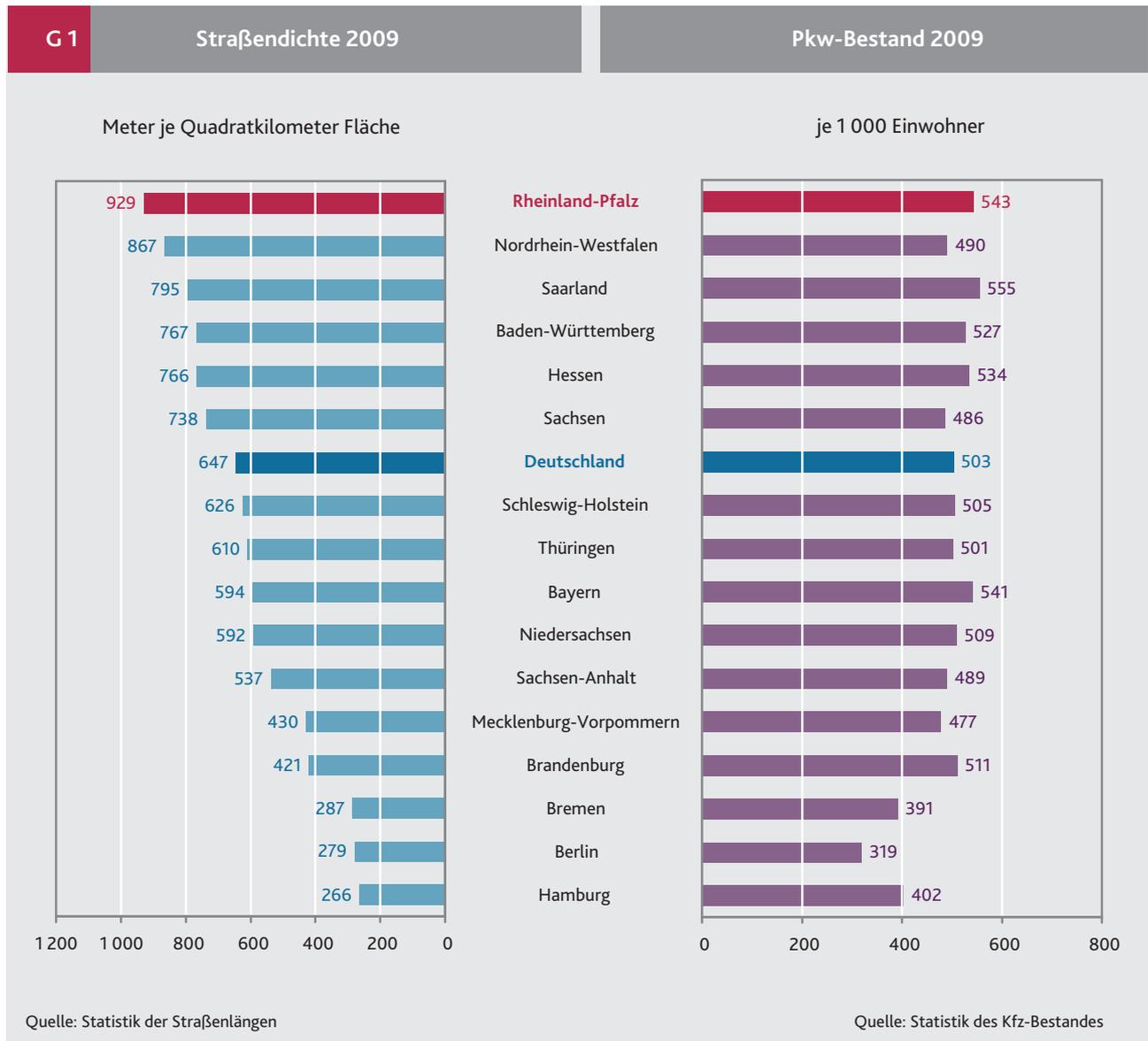
Wanderungssaldo der Studierenden
im Wintersemester 2008/09

Quelle: Studierendenstatistik

Mehr als die Hälfte der Studierenden in Rheinland-Pfalz sind keine „Landeskinder“

Im Wintersemester 2008/09 gab es an rheinland-pfälzischen Hochschulen mehr als 98 200 Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Aus der Gegenüberstellung mit den bundesweit knapp 89 600 rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, ergibt sich der Wanderungssaldo der Studierenden. Rheinland-Pfalz weist einen Zuwanderungsüberschuss von mehr als 8 600 Studierenden auf und trifft somit auch bei Studierwilligen jenseits der Landesgrenzen auf großes Interesse.

Differenziert man die Studierenden nach dem Ort des Erwerbs ihrer Hochschulzugangsberechtigung, so zeigt sich, dass 54,8 Prozent der hier Immatrikulierten aus einem anderen Bundesland oder dem Ausland stammen. Die meisten kamen aus Hessen (13,5 Prozent) sowie aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (jeweils 8,2 Prozent). Umgekehrt blieben mit 54 Prozent die meisten Rheinland-Pfälzer zum Studium im Land. Die beliebtesten Studienorte außerhalb des Landes waren die Hochschulen in Baden-Württemberg (13,4 Prozent), Nordrhein-Westfalen (12,5 Prozent) und Hessen (8,9 Prozent).



Dichtestes Straßennetz, zweithöchster Pkw-Bestand

Zur Ermittlung der Straßendichte wird die Länge der Bundesautobahnen sowie der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen zu der Größe eines Landes in Beziehung gesetzt. Rheinland-Pfalz verfügt mit 929 Metern Straße je Quadratkilometer Fläche über die höchste Straßendichte in ganz Deutschland. Dies ist primär in der geografischen Lage des Landes begründet (Nord-Süd-Schiene, Ost-West-Verbindungen). Die niedrigsten Werte werden traditionell in den Stadtstaaten erreicht.

Im Vergleich der Pkw-Bestände rangiert Rheinland-Pfalz mit 543 Pkw je 1 000 Einwohner auf Platz zwei der Länder. Nur im Saarland kommen auf 1 000 Einwohner mehr Pkw (555). Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 503 Pkw je 1 000 Einwohner. Ein Grund für die hohe Pkw-Dichte hierzulande sind die vielen Pendler. Für die meisten Berufspendler ist das Auto das wichtigste Verkehrsmittel: Gut zwei Drittel der Pendler in Deutschland fahren den überwiegenden Teil des Weges zur Arbeit mit dem Pkw.

G 2

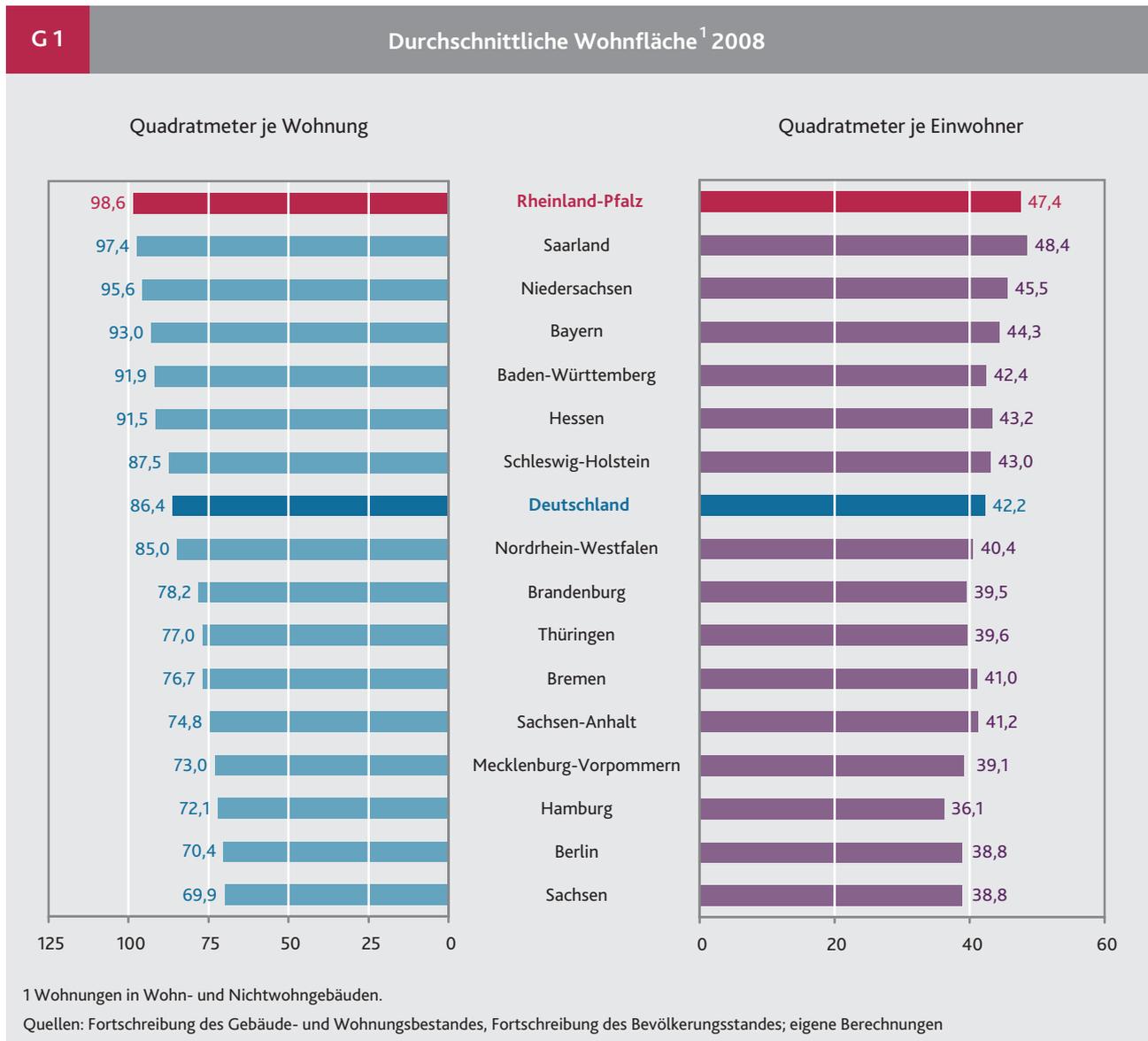
Straßenverkehrsunfälle
mit Personenschaden 2009¹Verkehrstote 2009¹

¹ Stichtag 30.06.2009. Vorläufige Daten.
Quelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Jede Minute wird ein Mensch bei einem Unfall auf deutschen Straßen verletzt

Die Polizei nahm in Rheinland-Pfalz im Jahr 2009 rund 125 000 Straßenverkehrsunfälle auf. Damit nahm die Zahl weiter ab und liegt nun bezogen auf 10 000 Einwohner bei 39. Im Ländervergleich bedeutet das Rang neun. Die wenigsten Unfälle bezogen auf 10 000 Einwohner gab es in Thüringen und Baden-Württemberg mit jeweils 33, die meisten in Bremen (48). Am stärksten sank die Zahl der Straßenverkehrsunfälle seit dem Jahr 2000 in Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern (-19 bzw. -17 je 10 000 Einwohner).

Verbesserungen der Sicherheitstechnik und des Rettungswesens führen dazu, dass auch die Zahl der Verkehrstoten rückläufig ist. Dennoch starben im Jahr 2009 noch 4 154 Menschen auf deutschen Straßen, darunter 223 Menschen in Rheinland-Pfalz. Bezogen auf 100 000 Einwohner sind das sechs Getötete und bedeutet Platz zehn unter den Bundesländern. Deutschlandweit wird jede Minute ein Mensch bei einem Unfall verletzt. Im Schnitt verunglückt alle zwei Stunden ein Verkehrsteilnehmer tödlich.



Rheinland-Pfalz bei der Versorgung mit Wohnraum an der Spitze

Die Rheinland-Pfälzer sind überdurchschnittlich gut mit Wohnraum versorgt: Mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 47 Quadratmetern je Einwohner belegt Rheinland-Pfalz den zweiten Platz hinter dem Saarland (48 Quadratmeter). Den Bürgerinnen und Bürgern stehen damit rund fünf Quadratmeter mehr Wohnraum zur Verfügung als im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig bewohnen sie die vergleichsweise größten Wohnungen. Im Durchschnitt ist hier eine Wohnung mit einer Wohnfläche von fast 99 Quadratmetern etwa zwölf Quadratmeter größer als in Deutschland insgesamt (gut 86 Quadratmeter). Im Vergleich zu 2000 stieg die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in Rheinland-Pfalz um zwei Quadratmeter. Nach wie vor ist die Wohnungsversorgung in den neuen Bundesländern unterdurchschnittlich.

Das gute Abschneiden von Rheinland-Pfalz steht im engen Zusammenhang mit der hohen Wohneigenumsquote (siehe Seite 59). Die Wohnfläche der von Eigentümern selbst genutzten Wohneinheiten (insbesondere von Eigenheimen) ist tendenziell größer als die der für die Vermietung vorgesehenen.

Anteil der Haushalte in Wohneigentum an allen Haushalten in %

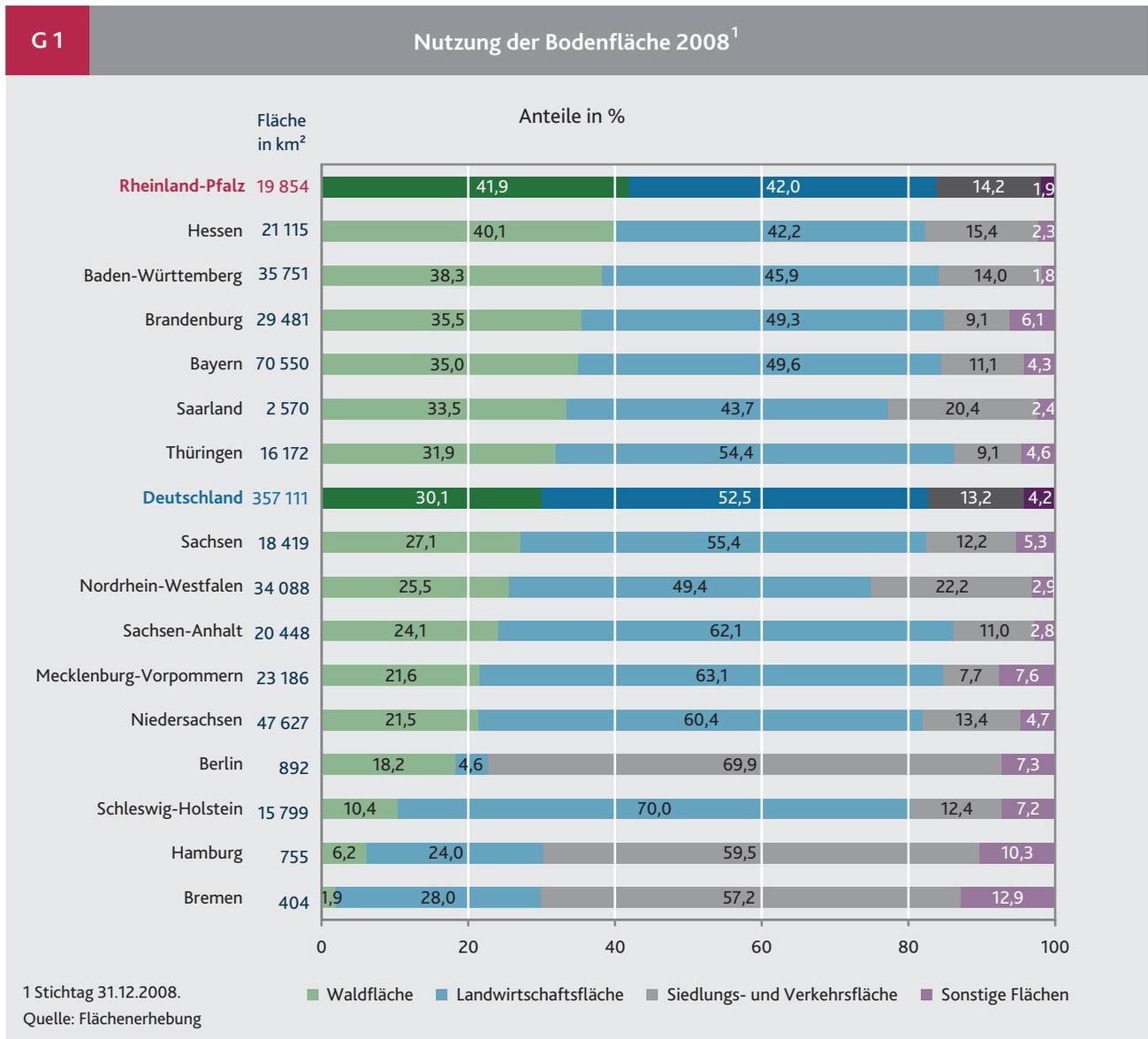


Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Mehr als die Hälfte der Haushalte wohnt in den eigenen vier Wänden

Eigentumsquoten dienen als wichtige Indikatoren für den Stand der Vermögensbildung und der Altersvorsorge in der Bevölkerung. Die hier dargestellte (haushaltsbezogene) Quote weist den Anteil der Haushalte, die in Wohneigentum leben, an der Gesamtzahl der Haushalte („Wohneigentumsquote“) aus.

Rheinland-Pfalz liegt nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 mit einer Quote von 57 Prozent nach dem Saarland (rund 60 Prozent) auf dem zweiten Rang. Bundesweit wohnten in jenem Jahr 43 Prozent der Haushalte „in den eigenen vier Wänden“. Bei den Flächenländern ist ein deutliches West-Ost-Gefälle festzustellen: Während in allen westlichen Ländern die Quote überdurchschnittlich hoch ist, ist sie in den östlichen Ländern – zum Teil deutlich – unterdurchschnittlich. Am niedrigsten ist die Wohneigentumsquote mit 16 Prozent in Berlin. Der hohe Anteil an Wohneigentum in Rheinland-Pfalz geht unter anderem auf die hier vorherrschende ländliche Siedlungsstruktur zurück: In ländlichen Räumen wird eher Wohneigentum erworben als in den Städten.



Wälder, Felder, Weinberge: Rheinland-Pfalz ist die „grüne Lunge“ Deutschlands

Rheinland-Pfalz steht mit einer Gesamtfläche von 19 854 Quadratkilometern unter allen Ländern an neunter Stelle. Der Freistaat Bayern verfügt über die größte, Bremen über die geringste Bodenfläche.

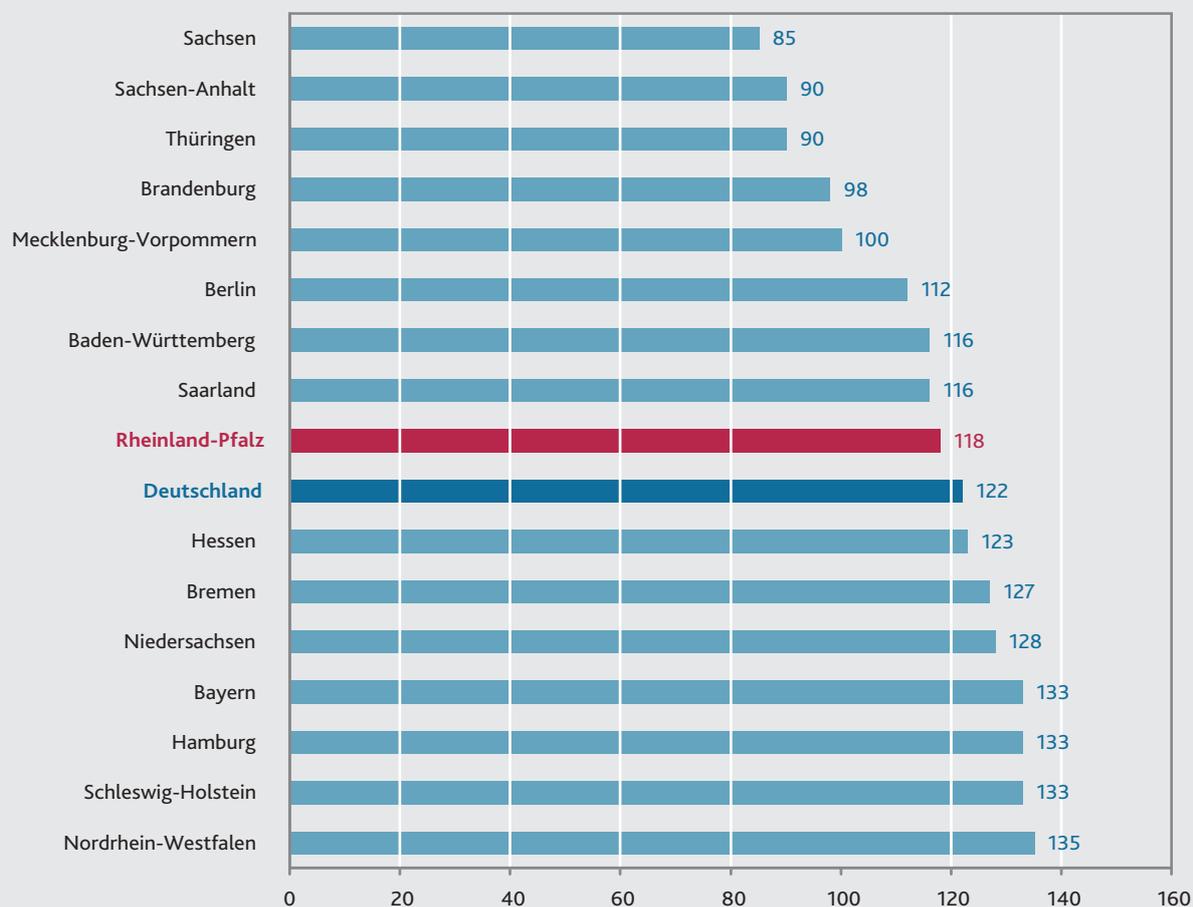
Das Land gliedert sich in zwölf kreisfreie Städte und 24 Landkreise. Mit sieben Nachbarn gibt es gemeinsame Grenzen – die längste mit Nordrhein-Westfalen (312 km), die kürzeste mit Belgien (58 km). Gegen den Uhrzeigersinn folgen Luxemburg, das Saarland, Frankreich, Baden-Württemberg und Hessen.

Von der gesamten rheinland-pfälzischen Bodenfläche sind knapp 42 Prozent mit Wald bedeckt. Damit nimmt das Land vor Hessen die Spitzenposition in Deutschland ein. Der Anteil der Landwirtschaftsfläche liegt mit 42 Prozent geringfügig höher. Hervorzuheben ist dabei die große Bedeutung des Weinbaus: Fast zwei Drittel der gesamten deutschen Rebfläche liegen in den sechs heimischen Anbaugebieten an Ahr, Mosel und Nahe, am Mittelrhein, in Rheinhessen und der Pfalz.

G 2

Wasserverbrauch privater Haushalte 2007 (einschließlich Kleingewerbe)

Liter je Einwohner am Tag

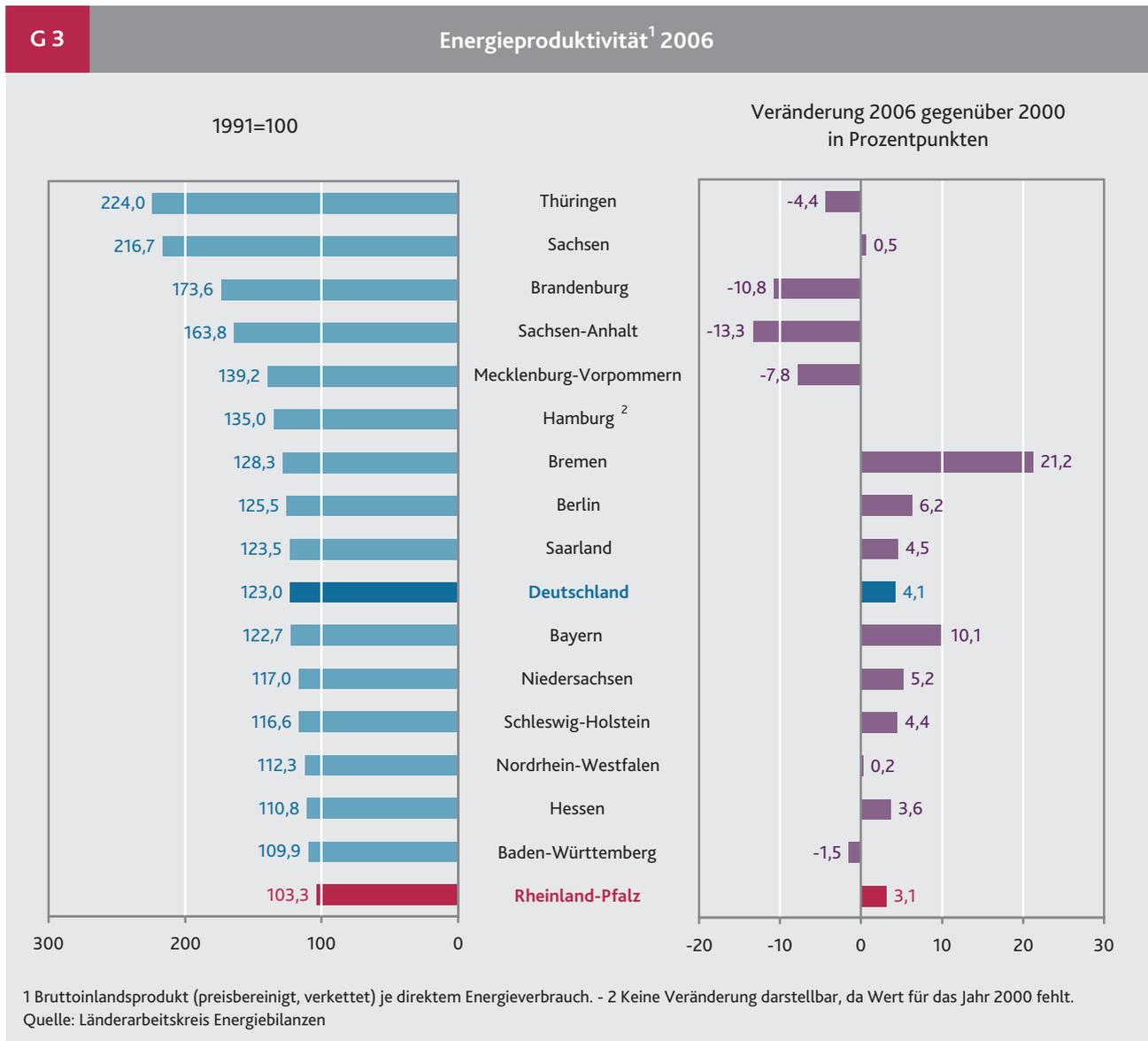


Quelle: Statistik der öffentlichen Wasserversorgung

Städter verbrauchen pro Kopf das meiste Wasser

Pro Kopf und Tag verbrauchten die Einwohner in Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 durchschnittlich 118 Liter Trinkwasser. Dies entspricht in etwa dem Inhalt einer mittelgroßen Badewanne. Damit liegt der Wasserverbrauch hierzulande um sieben Liter niedriger als bei der Erhebung im Jahr 2001 und auch um vier Liter unter dem Bundesdurchschnitt. Zwischen den Ländern sind deutliche Unterschiede zu erkennen.

Aber auch innerhalb von Rheinland-Pfalz variiert der Wasserverbrauch beträchtlich. Während für die kreisfreien Städte ein Durchschnittswert von 128 Litern errechnet wurde, waren es in den Landkreisen nur 115 Liter. Bei der Interpretation dieser Werte ist allerdings zu beachten, dass es sich um die Wasserabgabe an private Haushalte einschließlich des Kleingewerbes handelt, zu denen beispielsweise auch Friseursalons, Autowaschanlagen und Gastronomiebetriebe zählen. Da die Wasserabgabemenge (in Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 etwa 174 Millionen Kubikmeter) auf die Einwohnerzahl des versorgten Gebietes bezogen wird, ergibt sich in Tourismusregionen ein erhöhter Wert durch den zusätzlichen Wasserverbrauch der Gäste.

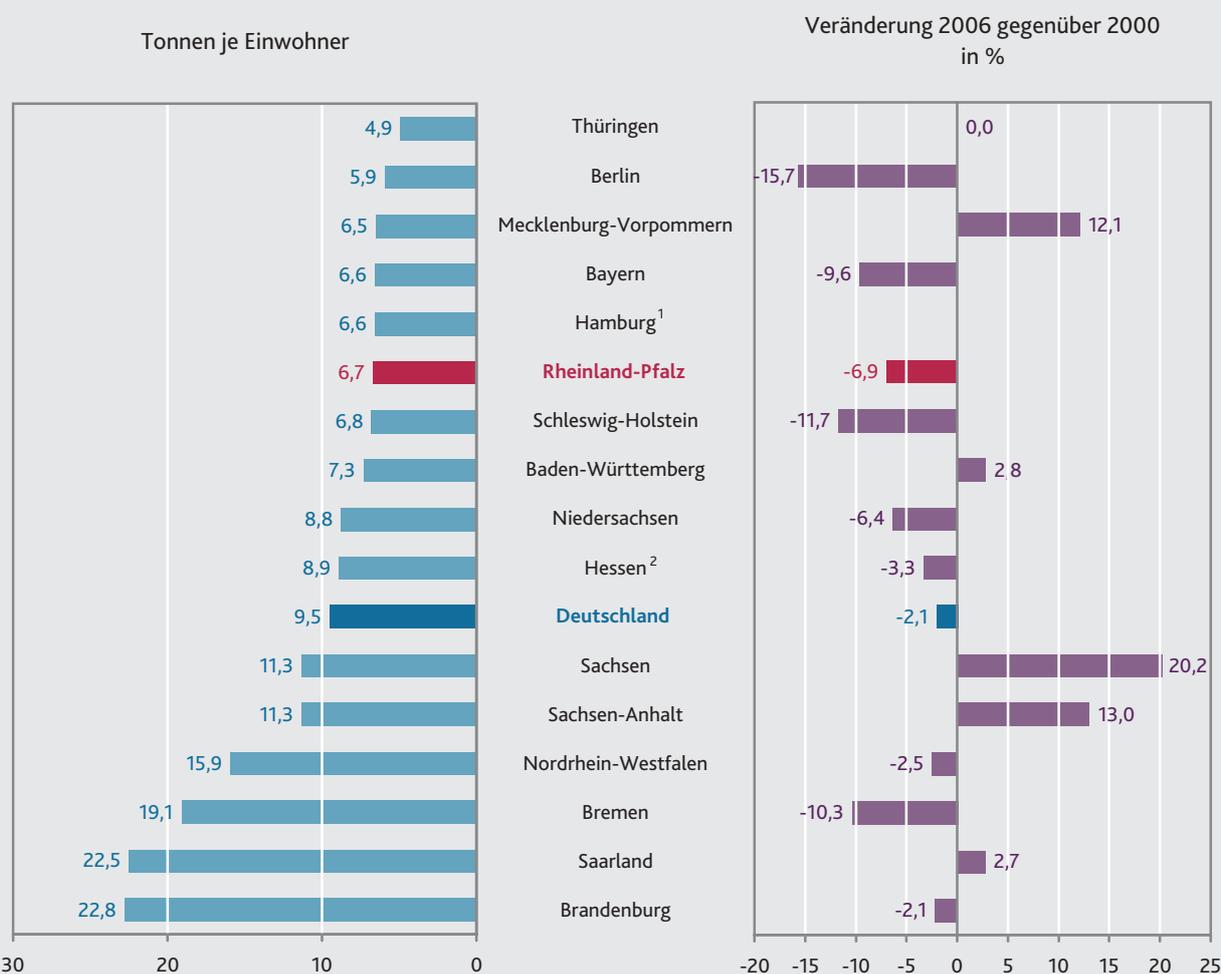


Große Bedeutung der chemischen Industrie bedingt niedrige Energieproduktivität im Land

Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität gilt als Maßstab für die Effizienz einer Volkswirtschaft im Umgang mit den Energieressourcen. Sie wird ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch.

Nach Beschluss der Umweltministerkonferenz 2007 soll die Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 verdoppelt werden. Es ist daher zu erwarten, dass dieser Indikator in den kommenden Jahren auch in den Ländern in den Mittelpunkt der Betrachtung der Energieverbrauchsentwicklung treten wird.

Die Energieproduktivität streut zwischen den Ländern erheblich. Länder mit Kohlebergbau, Stahlerzeugung, großer Bedeutung der chemischen Industrie und solche mit Nettoexport von elektrischem Strom weisen vergleichsweise niedrige Energieproduktivitätswerte auf. In Rheinland-Pfalz führt in erster Linie die herausgehobene Bedeutung der chemischen Industrie zu der geringen Energieproduktivität.



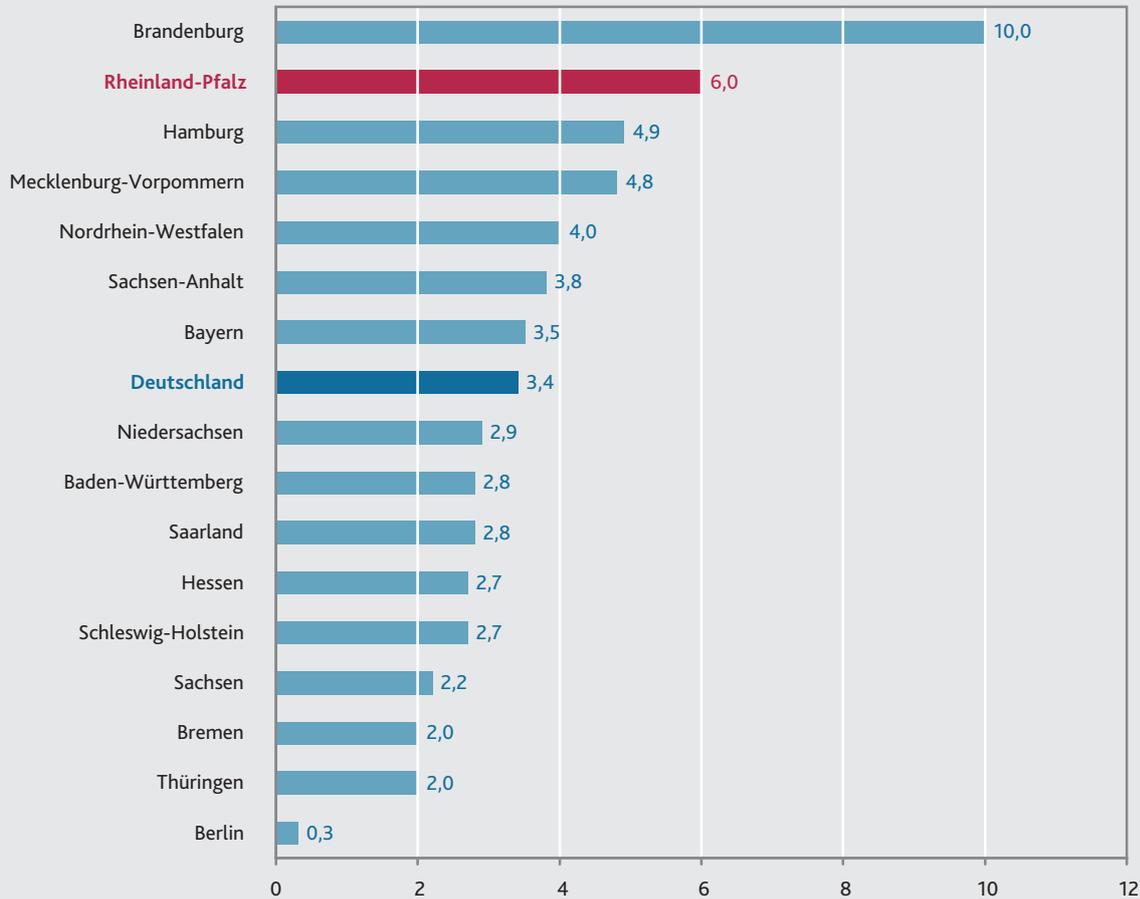
1 Hamburg: keine Veränderung darstellbar, da kein Wert für das Jahr 2000 vorhanden. – 2 Für Hessen bezieht sich die Angabe auf das Jahr 2005.
Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen

CO₂-Emission je Einwohner fällt in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich aus

Die Darstellung der energiebedingten CO₂-Emissionen erfolgt quellenbezogen und beruht auf dem Primärenergieverbrauch gemäß der Energiebilanz der Länder. Die quellenbezogene Darstellung bedeutet, dass die Emissionen am Ort der Entstehung nachgewiesen werden.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohner lagen im Jahr 2006 bundesweit bei 9,5 Tonnen. Die großen Unterschiede bei den energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohner nach Ländern werden in erster Linie durch die besondere Bedeutung der Sektoren Energieumwandlung (hauptsächlich die Stromproduktion unter Einsatz fossiler Energieträger) und verarbeitendes Gewerbe verursacht. So errechnen sich für die Länder Brandenburg und das Saarland mehr als 22 Tonnen CO₂ je Einwohner. Die niedrigsten Emissionen je Einwohner gab es in Thüringen (4,9 Tonnen je Einwohner). Rheinland-Pfalz liegt mit 6,7 Tonnen CO₂ je Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt.

Anteil an den Gesamtinvestitionen in %



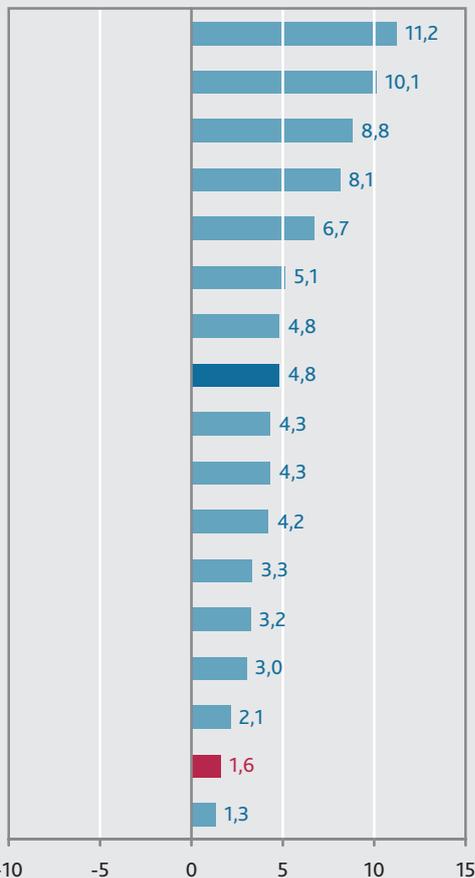
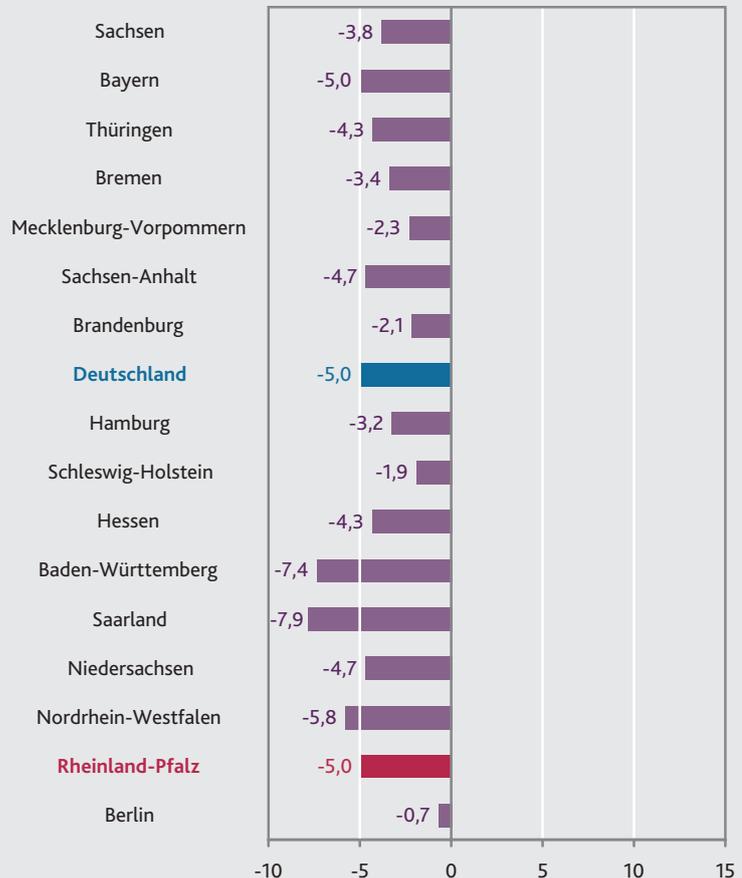
Quelle: Statistik der Umweltinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden

Umweltschutzinvestitionen hauptsächlich für Gewässerschutz und Luftreinhaltung

Im Jahr 2007 haben die rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden mehr als 152 Millionen Euro in den Umweltschutz investiert. Dies entsprach sechs Prozent der gesamten Investitionen dieser Wirtschaftsbereiche, die sich auf etwa 2,55 Milliarden Euro beliefen. Damit lag die heimische Industrie klar über dem Bundesdurchschnitt von 3,4 Prozent und rangierte hinter Brandenburg auf dem zweiten Platz aller Länder.

Die Schwerpunkte der Umweltschutzinvestitionen in Rheinland-Pfalz lagen in den Bereichen Gewässerschutz (39 Prozent) und Luftreinhaltung (34 Prozent). Die – seit dem Berichtsjahr 2006 erfassten – Investitionen für den Klimaschutz wiesen einen Anteil von 13 Prozent auf. Betrachtet man die Umweltschutzinvestitionen nach Wirtschaftszweigen, so zeigt sich, dass die chemische Industrie auch im Jahr 2007 mit 62 Prozent den Großteil der Investitionen tätigte. Mit deutlichem Abstand folgten das Metallgewerbe (acht Prozent) sowie das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (7,7 Prozent).

G 1

Bruttoinlandsprodukt¹ 2009Veränderung gegenüber 2000
in %Veränderung gegenüber 2008
in %

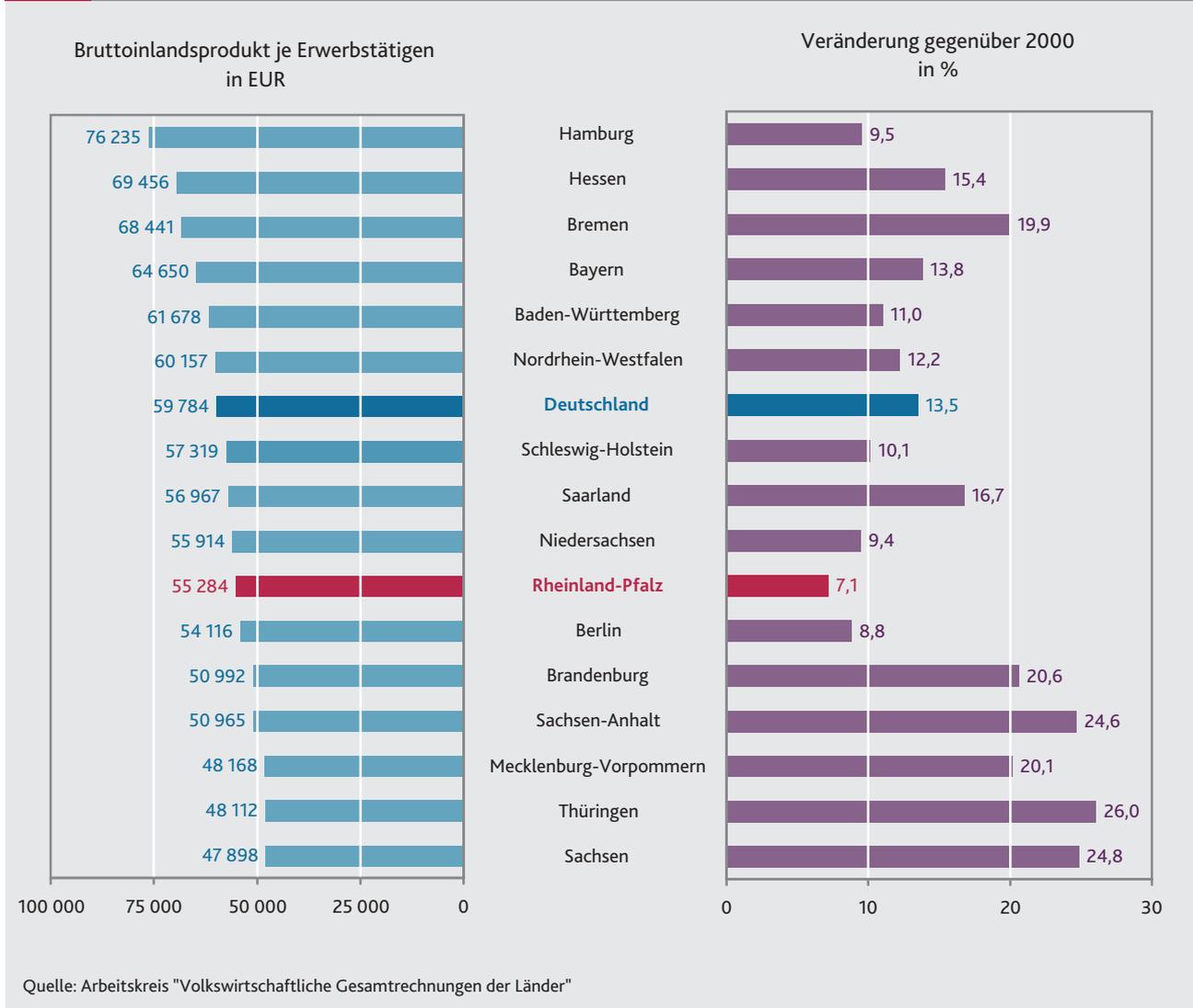
1 Preisbereinigt.

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz im Jahr 2009 um fünf Prozent gesunken

Die weltweite Wirtschaftskrise hat die rheinland-pfälzische Wirtschaft im Jahr 2009 hart getroffen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist um 5 Prozent gesunken, so stark wie noch nie zuvor. Der Rückgang entsprach dem Durchschnitt in Deutschland.

Von dem konjunkturellen Einbruch war das verarbeitende Gewerbe besonders betroffen. Die Bruttowertschöpfung in diesem Bereich ist 2009 preisbereinigt um 19 Prozent gesunken (Deutschland: -18,2 Prozent). Deutlich günstiger entwickelte sich im vergangenen Jahr dagegen das Baugewerbe. Preisbereinigt war in Rheinland-Pfalz ein Anstieg der Wertschöpfung um 1,4 Prozent festzustellen (Deutschland: -1,1 Prozent). Die preisbereinigte Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen, auf die rund 70 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung entfallen, ging mit -1 Prozent nur leicht zurück (Deutschland: -1,7 Prozent).



Arbeitsproduktivität gegenüber 2008 deutlich gesunken

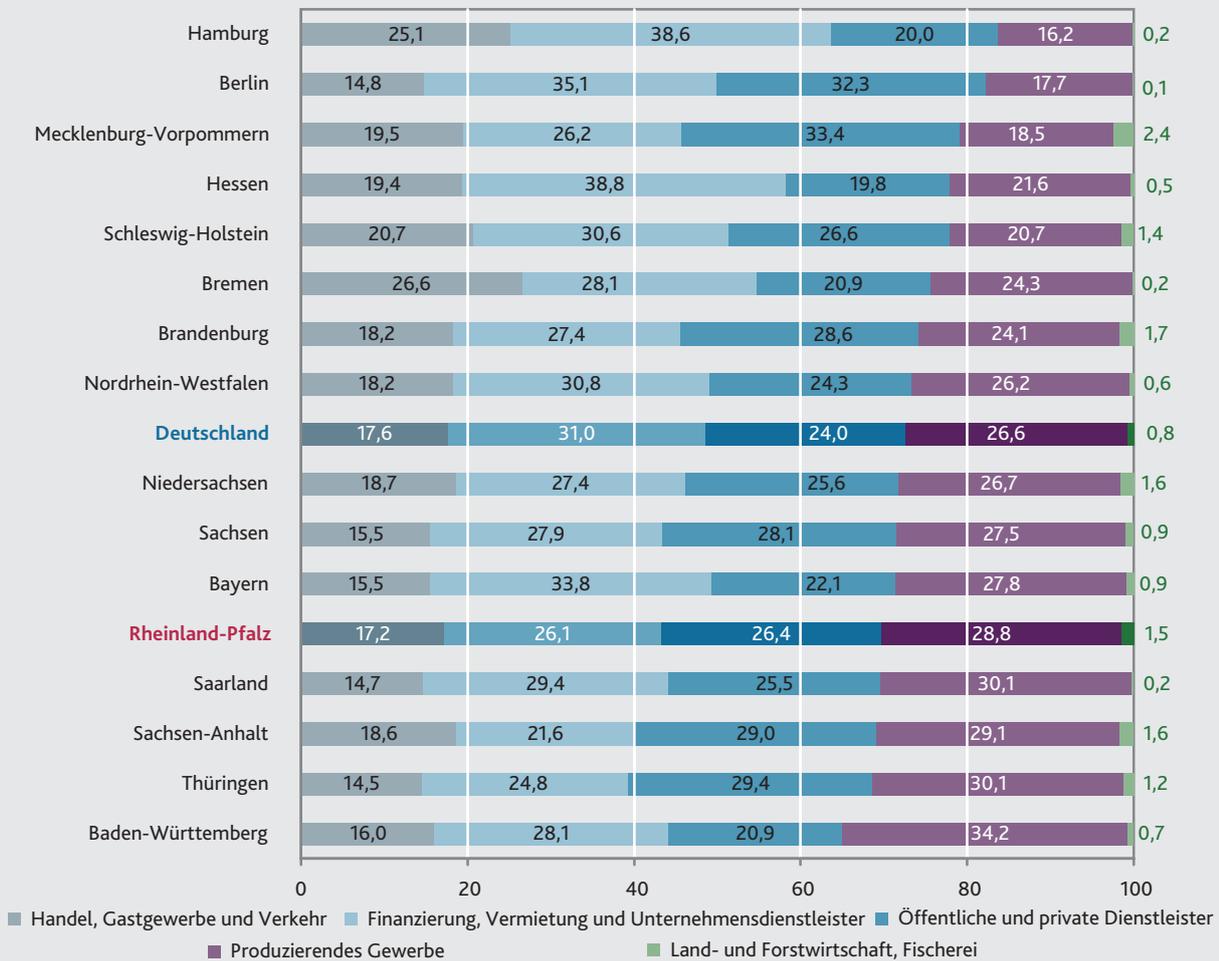
Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität. Im Jahr 2009 erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger Waren und Dienstleistungen im Wert von durchschnittlich 55 284 Euro (Deutschland: 59 784 Euro). Damit sank die Arbeitsproduktivität in jeweiligen Preisen im Vergleich zum Vorjahr in Rheinland-Pfalz wie in Deutschland um 3,5 Prozent. Maßgeblich beeinflusst wurde dieser starke Rückgang durch die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe, hier lag der Pro-Kopf-Wert in Rheinland-Pfalz mit 56 070 Euro rund 12 300 Euro niedriger als im Vorjahr (-18%).

Seit 2000 erhöhte sich die Produktivität der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz um 7,1 Prozent (Deutschland: +13,5 Prozent). Der Deutschlandwert wird allerdings wesentlich von den neuen Bundesländern beeinflusst, die allesamt den Durchschnitt übertreffen.

G 3

Bruttowertschöpfung 2009 nach Sektoren

Anteile in %

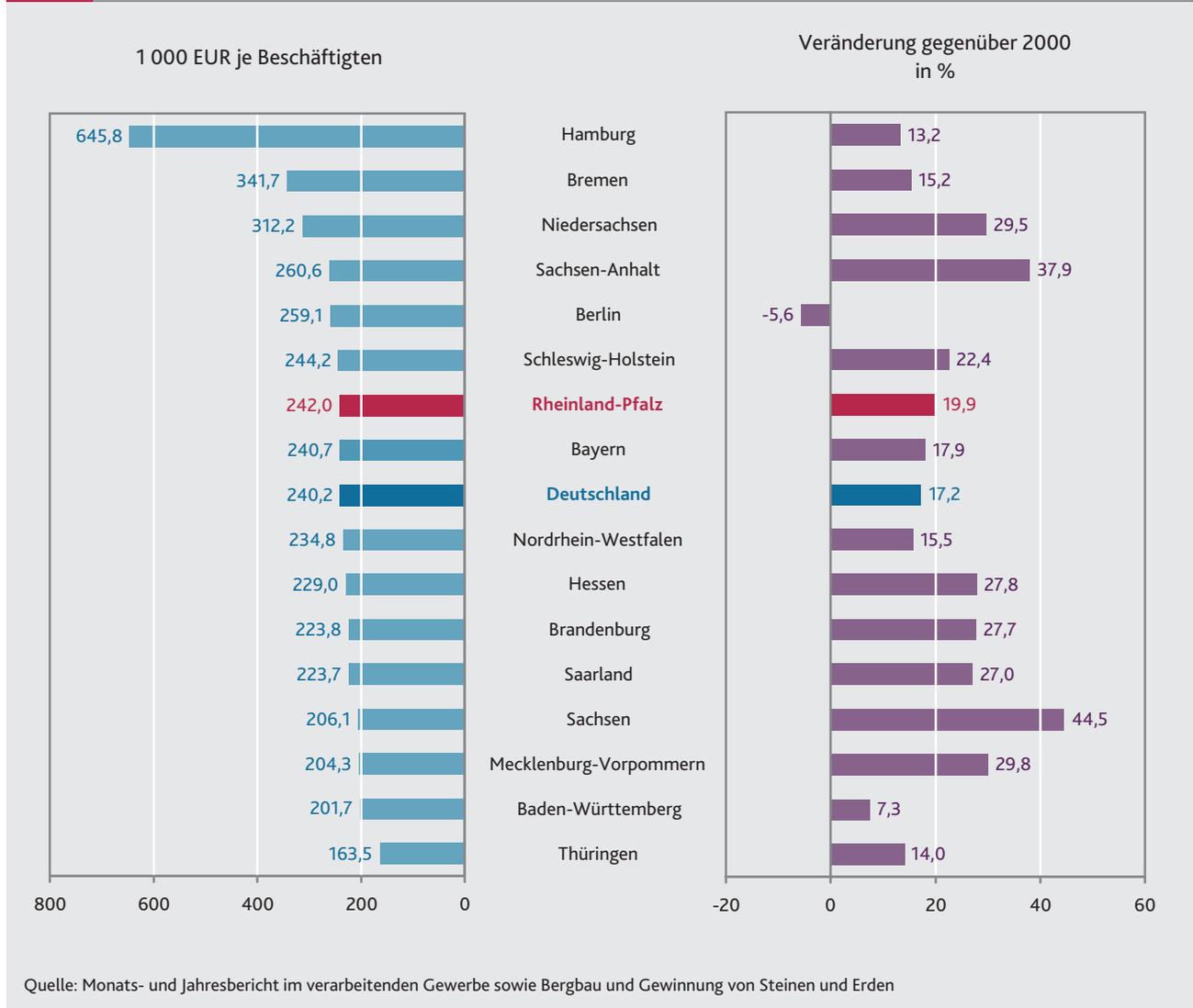


Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Dienstleistungsbereiche dominieren

Im vergangenen Jahr ist die Bedeutung der Dienstleistungsbereiche weiter gestiegen. Während der Anteil des produzierenden Gewerbes um 3,6 Prozentpunkte sank, hat das Gewicht des Dienstleistungssektors um 3,6 Prozentpunkte zugenommen. Die Dienstleister tragen inzwischen rund 70 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz bei. Die meisten Bundesländer weisen allerdings höhere Anteilswerte auf, sodass der Durchschnittswert für Deutschland bei 73 Prozent liegt.

In Rheinland-Pfalz hat das produzierende Gewerbe immer noch einen relativ hohen Anteil an der Wertschöpfung. Er lag 2009 bei 28,8 Prozent. Rheinland-Pfalz nimmt damit unter den Bundesländern hinter Baden-Württemberg, dem Saarland, Thüringen und Sachsen-Anhalt den fünften Platz ein (Deutschland: 26,6 Prozent). Der Wertschöpfungsanteil der Land- und Forstwirtschaft liegt in Rheinland-Pfalz nur noch bei 1,5 Prozent (Deutschland: 0,8 Prozent).



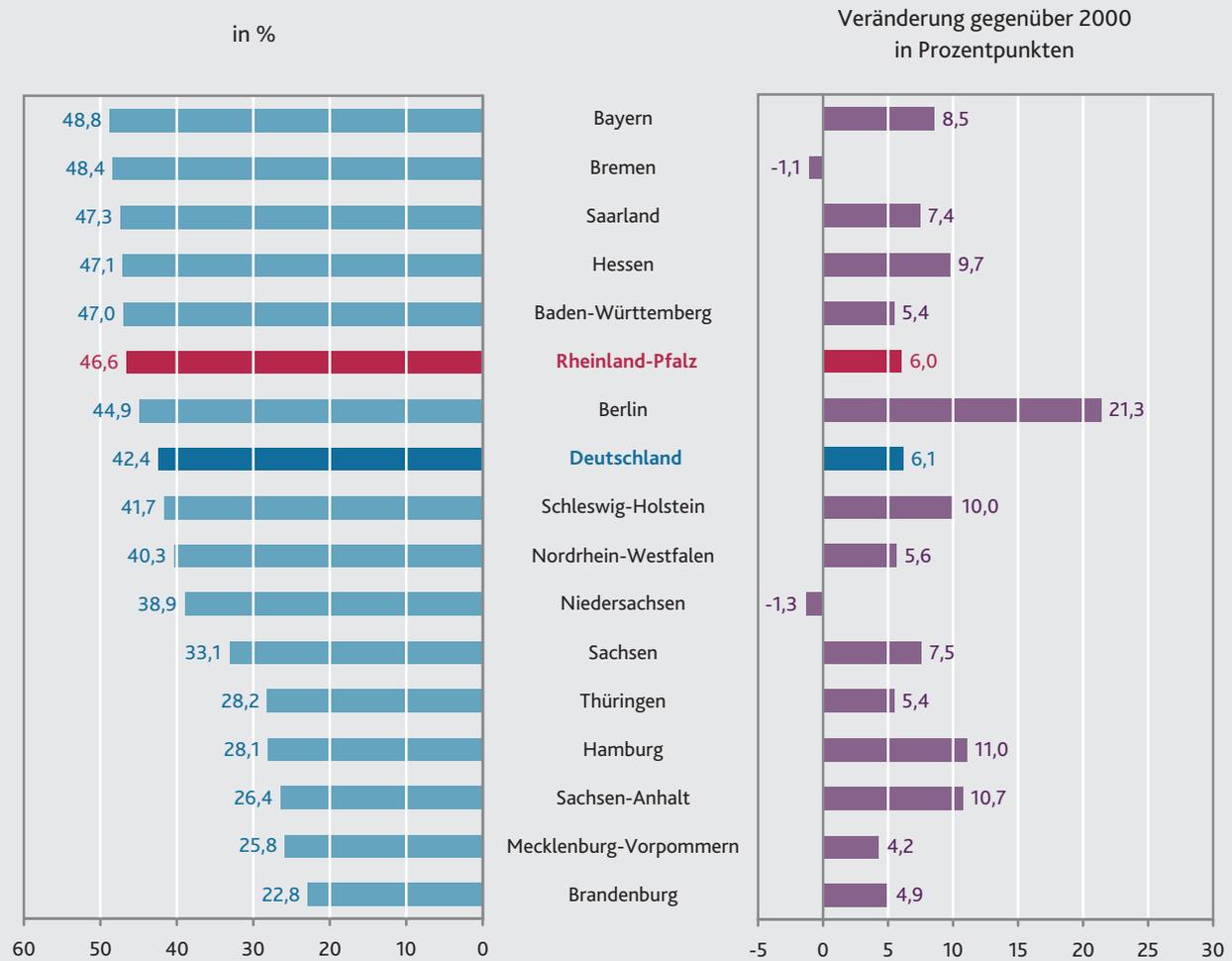
Umsatz je Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe leicht über dem Durchschnitt

Der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz lag 2009 bei rund 242 000 Euro je Beschäftigten und damit geringfügig über dem Bundesdurchschnitt. Das Land belegte damit den siebten Rang unter den Bundesländern. Auffallend ist die Spitzenstellung Hamburgs. Dies ist unter anderem auf die in der Hansestadt ansässigen umsatzstarken Unternehmen der Mineralölverarbeitung (bei gleichzeitig verhältnismäßig niedriger Beschäftigtenzahl) zurückzuführen.

Gegenüber dem Vorjahr sank der Umsatz je Beschäftigten in Rheinland-Pfalz – als Folge der Wirtschaftskrise – um gut 48 000 Euro bzw. 16,6 Prozent (Bundesschnitt: –16 Prozent). Im Vergleich zum Jahr 2000 ist trotz dieses starken Rückgangs ein Umsatzwachstum in Rheinland-Pfalz um rund 40 000 Euro festzustellen. Damit lag der Zuwachs mit +19,9 Prozent über dem Bundesschnitt (17,2 Prozent).

G 5

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe 2009

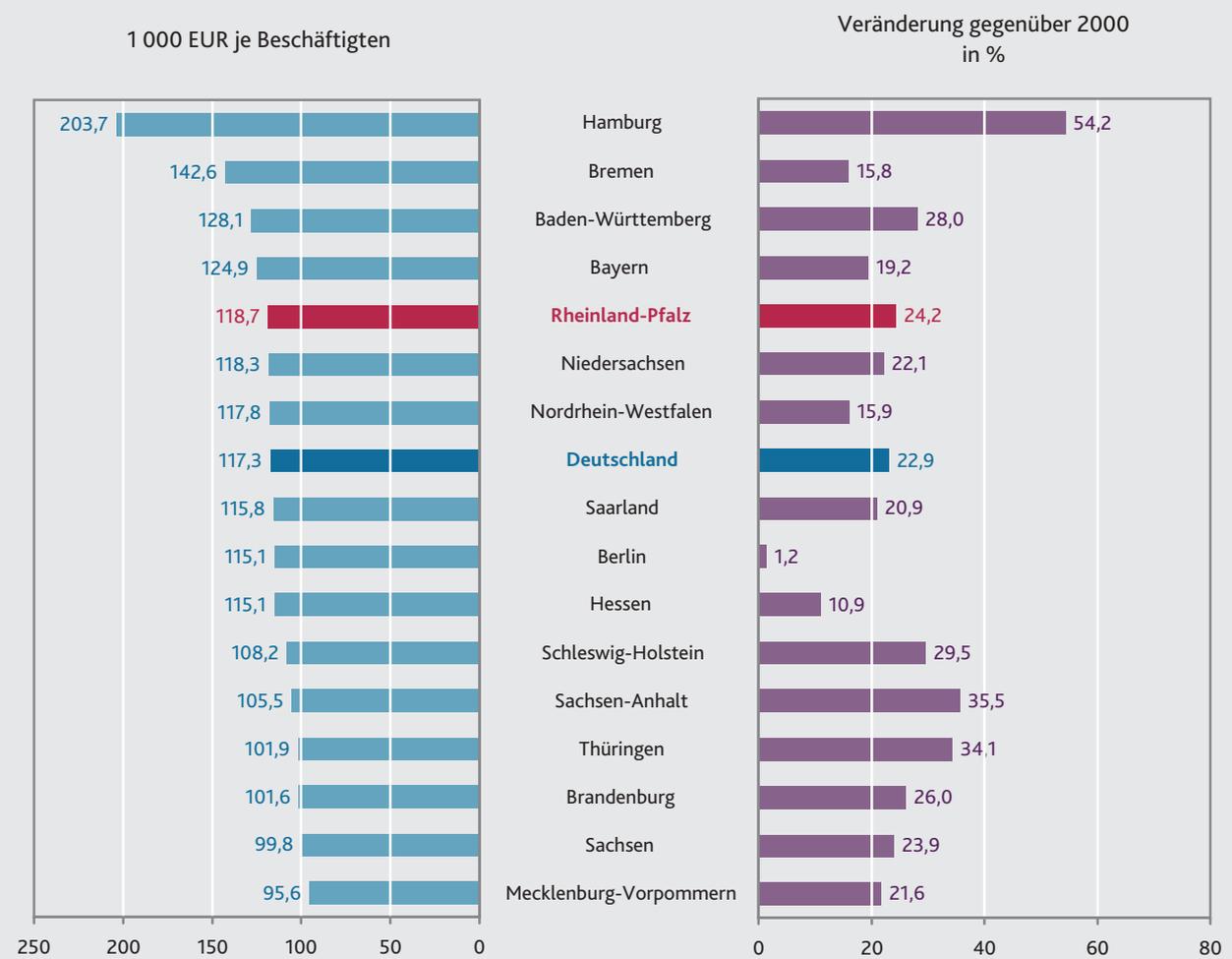


Quelle: Monats- und Jahresbericht im verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Auslandsgeschäft macht fast die Hälfte des Industrieumsatzes aus

Der Außenhandel hat für das rheinland-pfälzische verarbeitende Gewerbe eine hohe Bedeutung. Im Jahr 2009 entfielen 46,6 Prozent des Umsatzes auf Geschäfte mit im Ausland ansässigen Kunden. Damit wurde der Bundesdurchschnitt (42,4 Prozent) deutlich übertroffen. Rheinland-Pfalz lag an sechster Stelle. Der bisherige Höchstwert von fast 50 Prozent war im Jahr 2007 verzeichnet worden.

Im vergangenen Jahr ist der Auslandsumsatz mit $-21,9$ Prozent deutlich stärker eingebrochen als der Inlandsumsatz mit $-16,6$ Prozent. Dadurch ist die Exportquote um 1,6 Prozentpunkte gesunken (Deutschland: -1 Prozentpunkte). Ausgehend vom Niveau des Jahres 2000 ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz bis 2009 mit $+6$ Prozentpunkten etwa gleich stark wie im Bundesdurchschnitt ($+6,1$ Prozentpunkte) gestiegen.



Quelle: Monatsbericht im Bauhauptgewerbe

Überdurchschnittliche Entwicklung im Bauhauptgewerbe

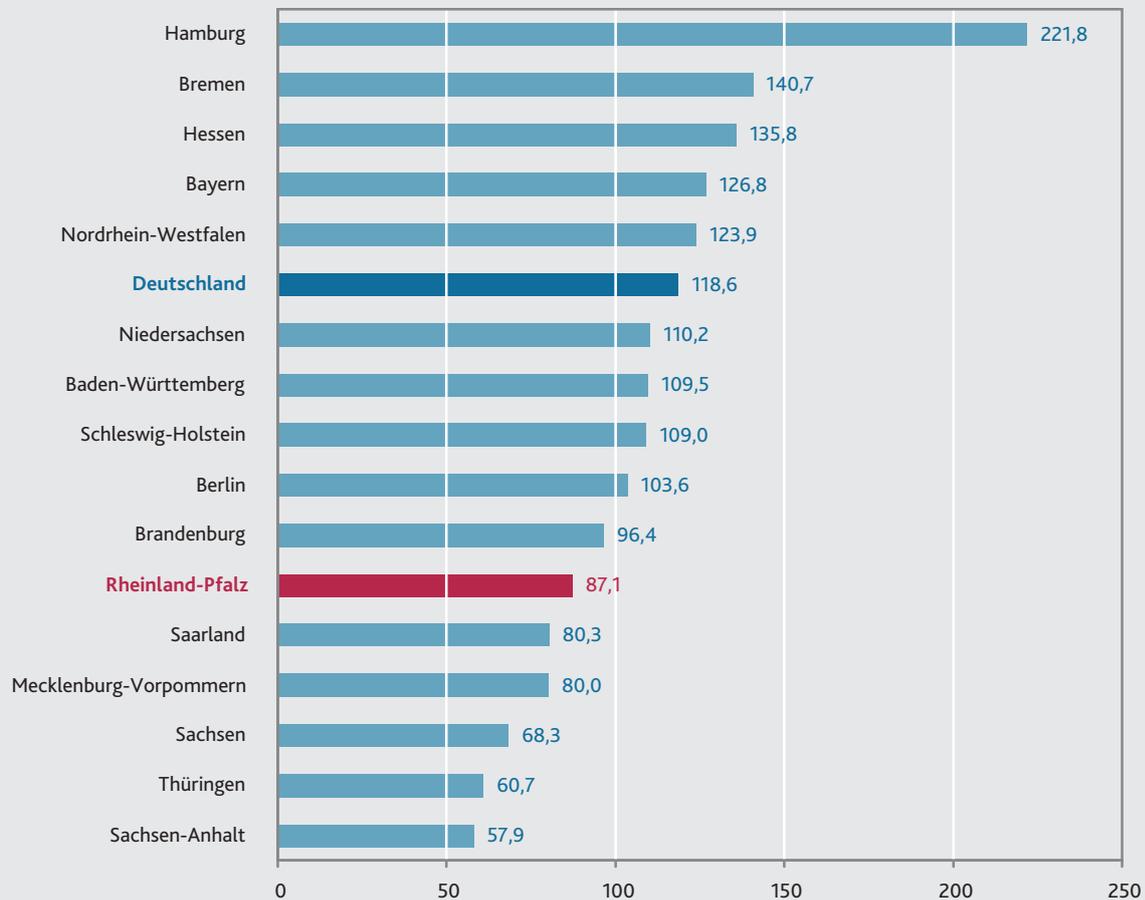
Beim Umsatz je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe zeigt sich eine große Spannweite zwischen den Ländern. Die höchsten Werte sind für die Stadtstaaten Hamburg und Bremen zu verzeichnen, am unteren Ende der Rangfolge befinden sich die neuen Bundesländer. Rheinland-Pfalz liegt nach Bayern und Baden-Württemberg mit knapp 119 000 Euro an fünfter Stelle.

Im vergangenen Jahr ist der Umsatz je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe gesunken, in Rheinland-Pfalz mit –2,5 Prozent jedoch weniger stark als im Bundesdurchschnitt (–3,9 Prozent). Im mittelfristigen Vergleich seit dem Jahr 2000 ist ein Umsatzwachstum in Rheinland-Pfalz um rund 23 000 Euro festzustellen. Damit lag der Zuwachs mit +24,2 Prozent geringfügig über dem Bundesschnitt (+22,9 Prozent).

G 7

Umsatz in den Dienstleistungsbereichen¹ 2007

1 000 EUR je Beschäftigten



¹ Wirtschaftsabschnitte I und K der WZ 2003.

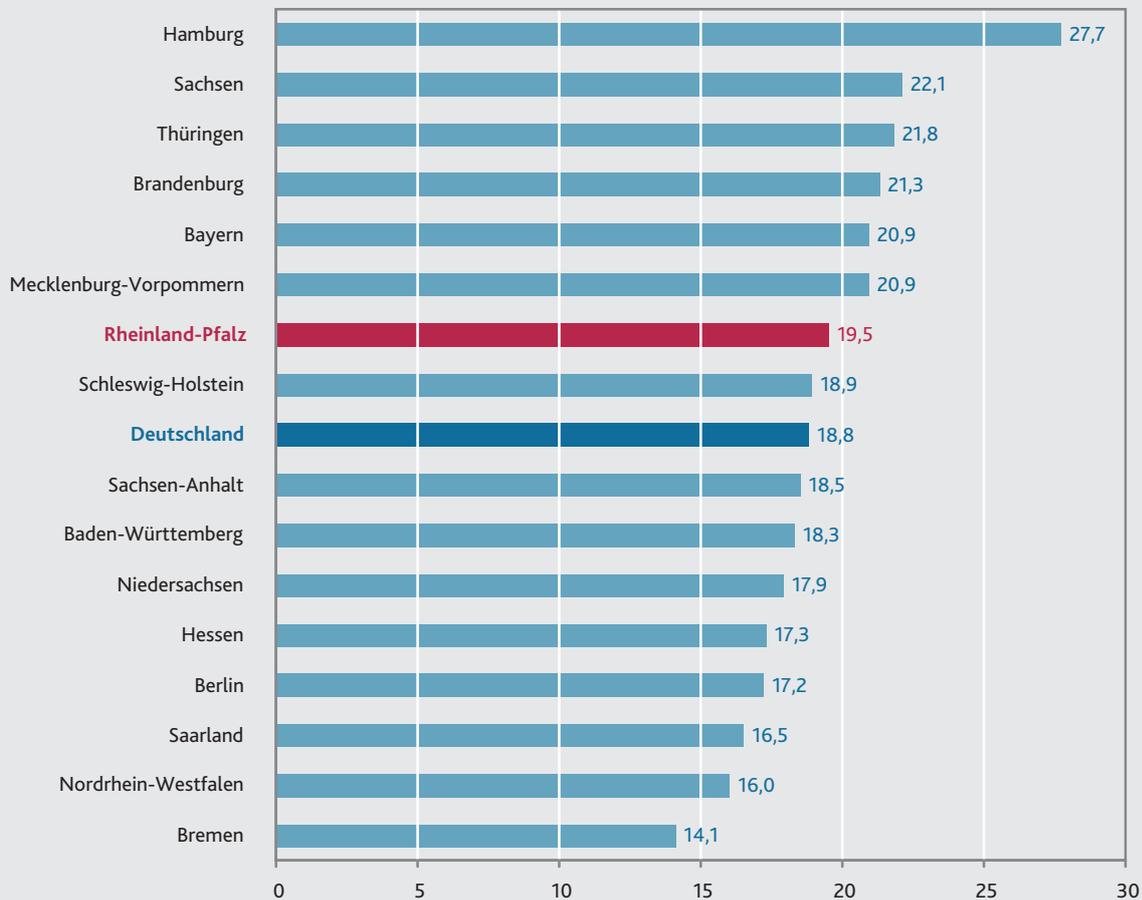
Quelle: Dienstleistungsstatistik

Umsatz je Beschäftigten im Dienstleistungsbereich unter dem Durchschnitt

In der jährlich durchgeführten Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich werden die beiden wichtigen Abschnitte „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ sowie „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Unternehmensdienstleistungen“ erfasst. In diesen beiden Wirtschaftsbereichen lag der Umsatz je Beschäftigten in Rheinland-Pfalz 2007 bei gut 87 000 Euro und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (118 600 Euro). Gegenüber dem Vorjahr stieg der Umsatz je Beschäftigten in dem zusammengefassten Bereich in Rheinland-Pfalz um 1,6 Prozent (Bundeschnitt: +0,9 Prozent).

Im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ war der Pro-Kopf-Wert mit 120 000 Euro (Deutschland: 163 300 Euro) deutlich höher als in dem heterogenen Bereich unternehmensnaher Dienstleistungen mit knapp 73 000 Euro (Deutschland: 99 700 Euro).

Anteil am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in %



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Bruttoanlageinvestitionen machten ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts aus

Rund 20,8 Milliarden Euro wurden im Jahr 2007 in Rheinland-Pfalz in neue Sachanlagen investiert. Das waren 4,4 Prozent der gesamtdeutschen Investitionen. Unter Berücksichtigung des Saldos aus Käufen und Verkäufen gebrauchter Anlagen machten die gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen 19,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Damit lag Rheinland-Pfalz an dritter Stelle unter den alten Bundesländern. Im Bundesdurchschnitt betrug die Investitionsquote 18,8 Prozent.

Der größte Teil der Investitionen fließt in neue Bauten. Im Jahr 2007 waren es in Rheinland-Pfalz gut 13 Milliarden Euro, also knapp 63 Prozent der gesamten Ausgaben für neue Anlagen (Deutschland: 49 Prozent). Neben den Investitionen in Nichtwohngebäude sind hier auch die gesamten Investitionen in Wohngebäude enthalten. Für neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen wurden knapp 7,8 Milliarden Euro ausgegeben. Dazu gehören zum Beispiel Maschinen und Fahrzeuge, aber auch Computerprogramme.

G 9

Gewerbeanmeldungen 2009

Insolvenzen 2009



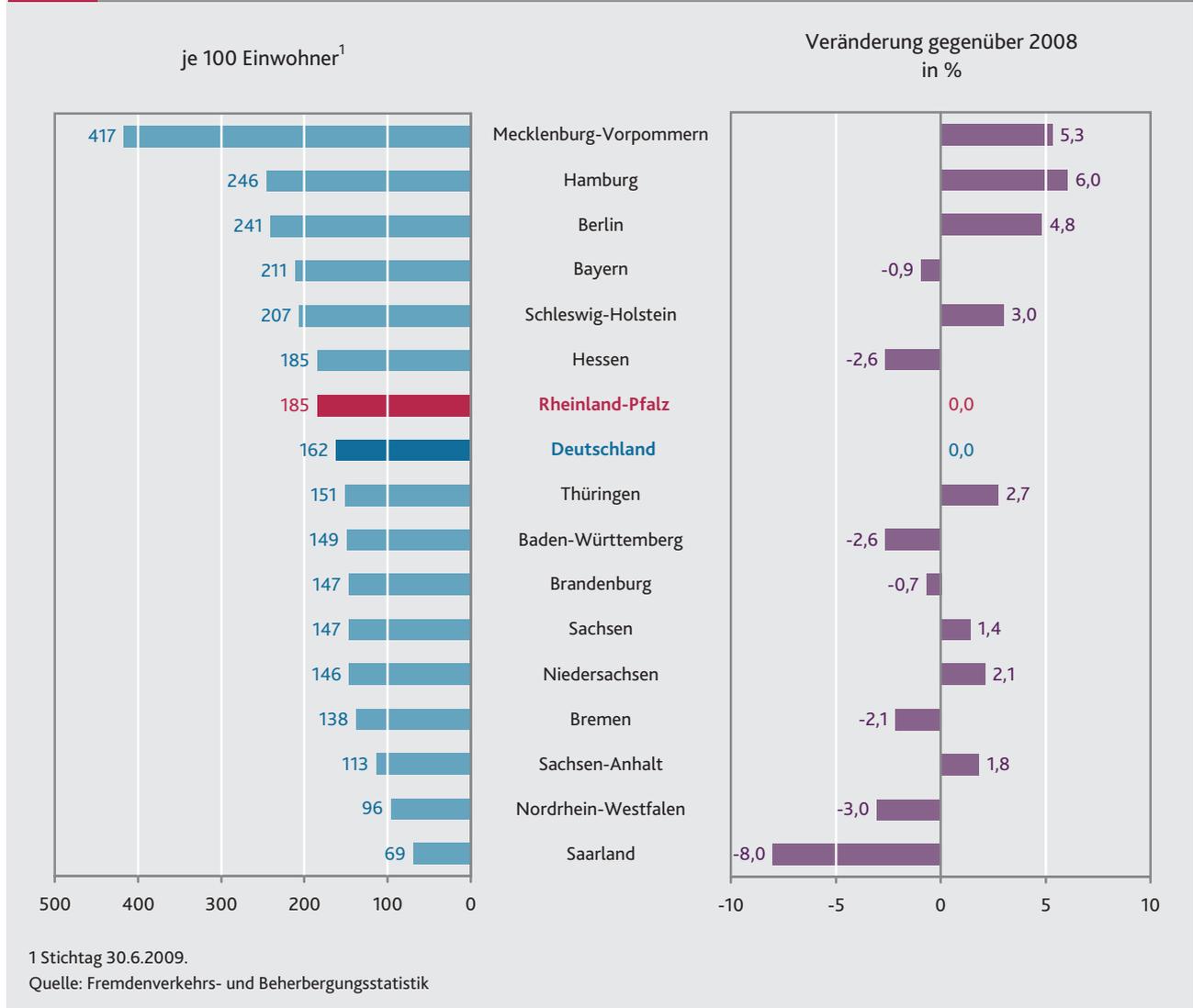
¹ Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Gewerbeanzeigenstatistik, Insolvenzstatistik

Mehr Gewerbeanmeldungen, aber auch mehr Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2009

Mit 42 200 Anmeldungen im Jahr 2009 entfielen 4,9 Prozent der deutschen Gewerbeanmeldungen auf Rheinland-Pfalz. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Anmeldungen in Rheinland-Pfalz um 1 500 gestiegen, damit entspricht die Zunahme dem bundesweiten Anstieg von 3,7 Prozent. Mit 105 Anmeldungen je 10 000 Einwohner lag die Quote etwa im Bundesdurchschnitt.

Von Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit waren im vergangenen Jahr insgesamt 1 382 rheinland-pfälzische Unternehmen betroffen, das waren 4,2 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen in Deutschland. Gegenüber 2008 war ein Anstieg um 103 Fälle zu verzeichnen (+8,1 Prozent). Bundesweit ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 11,6 Prozent auf knapp 32 700 gestiegen. Die Insolvenzquote – die Anzahl der Insolvenzfälle je 10 000 aktive Unternehmen – lag in Rheinland-Pfalz mit 88 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (103).



Gastfreundliches Rheinland-Pfalz – ein attraktiver Tourismusstandort

Der Tourismus stellt in Rheinland-Pfalz einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Ohne die Privatquartiere und Kleinbetriebe mit weniger als neun Betten, die zwar in Rheinland-Pfalz, aber nicht bundesweit erfasst werden, wurden 2009 insgesamt über 7,4 Millionen Gäste gezählt. Das waren genauso viele wie im Vorjahr. Bundesweit sank die Zahl der Übernachtungsgäste um 0,1 Prozent.

Mit 185 Gästen je 100 Einwohner lag das Land bei den Beherbergungszahlen im Jahr 2009 an sechster Stelle unter den sechzehn Bundesländern. Der Bundesdurchschnitt war mit 162 Gästen je 100 Einwohner deutlich niedriger. Spitzenreiter ist mit großem Abstand Mecklenburg-Vorpommern mit 417 Gästen je 100 Einwohner. Seit 2000 ist die Gästequote (bezogen auf 100 Einwohner) in Rheinland-Pfalz absolut um zwölf und in Deutschland um 24 gestiegen, wobei die Quoten in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Hamburg besonders stark zunahmen.

G 11

Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus 2009

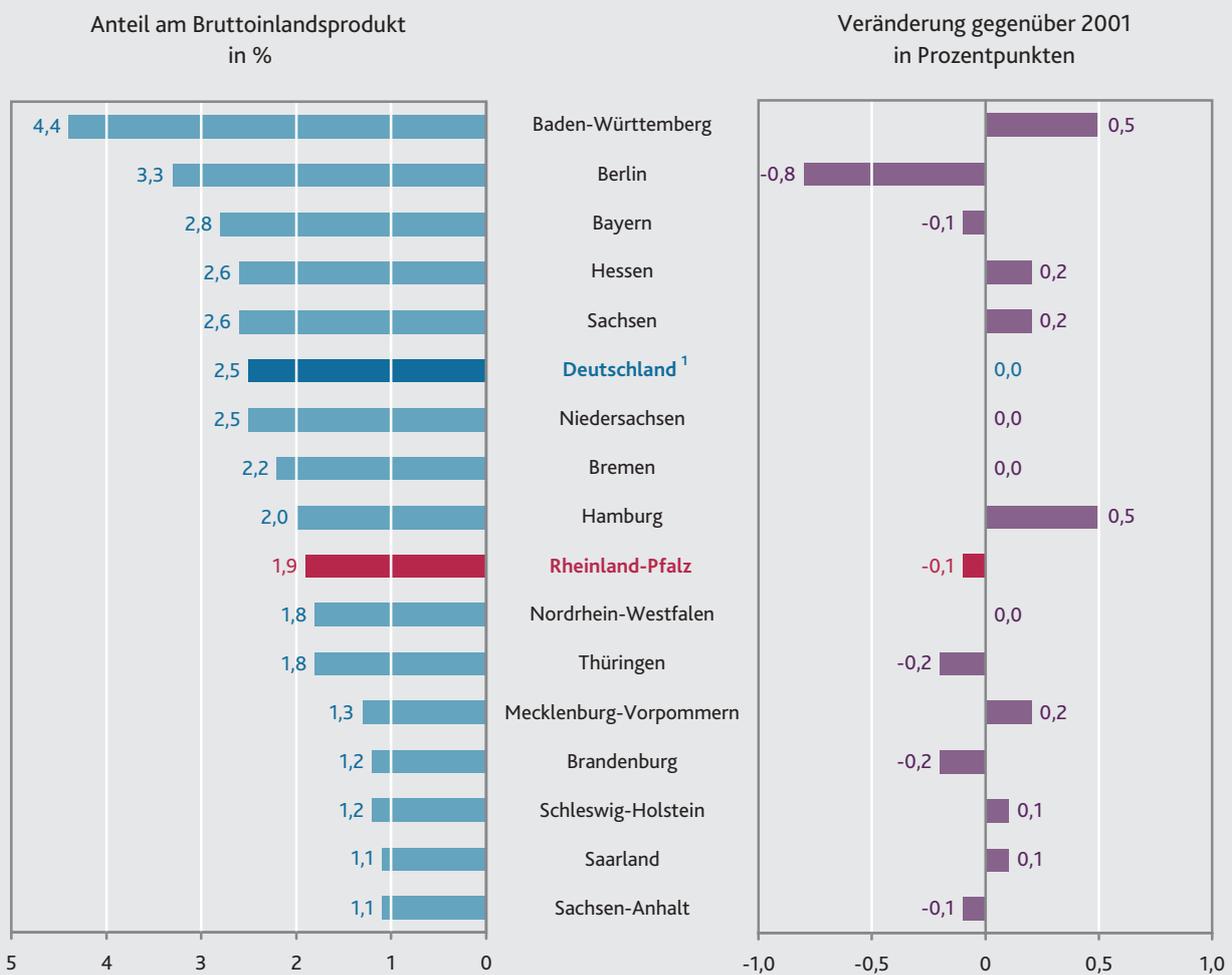


Quelle: Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik

Ausländische Gäste verweilen in Rheinland-Pfalz am längsten

Der seit Jahren zu beobachtende Trend zu mehr Kurzurlaube und weniger längeren Aufenthalten hat sich 2009 fortgesetzt. Im Durchschnitt blieb der einzelne Gast 2,7 Tage in Rheinland-Pfalz, geringfügig kürzer als im Bundesdurchschnitt (2,8 Tage). Deutlich höher lag die durchschnittliche Verweildauer der Gäste in den für einen längeren Sommerurlaub beliebten Küstenländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit gut vier Tagen. Am unteren Ende der Rangfolge befinden sich die Stadtstaaten durch den vermutlich höheren Anteil Geschäftsreisender mit kurzen Aufenthalten.

In keinem anderen Bundesland blieben die Besucher aus dem Ausland im vergangenen Jahr so lange wie in Rheinland-Pfalz. Im Durchschnitt verweilen die ausländischen Gäste 2,9 Tage in Rheinland-Pfalz, bundesweit lag die Aufenthaltsdauer der Auslandsgäste bei 2,3 Tagen. Damit lag die durchschnittliche Aufenthaltsdauer etwa auf dem Vorjahresniveau, ist jedoch etwas niedriger als im Jahr 2000, damals waren es drei Tage (Deutschland: 2,2 Tage).



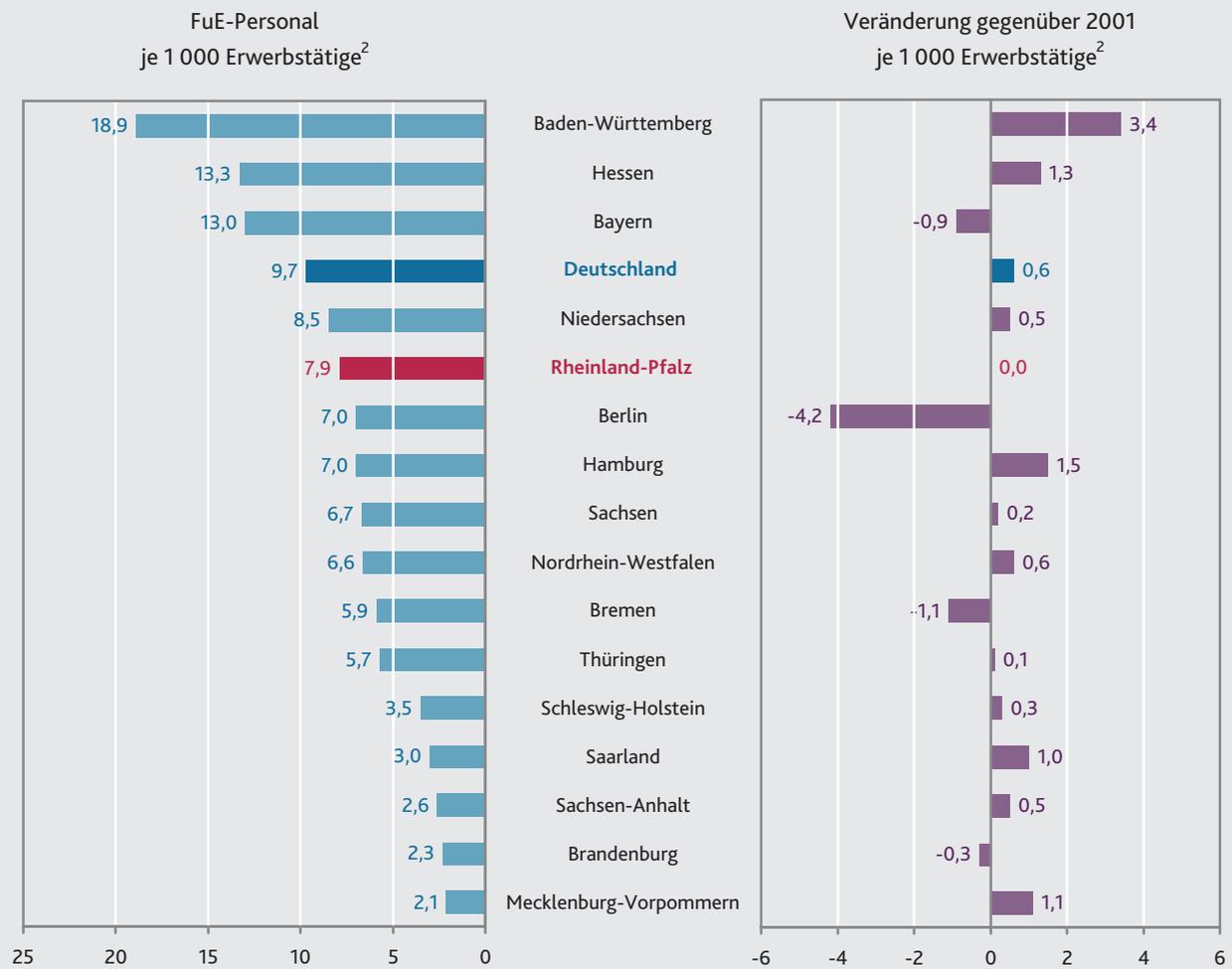
¹ Alle Länder zusammen einschließlich nicht aufteilbarer Mittel der Hochschulen und ohne deutsche Einrichtungen mit Sitz im Ausland.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftsstatistik gGmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Berechnungen des BMBF, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; eigene Berechnungen

Ausgaben für Forschung und Entwicklung weiterhin unterdurchschnittlich

Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) am rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2007 betrug 1,9 Prozent (Platz 9). Das in der Lissabon-Strategie vorgegebene Drei-Prozent-Ziel wurde in jenem Jahr nur von Baden-Württemberg (4,4 Prozent) und Berlin (3,3 Prozent) erreicht. Nach wie vor liegt der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt im Land unter dem Bundesdurchschnitt von 2,5 Prozent. Ein Grund hierfür mag die vergleichsweise geringe Ausstattung mit institutionellen Forschungsstätten sein.

Gegenüber 2001 hat es kaum Veränderungen gegeben: Sowohl in Rheinland-Pfalz als auch auf Bundesebene blieb der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt so gut wie unverändert. Lediglich in Baden-Württemberg und Hamburg (jeweils +0,5 Prozentpunkte) sowie Berlin (-0,8 Prozentpunkte) waren nennenswerte Anteilsveränderungen festzustellen.

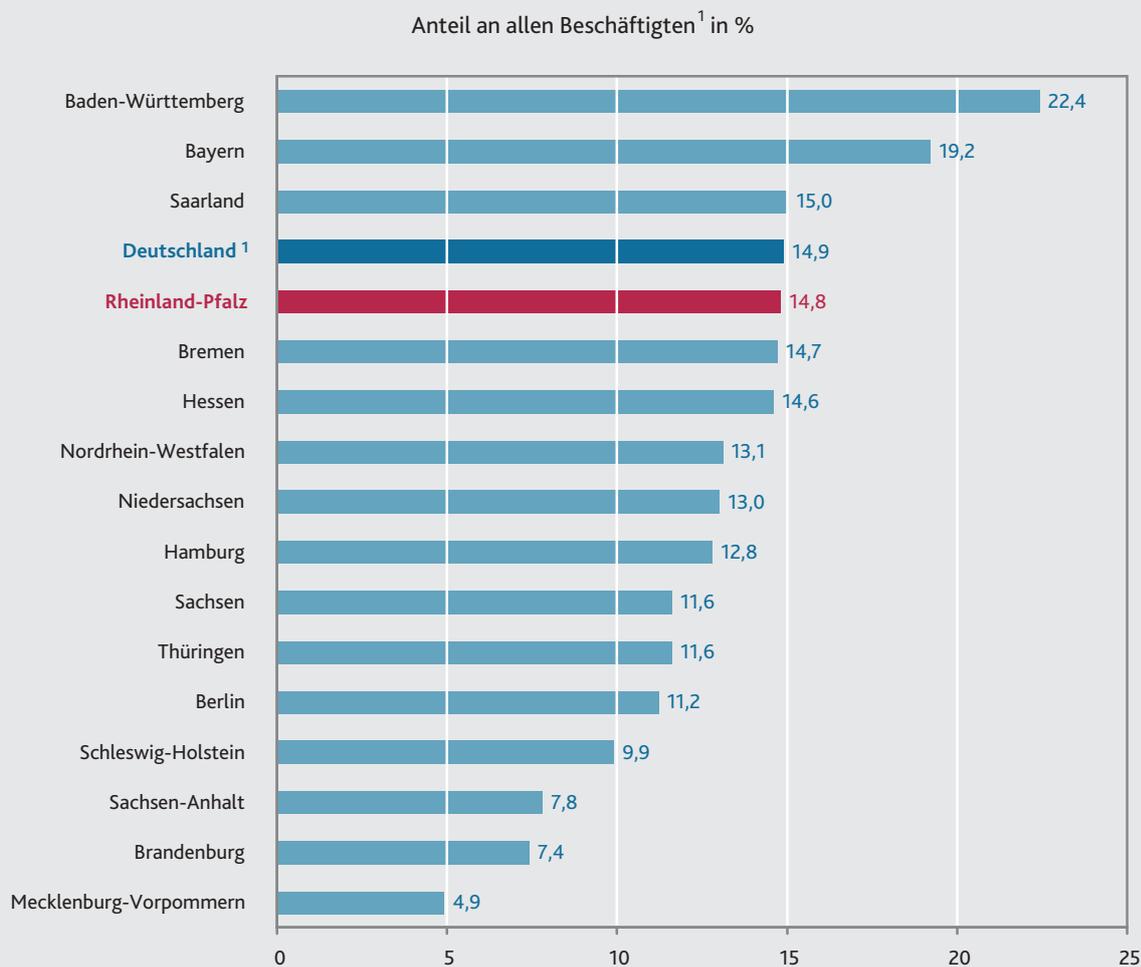


¹ Unternehmen und Institutionen für industrielle Gemeinschaftsforschung und experimentelle Gemeinschaftsentwicklung (IfG). – ² Vollzeitäquivalente.
Quelle: Wissenschaftsstatistik gGmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Beschäftigung in Forschung und Entwicklung stagniert

Forschung und Entwicklung (FuE) sind Voraussetzungen für Entdeckungen und Erfindungen (Inventionen), die den technischen Fortschritt vorantreiben. Erfolgreiche FuE schlägt sich in Patenten und letztlich in neuen Produkten nieder, die sich am Markt durchsetzen (Innovationen). Die Zahl der im FuE-Prozess eingesetzten Arbeitskräfte ist ein Indikator für die Innovationsanstrengungen einer Region.

Im Land kamen 2007 auf 1 000 Erwerbstätige etwa acht Beschäftigte im FuE-Bereich der Wirtschaft (Rang fünf). Im Durchschnitt der Länder sind es fast zehn und in Baden-Württemberg fast doppelt so viele (19 FuE-Beschäftigte je 1 000 Erwerbstätige). Dieses Verhältnis blieb im Vergleich zu 2001 in Rheinland-Pfalz unverändert, wohingegen es bundesweit um 0,6 FuE-Beschäftigte je 1 000 Erwerbstätige zunahm. Die Entwicklung verlief im Ländervergleich sehr heterogen: In Baden-Württemberg nahm die Zahl der FuE-Beschäftigten je 1 000 Erwerbstätige um 3,4 zu, in Berlin kam es mit –4,2 FuE-Beschäftigte je 1 000 Erwerbstätige zur höchsten Abnahme.



¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

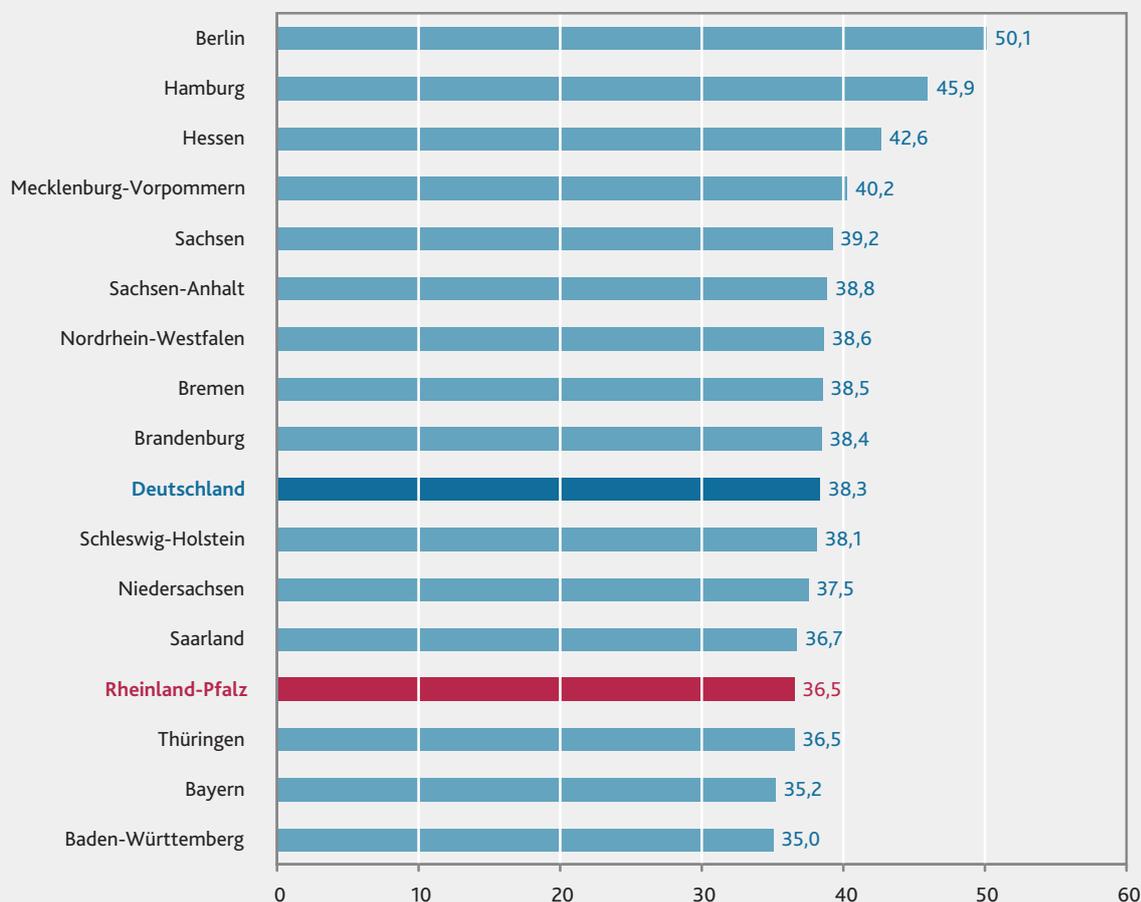
Beschäftigung in den Hochtechnologiebranchen leicht rückläufig

Branchen, in denen unter Verwendung von Spitzentechnologie produziert wird, werden oft als „Zukunftsbranchen“ bezeichnet, weil ihnen ein überdurchschnittliches Wertschöpfungspotenzial zugeschrieben wird. Zu diesen „Hochtechnologiebranchen“ zählen gemäß einer Abgrenzung von Eurostat u. a. die chemische Industrie, der Maschinenbau sowie Forschung und Entwicklung. Im Juni 2009 waren in Rheinland-Pfalz dort 178 000 Personen tätig. Das waren 14,8 Prozent aller Beschäftigten (Rang vier). Damit liegt das Land in etwa im Durchschnitt der Länder (14,9 Prozent). In Baden-Württemberg sind 22,4 Prozent der Beschäftigten im High-Tech-Bereich tätig, in Mecklenburg-Vorpommern weniger als fünf Prozent.

Aufgrund der Umstellung der Wirtschaftssystematik lassen sich keine langfristigen Entwicklungen aufzeigen. Ein Vergleich mit dem Vorjahr zeigt jedoch, dass die Beschäftigtenanteile dieses Bereichs bundesweit – mit Ausnahme Bremens (+0,1 Prozentpunkte) – leicht rückläufig waren (–0,2 Prozentpunkte). In Rheinland-Pfalz beläuft sich der Anteilsverlust im Vorjahresvergleich auf 0,3 Prozentpunkte.

G 4

Beschäftigte in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen 2009

Anteil an allen Beschäftigten¹ in %

¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.

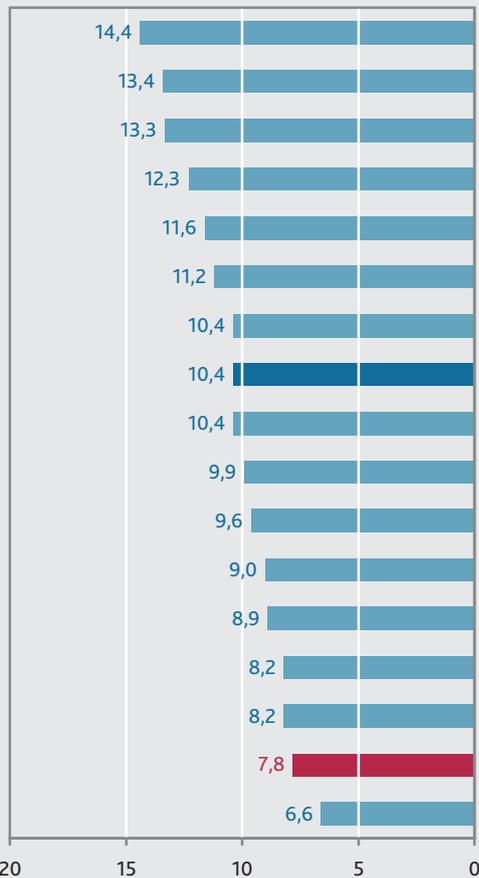
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Bedeutung der wissensintensiven Dienstleistungen nimmt weiter zu

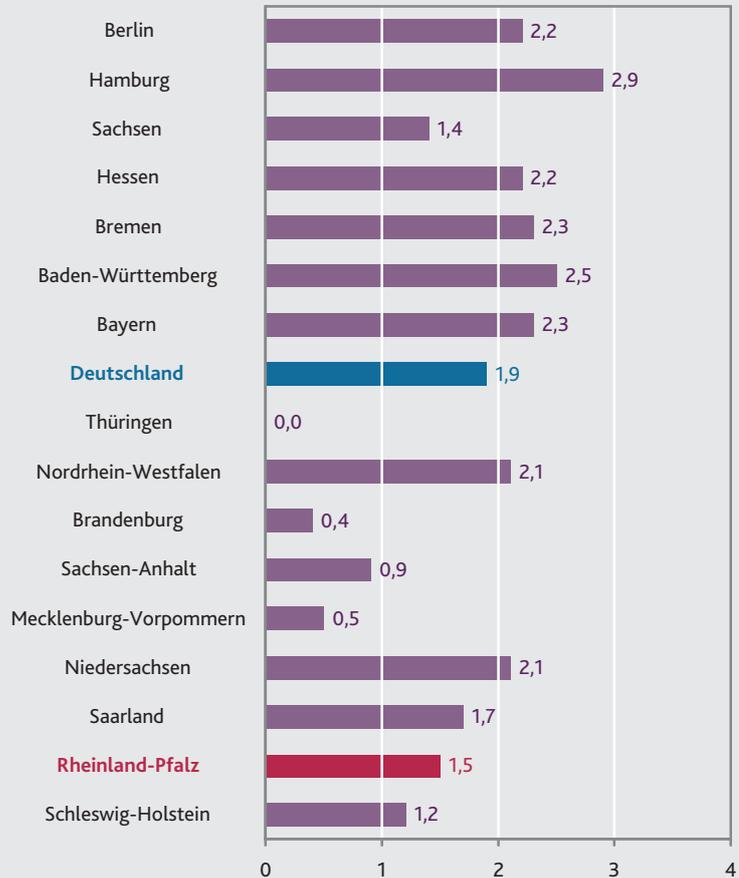
Zu den sogenannten „Zukunftsbranchen“ zählen neben den Hochtechnologiebranchen auch die wissensintensiven Dienstleistungsbranchen. Zu diesen gehören u. a. das Kredit- und Versicherungsgewerbe, die Forschung und Entwicklung sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. In Rheinland-Pfalz waren hier im Juni 2009 rund 438 000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das waren 36,5 Prozent aller Beschäftigten. Geringere Anteile hatten nur noch Bayern und Baden-Württemberg (35,2 bzw. 35 Prozent). Bundesweit lag der Durchschnitt bei 38,3 Prozent. In der Bundeshauptstadt ist jeder zweite Beschäftigte (50,1 Prozent) in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen beschäftigt.

Aufgrund der Umstellung der Wirtschaftssystematik lässt sich auch hier noch keine langfristige Entwicklung nachzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Beschäftigtenanteile in Rheinland-Pfalz – wie auch im bundesweiten Durchschnitt – leicht zugenommen (+0,2 Prozentpunkte). In den neuen Bundesländern nahmen sie teilweise geringfügig ab (Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt).

Anteil an allen Beschäftigten¹ in %



Veränderung gegenüber 2000 in Prozentpunkten



¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.

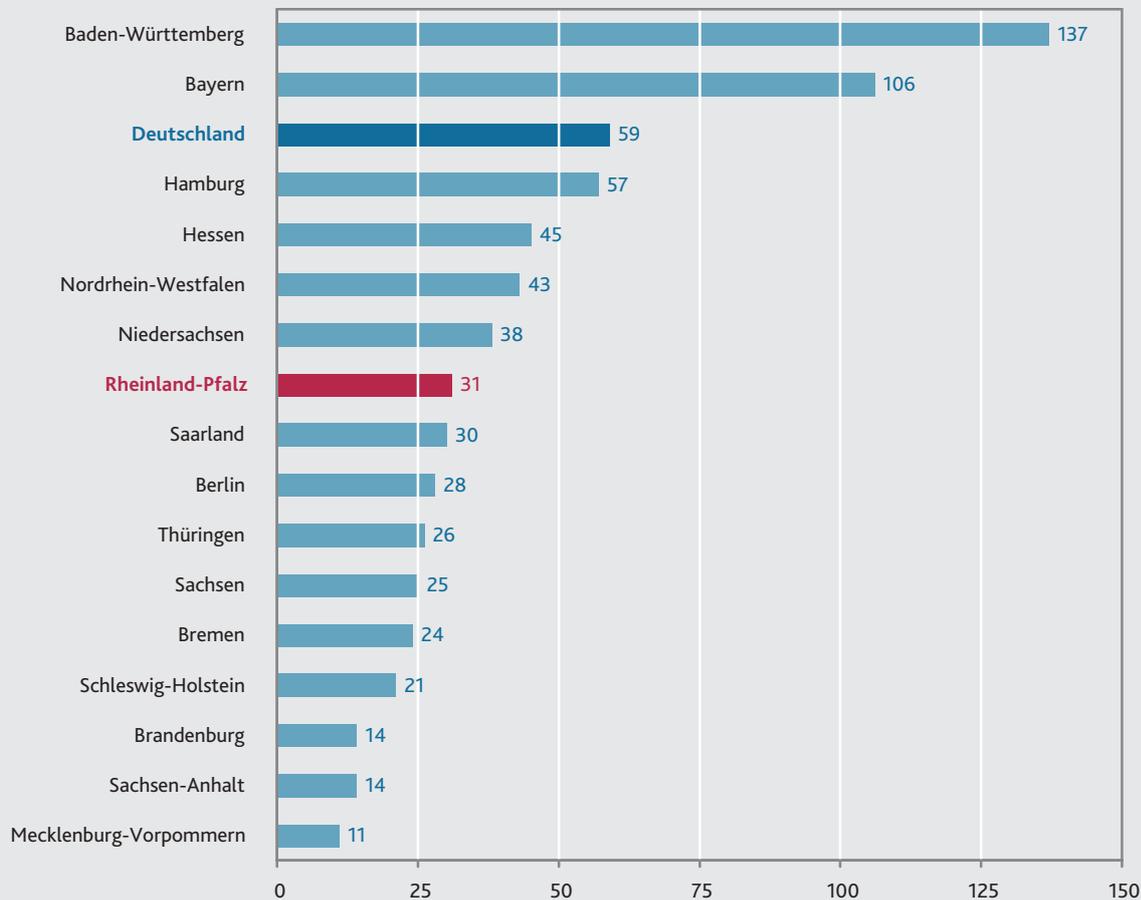
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Vergleichsweise wenig Hochqualifizierte unter den Beschäftigten

Die Herstellung und Fortentwicklung hochtechnologischer Produkte und Produktionsverfahren setzt eine hohe Qualifikation der Mitarbeiter in den Unternehmen und Forschungseinrichtungen voraus. Das erforderliche Qualifikationsniveau wird in der Regel durch einen Hochschulabschluss gewährleistet.

Im Jahr 2009 waren in Rheinland-Pfalz 7,8 Prozent der abhängig Beschäftigten Akademikerinnen und Akademiker. Nur in Schleswig-Holstein war der Anteil mit 6,6 Prozent geringer. In Berlin war der Anteil dagegen fast doppelt so hoch wie hierzulande (14,4 Prozent). Deutschlandweit hat etwa jeder zehnte Beschäftigte (10,4 Prozent) einen Hochschulabschluss. Der Akademikeranteil stieg in Rheinland-Pfalz gegenüber 2000 unterdurchschnittlich um 1,5 Prozentpunkte (gegenüber +1,9 Prozentpunkte deutschlandweit). Der Anteil stieg in allen Bundesländern außer Thüringen (unverändert bei 10,4 Prozent). Den höchsten Zuwachs konnte Hamburg verzeichnen (+2,9 Prozentpunkte).

Patentanmeldungen am Anmeldersitz je 100 000 Einwohner und Jahr



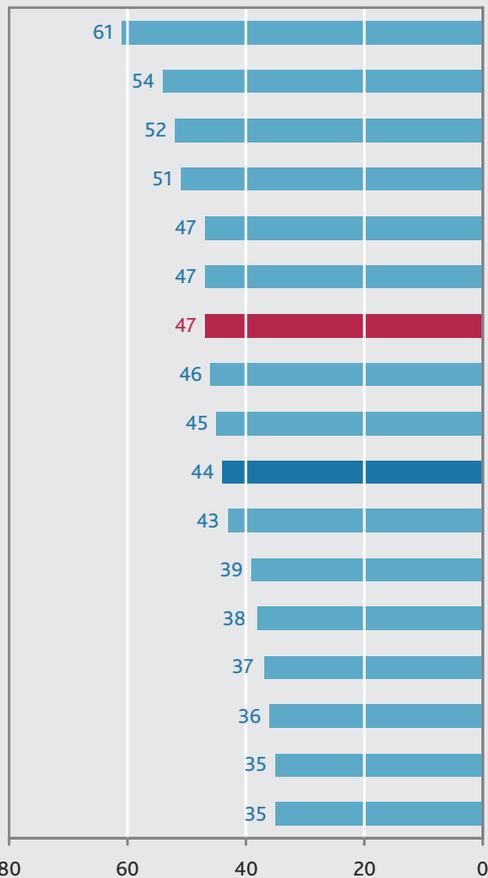
Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

Deutliche Abnahme der Patentaktivitäten in Rheinland-Pfalz

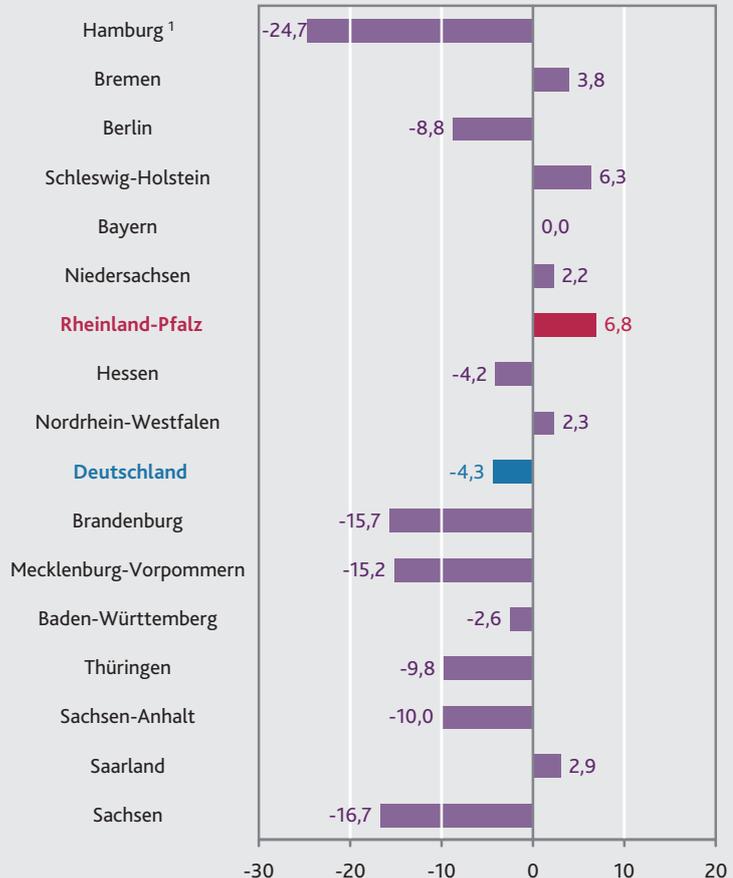
Die Zahl der Patentanmeldungen gibt Hinweise über die Innovationsanstrengungen einer Region. Auf die Bevölkerungszahl bezogen wird sie interregional vergleichbar. In den Jahren 2007 bis 2009 erfolgten beim Deutschen Patent- und Markenamt je 100 000 Einwohner durchschnittlich 31 Patentanmeldungen von in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen oder Einzelerfindern. Damit rangiert das Land auf dem siebten Platz, liegt aber wegen der herausragenden Positionen von Baden-Württemberg und Bayern deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 59 Patenten je 100 000 Einwohner. Rund 58 Prozent der Patentanmeldungen wurden von dort ansässigen Anmeldern getätigt (bei Patentdichtewerten von jeweils deutlich über 100).

Die Zahl der rheinland-pfälzischen Patentanmeldungen hat in den vergangenen Jahren stark abgenommen. Gegenüber dem Zeitraum 2004 bis 2006 ging sie um ein Drittel zurück (von rund 1 900 auf etwa 1 300 pro Jahr). Deutschlandweit blieb die Zahl der Anmeldungen jedoch so gut wie unverändert.

Unternehmensgründungen
je 10 000 Personen im erwerbsfähigen Alter¹
und Jahr



Veränderung gegenüber 2001–2004
in %



¹ Hier wird im Gegensatz zur sonst verwendeten Darstellung für die Personen im erwerbsfähigen Alter die Abgrenzung 18 bis unter 65 Jahre verwendet.
Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW-Gründungspanel); eigene Berechnungen

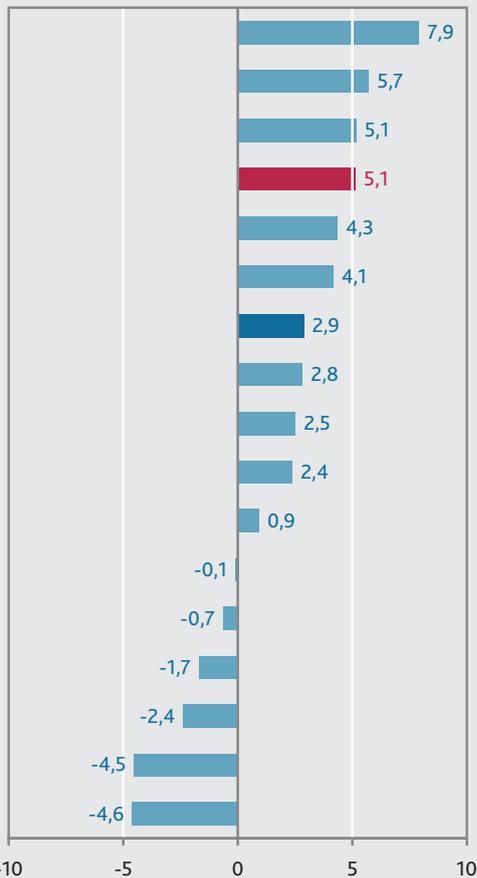
Nach wie vor günstiges Gründungsklima in Rheinland-Pfalz

Unternehmensgründungen sind Teil des Innovationsprozesses und tragen zum Strukturwandel bei. Sie wirken wettbewerbsfördernd und schaffen Arbeitsplätze. Unternehmensgründungen bilden damit eine der wichtigsten Grundlagen wirtschaftlicher Dynamik. Im interregionalen Vergleich zeigt ihre Zahl zudem das Ausmaß der Fähigkeit einer Region, zukunftsorientierte unternehmerische Kräfte anzuziehen bzw. zu binden.

In Rheinland-Pfalz haben in den vergangenen Jahren die Gründungsaktivitäten weiter zugenommen. Mit durchschnittlich 47 wirtschaftsaktiven Unternehmensgründungen je 10 000 Erwerbsfähige in den Jahren 2005 bis 2008 gehört das Land zu den Bundesländern mit der höchsten Gründungsaktivität (Rang fünf). Während sonst die Gründungsintensität eher rückläufig war (im Bundesdurchschnitt um 4,3 Prozent, in Hamburg sogar um 24,7 Prozent), nahm sie in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Zeitraum 2001 bis 2004 um 6,8 Prozent zu. Dies ist das beste Ergebnis im Ländervergleich.

G 1

Erwerbstätige am Arbeitsort 2009

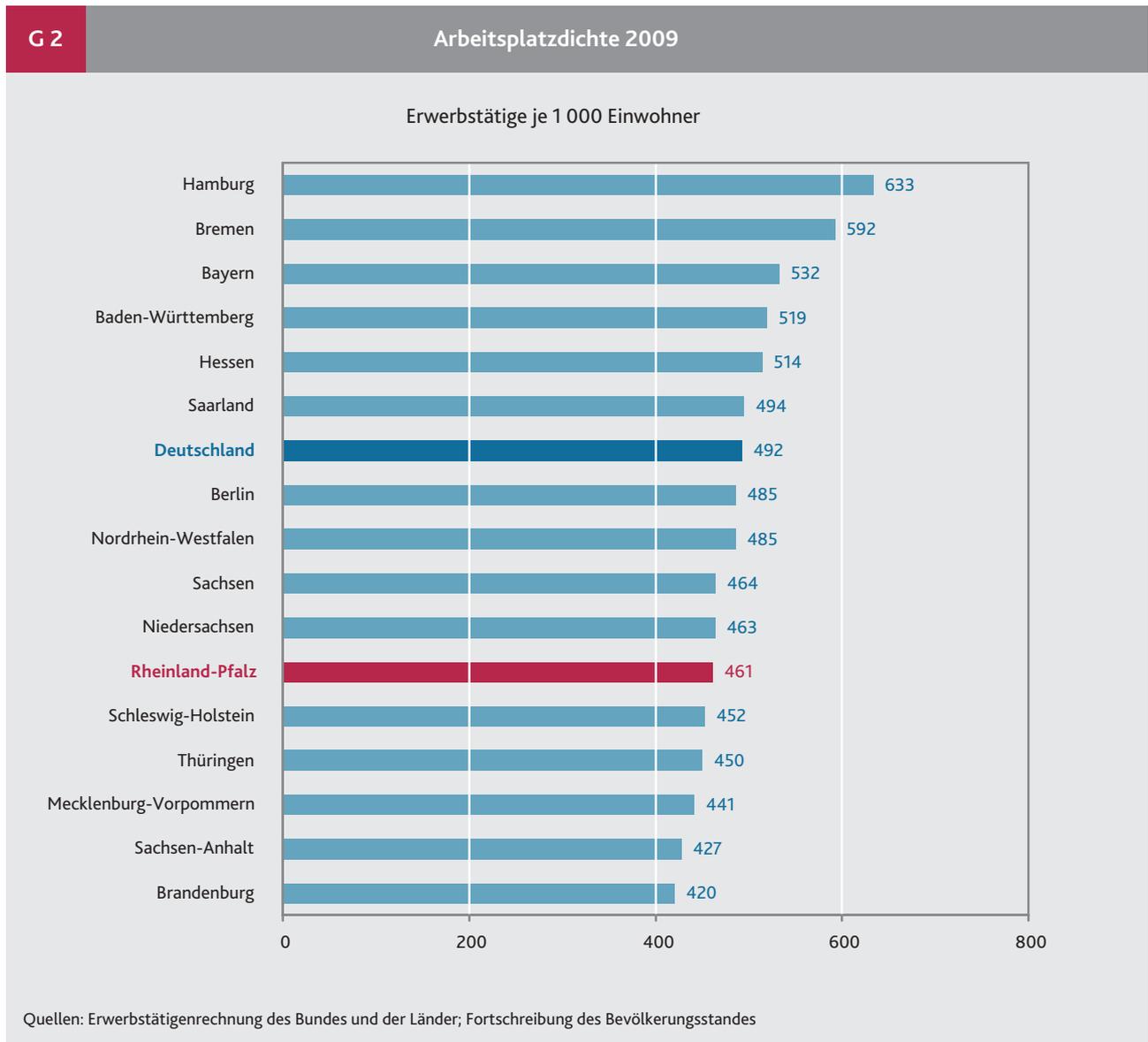
Veränderung gegenüber 2000
in %Veränderung gegenüber 2008
in %

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Seit 2000 überdurchschnittlicher Stellenzuwachs in Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2009 hatten rund 1,86 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz. Seit 2000 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Land kräftig um 90 400. Das entspricht einem Zuwachs um 5,1 Prozent. Nur in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg waren höhere Zuwachsraten zu beobachten. Dagegen gingen im Saarland und allen fünf ostdeutschen Flächenländern Arbeitsplätze verloren.

Die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zeigten sich 2009 auch auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem in Ländern, die einen hohen Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe aufweisen, wurden Stellen abgebaut. Die sechs Bundesländer, die gegenüber 2008 einen Zuwachs der Erwerbstätigkeit verbuchen können, sind alle durch einen unterdurchschnittlichen Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe gekennzeichnet.



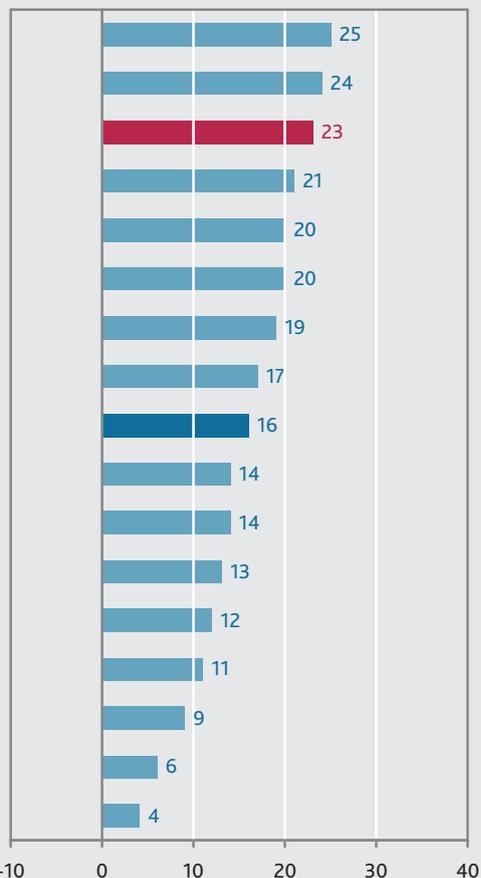
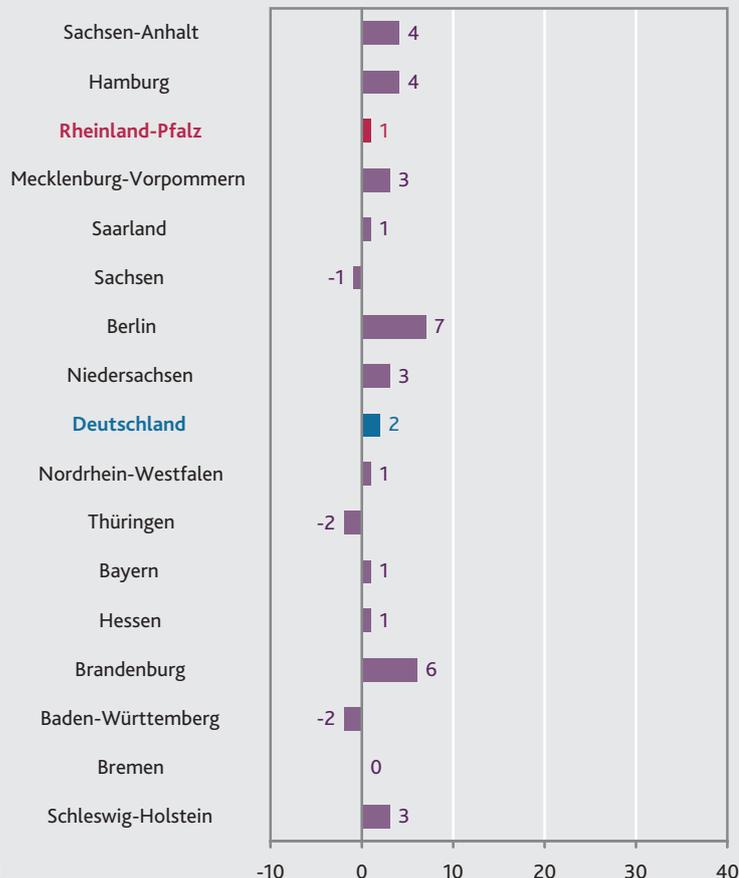
Stärkster Anstieg der Arbeitsplatzdichte in Rheinland-Pfalz

Die Arbeitsplatzdichte errechnet sich aus der Zahl der Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsort im jeweiligen Bundesland haben, bezogen auf die Einwohnerzahl dieses Landes. Im Jahr 2009 kamen in Rheinland-Pfalz 461 Erwerbstätige auf 1 000 Einwohner. Das sind 31 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner weniger als im Bundesdurchschnitt und 172 Erwerbstätige weniger als in Hamburg – dem Spitzenreiter. Die Länder Bremen (592 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner) und Bayern (532 Erwerbstätige) belegen die Ränge zwei und drei. Dagegen ist für Brandenburg mit 420 Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner die niedrigste Arbeitsplatzdichte zu verzeichnen.

Die Arbeitsplatzdichte ist in Rheinland-Pfalz zwar vergleichsweise gering (Rang 11), was aber nicht gleichzeitig bedeutet, dass dort auch eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Ganz im Gegenteil sogar, Rheinland-Pfalz wies 2009 die drittniedrigste Arbeitslosenquote im Ländervergleich auf. Ein Grund für die relativ niedrige Arbeitsplatzdichte ist, dass es in Rheinland-Pfalz verhältnismäßig viele Berufsauspender gibt,

G 3

Arbeitsplatzdichte 2009

Veränderung gegenüber 2000
Erwerbstätige je 1 000 EinwohnerVeränderung gegenüber 2008
Erwerbstätige je 1 000 Einwohner

Quellen: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

also Personen, die zwar im Land leben, aber über die Landesgrenze hinweg zum Arbeiten pendeln. Teilweise kommt hierin zum Ausdruck, dass Rheinland-Pfalz viele attraktive Wohnstandorte mit guten Verkehrsanbindungen in die Ballungsräume zu bieten hat.

Seit 2000 hat sich die Arbeitsplatzdichte in Rheinland-Pfalz um 23 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner erhöht. Das ist der zweitkräftigste Anstieg im bundesweiten Vergleich, hinter dem Spitzenreiter Hamburg (+28 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner). Damit kletterte Rheinland-Pfalz vom 13. Platz im Jahr 2000 auf den elften Rang. Im betrachteten Zeitraum (2000 bis 2009) stieg die Zahl der Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner in sämtlichen Ländern (Bundesdurchschnitt: +15 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner). Verglichen mit 2008 hat sich dieses Verhältnis allerdings in vier Bundesländern reduziert, am stärksten in Baden-Württemberg (-3 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner). Um jeweils einen Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner sank die Arbeitsplatzdichte im Saarland, in Sachsen und Thüringen. In Rheinland-Pfalz gab es dagegen eine durchschnittliche Zunahme im Vergleich zum Vorjahr (+1 Erwerbstätiger).

Anteil an allen Erwerbstätigen in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe langfristig rückläufig

Das produzierende Gewerbe umfasst im Wesentlichen die beiden großen Bereiche verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. Im Jahr 2009 arbeitete bundesweit jeder vierte Erwerbstätige in diesem Wirtschaftsbereich (24,9 Prozent). In Rheinland-Pfalz hatten rund 472 200 Menschen ihren Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe. Das entspricht einem Anteil von 25,5 Prozent an allen Erwerbstätigen. Damit belegt das Land einen leicht überdurchschnittlichen sechsten Rang. Angeführt wird die Rangliste von Baden-Württemberg; dort waren fast 32 Prozent aller Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe beschäftigt. In der Bundeshauptstadt Berlin waren es gerade mal 13 Prozent.

In der deutschen Wirtschaft vollzieht sich schon seit Jahrzehnten ein struktureller Wandel vom sekundären zum tertiären Sektor. Dieser Wandel spiegelt sich auch in einem sinkenden Erwerbstätigenanteil des produzierenden Gewerbes wider. Seit 2000 reduzierte sich der Erwerbstätigenanteil im gesamten Bundesgebiet um vier Prozentpunkte. In Rheinland-Pfalz gab es einen ähnlich starken Rückgang (-3,9 Pro-

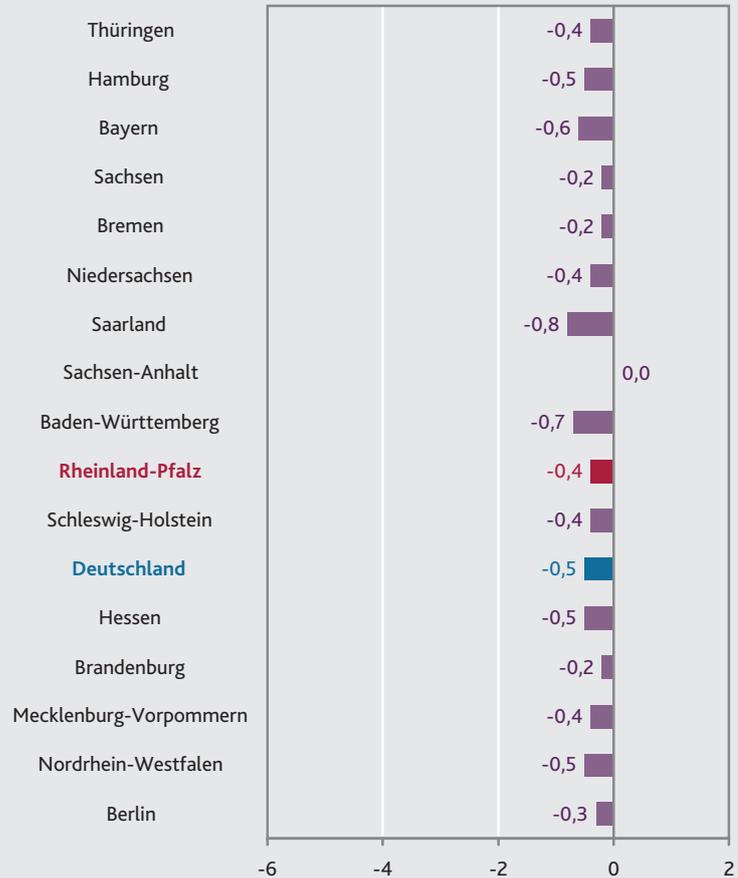
G 5

Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe 2009

Veränderung des Anteils an allen
Erwerbstätigen gegenüber 2000
in Prozentpunkten



Veränderung des Anteils an allen
Erwerbstätigen gegenüber 2008
in Prozentpunkten

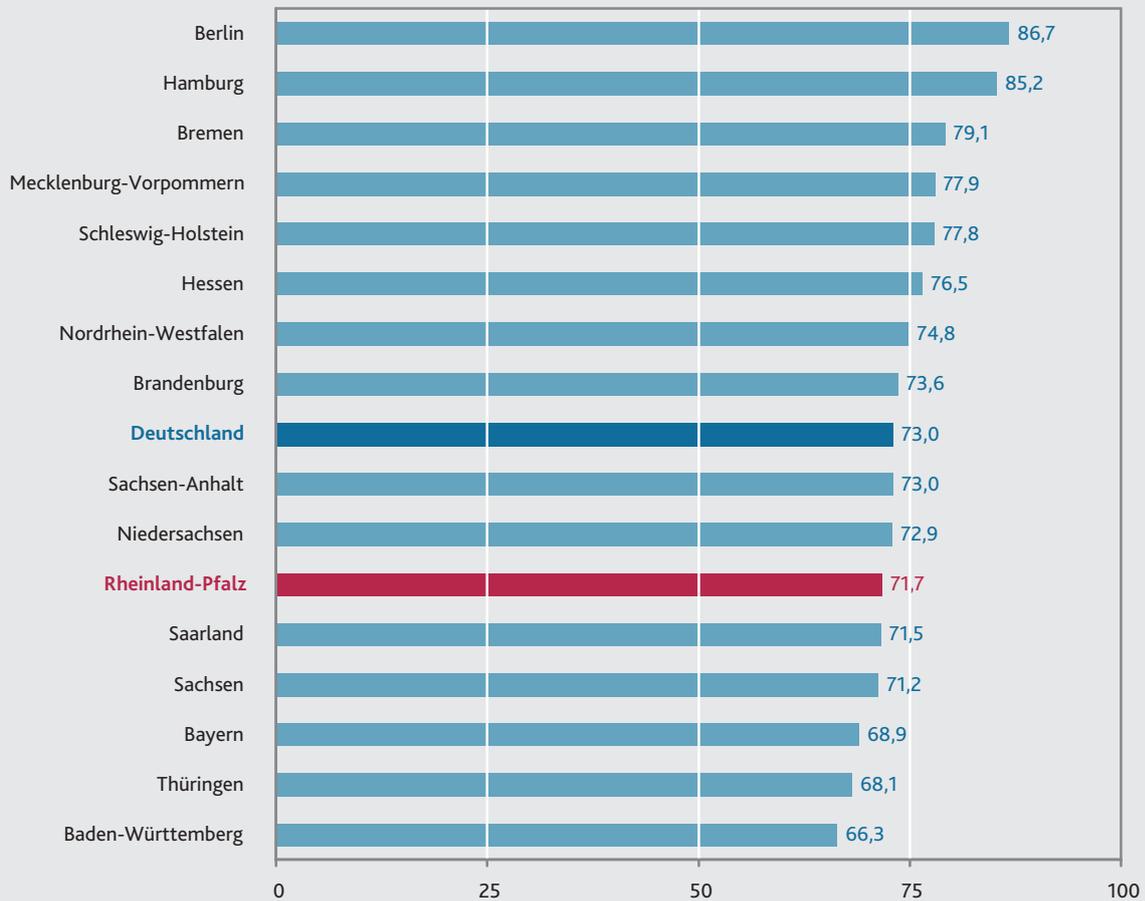


Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

zentpunkte). Am dynamischsten verlief die Entwicklung im betrachteten Zeitraum (2000 bis 2009) in den Bundesländern Berlin (–5,1 Prozentpunkte), Nordrhein-Westfalen (–5 Prozentpunkte) und Mecklenburg-Vorpommern (–4,9 Prozentpunkte). In allen Bundesländern ging der Rückgang des Erwerbstätigenanteils mit einer Abnahme der absoluten Zahl an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe einher (Deutschland: –1,29 Millionen Erwerbstätige).

Im Vorjahresvergleich blieb nur in Sachsen-Anhalt der Erwerbstätigenanteil im produzierenden Gewerbe unverändert; absolut betrachtet gingen allerdings knapp 700 Arbeitsplätze verloren. Die übrigen 15 Länder mussten Einbußen im Anteilswert zwischen –0,2 Prozentpunkten (Brandenburg, Bremen und Sachsen) und –0,8 Prozentpunkten (Saarland) hinnehmen. Die Veränderung in Rheinland-Pfalz (–0,4 Prozentpunkte) unterschritt geringfügig den bundesweiten Wert. Mit Ausnahme von Brandenburg sank in den Ländern nicht nur der Anteil, sondern auch die Zahl der Erwerbstätigen. Das Beschäftigungsplus in Brandenburg fiel jedoch so gering aus, dass sich der Anteil dennoch verringerte.

Anteil an allen Erwerbstätigen in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Erwerbstätigenanteil in den Dienstleistungsbereichen weiter gestiegen

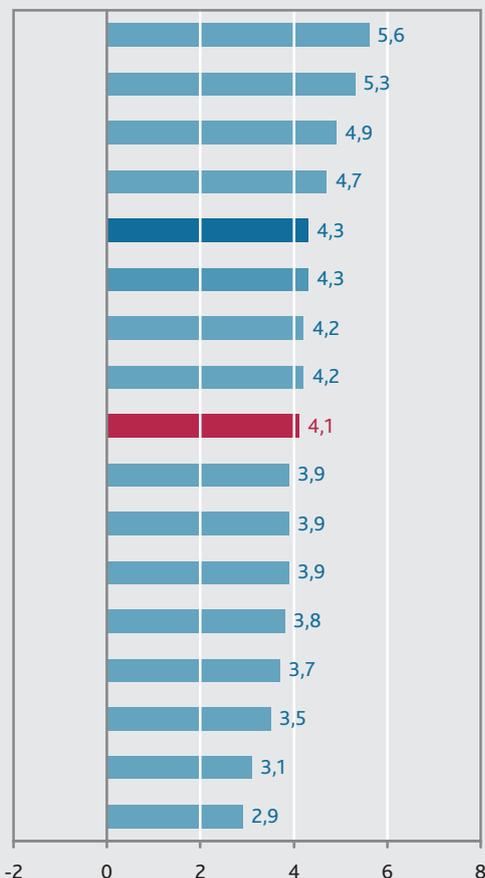
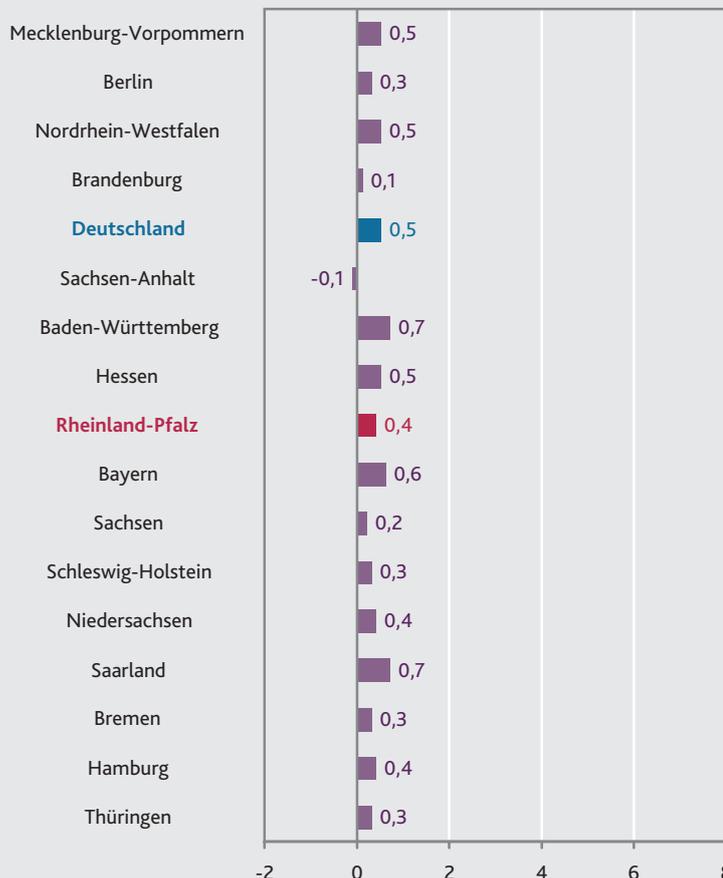
Der langfristige Trend zur Dienstleistungsgesellschaft in Deutschland hält weiter an. Im Jahr 2009 übten bundesweit 73 Prozent aller Erwerbstätigen eine Dienstleistungstätigkeit aus. Seit 2000 ist dieser Anteil um 4,3 Prozentpunkte gewachsen.

Einhergehend mit der Entwicklung des Erwerbstätigenanteils im produzierenden Gewerbe gab es in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg relativ betrachtet die meisten Arbeitsplätze im tertiären Sektor. Dort hatten 87 Prozent bzw. 85 Prozent der Erwerbstätigen eine Beschäftigung im Dienstleistungsbereich. Mit größerem Abstand folgte Bremen auf Rang drei (79 Prozent). Rheinland-Pfalz belegte einen unterdurchschnittlichen 11. Platz im Bundesländervergleich. Mit einem Anteilswert von fast 72 Prozent waren 1,33 Millionen Erwerbstätige im Land sogenannte „Dienstleister“.

Ein Vergleich der langfristigen Veränderungsraten des Erwerbstätigenanteils im sekundären und tertiären Sektor zeigt, dass der relative Zugewinn an Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich nicht aus-

G 7

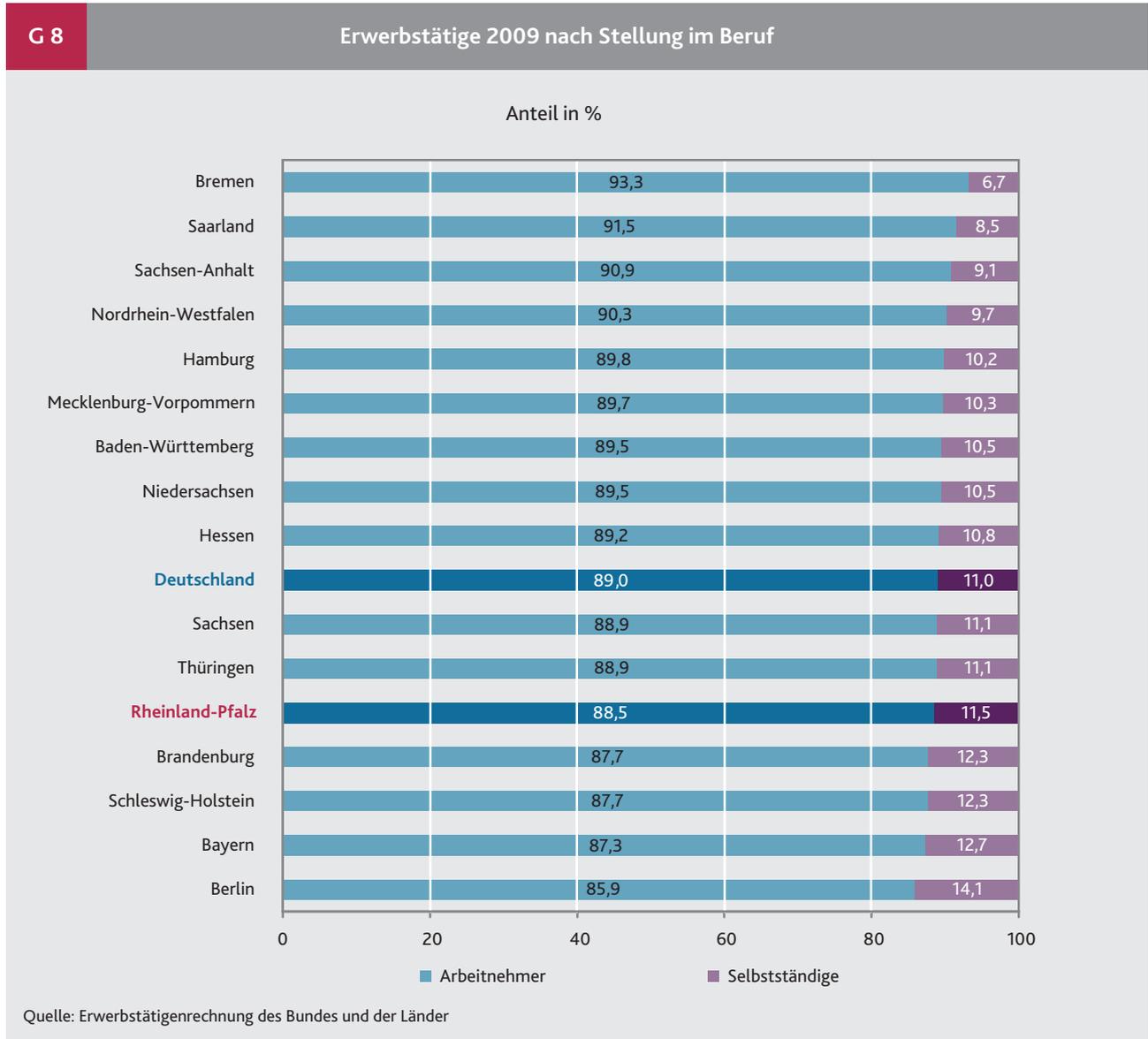
Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen 2009

Veränderung des Anteils an allen
Erwerbstätigen gegenüber 2000
in ProzentpunktenVeränderung des Anteils an allen
Erwerbstätigen gegenüber 2008
in Prozentpunkten

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

schließlich zu Ungunsten des produzierenden Gewerbes ging, sondern auch – zumindest teilweise – zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft. In der Bundesrepublik insgesamt entsprach der Anteilsverlust im primären Sektor 0,2 Prozentpunkten; absolut betrachtet arbeiteten bundesweit 70 000 Personen weniger in der Land- und Forstwirtschaft. Auf die Bundesländer verteilt kostete der Beschäftigungsaufbau bei den „Dienstleistern“ in elf Ländern auch Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft. Eine auffällige Entwicklung zeigte sich in Thüringen. Dort ist die Erwerbstätigenzahl in allen drei Sektoren seit 2000 gesunken; die vergleichsweise geringe Abnahme im Dienstleistungsbereich sorgte schließlich dafür, dass der Erwerbstätigenanteil im tertiären Sektor gestiegen ist.

Verglichen mit dem Vorjahr entsprachen bundesweit die „Jobverluste“ im produzierenden Gewerbe (–209 000 Erwerbstätige) annähernd den „Gewinnen“ im Dienstleistungsbereich (+189 000 Erwerbstätige). Nur in Sachsen-Anhalt sank der Anteil der Dienstleister gegenüber 2008. In Rheinland-Pfalz vergrößerte er sich um 0,4 Prozentpunkte; es wurden über 6 000 neue Arbeitsplätze im tertiären Sektor geschaffen.



Anteil der Selbstständigen in Rheinland-Pfalz leicht über dem Bundesdurchschnitt

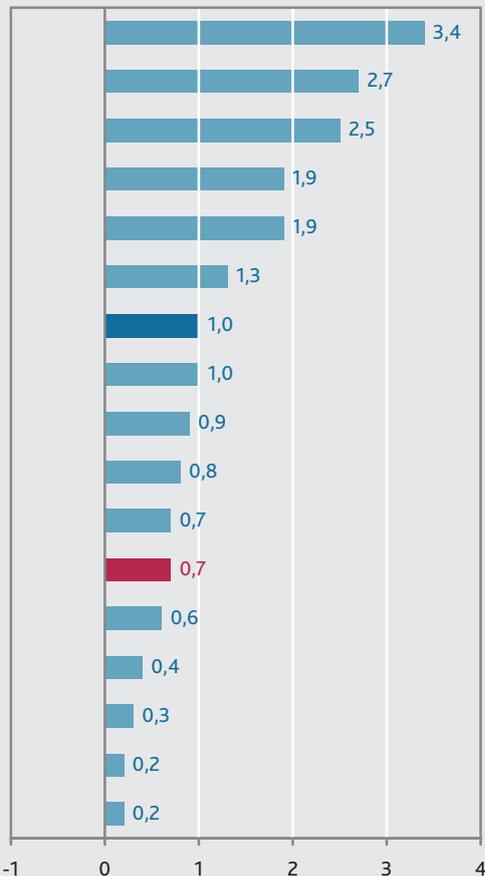
Die Zahl der Erwerbstätigen setzt sich zusammen aus den abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (geringfügig Beschäftigte, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beamte) sowie den Selbstständigen (einschließlich mithelfender Familienangehörige). Im Jahr 2009 waren von den 1,86 Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz 88,5 Prozent oder 1,64 Millionen abhängig beschäftigt, die anderen 11,5 Prozent bzw. rund 213 000 Personen befanden sich dementsprechend in der Selbstständigkeit.

Die Spannweite der Selbstständigen- bzw. der Arbeitnehmeranteile hat sich seit 2000 um einen Prozentpunkt vergrößert. Dadurch vergrößerten sich auch die Abweichungen zwischen den Bundesländern. In Berlin sind mit Abstand die meisten Erwerbstätigen selbstständig (14 Prozent). In der Bundeshauptstadt gab es auch langfristig den größten Zuwachs (+3,4 Prozentpunkte seit 2000). Dagegen hatten Bremen (6,7 Prozent) und das Saarland (8,5 Prozent) nicht nur 2009 den geringsten Anteil an Selbstständigen,

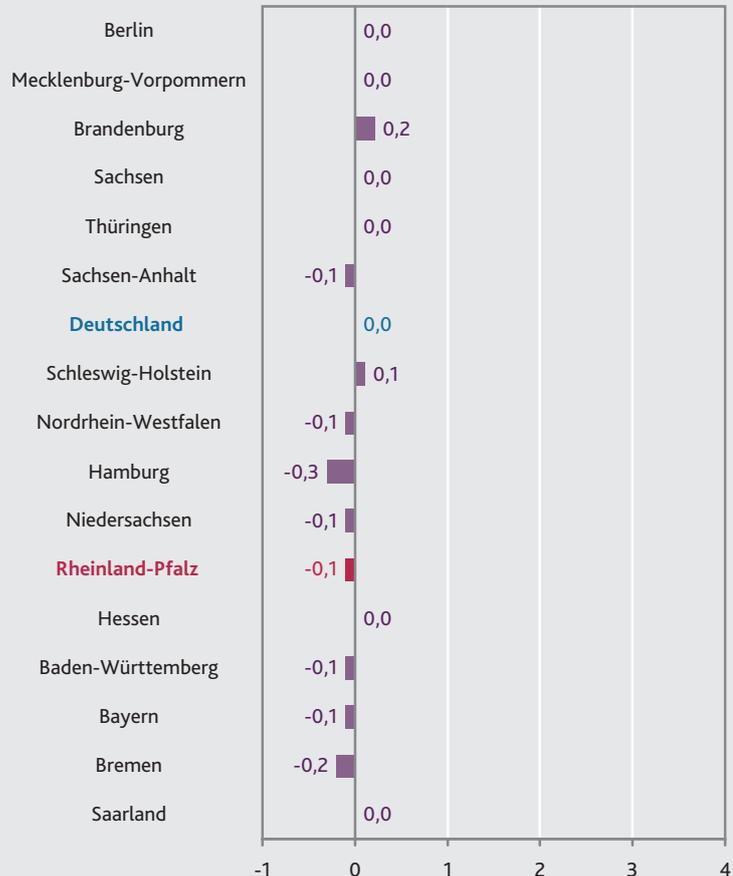
G 9

Selbstständige 2009

Veränderung des Anteils an allen
Erwerbstätigen gegenüber 2000
in Prozentpunkten



Veränderung des Anteils an allen
Erwerbstätigen gegenüber 2008
in Prozentpunkten

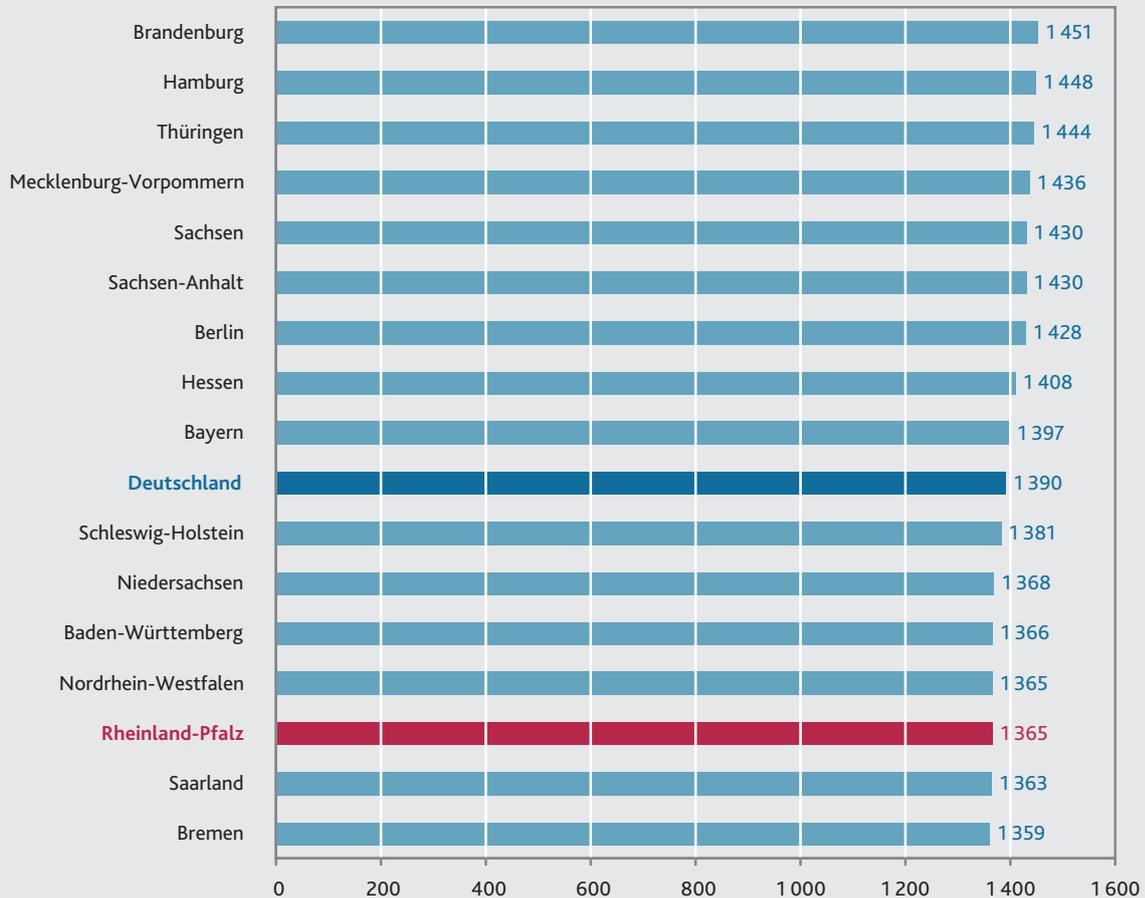


Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

sondern auch die niedrigsten langfristigen Steigerungen (jeweils +0,2 Prozentpunkte). Daran fällt allerdings auch auf, dass die Selbstständigkeit bundesweit zugenommen hat (Bundesdurchschnitt: +1 Prozentpunkt). Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, in denen die Arbeitslosigkeit vergleichsweise hoch ist, stieg der Anteil der Selbstständigen. Ursächlich hierfür dürften das am 1. Januar 2003 in Kraft getretene „Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz II) sowie der mit Wirkung zum 1. August 2006 eingeführte Gründungszuschuss gewesen sein. Ziel beider Maßnahmen war bzw. ist die Erleichterung des Einstiegs von Arbeitslosen in die Selbstständigkeit.

Im Jahr 2009 ist bundesweit die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Gleichzeitig sank zwar die Selbstständigenzahl um 0,5 Prozent, der Anteil der Selbstständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen blieb dennoch im Vorjahresvergleich unverändert. In Rheinland-Pfalz waren sowohl Erwerbstätigkeit als auch Selbstständigkeit rückläufig, in der Summe ergab sich ein geringerer Anteil Selbstständiger. Der Rückgang entsprach 0,1 Prozentpunkten.

Stunden je Erwerbstätigen



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

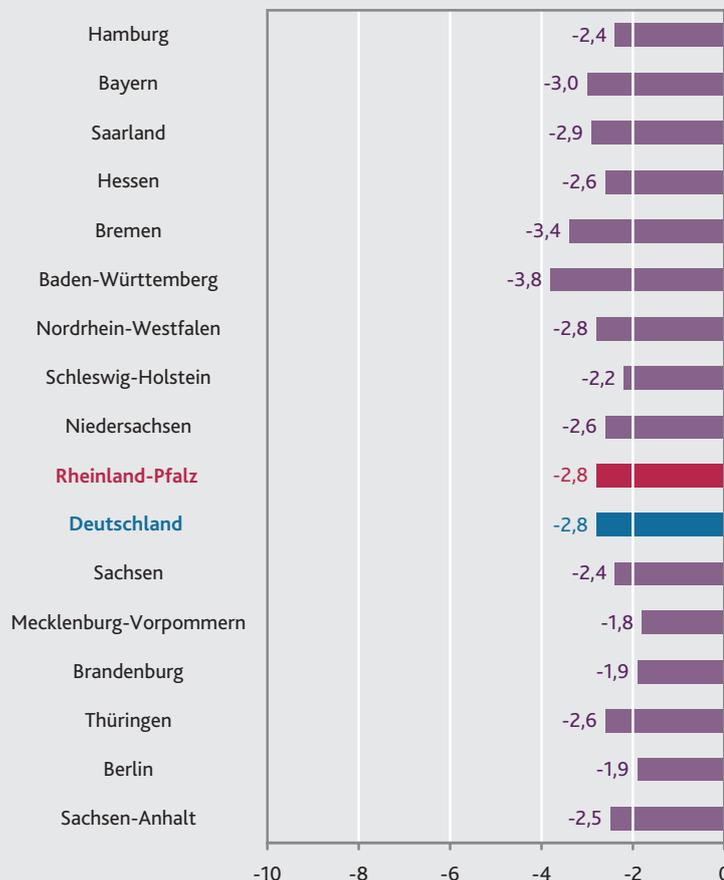
Drittniedrigstes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen. Für Aussagen zur Arbeitsproduktivität ist diese Kennzahl wegen der fortschreitenden Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Beschäftigungsverhältnisse eine aussagekräftigere Bezugsgröße als die Kopffzahl der Erwerbstätigen. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise, in denen flexible Arbeitszeitmodelle und Kurzarbeit umfangreich eingesetzt werden, sind Stunden-Produktivitäten repräsentativer als Pro-Kopf-Produktivitäten. So ist in Rheinland-Pfalz die Stunden-Produktivität in jeweiligen Preisen im Krisenjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr nur um 0,8 Prozent gesunken, die Pro-Kopf-Produktivität aber um 3,5 Prozent.

Jeder Erwerbstätige mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz leistete im Jahr 2009 durchschnittlich 1 365 Arbeitsstunden. Das waren 25 Stunden weniger als im Bundesdurchschnitt. Mit Ausnahme des Stadtstaates Hamburg, der die Rangliste anführt, ist in den neuen Ländern das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen höher als in den westdeutschen Bundesländern. Das liegt mitunter daran, dass der Anteil der Teilzeit-

G 11

Arbeitsvolumen 2009

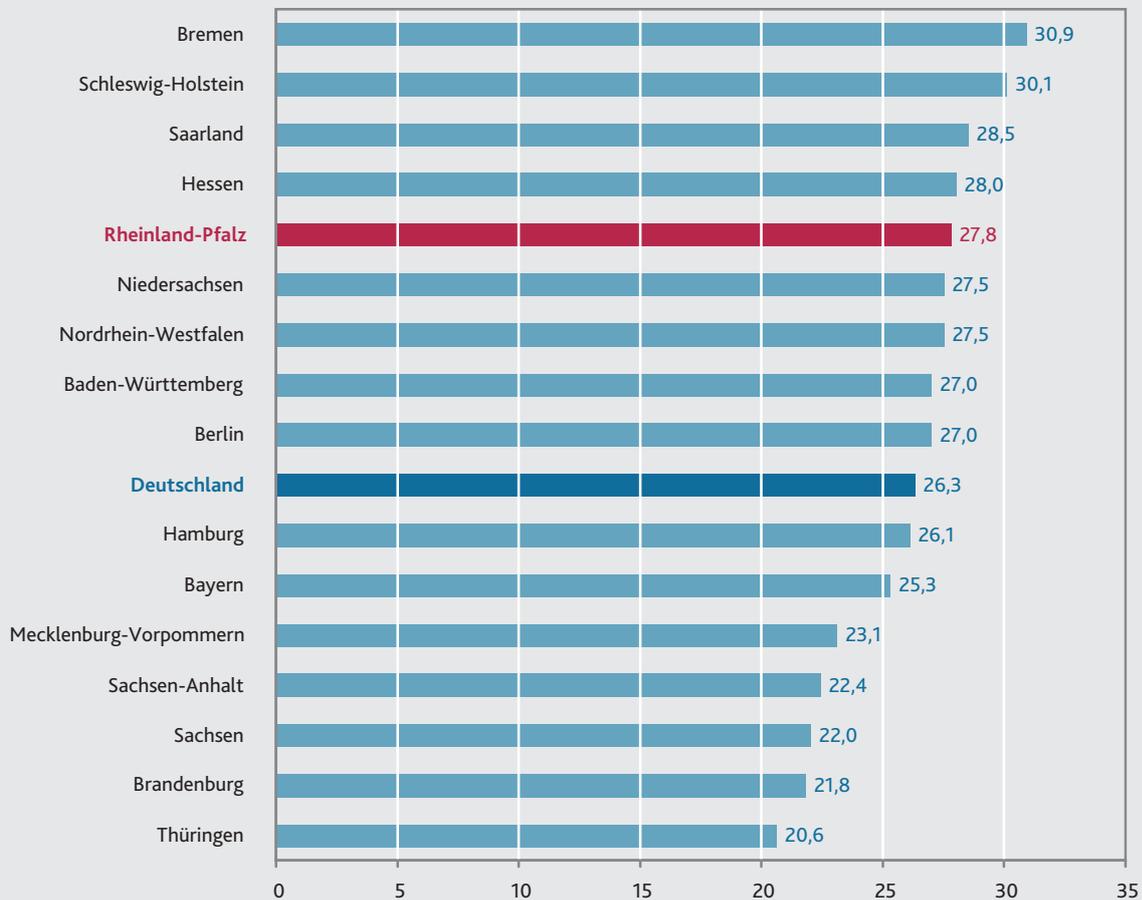
Veränderung gegenüber 2000
je Erwerbstätigen in %Veränderung gegenüber 2008
je Erwerbstätigen in %

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

beschäftigten an allen Erwerbstätigen in Hamburg und insbesondere in den ostdeutschen Ländern vergleichsweise gering ist.

Die Unterschiede zwischen den Ländern verkleinern sich aber längerfristig. Seit 2000 haben die ostdeutschen Spitzenreiter wesentlich höhere Abnahmen im Arbeitsvolumen zu verzeichnen als die westdeutschen Länder. Der langfristige Trend eines sinkenden Arbeitsvolumens je Erwerbstätigen beschleunigte sich im Jahr 2009 (Bundesdurchschnitt: -2,8 Prozent bzw. -40 geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen). Stark reduzierte Arbeitszeiten infolge der Wirtschaftskrise schlugen sich hierin nieder. In den Ländern Bayern und Baden-Württemberg, die besonders hohe Erwerbstätigenanteile im produzierenden Gewerbe aufweisen, ist das durchschnittliche Arbeitsvolumen vergleichsweise stark gesunken. In den industrieschwachen Stadtstaaten Berlin und Hamburg ist der Rückgang geringer ausgefallen. In Rheinland-Pfalz lag die Abnahme im Bundesdurchschnitt (-2,8 Prozent bzw. -39 geleistete Stunden).

Anteil an den abhängig Erwerbstätigen in %



Quelle: Mikrozensus

Überdurchschnittlich hoher Anteil an Teilzeitbeschäftigten in Rheinland-Pfalz

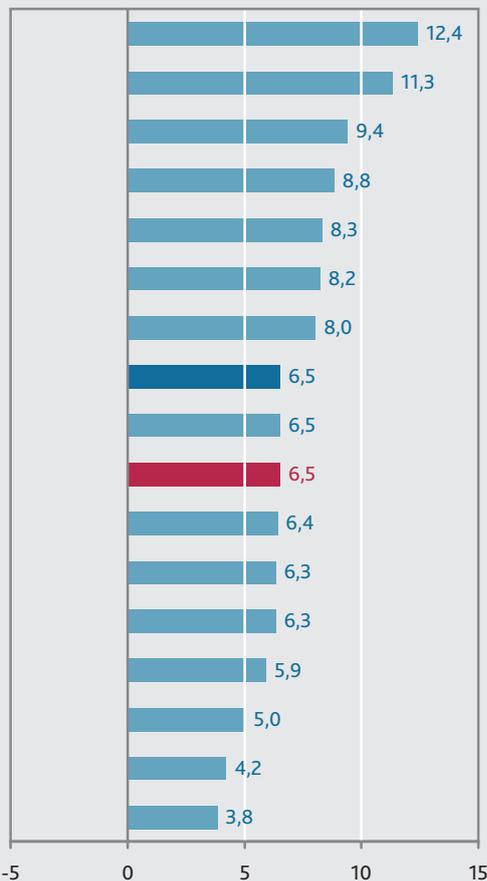
Zu den Teilzeitbeschäftigten werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezählt, die regelmäßig kürzer arbeiten als ein vergleichbarer Vollzeitbeschäftigter. Der strukturelle Wandel in Deutschland hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft fördert die Verbreitung sogenannter „atypischer“ Beschäftigungsformen; die Teilzeitbeschäftigung gehört auch dazu. Insbesondere Frauen arbeiten Teilzeit. Im Jahr 2008 waren deutschlandweit 82 Prozent der Teilzeitbeschäftigten weiblich. In Rheinland-Pfalz betrug diese „Frauenquote“ 85 Prozent. Der hohe Anteil weiblicher Teilzeitbeschäftigter dürfte darauf zurückzuführen sein, dass überwiegend Frauen diese Beschäftigungsform als Möglichkeit nutzen, Beruf und Familie in Einklang zu bringen.

Im Jahr 2008 war bundesweit mehr als jeder vierte abhängig Erwerbstätige teilzeitbeschäftigt (26,3 Prozent). In den ostdeutschen Flächenländern spielt die Teilzeitbeschäftigung eine vergleichsweise geringe Rolle. In Thüringen waren beispielsweise nur 21 Prozent aller abhängig Erwerbstätigen teilzeitbeschäftigt.

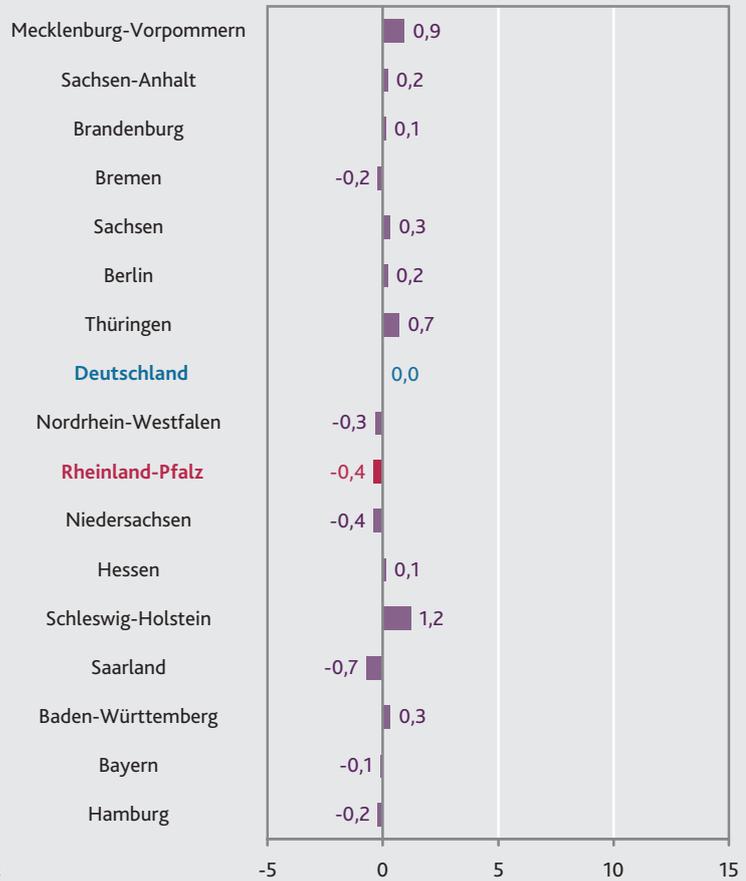
G 13

Teilzeitbeschäftigte 2008

Veränderung des Anteils an allen
Erwerbstätigen¹ gegenüber 2000
in Prozentpunkten



Veränderung des Anteils an allen
Erwerbstätigen¹ gegenüber 2007
in Prozentpunkten



¹ Abhängig Erwerbstätige.

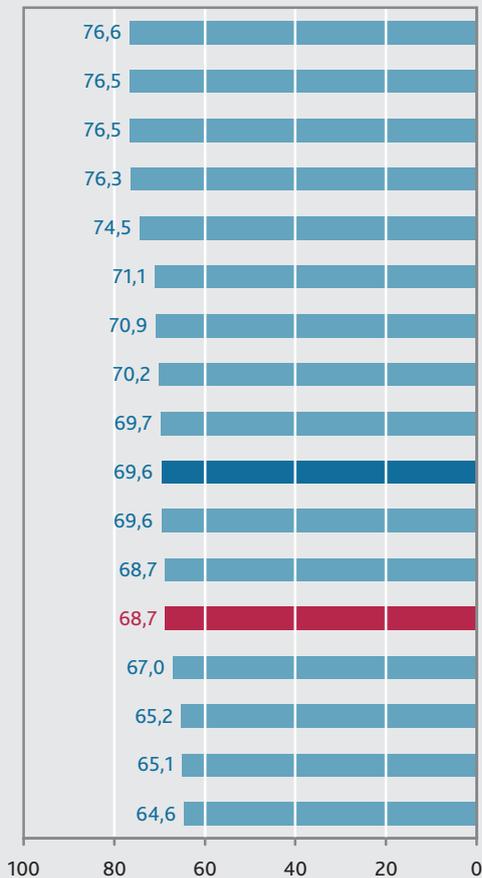
Quelle: Mikrozensus

Den höchsten Wert gab es im Stadtstaat Bremen; die Teilzeitquote betrug dort 31 Prozent. Rheinland-Pfalz belegt im Vergleich der Bundesländer mit einem Anteil von 27,8 Prozent den fünften Rang.

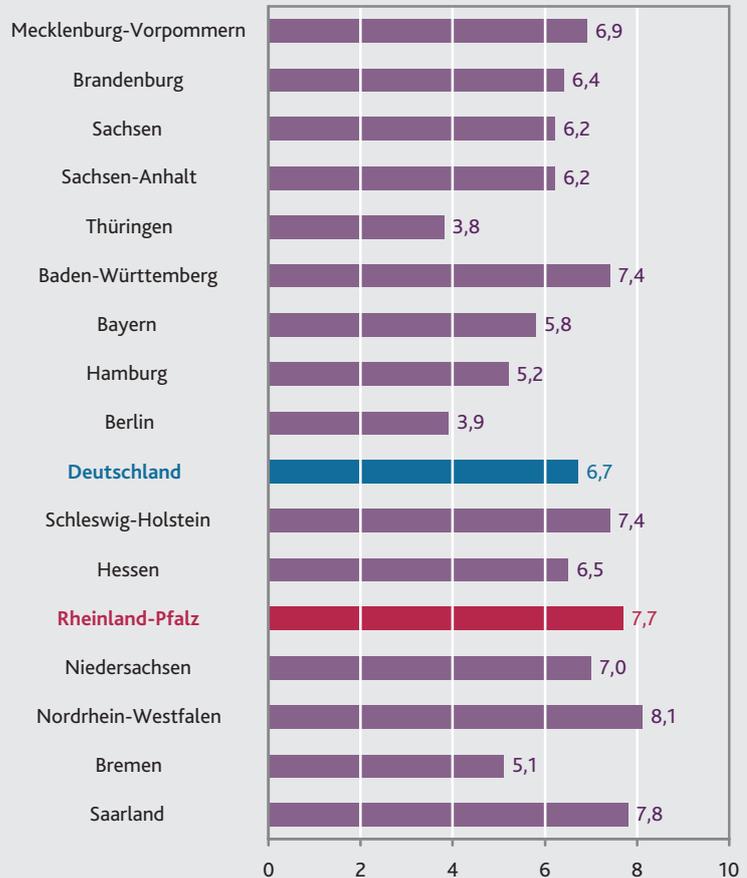
In Ostdeutschland ist die Teilzeitbeschäftigung zwar weniger verbreitet als im Westen Deutschlands, aber im längerfristigen Vergleich verläuft die Ausweitung in den neuen Ländern wesentlich dynamischer. So ist im Zeitraum 2000 bis 2008 die Teilzeitquote in Mecklenburg-Vorpommern fast doppelt so stark gestiegen wie in Deutschland insgesamt. Die Veränderungen in den Ländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen liegen jeweils im Bundesdurchschnitt.

Im kurzfristigen Vergleich, also gegenüber 2007, waren die Entwicklungen regional sehr unterschiedlich. Im Durchschnitt aller Bundesländer hat sich nichts geändert. Am stärksten verringerte sich der Anteil Teilzeitbeschäftigter an allen abhängig Erwerbstätigen im Saarland, gefolgt von den Ländern Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Die größten Zuwächse sind für Schleswig-Holstein zu verzeichnen.

Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an allen Frauen im erwerbsfähigen Alter in %



Veränderung gegenüber 2000 in Prozentpunkten



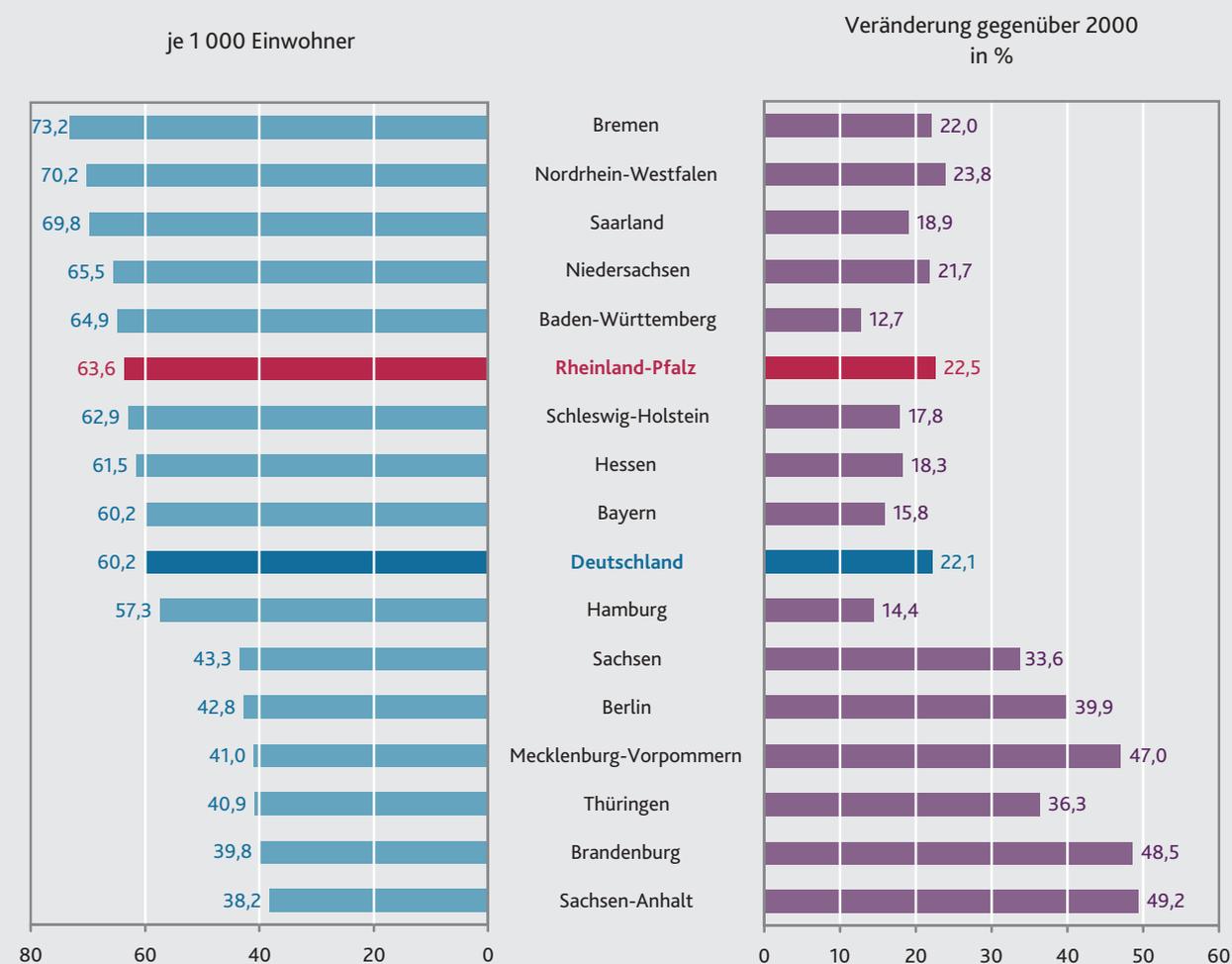
Quelle: Mikrozensus

Frauenerwerbsquote in Rheinland-Pfalz weiter gestiegen

Die Frauenerwerbsquote gibt Auskunft über die Erwerbsbeteiligung der Frauen im erwerbsfähigen Alter. Sie ist in den neuen Bundesländern traditionell besonders hoch. Diese Länder führen die Rangliste mit Werten von deutlich über 70 Prozent an. Den sechsten Rang belegt Baden-Württemberg mit 3,4 Prozentpunkten Abstand zum nächsthöheren Rang, den Thüringen besetzt. Im Jahr 2008 gingen in Rheinland-Pfalz 68,7 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter einer Beschäftigung nach. Die rheinland-pfälzische Quote hat sich seit 2000 überdurchschnittlich erhöht (plus 7,7 Prozentpunkte). Dennoch liegt Rheinland-Pfalz bei dieser Kennzahl auch im Vergleich der alten Bundesländer auf einem Platz im Mittelfeld, fast einen Prozentpunkt unter dem bundesdurchschnittlichen Wert (69,6 Prozent).

Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, der sich im Zuge des demografischen Wandels für die Zukunft abzeichnet, wird vor allem in den alten Bundesländern eine deutliche Steigerung der Frauenerwerbsquote erfordern.

G 15

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ 2009

1 Stand 30.06.

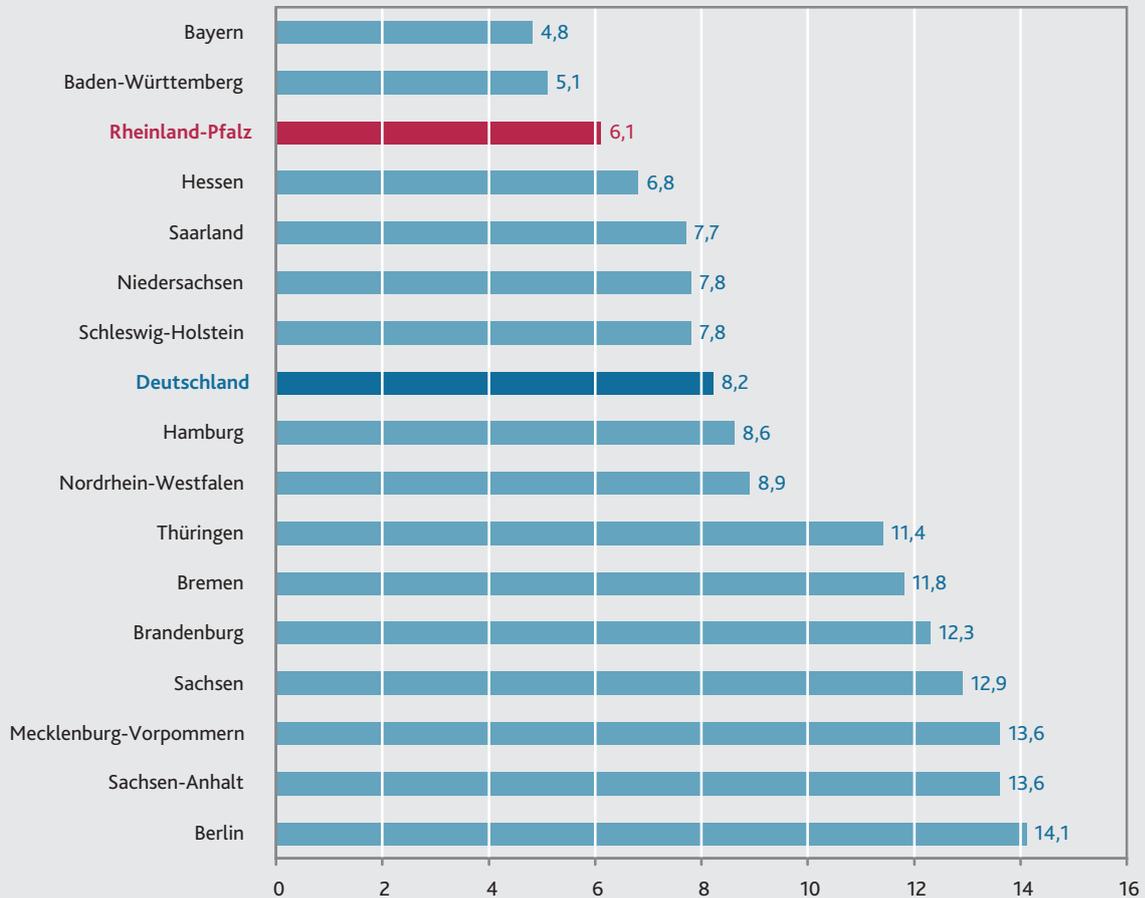
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, eigene Berechnungen

Viele geringfügig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt dann vor, wenn das Arbeitsentgelt monatlich nicht mehr als 400 Euro beträgt. Von 1 000 Einwohnern übten im Jahr 2009 deutschlandweit rund 60 Personen einen sogenannten Minijob aus. Rheinland-Pfalz belegte im Bundesländervergleich den sechsten Rang, auf 1 000 Einwohner kamen 64 „Mini-Jobber“. Der bundesdurchschnittliche Wert der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten bezogen auf die Einwohnerzahl wurde vor allem in den ostdeutschen Bundesländern unterschritten, obwohl dort längerfristig deutlich höhere Zuwachsraten zu beobachten sind.

Die geringfügig entlohnte Beschäftigung „boomt“ schon seit Jahren. Verglichen mit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Personen dieser Beschäftigungsart in Rheinland-Pfalz um 23 Prozent gestiegen, etwas stärker als im Bundesdurchschnitt. Deutlich höhere Zuwachsraten gab es in den neuen Ländern, die geringfügig entlohnte Beschäftigtenzahl vergrößerte sich dort im Durchschnitt um 41 Prozent.

Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

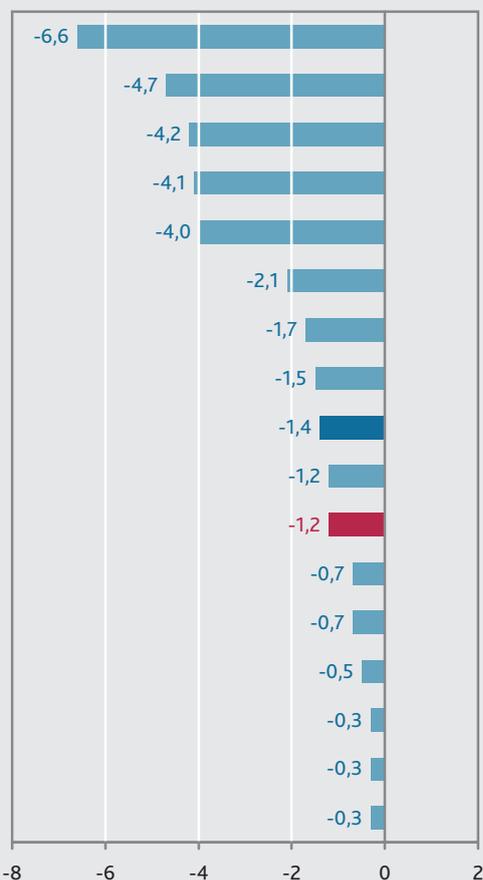
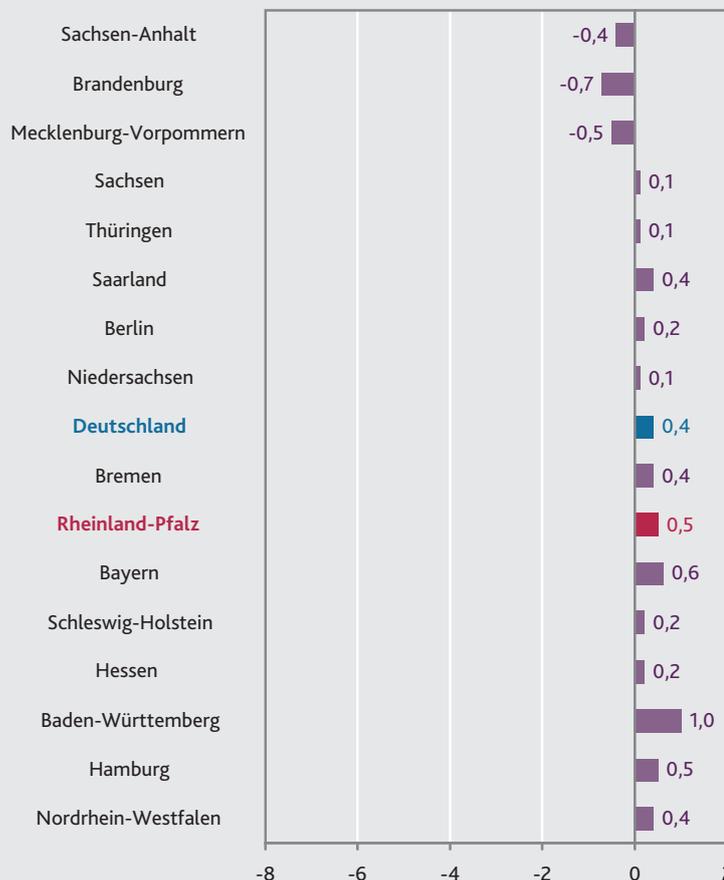
Drittniedrigste Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz

Bei der Arbeitslosenquote, welche die Zahl der Arbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen bezieht, sind große Unterschiede zwischen den Bundesländern zu beobachten. Auch nach 19 Jahren deutscher Einheit stellt die Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Ländern ein deutlich größeres Problem dar als in Westdeutschland. Die Arbeitslosenquoten in den neuen Bundesländern liegen noch immer durchweg im zweistelligen Bereich.

Im Jahr 2009 waren deutschlandweit 8,2 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet. Die Bundeshauptstadt Berlin wies mit gut 14 Prozent die höchste Arbeitslosenquote aus. Zusammen mit Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt bilden diese vier Länder das untere Viertel im bundesweiten Ländervergleich. Rheinland-Pfalz erreichte mit einer Quote von 6,1 Prozent den dritten Platz, hinter Bayern und Baden-Württemberg.

G 17

Arbeitslosenquote 2009

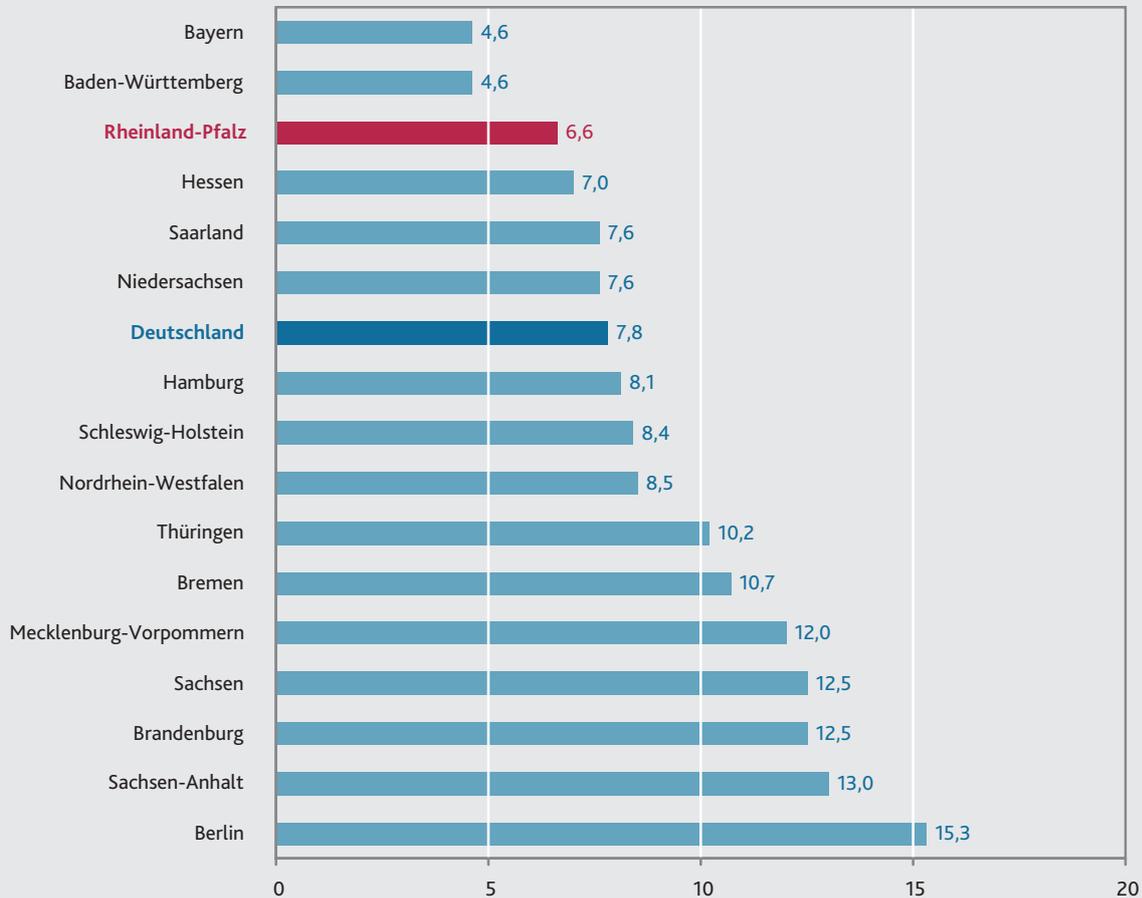
Veränderung gegenüber 2000
in ProzentpunktenVeränderung gegenüber 2008
in Prozentpunkten

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Längerfristig ist eine positive Entwicklung für alle Bundesländer zu verbuchen. Vor allem in den ostdeutschen Ländern ist die Arbeitslosigkeit vergleichsweise stark gesunken. Der Abbau der Arbeitslosigkeit seit 2000 ist einerseits dem konjunkturellen Aufschwung unmittelbar vor der Wirtschaftskrise zu verdanken. Andererseits dürften auch die Arbeitsmarktreformen für die erfreuliche Entwicklung verantwortlich sein.

Im Jahr 2009 ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Zuge der globalen Wirtschaftskrise bundesweit wieder gestiegen. Insbesondere die alten Bundesländer, die im Allgemeinen stärker vom Export abhängig sind als die neuen Länder, mussten steigende Arbeitslosenquoten hinnehmen. Im Bundesdurchschnitt ist der Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen um 0,4 Prozentpunkte gegenüber 2008 gestiegen. Nur in vier Bundesländern wurde dieser Durchschnittswert überschritten, so auch in Rheinland-Pfalz. Die industriestarken Flächenländer Baden-Württemberg und Bayern hatten die kräftigsten Anstiege zu verbuchen. Aber auch in Hamburg ist die Arbeitslosenquote überdurchschnittlich gestiegen. Die Hansestadt hat zwar nur einen relativ geringen Erwerbstätigenanteil im produzierenden Gewerbe, ist aber durch den zweitgrößten Containerhafen Europas sehr stark vom Warenexport abhängig.

Anteil der Arbeitslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren an den zivilen Erwerbspersonen der entsprechenden Altersgruppe in %



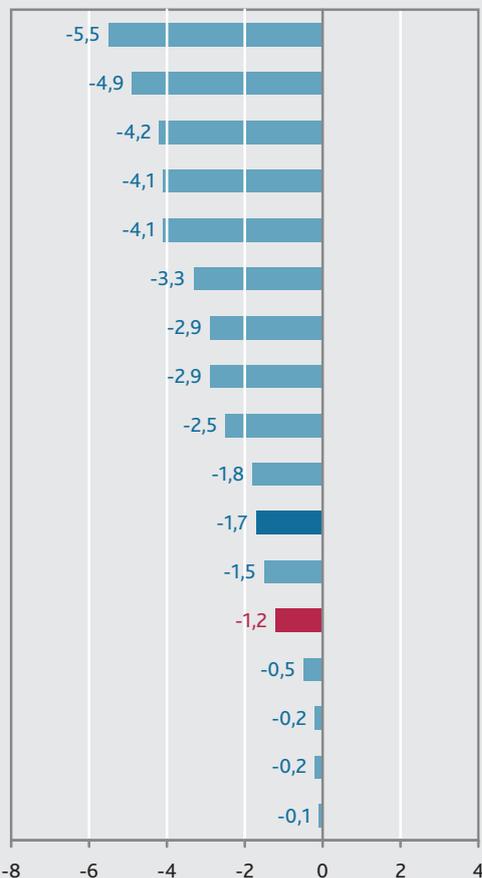
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Vergleichsweise geringe Jugendarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz

Eine der größten Herausforderungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist die Jugendarbeitslosigkeit. Der Anteil der Arbeitslosen bei den 15- bis unter 25-Jährigen lag im Jahr 2009 im gesamten Bundesgebiet bei 7,8 Prozent, nur geringfügig niedriger als die Arbeitslosenquote bei allen zivilen Erwerbspersonen (8,2 Prozent). Wie bei der Gesamtquote bestehen auch bei der Jugendarbeitslosigkeit große regionale Unterschiede.

Vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit weisen die beiden süddeutschen Flächenländer Baden-Württemberg und Bayern auf (jeweils 4,6 Prozent). Rang drei belegt Rheinland-Pfalz. Besonders viele junge Arbeitslose gab es 2009 in der Bundeshauptstadt; gut 15 Prozent der 15- bis unter 25-Jährigen waren arbeitslos gemeldet. Im Vergleich der Bundesländer war in fünf Ländern die Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen höher als unter allen Erwerbspersonen, und zwar in Berlin, Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

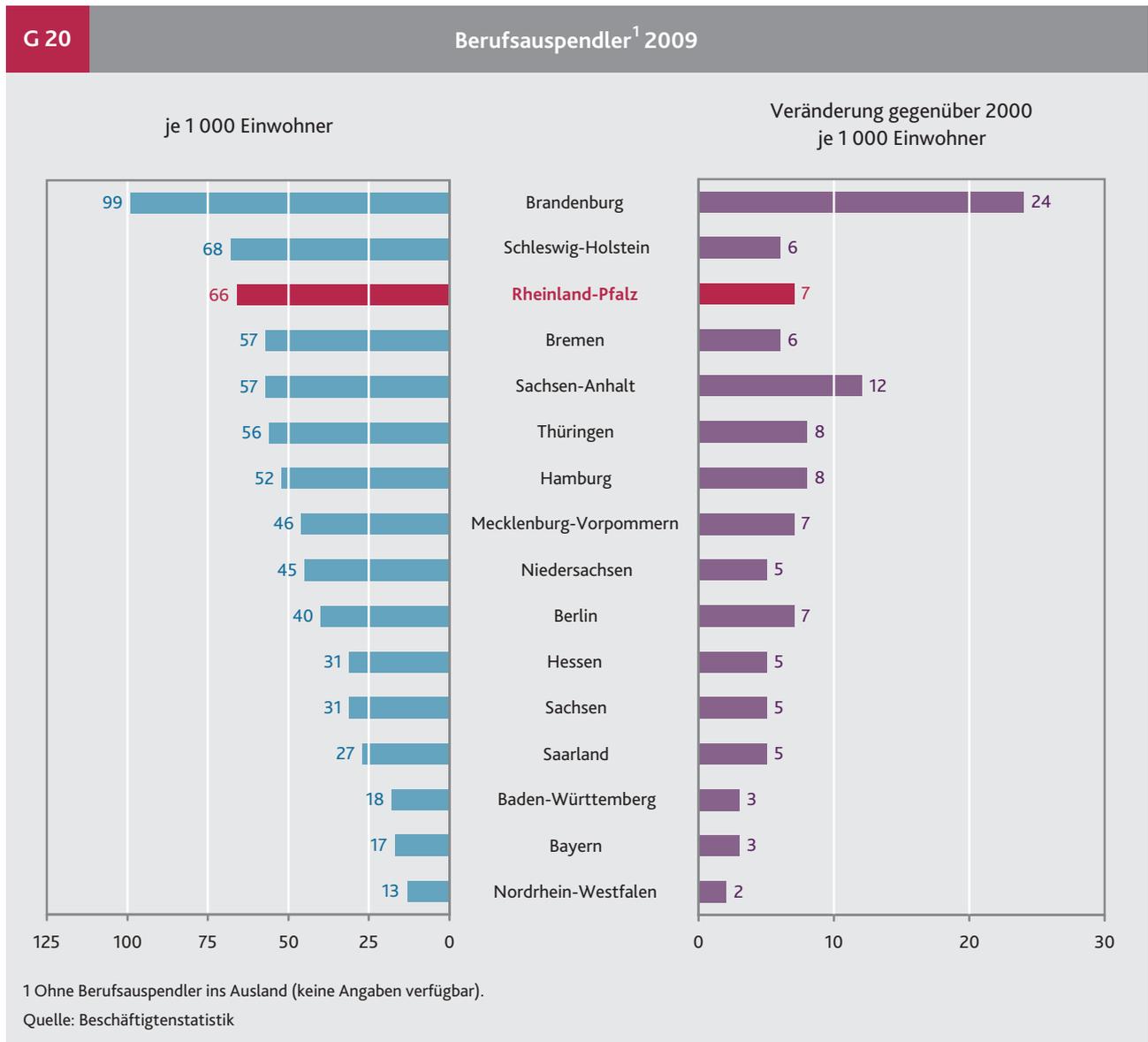
G 19

Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen¹ 2009Veränderung gegenüber 2000
in ProzentpunktenVeränderung gegenüber 2008
in Prozentpunkten

¹ Für das Jahr 2000 bezogen auf alle abhängig zivilen Erwerbspersonen, ab 2008 alle zivilen Erwerbspersonen.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Die Jugendarbeitslosigkeit ist seit 2000 in allen Ländern zurückgegangen. Die größten Erfolge konnten die ostdeutschen Bundesländer verbuchen; diese haben aber auch die höchsten Arbeitslosenquoten der 15- bis unter 25-Jährigen zu verzeichnen. Der Vergleich der Arbeitslosenquoten der Jahre 2000 und 2009 ist insofern eingeschränkt, als die Bezugsgröße (abhängige zivile Erwerbspersonen vs. alle zivilen Erwerbspersonen) unterschiedlich ist.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Vorjahresvergleich stärker gestiegen als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Im Schnitt erhöhte sich die Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen um 0,4 Prozentpunkte mehr als die Gesamtquote. Ursächlich für diese Entwicklung ist beispielsweise, dass junge Menschen sehr viel häufiger nur noch befristete Arbeitsverträge bekommen, die in Krisenzeiten nicht verlängert werden. Auch die Existenz von Sozialplänen führt im Allgemeinen dazu, dass jungen Beschäftigten eher gekündigt wird als ihren älteren Kolleginnen und Kollegen. Die kräftigsten Zuwächse gab es im Saarland und in Baden-Württemberg, eine Reduzierung ist dagegen für die neuen Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg festzuhalten.



Doppelt so viele Berufsauspendler wie Einpendler in Rheinland-Pfalz

Als Berufspendler werden Personen bezeichnet, die zwischen Wohn- und Arbeitsort über die Landesgrenze hinweg pendeln. Berufsauspendler haben also ihren Wohnsitz im jeweils betrachteten Bundesland, überqueren aber die Landesgrenze, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Berufseinpendler sind demgegenüber Personen, die zum Arbeiten in ein betrachtetes Land kommen, aber jenseits der Landesgrenze wohnen. Attraktive Wohnstandorte, gute Verkehrsanbindungen sowie die geografische Lage eines Landes sind Ursachen für hohe Auspendlerzahlen. In Rheinland-Pfalz gibt es nicht zuletzt aus diesen Gründen traditionell viele Berufsauspendler. Bezogen auf 1 000 Einwohner gab es 2009 in Rheinland-Pfalz 66 Berufsauspendler. Damit belegte das Land im Bundesländervergleich den dritten Rang dicht hinter Schleswig-Holstein. Mit großem Vorsprung führt Brandenburg die Rangliste an (99 Berufsauspendler je 1 000 Einwohner). Dort gab es auch seit 2000 die mit Abstand kräftigste Zunahme der Auspendlerquote.

G 21

Berufseinpender¹ 2009

¹ Einschließlich Berufseinpender aus dem Ausland.

Quelle: Beschäftigtenstatistik

Auf die Einwohnerzahl gerechnet spielen die Berufseinpender in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg eine besonders große Rolle. Im Jahr 2009 kamen dort 183 bzw. 175 Einpendler auf 1 000 Einwohner. Weit dahinter belegt schließlich die Bundeshauptstadt Berlin den dritten Platz (70 Berufseinpender je 1 000 Einwohner). Rheinland-Pfalz nimmt im bundesweiten Vergleich einen Platz im Mittelfeld ein (33 Berufseinpender). Seit 2000 ist zwar im Saarland die Zahl der Berufseinpender gesunken, dennoch ist dort die Einpendlerquote unter den Flächenländern am zweithöchsten, knapp hinter Hessen. In Rheinland-Pfalz ist im betrachteten Zeitraum die Zahl der Berufsauspendler (+7 Auspendler je 1 000 Einwohner) stärker gestiegen als die der Einpendler (+4 Einpendler je 1 000 Einwohner). Die mit Abstand geringsten Pendlerströme sind in Nordrhein-Westfalen zu beobachten; auch die langfristigen Zuwächse fallen dort vergleichsweise niedrig aus.

Die langfristigen Steigerungen der Pendlerbewegungen insgesamt zeigen, dass die Mobilität der Arbeitnehmer zugenommen hat. Insbesondere hochqualifizierte Personen nehmen weite Fahrtstrecken zwischen Wohn- und Arbeitsort auf sich.



Kassenmäßige Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz gestiegen

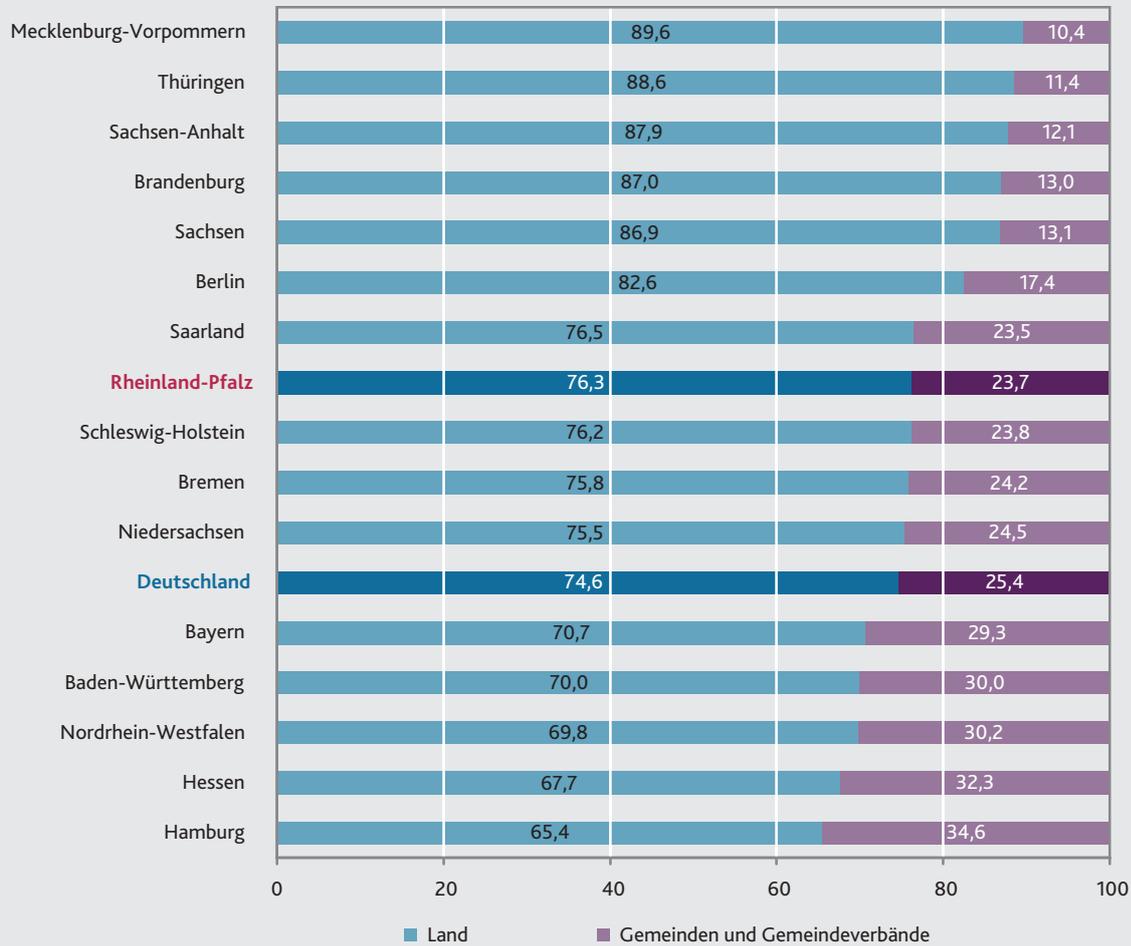
Als kassenmäßige Steuereinnahmen werden die Steuereinnahmen bezeichnet, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften geflossen sind, und zwar unabhängig davon, für welches Jahr die Steuern geleistet wurden oder wann die Steuerschuld entstanden ist. Die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Landes Rheinland-Pfalz und seiner Gemeinden und Gemeindeverbände zusammengenommen beliefen sich 2007 auf 3 132 Euro je Einwohner – im Bundesdurchschnitt waren es 3 479 Euro je Einwohner.

Im kurzfristigen Vergleich zum Jahr 2006 gab es in Rheinland-Pfalz für Land und Kommunen zusammengenommen einen Anstieg der Steuereinnahmen um gut elf Prozent und damit einen stärkeren Zuwachs als im Bundesdurchschnitt (+9,1 Prozent). Die Steuereinnahmen des Landes sind sehr viel stärker gestiegen (+13,5 Prozent) als die der Gemeinden und Gemeindeverbände (+5 Prozent).

G 2

Kassenmäßige Steuereinnahmen 2007 nach Gebietskörperschaften

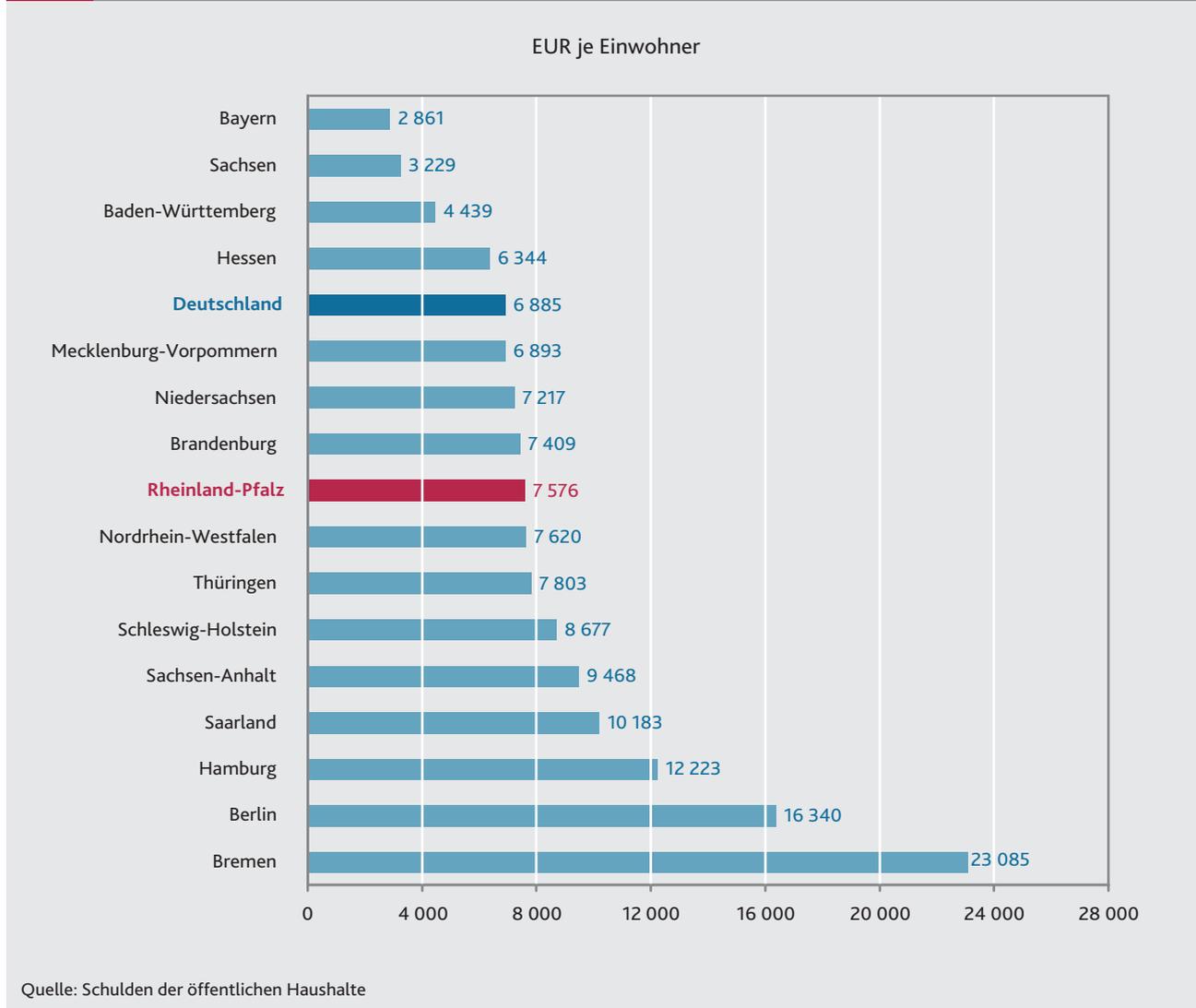
Anteile in %



Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

Langfristig sind die Steuereinnahmen je Einwohner in Rheinland-Pfalz schwächer gestiegen als im Bundesdurchschnitt. Zwischen 2000 und 2007 nahmen die Einnahmen um gut zwölf Prozent zu – fast vier Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt. Dies lag vor allem an der Entwicklung der kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände; ihr Anstieg war in Rheinland-Pfalz um mehr als zehn Prozentpunkte geringer als im deutschlandweiten Durchschnitt.

Von den kassenmäßigen Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz entfielen 76 Prozent auf das Land und dementsprechend 24 Prozent auf die Gemeinden und Gemeindeverbände, was in etwa mit dem Durchschnitt über alle Länder übereinstimmt. Die Anteilswerte haben sich in Rheinland-Pfalz seit 2000 leicht zugunsten der Kommunen verschoben; im Jahr 2000 belief sich der Anteil der Kommunen an den gesamten kassenmäßigen Steuereinnahmen auf knapp 23 Prozent.



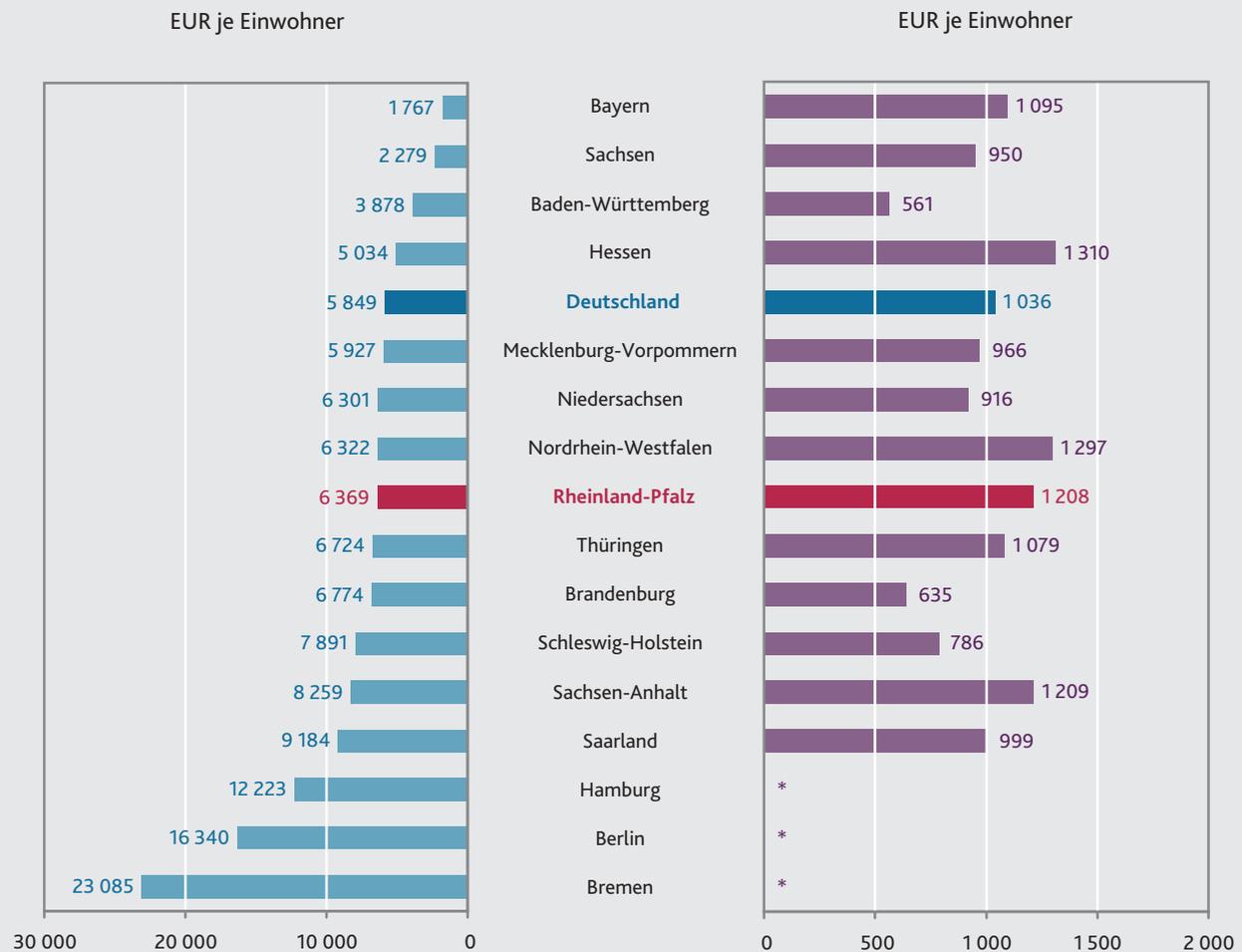
Überdurchschnittlich hohe Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz

Für die Länder sowie die Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände sind Kreditmarktschulden, d. h. Schulden bei in- oder ausländischen Kreditinstituten und sonstigen Finanzdienstleistern, ein Instrument zur Finanzierung ihrer Haushalte. Zum 31. Dezember 2008 wurden für das Land sowie die Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände in Rheinland-Pfalz zusammengenommen Kreditmarktschulden in Höhe von 7 576 Euro je Einwohner registriert. Das Land belegt damit im Ländervergleich Rang acht. Am höchsten verschuldet sind die Stadtstaaten Bremen (23 085 Euro je Einwohner) und Berlin (16 340 Euro je Einwohner).

Seit 2000 haben sich die Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte je Einwohner in allen Ländern kräftig erhöht. In Rheinland-Pfalz stiegen sie um 35 Prozent. Den stärksten Zuwachs verzeichnete Bremen (+79 Prozent). Lediglich im Freistaat Sachsen ist die Pro-Kopf-Verschuldung zwischen 2000 und 2008 gesunken (-12 Prozent).

G 4 Kreditmarktschulden der Länder 2008

Kreditmarktschulden der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände 2008

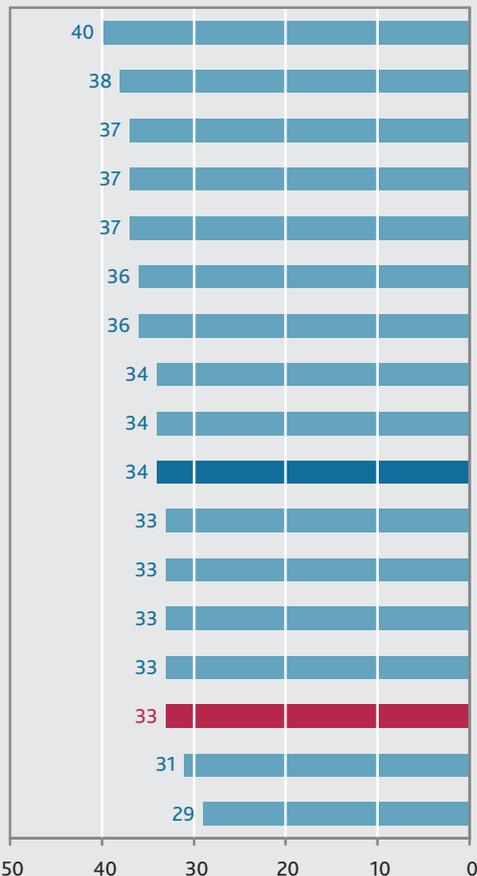


* Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg haben keine Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände.
 Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte

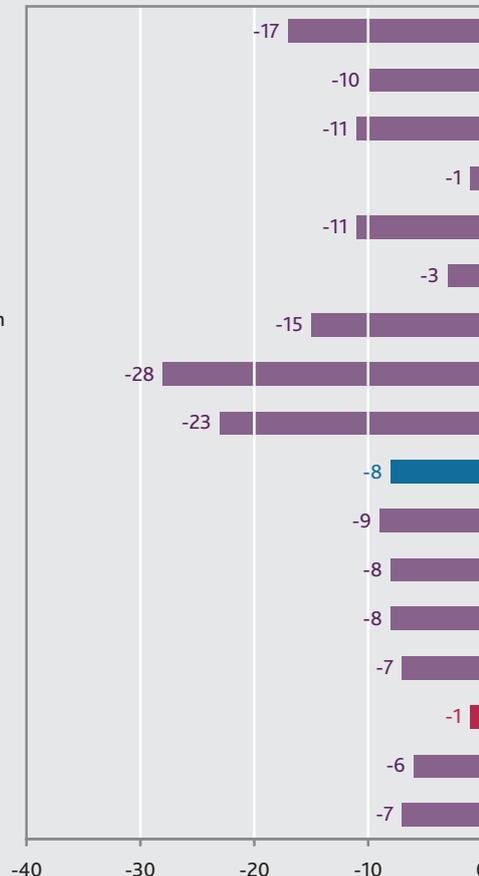
Bei einer differenzierten Betrachtung der Flächenländer und ihrer Kommunen zeigt sich, dass Kreditmarktschulden überwiegend von den Ländern aufgenommen worden sind. In Rheinland-Pfalz belief sich der Anteil des Landes an den gesamten Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte 2008 auf 84 Prozent; im Jahr 2000 lag der Anteil des Landes erst bei 81 Prozent.

Zwischen 2000 und 2008 sind die Kreditmarktschulden je Einwohner des Landes Rheinland-Pfalz sehr viel stärker gestiegen als die seiner Kommunen. Der Anstieg belief sich beim Land auf 40 Prozent (Durchschnitt der Flächenländer: +41 Prozent) und bei den rheinland-pfälzischen Kommunen auf 14 Prozent (Durchschnitt aller deutschen Kommunen: -13 Prozent). Den stärksten Anstieg der Kreditmarktschulden verzeichneten unter den Flächenländern das Saarland (+60 Prozent) und Sachsen-Anhalt (+60 Prozent). In allen Ländern mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz sind die Kreditmarktschulden der Kommunen – möglicherweise bedingt durch Ausgliederungen – gesunken, am stärksten die der Kommunen im Saarland (-42 Prozent) und in Sachsen (-31 Prozent).

Vollzeitäquivalente je 1 000 Einwohner



Veränderung gegenüber 2000

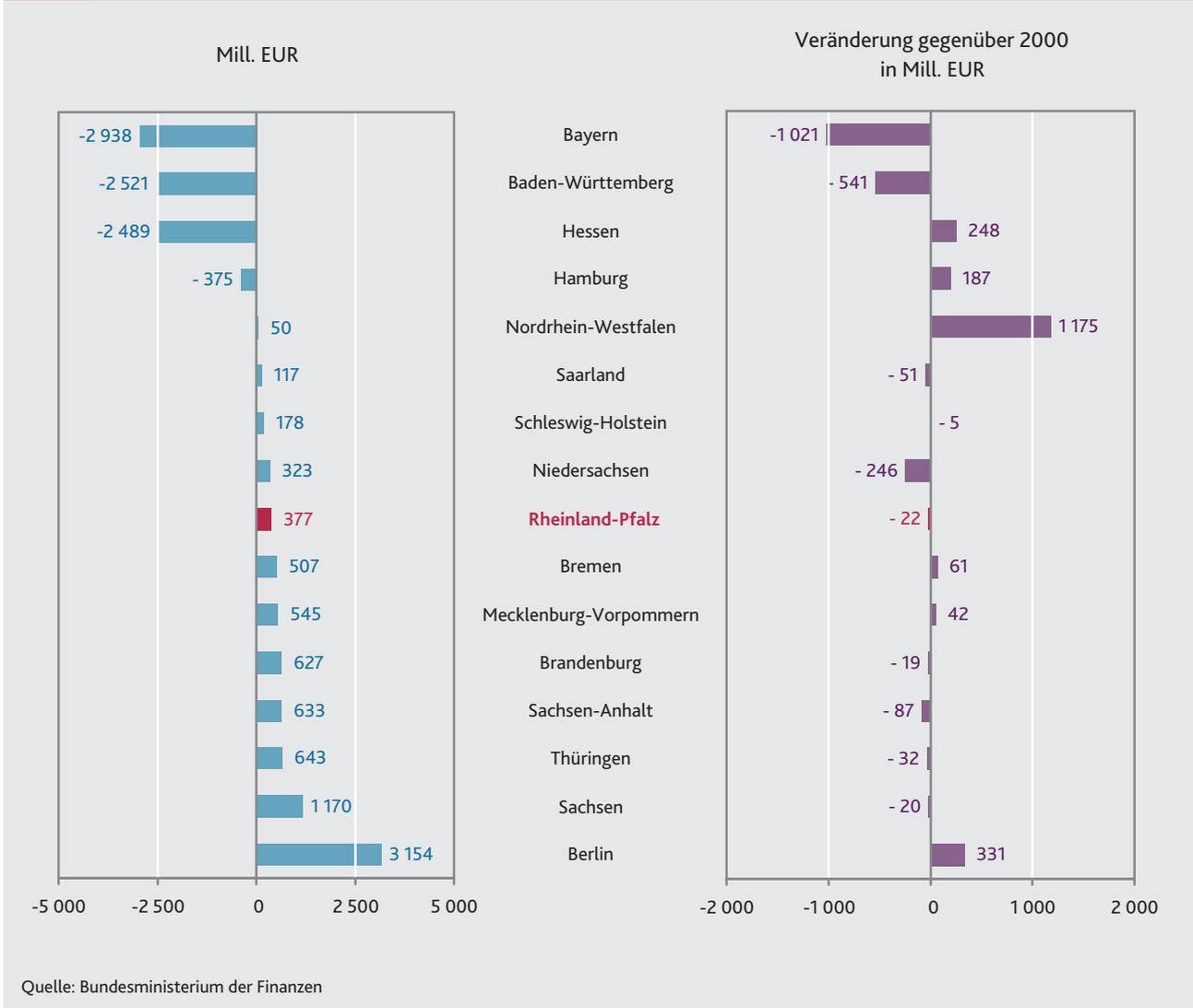


1 Diese Werte beziehen sich nicht auf das Bundesergebnis, sondern geben den Durchschnitt der Bundesländer an.

Quelle: Personalstandstatistik

Personalstand des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz stabil

Um den Personalstand in den Bundesländern trotz unterschiedlicher Teilzeitquoten vergleichen zu können, empfiehlt es sich, Vollzeitäquivalente zu bilden. Das Land sowie die Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände in Rheinland-Pfalz setzten 2008 je 1 000 Einwohner Personal in einem Umfang ein, der 33 Vollzeitbeschäftigten entsprach. In Rheinland-Pfalz ist der Personalstand des öffentlichen Dienstes seit 2000 nahezu unverändert geblieben. Während das Land 2000 mit dem niedrigsten Personalstand je 1 000 Einwohner noch den 16. Rang belegte, befand es sich 2008 auf Rang zehn. Berlin (-28 Vollzeitbeschäftigte je 1 000 Einwohner) und Bremen (-23 Vollzeitbeschäftigte je 1 000 Einwohner) haben den öffentlichen Dienst seit 2000 am kräftigsten reduziert.



Rheinland-Pfalz erhielt 377 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich

Beim Länderfinanzausgleich werden von den „reicheren“ Bundesländern (Geberländer) Ausgleichszahlungen an die „ärmeren“ Länder (Nehmerländer) geleistet. Die Frage, ob ein Bundesland Geber- oder Nehmerland ist, wird dabei über den Vergleich gesetzlich festgelegter Kennzahlen geklärt.

Rheinland-Pfalz zählte auch 2008 – wie elf weitere Bundesländer – zu den Nehmerländern und erhielt im Rahmen des Länderfinanzausgleichs Zuweisungen in Höhe von 377 Millionen Euro; das entsprach einem Anteil von 4,5 Prozent an den zu verteilenden Mitteln. Am meisten profitierte wie in den Vorjahren das Land Berlin von dem Umverteilungsmechanismus des Länderfinanzausgleichs. Mit Zuweisungen von 3,2 Milliarden Euro flossen rund 38 Prozent der zu verteilenden Mittel an die Bundeshauptstadt. Das Gesamtvolumen des Länderfinanzausgleichs belief sich auf 8,3 Milliarden Euro. Dieser Betrag wurde von den Geberländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg aufgebracht.



Tabellenanhang



AT 1:	Bevölkerung.....	117
AT 2:	Anteil der Bevölkerung der Länder an der Gesamtbevölkerung in Deutschland	117
AT 3:	Bevölkerungsdichte.....	117
AT 4:	Anteil der unter 20-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung.....	118
AT 5:	Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	118
AT 6:	Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung	118
AT 7:	Jugendquotient.....	119
AT 8:	Altenquotient.....	119
AT 9:	Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15- bis unter 45-Jährige) an allen Frauen	119
AT 10:	Zusammengefasste Geburtenziffer (Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren).....	120
AT 11:	Anteil der ausländischen Bevölkerung an der jeweiligen Gesamtbevölkerung.....	120
AT 12:	Geborenenüberschuss (+) bzw. Gestorbenenüberschuss (-).....	120
AT 13:	Wanderungssaldo (über die Landesgrenze)	121
AT 14:	Haushalte.....	121
AT 15:	Anteil der Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten	121
AT 16:	Anteil der Haushalte mit zwei Personen an allen Haushalten	122
AT 17:	Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten	122
AT 18:	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte.....	122
AT 19:	Sparquote der privaten Haushalte.....	123
AT 20:	Verbraucherinsolvenzen	123
AT 21:	Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)	123
AT 22:	Betreuungsquoten unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung.....	124
AT 23:	Betreuungsquoten 3- bis 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung.....	124
AT 24:	Gemeldete beendete Bezüge von Elterngeld nach Geschlecht.....	124
AT 25:	Gemeldete beendete Bezüge von Elterngeld.....	125
AT 26:	Gemeldete beendete Bezüge von Elterngeld nach Geschlecht und Höhe.....	125
AT 27:	Armutsgefährdungsquote	125
AT 28:	Armutsgefährdungsquote der unter 18-Jährigen.....	126
AT 29:	Armutsgefährdungsquote der 65-Jährigen und Älteren.....	126
AT 30:	Einkommensreichumsquote.....	126
AT 31:	Niedergelassene Ärzte.....	127
AT 32:	Niedergelassene Zahnärzte.....	127
AT 33:	Aufgestellte Betten in allgemeinen Krankenhäusern.....	127
AT 34:	Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen.....	128
AT 35:	Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung.....	128
AT 36:	Anteil der reinen Pflegegeldempfänger an allen Pflegebedürftigen.....	128

Tabellenanhang

AT 37:	Anteil der Pflegebedürftigen in ambulanter Pflege an allen Pflegebedürftigen	129
AT 38:	Anteil der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege an allen Pflegebedürftigen	129
AT 39:	Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen	129
AT 40:	Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen.....	130
AT 41:	Wahlbeteiligung bei den Europawahlen.....	130
AT 42:	Unterrichtsstunden je Schülerin bzw. Schüler an allgemeinbildenden Schulen	130
AT 43:	Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an allen Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen.....	131
AT 44:	Anteil der Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen.....	131
AT 45:	Anteil der Schulabgänge mit Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen.....	131
AT 46:	Anteil der Schulabgänger mit qualifiziertem Sekundarabschluss I an allen Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen	132
AT 47:	Anteil der Schulabgänge mit Hochschulreife an allen Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen.....	132
AT 48:	Studienanfängerquote	132
AT 49:	Anteil der Bildungsausländer an allen Studierenden.....	133
AT 50:	Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen	133
AT 51:	Wanderungssaldo der Studierenden	133
AT 52:	Straßendichte (Straßenlänge je km ² Fläche).....	134
AT 53:	Pkw-Bestand	134
AT 54:	Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden.....	134
AT 55:	Verkehrstote	135
AT 56:	Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung.....	135
AT 57:	Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner	135
AT 58:	Wohneigentumsquote	136
AT 59:	Bodenfläche.....	136
AT 60:	Anteil der Waldfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	136
AT 61:	Anteil der Landwirtschaftsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche.....	137
AT 62:	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche.....	137
AT 63:	Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) pro Tag.....	137
AT 64:	Energieproduktivität.....	138
AT 65:	CO ₂ -Emissionen.....	138
AT 66:	Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.....	138
AT 67:	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	139
AT 68:	Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet	139

AT 69:	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen (Arbeitsproduktivität).....	139
AT 70:	Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an der Bruttowertschöpfung.....	140
AT 71:	Anteil des produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung.....	140
AT 72:	Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung.....	140
AT 73:	Anteil der Dienstleistungsbereiche „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ an der Bruttowertschöpfung.....	141
AT 74:	Anteil der Dienstleistungsbereiche „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ an der Bruttowertschöpfung.....	141
AT 75:	Anteil der Dienstleistungsbereiche „Öffentliche und private Dienstleister“ an der Bruttowertschöpfung.....	141
AT 76:	Umsatz im verarbeitenden Gewerbe.....	142
AT 77:	Exportquote im verarbeitenden Gewerbe.....	142
AT 78:	Umsatz im Bauhauptgewerbe.....	142
AT 79:	Umsatz in den Dienstleistungsbereichen bereinigt.....	143
AT 80:	Bruttoanlageinvestitionen.....	143
AT 81:	Gewerbeanmeldungen.....	143
AT 82:	Insolvenzen.....	144
AT 83:	Gästeintensität im Tourismus (ohne Kleinbetriebe).....	144
AT 84:	Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus.....	144
AT 85:	Ausgaben für Forschung und Entwicklung (Anteil am Bruttoinlandsprodukt).....	145
AT 86:	FuE-Personal im Wirtschaftssektor (Vollzeitäquivalente).....	145
AT 87:	Anteil der Beschäftigten in den Hochtechnologiebranchen an allen Beschäftigten.....	145
AT 88:	Anteil der Beschäftigten in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen an allen Beschäftigten.....	146
AT 89:	Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen Beschäftigten.....	146
AT 90:	Patentdichte.....	146
AT 91:	Gründungsintensität.....	147
AT 92:	Erwerbstätige am Arbeitsort.....	147
AT 93:	Arbeitsplatzdichte.....	147
AT 94:	Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen.....	148
AT 95:	Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen Erwerbstätigen.....	148
AT 96:	Anteil der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen.....	148
AT 97:	Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen.....	149
AT 98:	Arbeitsvolumen.....	149
AT 99:	Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen.....	149
AT 100:	Frauenerwerbsquote.....	150
AT 101:	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am 30. Juni.....	150
AT 102:	Arbeitslosenquote.....	150

Tabellenanhang

AT 103: Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen	151
AT 104: Berufsauspendler	151
AT 105: Berufseinpender	151
AT 106: Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände	152
AT 107: Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder	152
AT 108: Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	152
AT 109: Kreditmarktschulden der Länder sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände	153
AT 110: Kreditmarktschulden der Länder	153
AT 111: Kreditmarktschulden der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände	153
AT 112: Personal der Länder sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände (Vollzeitäquivalente)	154
AT 113: Länderfinanzausgleich	154

Bevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	10 524 415	3	10 749 755	3	10 749 506	3	2,1	-0,0
Bayern	12 230 255	2	12 520 332	2	12 519 728	2	2,4	-0,0
Berlin	3 382 169	8	3 416 255	8	3 431 675	8	1,5	0,5
Brandenburg	2 601 962	11	2 535 737	10	2 522 493	10	-3,1	-0,5
Bremen	660 225	16	663 082	16	661 866	16	0,2	-0,2
Hamburg	1 715 392	14	1 770 629	13	1 772 100	13	3,3	0,1
Hessen	6 068 129	5	6 072 555	5	6 064 953	5	-0,1	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 775 703	13	1 679 682	14	1 664 356	14	-6,3	-0,9
Niedersachsen	7 926 193	4	7 971 684	4	7 947 244	4	0,3	-0,3
Nordrhein-Westfalen	18 009 865	1	17 996 621	1	17 933 064	1	-0,4	-0,4
Rheinland-Pfalz	4 034 557	7	4 045 643	7	4 028 351	7	-0,2	-0,4
Saarland	1 068 703	15	1 036 598	15	1 030 324	15	-3,6	-0,6
Sachsen	4 425 581	6	4 220 200	6	4 192 801	6	-5,3	-0,6
Sachsen-Anhalt	2 615 375	10	2 412 472	11	2 381 872	11	-8,9	-1,3
Schleswig-Holstein	2 789 761	9	2 837 373	9	2 834 260	9	1,6	-0,1
Thüringen	2 431 255	12	2 289 219	12	2 267 763	12	-6,7	-0,9
Deutschland	82 259 540	x	82 217 837	x	82 002 356	x	-0,3	-0,3

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Anteil der Bevölkerung der Länder an der Gesamtbevölkerung in Deutschland

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	12,8	3	13,1	3	13,1	3	0,3	-
Bayern	14,9	2	15,2	2	15,3	2	0,4	0,1
Berlin	4,1	8	4,2	8	4,2	8	0,1	-
Brandenburg	3,2	10	3,1	10	3,1	10	-0,1	-
Bremen	0,8	16	0,8	16	0,8	16	-	-
Hamburg	2,1	14	2,2	13	2,2	13	0,1	-
Hessen	7,4	5	7,4	5	7,4	5	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	2,2	13	2,0	14	2,0	14	-0,2	-
Niedersachsen	9,6	4	9,7	4	9,7	4	0,1	-
Nordrhein-Westfalen	21,9	1	21,9	1	21,9	1	-	-
Rheinland-Pfalz	4,9	7	4,9	7	4,9	7	-	-
Saarland	1,3	15	1,3	15	1,3	15	-	-
Sachsen	5,4	6	5,1	6	5,1	6	-0,3	-
Sachsen-Anhalt	3,2	10	2,9	11	2,9	11	-0,3	-
Schleswig-Holstein	3,4	9	3,5	9	3,5	9	0,1	-
Thüringen	3,0	12	2,8	12	2,8	12	-0,2	-
Deutschland	100	x	100	x	100	x	x	x

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Bevölkerungsdichte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	Einwohner je km ²	Rang	Einwohner je km ²	Rang	Einwohner je km ²	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	294	6	301	6	301	6	2,4	-
Bayern	173	11	177	11	177	11	2,3	-
Berlin	3 793	1	3 834	1	3 849	1	1,5	0,4
Brandenburg	88	15	86	15	86	15	-2,3	-
Bremen	1 633	3	1 640	3	1 637	3	0,2	-0,2
Hamburg	2 271	2	2 344	2	2 347	2	3,3	0,1
Hessen	287	7	288	7	287	7	-	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	77	16	72	16	72	16	-6,5	-
Niedersachsen	166	12	167	12	167	12	0,6	-
Nordrhein-Westfalen	528	4	528	4	526	4	-0,4	-0,4
Rheinland-Pfalz	203	9	204	9	203	9	-	-0,5
Saarland	416	5	404	5	401	5	-3,6	-0,7
Sachsen	240	8	229	8	228	8	-5,0	-0,4
Sachsen-Anhalt	128	14	118	14	116	14	-9,4	-1,7
Schleswig-Holstein	177	10	180	10	179	10	1,1	-0,6
Thüringen	150	13	142	13	140	13	-6,7	-1,4
Deutschland	230	x	230	x	230	x	-	-

Quellen: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Flächenerhebung

Tabellenanhang

Anteil der unter 20-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	22,2	1	20,8	1	20,4	2	-1,8	-0,4
Bayern	21,7	4	20,3	4	20,0	4	-1,7	-0,3
Berlin	18,8	14	16,6	11	16,4	11	-2,4	-0,2
Brandenburg	20,8	8	16,3	12	15,8	12	-5,0	-0,5
Bremen	18,8	14	17,8	9	17,6	9	-1,2	-0,2
Hamburg	18,0	16	17,4	10	17,3	10	-0,7	-0,1
Hessen	20,6	9	19,6	7	19,4	7	-1,2	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	21,5	6	16,2	13	15,5	13	-6,0	-0,7
Niedersachsen	22,0	2	20,8	1	20,5	1	-1,5	-0,3
Nordrhein-Westfalen	21,6	5	20,4	3	20,1	3	-1,5	-0,3
Rheinland-Pfalz	21,8	3	20,1	6	19,8	6	-2,0	-0,3
Saarland	20,1	10	18,4	8	18,0	8	-2,1	-0,4
Sachsen	19,1	13	15,5	15	15,1	14	-4,0	-0,4
Sachsen-Anhalt	19,8	12	15,4	16	14,8	16	-5,0	-0,6
Schleswig-Holstein	21,1	7	20,3	4	20,0	4	-1,1	-0,3
Thüringen	19,9	11	15,6	14	15,1	14	-4,8	-0,5
Deutschland	21,1	x	19,4	x	19,0	x	-2,1	-0,4

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	61,9	12	60,3	11	60,3	11	-1,6	-
Bayern	62,1	10	60,6	10	60,6	10	-1,5	-
Berlin	66,6	1	65,0	1	64,8	1	-1,8	-0,2
Brandenburg	63,6	3	62,3	5	62,2	5	-1,4	-0,1
Bremen	62,7	7	61,1	7	61,1	7	-1,6	-
Hamburg	65,1	2	64,0	2	63,9	2	-1,2	-0,1
Hessen	62,9	6	60,8	9	60,8	8	-2,1	-
Mecklenburg-Vorpommern	63,3	4	62,7	3	62,8	3	-0,5	0,1
Niedersachsen	61,1	15	58,9	15	58,9	15	-2,2	-
Nordrhein-Westfalen	61,5	14	59,7	13	59,8	13	-1,7	0,1
Rheinland-Pfalz	60,8	16	59,6	14	59,7	14	-1,1	0,1
Saarland	61,6	13	59,8	12	60,0	12	-1,6	0,2
Sachsen	62,3	9	60,9	8	60,8	8	-1,5	-0,1
Sachsen-Anhalt	62,7	7	61,5	6	61,4	6	-1,3	-0,1
Schleswig-Holstein	62,1	10	58,8	16	58,7	16	-3,4	-0,1
Thüringen	63,2	5	62,4	4	62,3	4	-0,9	-0,1
Deutschland	62,2	x	60,5	x	60,6	x	-1,6	0,1

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	15,9	13	19,0	14	19,3	14	3,4	0,3
Bayern	16,2	12	19,1	13	19,4	13	3,2	0,3
Berlin	14,6	16	18,4	16	18,8	15	4,2	0,4
Brandenburg	15,6	14	21,3	5	22,0	4	6,4	0,7
Bremen	18,4	2	21,1	6	21,4	7	3,0	0,3
Hamburg	16,9	7	18,6	15	18,8	15	1,9	0,2
Hessen	16,5	11	19,6	12	19,8	12	3,3	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	15,2	15	21,1	6	21,7	6	6,5	0,6
Niedersachsen	16,9	7	20,3	9	20,6	9	3,7	0,3
Nordrhein-Westfalen	17,0	6	19,9	11	20,2	11	3,2	0,3
Rheinland-Pfalz	17,4	5	20,3	9	20,5	10	3,1	0,2
Saarland	18,3	3	21,8	4	22,0	4	3,7	0,2
Sachsen	18,6	1	23,6	1	24,1	1	5,5	0,5
Sachsen-Anhalt	17,5	4	23,1	2	23,7	2	6,2	0,6
Schleswig-Holstein	16,8	10	20,8	8	21,3	8	4,5	0,5
Thüringen	16,9	7	22,1	3	22,6	3	5,7	0,5
Deutschland	16,6	x	20,1	x	20,4	x	3,8	0,3

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Jugendquotient

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Veränderung in Punkten	
Baden-Württemberg	35,8	2	34,4	3	33,9	3	-1,9	-0,5
Bayern	35,0	5	33,5	6	33,0	6	-2,0	-0,5
Berlin	28,3	15	25,6	13	25,3	11	-3,0	-0,3
Brandenburg	32,7	8	26,2	11	25,3	11	-7,4	-0,9
Bremen	30,0	14	29,2	9	28,8	9	-1,2	-0,4
Hamburg	27,7	16	27,2	10	27,1	10	-0,6	-0,1
Hessen	32,7	8	32,2	7	31,9	7	-0,8	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	34,0	6	25,9	12	24,8	13	-9,2	-1,1
Niedersachsen	36,0	1	35,2	1	34,7	1	-1,3	-0,5
Nordrhein-Westfalen	35,1	4	34,1	4	33,6	4	-1,5	-0,5
Rheinland-Pfalz	35,8	2	33,8	5	33,1	5	-2,7	-0,7
Saarland	32,6	10	30,7	8	30,0	8	-2,6	-0,7
Sachsen	30,7	13	25,4	14	24,8	13	-5,9	-0,6
Sachsen-Anhalt	31,5	12	25,1	15	24,2	15	-7,3	-0,9
Schleswig-Holstein	34,0	6	34,5	2	34,1	2	0,1	-0,4
Thüringen	31,6	11	25,0	16	24,1	16	-7,5	-0,9
Deutschland	34,0	x	32,0	x	31,5	x	-2,5	-0,5

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, eigene Berechnungen

Altenquotient (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Veränderung in Punkten	
Baden-Württemberg	25,6	4	31,5	3	31,9	3	6,3	0,4
Bayern	26,1	6	31,6	4	31,9	3	5,8	0,3
Berlin	21,9	1	28,2	1	29,0	1	7,1	0,8
Brandenburg	24,5	3	34,2	9	35,3	11	10,8	1,1
Bremen	29,3	14	34,5	10	35,0	9	5,7	0,5
Hamburg	26,0	5	29,1	2	29,4	2	3,4	0,3
Hessen	26,3	7	32,2	5	32,6	5	6,3	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	24,1	2	33,7	7	34,6	8	10,5	0,9
Niedersachsen	27,7	11	34,5	10	35,0	9	7,3	0,5
Nordrhein-Westfalen	27,6	10	33,4	6	33,7	6	6,1	0,3
Rheinland-Pfalz	28,6	13	34,0	8	34,3	7	5,7	0,3
Saarland	29,7	15	36,4	14	36,6	14	6,9	0,2
Sachsen	29,9	16	38,7	16	39,7	16	9,8	1,0
Sachsen-Anhalt	28,0	12	37,6	15	38,6	15	10,6	1,0
Schleswig-Holstein	27,0	9	35,4	12	36,2	12	9,2	0,8
Thüringen	26,7	8	35,4	12	36,2	12	9,5	0,8
Deutschland	26,8	x	33,2	x	33,7	x	6,9	0,5

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, eigene Berechnungen

Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15- bis unter 45-Jährige) an allen Frauen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	40,8	5	39,0	3	38,4	3	-2,4	-0,6
Bayern	40,4	6	38,8	4	38,3	4	-2,1	-0,5
Berlin	42,5	1	41,5	2	40,9	2	-1,6	-0,6
Brandenburg	41,1	4	36,0	12	34,4	13	-6,7	-1,6
Bremen	38,5	14	38,2	6	37,8	5	-0,7	-0,4
Hamburg	41,7	2	42,4	1	42,2	1	0,5	-0,2
Hessen	40,4	6	38,4	5	37,8	5	-2,6	-0,6
Mecklenburg-Vorpommern	41,5	3	36,1	11	34,6	12	-6,9	-1,5
Niedersachsen	39,3	10	37,2	9	36,7	8	-2,6	-0,5
Nordrhein-Westfalen	39,5	9	37,8	7	37,3	7	-2,2	-0,5
Rheinland-Pfalz	39,2	11	37,3	8	36,7	8	-2,5	-0,6
Saarland	38,3	15	35,6	13	35,0	11	-3,3	-0,6
Sachsen	37,9	16	34,9	15	33,8	15	-4,1	-1,1
Sachsen-Anhalt	38,8	12	34,5	16	33,2	16	-5,6	-1,3
Schleswig-Holstein	38,6	13	36,8	10	36,3	10	-2,3	-0,5
Thüringen	39,8	8	35,3	14	34,0	14	-5,8	-1,3
Deutschland	39,9	x	37,9	x	37,2	x	-2,7	-0,7

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, eigene Berechnungen

Tabellenanhang

Zusammengefasste Geburtenziffer (Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	Ziffer	Rang	Ziffer	Rang	Ziffer	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1 420	5	1 370	7	1 369	9	-3,6	-0,1
Bayern	1 410	6	1 354	10	1 353	12	-4,0	-0,1
Berlin	1 190	16	1 274	14	1 293	13	8,7	1,5
Brandenburg	1 210	14	1 365	8	1 394	5	15,2	2,1
Bremen	1 360	8	1 288	13	1 288	14	-5,3	-
Hamburg	1 220	13	1 252	16	1 243	16	1,9	-0,7
Hessen	1 380	7	1 379	5	1 368	11	-0,9	-0,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 270	10	1 355	9	1 404	4	10,6	3,6
Niedersachsen	1 480	1	1 407	2	1 416	3	-4,3	0,6
Nordrhein-Westfalen	1 440	2	1 386	4	1 389	6	-3,5	0,2
Rheinland-Pfalz	1 440	2	1 371	6	1 372	8	-4,7	0,1
Saarland	1 300	9	1 255	15	1 248	15	-4,0	-0,6
Sachsen	1 270	10	1 399	3	1 436	1	13,1	2,6
Sachsen-Anhalt	1 230	12	1 333	12	1 381	7	12,3	3,6
Schleswig-Holstein	1 430	4	1 418	1	1 418	2	-0,8	-
Thüringen	1 210	14	1 338	11	1 369	9	13,1	2,3
Deutschland	1 410	x	1 367	x	1 373	x	-2,6	0,4

Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Anteil der ausländischen Bevölkerung an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	11,9	5	11,0	5	10,9	5	-1,0	-0,1
Bayern	9,1	7	8,6	7	8,6	7	-0,5	-
Berlin	14,3	2	12,6	2	12,9	2	-1,4	0,3
Brandenburg	1,9	12	1,8	14	1,8	14	-0,1	-
Bremen	12,3	4	12,2	3	12,2	3	-0,1	-
Hamburg	19,4	1	13,1	1	13,2	1	-6,2	0,1
Hessen	13,8	3	12,0	4	11,9	4	-1,9	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1,6	15	1,8	14	1,8	14	0,2	-
Niedersachsen	6,0	10	5,7	10	5,7	10	-0,3	-
Nordrhein-Westfalen	10,9	6	10,1	6	10,1	6	-0,8	-
Rheinland-Pfalz	7,4	9	7,2	9	7,2	9	-0,2	-
Saarland	7,5	8	7,5	8	7,5	8	-	-
Sachsen	1,9	12	2,1	12	2,0	12	0,1	-0,1
Sachsen-Anhalt	1,9	12	1,9	13	1,9	13	-	-
Schleswig-Holstein	5,1	11	4,7	11	4,7	11	-0,4	-
Thüringen	1,3	16	1,5	16	1,5	16	0,2	-
Deutschland	8,9	x	8,2	x	8,2	x	-0,7	-

Quelle: Ausländerzentralregister

Geborenenüberschuss (+) bzw. Gestorbenenüberschuss (-)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 10 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	+10	1	-1	2	-4	3	-14	-3
Bayern	+2	2	-9	4	-12	4	-14	-3
Berlin	-11	7	+1	1	0	1	11	-1
Brandenburg	-29	12	-32	12	-32	12	-3	-
Bremen	-24	11	-26	10	-27	8	-3	-1
Hamburg	-12	9	-2	3	-2	2	10	-
Hessen	-3	3	-11	5	-14	5	-11	-3
Mecklenburg-Vorpommern	-23	10	-29	11	-28	10	-5	1
Niedersachsen	-4	4	-21	7	-25	7	-21	-4
Nordrhein-Westfalen	-7	5	-19	6	-22	6	-15	-3
Rheinland-Pfalz	-11	7	-24	8	-27	8	-16	-3
Saarland	-33	13	-49	15	-52	16	-19	-3
Sachsen	-39	15	-36	13	-35	13	4	1
Sachsen-Anhalt	-44	16	-50	16	-51	15	-7	-1
Schleswig-Holstein	-10	6	-25	9	-28	10	-18	-3
Thüringen	-35	14	-38	14	-39	14	-4	-1
Deutschland	-9	x	-17	x	-20	x	-11	-3

Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Wanderungssaldo (über die Landesgrenze)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 10 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	36	5	12	5	4	6	-32	-8
Bayern	60	2	31	4	11	3	-49	-20
Berlin	-3	11	35	3	45	1	48	10
Brandenburg	32	6	-16	12	-21	12	-53	-5
Bremen	-19	12	12	5	8	5	27	-4
Hamburg	74	1	95	1	10	4	-64	-85
Hessen	29	7	-1	10	-2	7	-31	-1
Mecklenburg-Vorpommern	-53	15	-55	14	-64	15	-11	-9
Niedersachsen	39	4	7	7	-5	8	-44	-12
Nordrhein-Westfalen	13	9	1	9	-13	10	-26	-14
Rheinland-Pfalz	20	8	6	8	-16	11	-36	-22
Saarland	7	10	-15	11	-9	9	-16	6
Sachsen	-38	13	-26	13	-30	13	8	-4
Sachsen-Anhalt	-84	16	-73	16	-78	16	6	-5
Schleswig-Holstein	55	3	36	2	18	2	-37	-18
Thüringen	-41	14	-58	15	-56	14	-15	2
Deutschland	20	x	5	x	-7	x	-27	-12

Quelle: Wanderungsstatistik

Haushalte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	1 000	Rang	1 000	Rang	1 000	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	4 744	3	4 948	3	4 982	3	5,0	0,7
Bayern	5 521	2	5 902	2	6 004	2	8,7	1,7
Berlin	1 821	8	1 941	7	1 972	7	8,3	1,6
Brandenburg	1 161	11	1 244	10	1 249	10	7,6	0,4
Bremen	357	16	354	16	354	16	-0,8	-
Hamburg	910	13	960	13	970	13	6,6	1,0
Hessen	2 799	5	2 905	5	2 929	5	4,6	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	820	14	856	14	856	14	4,4	-
Niedersachsen	3 607	4	3 809	4	3 848	4	6,7	1,0
Nordrhein-Westfalen	8 321	1	8 509	1	8 590	1	3,2	1,0
Rheinland-Pfalz	1 834	7	1 885	8	1 898	8	3,5	0,7
Saarland	507	15	496	15	492	15	-3,0	-0,8
Sachsen	2 100	6	2 210	6	2 202	6	4,9	-0,4
Sachsen-Anhalt	1 223	10	1 200	11	1 210	11	-1,1	0,8
Schleswig-Holstein	1 304	9	1 364	9	1 387	9	6,4	1,7
Thüringen	1 095	12	1 139	12	1 134	12	3,6	-0,4
Deutschland	38 124	x	39 722	x	40 076	x	5,1	0,9

Quelle: Mikrozensus

Anteil der Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	36,1	5	36,3	15	36,9	14	0,8	0,6
Bayern	35,2	8	37,9	8	38,8	7	3,6	0,9
Berlin	47,6	2	53,0	1	53,4	1	5,8	0,4
Brandenburg	30,5	16	36,0	16	36,3	16	5,8	0,3
Bremen	47,1	3	48,3	3	48,6	3	1,5	0,3
Hamburg	47,7	1	49,8	2	49,8	2	2,1	-
Hessen	35,2	8	37,5	10	38,1	10	2,9	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	34,1	12	38,9	5	40,0	5	5,9	1,1
Niedersachsen	35,5	7	38,5	7	39,4	6	3,9	0,9
Nordrhein-Westfalen	36,0	6	37,3	11	38,2	8	2,2	0,9
Rheinland-Pfalz	33,6	13	36,5	14	36,8	15	3,2	0,3
Saarland	37,9	4	38,7	6	37,0	13	-0,9	-1,7
Sachsen	34,3	11	41,3	4	41,5	4	7,2	0,2
Sachsen-Anhalt	32,6	14	36,8	13	38,0	11	5,4	1,2
Schleswig-Holstein	34,6	10	36,9	12	38,2	8	3,6	1,3
Thüringen	31,8	15	37,7	9	37,6	12	5,8	-0,1
Deutschland	36,1	x	38,7	x	39,4	x	3,3	0,7

Quelle: Mikrozensus

Tabellenanhang

Anteil der Haushalte mit zwei Personen an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	31,0	16	33,1	12	32,9	12	1,9	-0,2
Bayern	31,9	13	32,3	13	32,5	13	0,6	0,2
Berlin	31,6	14	29,6	16	29,7	16	-1,9	0,1
Brandenburg	34,6	4	37,2	1	37,7	1	3,1	0,5
Bremen	32,2	12	31,6	14	31,8	14	-0,4	0,2
Hamburg	31,1	15	29,7	15	30,5	15	-0,6	0,8
Hessen	33,9	6	34,4	8	34,1	10	0,2	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	33,5	9	36,4	3	36,1	5	2,6	-0,3
Niedersachsen	33,7	8	34,2	9	34,3	9	0,6	0,1
Nordrhein-Westfalen	34,3	5	34,5	7	34,5	8	0,2	-
Rheinland-Pfalz	33,8	7	33,8	10	34,1	10	0,3	0,3
Saarland	32,9	11	33,3	11	34,8	7	1,9	1,5
Sachsen	35,6	3	36,4	3	36,7	3	1,1	0,3
Sachsen-Anhalt	36,1	2	37,2	1	37,4	2	1,3	0,2
Schleswig-Holstein	36,7	1	36,4	3	35,9	6	-0,8	-0,5
Thüringen	33,4	10	36,1	6	36,5	4	3,1	0,4
Deutschland	33,4	x	34,0	x	34,0	x	0,6	-

Quelle: Mikrozensus

Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	32,8	4	30,6	1	30,2	1	-2,6	-0,4
Bayern	32,9	3	29,7	2	28,7	3	-4,2	-1,0
Berlin	20,8	15	17,4	16	16,9	16	-3,9	-0,5
Brandenburg	34,8	1	26,8	8	26,1	8	-8,7	-0,7
Bremen	20,4	16	20,1	15	19,6	15	-0,8	-0,5
Hamburg	21,2	14	20,5	14	19,7	14	-1,5	-0,8
Hessen	30,9	8	28,2	4	27,8	5	-3,1	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	32,3	6	24,6	12	23,9	12	-8,4	-0,7
Niedersachsen	30,8	9	27,3	7	26,4	7	-4,4	-0,9
Nordrhein-Westfalen	29,7	11	28,2	4	27,3	6	-2,4	-0,9
Rheinland-Pfalz	32,7	5	29,7	2	29,1	2	-3,6	-0,6
Saarland	29,2	12	28,0	6	28,1	4	-1,1	0,1
Sachsen	30,0	10	22,3	13	21,8	13	-8,2	-0,5
Sachsen-Anhalt	31,2	7	26,0	11	24,6	11	-6,6	-1,4
Schleswig-Holstein	28,7	13	26,8	8	25,9	9	-2,8	-0,9
Thüringen	34,7	2	26,3	10	25,9	9	-8,8	-0,4
Deutschland	30,6	x	27,3	x	26,6	x	-4,0	-0,7

Quelle: Mikrozensus

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	17 453	3	20 212	3	20 748	3	18,9	2,7
Bayern	16 906	5	19 729	4	20 339	4	20,3	3,1
Berlin	14 296	11	15 369	12	15 736	12	10,1	2,4
Brandenburg	13 567	12	15 573	11	15 913	11	17,3	2,2
Bremen	18 926	2	20 452	2	21 068	2	11,3	3,0
Hamburg	19 225	1	22 863	1	23 455	1	22,0	2,6
Hessen	16 354	6	19 223	6	19 824	6	21,2	3,1
Mecklenburg-Vorpommern	12 832	16	14 616	15	14 944	16	16,5	2,2
Niedersachsen	15 662	8	17 717	10	18 206	10	16,2	2,8
Nordrhein-Westfalen	17 116	4	19 265	5	19 837	5	15,9	3,0
Rheinland-Pfalz	15 639	9	17 979	8	18 509	8	18,4	2,9
Saarland	15 415	10	18 543	7	19 022	7	23,4	2,6
Sachsen	13 505	13	15 357	13	15 708	13	16,3	2,3
Sachsen-Anhalt	13 085	15	14 611	16	15 192	15	16,1	4,0
Schleswig-Holstein	15 684	7	17 848	9	18 446	9	17,6	3,4
Thüringen	13 266	14	14 977	14	15 297	14	15,3	2,1
Deutschland	16 087	x	18 442	x	18 974	x	17,9	2,9

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Sparquote der privaten Haushalte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,2	1	12,3	1	12,9	1	2,7	0,6
Bayern	10,2	1	11,8	2	12,4	2	2,2	0,6
Berlin	7,8	14	9,0	12	9,4	12	1,6	0,4
Brandenburg	8,8	7	10,1	7	10,6	8	1,8	0,5
Bremen	6,9	16	7,9	16	8,1	16	1,2	0,2
Hamburg	8,7	8	10,1	7	10,9	7	2,2	0,8
Hessen	10,1	3	11,8	2	12,1	3	2,0	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	7,9	12	8,6	15	8,8	15	0,9	0,2
Niedersachsen	8,6	9	9,8	9	10,2	9	1,6	0,4
Nordrhein-Westfalen	8,9	6	10,5	6	11,0	6	2,1	0,5
Rheinland-Pfalz	9,1	5	10,9	4	11,3	4	2,2	0,4
Saarland	7,5	15	9,0	12	10,1	10	2,6	1,1
Sachsen	8,0	11	9,1	11	9,4	12	1,4	0,3
Sachsen-Anhalt	7,9	12	9,0	12	9,1	14	1,2	0,1
Schleswig-Holstein	9,6	4	10,7	5	11,3	4	1,7	0,6
Thüringen	8,3	10	9,3	10	9,7	11	1,4	0,4
Deutschland	9,2	x	10,8	x	11,2	x	2,0	0,4

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Verbraucherinsolvenzen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2008		2009		2003–2009	2007–2008
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2,8	3	8,9	2	9,3	2	232,1	4,5
Bayern	2,7	2	8,5	1	8,3	1	207,4	-2,4
Berlin	4,5	10	12,8	8	13,0	8	188,9	1,6
Brandenburg	3,6	7	16,2	14	17,2	15	377,8	6,2
Bremen	8,9	16	20,0	16	22,5	16	152,8	12,5
Hamburg	7,4	14	14,2	10	15,1	11	104,1	6,3
Hessen	3,4	6	11,1	6	11,2	4	229,4	0,9
Mecklenburg-Vorpommern	3,6	7	11,4	7	12,0	6	233,3	5,3
Niedersachsen	5,4	13	16,7	15	16,9	14	213,0	1,2
Nordrhein-Westfalen	5,1	12	12,8	8	13,6	9	166,7	6,2
Rheinland-Pfalz	4,6	11	10,6	3	11,2	4	143,5	5,7
Saarland	8,7	15	15,5	13	16,5	13	89,7	6,5
Sachsen	2,6	1	10,9	5	10,7	3	311,5	-1,8
Sachsen-Anhalt	3,2	4	15,1	12	14,6	10	356,3	-3,3
Schleswig-Holstein	4,3	9	14,9	11	15,4	12	258,1	3,4
Thüringen	3,2	4	10,7	4	12,1	7	278,1	13,1
Deutschland	4,1	x	12,0	x	12,4	x	202,4	3,3

Quelle: Insolvenzstatistik

Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2005		2008		2009		2005–2009	2008–2009
	je 100 unter 65-Jährige	Rang	je 100 unter 65-Jährige	Rang	je 100 unter 65-Jährige	Rang	Veränderung je 100 unter 65-Jährige	
Baden-Württemberg	5,8	2	5,2	2	5,6	2	-0,2	0,4
Bayern	5,4	1	4,7	1	4,9	1	-0,5	0,2
Berlin	20,7	16	21,0	16	21,3	16	0,6	0,3
Brandenburg	16,6	11	15,3	11	14,9	11	-1,7	-0,4
Bremen	19,0	13	17,6	13	18,2	14	-0,8	0,6
Hamburg	13,9	9	13,5	10	13,7	10	-0,2	0,2
Hessen	9,0	4	8,8	4	9,1	4	0,1	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	20,2	15	17,8	14	17,4	13	-2,8	-0,4
Niedersachsen	10,7	6	10,1	6	10,2	5	-0,5	0,1
Nordrhein-Westfalen	11,2	7	11,0	8	11,5	8	0,3	0,5
Rheinland-Pfalz	7,9	3	7,3	3	7,6	3	-0,3	0,3
Saarland	10,6	5	9,8	5	10,2	5	-0,4	0,4
Sachsen	17,1	12	15,5	12	15,4	12	-1,7	-0,1
Sachsen-Anhalt	20,1	14	18,3	15	18,2	14	-1,9	-0,1
Schleswig-Holstein	11,3	8	10,4	7	10,5	7	-0,8	0,1
Thüringen	15,0	10	13,0	9	13,2	9	-1,8	0,2
Deutschland	10,7	x	10,2	x	10,3	x	-0,4	0,1

¹ Im Dezember des jeweiligen Jahres. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Tabellenanhang

Betreuungsquote unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2008		2009		2007–2009	2008–2009
	je 100 Kinder	Rang	je 100 Kinder	Rang	je 100 Kinder	Rang	Veränderung je 100 Kinder	
Baden-Württemberg	11,5	11	13,6	11	15,8	10	4,3	2,2
Bayern	10,7	12	13,2	12	15,7	11	5,0	2,5
Berlin	39,8	4	40,4	4	41,5	5	1,7	1,1
Brandenburg	43,4	3	44,8	3	48,3	3	4,9	3,5
Bremen	10,5	13	12,7	13	13,7	14	3,2	1,0
Hamburg	22,0	7	20,1	7	22,2	7	0,2	2,1
Hessen	12,4	8	14,2	9	16,3	9	3,9	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	44,1	2	44,9	2	49,5	2	5,4	4,6
Niedersachsen	6,9	15	9,1	16	11,9	15	5,0	2,8
Nordrhein-Westfalen	6,9	15	9,3	15	11,5	16	4,6	2,2
Rheinland-Pfalz	12,0	10	15,0	8	17,5	8	5,5	2,5
Saarland	12,1	9	14,1	10	15,1	12	3,0	1,0
Sachsen	34,6	6	36,5	6	40,1	6	5,5	3,6
Sachsen-Anhalt	51,8	1	52,7	1	55,1	1	3,3	2,4
Schleswig-Holstein	8,2	14	11,6	14	14,3	13	6,1	2,7
Thüringen	37,5	5	38,9	5	42,8	4	5,3	3,9
Deutschland	15,5	x	17,6	x	20,2	x	4,7	2,6

Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

Betreuungsquote 3- bis 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2008		2009		2007–2009	2008–2009
	je 100 Kinder	Rang	je 100 Kinder	Rang	je 100 Kinder	Rang	Veränderung je 100 Kinder	
Baden-Württemberg	93,4	6	94,0	6	95,0	5	1,6	1,0
Bayern	87,7	11	88,9	12	89,3	12	1,6	0,4
Berlin	92,3	9	93,4	8	94,0	8	1,7	0,6
Brandenburg	94,4	3	94,8	3	95,1	3	0,7	0,3
Bremen	85,4	13	86,2	13	87,5	14	2,1	1,3
Hamburg	81,2	16	78,8	16	79,9	16	-1,3	1,1
Hessen	91,1	10	91,6	10	92,2	10	1,1	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	93,2	7	94,1	5	95,1	3	1,9	1,0
Niedersachsen	83,8	14	86,0	14	88,1	13	4,3	2,1
Nordrhein-Westfalen	85,8	12	90,2	11	90,9	11	5,1	0,7
Rheinland-Pfalz	94,7	2	95,4	2	96,2	1	1,5	0,8
Saarland	93,9	4	92,7	9	93,9	9	-	1,2
Sachsen	93,8	5	94,6	4	94,9	6	1,1	0,3
Sachsen-Anhalt	93,0	8	93,7	7	94,4	7	1,4	0,7
Schleswig-Holstein	83,1	15	84,0	15	85,7	15	2,6	1,7
Thüringen	95,9	1	95,9	1	95,9	2	-	-
Deutschland	89,0	x	90,7	x	91,6	x	2,6	0,9

Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

Gemeldete beendete Bezüge von Elterngeld nach Geschlecht

Land	Jahr						2008-2009	
	2008			2009			Frauen	Männer
	Frauen %	Männer %	Männer Rang	Frauen %	Männer %	Männer Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	85,7	14,3	10	81,5	18,5	7	-4,2	4,2
Bayern	81,3	18,7	2	77,4	22,6	1	-3,9	3,9
Berlin	79,6	20,4	1	77,6	22,4	3	-2,0	2,0
Brandenburg	81,3	18,7	2	78,8	21,2	4	-2,5	2,5
Bremen	84,6	15,4	8	83,8	16,2	11	-0,8	0,8
Hamburg	83,1	16,9	6	80,0	20,0	6	-3,1	3,1
Hessen	85,0	15,0	9	82,1	17,9	9	-2,9	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	84,1	15,9	7	81,9	18,1	8	-2,2	2,2
Niedersachsen	85,7	14,3	10	82,6	17,4	10	-3,1	3,1
Nordrhein-Westfalen	86,5	13,5	15	84,9	15,1	15	-1,6	1,6
Rheinland-Pfalz	86,2	13,8	14	83,9	16,1	13	-2,3	2,3
Saarland	90,5	9,5	16	87,3	12,7	16	-3,2	3,2
Sachsen	82,0	18,0	4	77,5	22,5	2	-4,5	4,5
Sachsen-Anhalt	85,7	14,3	10	84,1	15,9	14	-1,6	1,6
Schleswig-Holstein	85,8	14,2	13	83,8	16,2	11	-2,0	2,0
Thüringen	82,4	17,6	5	78,9	21,1	5	-3,5	3,5
Deutschland	84,4	15,6	x	81,4	18,6	x	-3,0	3,0

Quelle: Statistik zum Elterngeld

Gemeldete beendete Bezüge von Elterngeld

Land	Jahr						2008-2009	
	2008			2009			Veränderung in %	Veränderung in EUR
	Anzahl in 1 000	Ø EUR	Rang	Anzahl in 1 000	Ø EUR	Rang		
Baden-Württemberg	103,3	666	4	108,2	727	3	4,7	61
Bayern	126,5	707	2	131,8	761	2	4,2	54
Berlin	34,9	645	5	39,5	680	5	13,2	35
Brandenburg	21,1	636	6	23,4	673	6	10,9	37
Bremen	4,8	578	15	6,4	618	14	33,3	40
Hamburg	18,3	708	1	19,9	763	1	8,7	55
Hessen	58,7	671	3	60,8	715	4	3,6	44
Mecklenburg-Vorpommern	14,7	579	14	15,1	608	15	2,7	29
Niedersachsen	67,6	604	13	75,0	651	10	10,9	47
Nordrhein-Westfalen	160,8	620	9	166,7	650	11	3,7	30
Rheinland-Pfalz	34,2	624	8	37,2	659	8	8,8	35
Saarland	7,4	607	12	7,3	648	12	-1,4	41
Sachsen	39,9	618	10	43,1	654	9	8,0	36
Sachsen-Anhalt	19,2	578	15	19,7	597	16	2,6	19
Schleswig-Holstein	25,4	633	7	25,8	669	7	1,6	36
Thüringen	20,2	608	11	21,2	637	13	5,0	29
Deutschland	757,1	645	x	800,9	687	x	5,8	42

Quelle: Statistik zum Elterngeld

Gemeldete beendete Bezüge von Elterngeld nach Geschlecht und Höhe

Land	Jahr						2008-2009	
	2008			2009			Frauen	Männer
	Frauen Ø EUR	Männer Ø EUR	Frauen Rang	Frauen Ø EUR	Männer Ø EUR	Frauen Rang	EUR	EUR
Baden-Württemberg	605	1034	4	639	1116	4	34	82
Bayern	630	1041	2	661	1103	2	31	62
Berlin	595	837	6	617	898	6	22	61
Brandenburg	596	811	5	624	854	5	28	43
Bremen	528	849	16	557	935	15	29	86
Hamburg	654	975	1	692	1046	1	38	71
Hessen	618	973	3	645	1034	3	27	61
Mecklenburg-Vorpommern	546	755	14	565	801	14	19	46
Niedersachsen	552	913	13	588	953	11	36	40
Nordrhein-Westfalen	574	917	9	592	976	10	18	59
Rheinland-Pfalz	574	936	9	598	978	9	24	42
Saarland	562	1035	12	585	1074	13	23	39
Sachsen	575	814	8	599	843	8	24	29
Sachsen-Anhalt	546	774	14	557	809	15	11	35
Schleswig-Holstein	585	920	7	609	979	7	24	59
Thüringen	567	801	11	587	824	12	20	23
Deutschland	591	938	x	617	996	x	26	58

Quelle: Statistik zum Elterngeld

Armutsgefährdungsquote¹ (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2007		2008		2005-2008	2007-2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,6	1	10,0	1	10,2	1	-0,4	0,2
Bayern	11,4	2	11,0	2	10,8	2	-0,6	-0,2
Berlin	19,7	12	17,5	10	18,7	12	-1,0	1,2
Brandenburg	19,2	10	17,5	10	16,8	10	-2,4	-0,7
Bremen	22,3	14	19,1	13	22,2	15	-0,1	3,1
Hamburg	15,7	9	14,1	6	13,1	4	-2,6	-1,0
Hessen	12,7	3	12,0	3	12,7	3	-	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	24,1	16	24,3	16	24,0	16	-0,1	-0,3
Niedersachsen	15,5	7	15,5	8	15,8	8	0,3	0,3
Nordrhein-Westfalen	14,4	6	14,6	7	14,7	7	0,3	0,1
Rheinland-Pfalz	14,2	5	13,5	5	14,5	6	0,3	1,0
Saarland	15,5	7	16,8	9	15,8	8	0,3	-1,0
Sachsen	19,2	10	19,6	14	19,0	13	-0,2	-0,6
Sachsen-Anhalt	22,4	15	21,5	15	22,1	14	-0,3	0,6
Schleswig-Holstein	13,3	4	12,5	4	13,1	4	-0,2	0,6
Thüringen	19,9	13	18,9	12	18,5	11	-1,4	-0,4
Deutschland	14,7	x	14,3	x	14,4	x	-0,3	0,1

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

Armutsgefährdungsquote¹ der unter 18-Jährigen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2007		2008		2005–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	12,9	1	12,0	1	11,9	1	-1,0	-0,1
Bayern	13,9	2	12,8	2	12,2	2	-1,7	-0,6
Berlin	26,7	10	23,4	10	25,2	12	-1,5	1,8
Brandenburg	26,9	11	23,4	10	21,0	8	-5,9	-2,4
Bremen	34,9	16	26,3	12	32,7	14	-2,2	6,4
Hamburg	23,2	9	20,9	7	22,0	10	-1,2	1,1
Hessen	17,8	4	15,9	4	16,4	3	-1,4	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	34,2	15	34,3	16	34,5	16	0,3	0,2
Niedersachsen	20,7	8	21,3	9	21,5	9	0,8	0,2
Nordrhein-Westfalen	20,4	7	20,0	6	20,3	7	-0,1	0,3
Rheinland-Pfalz	17,7	3	17,1	5	18,2	5	0,5	1,1
Saarland	19,3	6	21,1	8	18,6	6	-0,7	-2,5
Sachsen	27,2	12	27,4	13	25,1	11	-2,1	-2,3
Sachsen-Anhalt	33,8	14	31,6	15	33,4	15	-0,4	1,8
Schleswig-Holstein	17,8	4	15,6	3	16,9	4	-0,9	1,3
Thüringen	29,2	13	28,1	14	26,2	13	-3,0	-1,9
Deutschland	19,5	x	18,4	x	18,4	x	-1,1	-

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

Armutsgefährdungsquote¹ der 65-Jährigen und Älteren (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2007		2008		2005–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,8	9	10,8	11	11,3	9	0,5	0,5
Bayern	14,2	15	14,6	14	14,8	13	0,6	0,2
Berlin	7,4	2	7,2	1	8,1	2	0,7	0,9
Brandenburg	9,5	6	9,9	6	10,3	4	0,8	0,4
Bremen	9,0	4	8,3	3	11,2	8	2,2	2,9
Hamburg	8,1	3	7,5	2	7,2	1	-0,9	-0,3
Hessen	11,0	11	10,7	10	11,7	10	0,7	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	11,7	12	12,9	12	15,4	14	3,7	2,5
Niedersachsen	12,6	13	13,0	13	13,3	12	0,7	0,3
Nordrhein-Westfalen	9,7	8	10,4	8	11,1	6	1,4	0,7
Rheinland-Pfalz	15,6	16	15,5	16	16,6	16	1,0	1,1
Saarland	13,3	14	14,6	14	15,7	15	2,4	1,1
Sachsen	7,2	1	8,5	4	8,6	3	1,4	0,1
Sachsen-Anhalt	10,8	9	10,5	9	11,7	10	0,9	1,2
Schleswig-Holstein	9,6	7	10,2	7	11,1	6	1,5	0,9
Thüringen	9,2	5	8,6	5	10,5	5	1,3	1,9
Deutschland	11,0	x	11,3	x	12,0	x	1,0	0,7

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

Einkommensreichumsquote¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2007		2008		2005–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	9,6	4	9,6	4	9,5	4	-0,1	-0,1
Bayern	9,8	3	9,9	3	9,8	3	-	-0,1
Berlin	7,6	8	7,7	7	7,3	8	-0,3	-0,4
Brandenburg	4,1	12	4,1	12	4,3	12	0,2	0,2
Bremen	6,8	10	5,9	10	5,6	11	-1,2	-0,3
Hamburg	10,2	1	11,6	1	11,8	1	1,6	0,2
Hessen	10,2	1	10,6	2	10,1	2	-0,1	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	2,5	15	2,3	15	2,3	16	-0,2	-
Niedersachsen	7,2	9	6,7	9	6,4	9	-0,8	-0,3
Nordrhein-Westfalen	8,1	5	8,1	6	8,0	7	-0,1	-0,1
Rheinland-Pfalz	7,9	7	8,4	5	8,4	6	0,5	-
Saarland	5,7	11	5,8	11	5,8	10	0,1	-
Sachsen	2,7	13	2,6	13	2,6	14	-0,1	-
Sachsen-Anhalt	2,7	13	2,4	14	2,4	15	-0,3	-
Schleswig-Holstein	8,0	6	7,7	7	8,6	5	0,6	0,9
Thüringen	2,3	16	2,3	15	2,8	13	0,5	0,5
Deutschland	7,7	x	7,7	x	7,7	x	-	-

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

Niedergelassene Ärzte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	149	6	155	7	155	6	6	-
Bayern	163	4	172	4	172	4	9	-
Berlin	192	2	204	2	177	3	-15	-27
Brandenburg	122	16	128	15	130	15	8	2
Bremen	194	1	199	3	200	2	6	1
Hamburg	192	2	206	1	206	1	14	-
Hessen	153	5	157	5	156	5	3	-1
Mecklenburg-Vorpommern	136	10	142	11	140	12	4	-2
Niedersachsen	132	14	142	11	142	11	10	-
Nordrhein-Westfalen	136	10	148	10	148	10	12	-
Rheinland-Pfalz	140	9	150	9	149	9	9	-1
Saarland	144	8	155	7	154	7	10	-1
Sachsen	133	12	136	13	136	13	3	-
Sachsen-Anhalt	127	15	127	16	127	16	-	-
Schleswig-Holstein	146	7	156	6	153	8	7	-3
Thüringen	133	12	136	13	134	14	1	-2
Deutschland	146	x	155	x	153	x	7	-2

Quelle: Bundesärztekammer, eigene Berechnungen

Niedergelassene Zahnärzte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	62	13	64	13	63	13	1	-1
Bayern	68	8	69	8	69	8	1	-
Berlin	90	1	93	1	91	1	1	-2
Brandenburg	64	12	66	11	66	11	2	-
Bremen	65	10	66	11	64	12	-1	-2
Hamburg	80	2	82	2	82	2	2	-
Hessen	69	6	71	7	70	7	1	-1
Mecklenburg-Vorpommern	75	4	75	5	75	5	-	-
Niedersachsen	65	10	68	9	68	9	3	-
Nordrhein-Westfalen	57	14	61	14	60	14	3	-1
Rheinland-Pfalz	54	15	56	15	56	15	2	-
Saarland	53	16	54	16	53	16	-	-1
Sachsen	74	5	76	4	76	4	2	-
Sachsen-Anhalt	69	6	73	6	73	6	4	-
Schleswig-Holstein	67	9	67	10	67	10	-	-
Thüringen	78	3	81	3	80	3	2	-1
Deutschland	66	x	68	x	67	x	1	-1

Quelle: Gesundheitsberichtserstattung des Bundes

Aufgestellte Betten in allgemeinen Krankenhäusern

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	573	14	494	14	485	14	-88	-9
Bayern	640	8	534	12	526	12	-114	-8
Berlin	678	6	540	11	533	11	-145	-7
Brandenburg	589	13	553	10	548	10	-41	-5
Bremen	923	1	786	1	774	1	-149	-12
Hamburg	766	2	635	4	600	7	-166	-35
Hessen	608	12	498	13	498	13	-110	-
Mecklenburg-Vorpommern	618	11	595	7	604	6	-14	9
Niedersachsen	558	15	473	15	468	15	-90	-5
Nordrhein-Westfalen	685	5	616	5	616	5	-69	-
Rheinland-Pfalz	627	10	560	9	561	9	-66	1
Saarland	753	3	658	2	647	3	-106	-11
Sachsen	638	9	584	8	584	8	-54	-
Sachsen-Anhalt	672	7	615	6	619	4	-53	4
Schleswig-Holstein	555	16	461	16	463	16	-92	2
Thüringen	694	4	649	3	651	2	-43	2
Deutschland	636	x	553	x	549	x	-87	-4

Quelle: Krankenhausstatistik

Tabellenanhang

Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	308	5	249	7	250	7	-58	1
Bayern	299	6	256	6	254	6	-45	-2
Berlin	9	15	10	15	10	15	1	-
Brandenburg	216	9	209	10	205	10	-11	-4
Bremen	15	14	14	14	14	14	-1	-
Hamburg	0	16	0	16	0	16	-	-
Hessen	334	3	285	4	283	4	-51	-2
Mecklenburg-Vorpommern	611	1	634	1	631	1	20	-3
Niedersachsen	244	8	219	8	224	8	-20	5
Nordrhein-Westfalen	118	13	112	13	114	13	-4	2
Rheinland-Pfalz	210	10	199	11	200	11	-10	1
Saarland	316	4	293	3	295	3	-21	2
Sachsen	203	11	213	9	217	9	14	4
Sachsen-Anhalt	137	12	149	12	151	12	14	2
Schleswig-Holstein	423	2	386	2	388	2	-35	2
Thüringen	280	7	268	5	272	5	-8	4
Deutschland	231	x	208	x	209	x	-22	1

Quelle: Krankenhausstatistik

Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung¹ (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2005		2007		2003–2007	2005–2007
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	7,6	1	7,5	1	7,8	1	0,2	0,3
Bayern	8,6	4	8,7	5	8,8	2	0,2	0,1
Berlin	9,8	16	10,3	16	10,1	11	0,3	-0,2
Brandenburg	9,0	10	9,6	12	10,9	15	1,9	1,3
Bremen	9,3	13	9,9	15	10,1	11	0,8	0,2
Hamburg	8,6	4	8,5	3	8,8	2	0,2	0,3
Hessen	9,0	10	9,4	10	10,0	10	1,0	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	9,3	13	9,8	13	10,9	15	1,6	1,1
Niedersachsen	9,4	15	9,8	13	10,3	14	0,9	0,5
Nordrhein-Westfalen	8,9	9	8,9	7	9,3	8	0,4	0,4
Rheinland-Pfalz	8,2	2	8,5	3	8,8	2	0,6	0,3
Saarland	8,7	6	8,8	6	9,1	7	0,4	0,3
Sachsen	8,4	3	8,4	2	8,9	5	0,5	0,5
Sachsen-Anhalt	9,2	12	9,5	11	10,2	13	1,0	0,7
Schleswig-Holstein	8,7	6	9,0	8	8,9	5	0,2	-0,1
Thüringen	8,7	6	9,1	9	9,9	9	1,2	0,8
Deutschland	8,7	x	8,9	x	9,3	x	0,6	0,4

1 Pflegebedürftige im Alter ab 60 Jahren an der Bevölkerung ab 60 Jahren. – Quelle: Pflegestatistik

Anteil der reinen Pflegegeldempfänger an allen Pflegebedürftigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2005		2007		2003–2007	2005–2007
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	46,1	10	44,7	11	44,9	10	-1,2	0,2
Bayern	47,9	7	45,6	9	44,6	11	-3,3	-1,0
Berlin	47,3	8	48,3	5	47,9	6	0,6	-0,4
Brandenburg	46,3	9	45,4	10	48,3	5	2,0	2,9
Bremen	43,1	13	42,8	13	42,3	13	-0,8	-0,5
Hamburg	38,2	16	37,2	16	36,6	16	-1,6	-0,6
Hessen	54,3	1	54,8	1	54,3	1	-	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	46,1	10	45,7	8	46,3	7	0,2	0,6
Niedersachsen	45,8	12	44,1	12	44,3	12	-1,5	0,2
Nordrhein-Westfalen	48,4	6	46,4	6	46,3	7	-2,1	-0,1
Rheinland-Pfalz	50,8	4	50,6	2	51,6	2	0,8	1,0
Saarland	51,2	2	48,9	4	48,5	4	-2,7	-0,4
Sachsen	42,3	14	40,6	14	40,2	14	-2,1	-0,4
Sachsen-Anhalt	48,7	5	46,2	7	46,1	9	-2,6	-0,1
Schleswig-Holstein	42,0	15	39,6	15	38,8	15	-3,2	-0,8
Thüringen	50,9	3	49,3	3	49,1	3	-1,8	-0,2
Deutschland	47,5	x	46,1	x	46,0	x	-1,5	-0,1

Quelle: Pflegestatistik

Anteil der Pflegebedürftigen in ambulanter Pflege an allen Pflegebedürftigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2005		2007		2003–2007	2005–2007
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	21,0	10	20,6	12	19,7	15	-1,3	-0,9
Bayern	20,3	12	21,1	11	22,2	10	1,9	1,1
Berlin	23,1	7	23,8	7	23,8	7	0,7	-
Brandenburg	27,0	3	27,7	3	26,6	3	-0,4	-1,1
Bremen	28,4	2	29,0	2	28,7	2	0,3	-0,3
Hamburg	29,1	1	29,7	1	29,5	1	0,4	-0,2
Hessen	19,8	14	19,2	16	20,3	13	0,5	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	23,6	5	24,2	6	24,3	5	0,7	0,1
Niedersachsen	21,7	9	22,7	9	23,0	9	1,3	0,3
Nordrhein-Westfalen	20,5	11	21,4	10	22,0	11	1,5	0,6
Rheinland-Pfalz	19,8	14	19,8	14	19,5	16	-0,3	-0,3
Saarland	18,5	16	19,7	15	19,9	14	1,4	0,2
Sachsen	26,6	4	26,1	4	25,8	4	-0,8	-0,3
Sachsen-Anhalt	23,3	6	24,3	5	24,3	5	1,0	-
Schleswig-Holstein	19,9	13	20,4	13	20,9	12	1,0	0,5
Thüringen	22,6	8	23,1	8	23,2	8	0,6	0,1
Deutschland	21,7	x	22,2	x	22,4	x	0,7	0,2

Quelle: Pflegestatistik

Anteil der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege an allen Pflegebedürftigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2005		2007		2003–2007	2005–2007
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	32,9	2	34,7	2	35,4	2	2,5	0,7
Bayern	31,8	5	33,3	3	33,2	5	1,4	-0,1
Berlin	29,7	10	27,9	13	28,2	13	-1,5	0,3
Brandenburg	26,7	14	26,9	15	25,1	16	-1,6	-1,8
Bremen	28,6	12	28,1	12	29,0	11	0,4	0,9
Hamburg	32,7	3	33,1	6	33,8	4	1,1	0,7
Hessen	25,9	16	26,0	16	25,4	15	-0,5	-0,6
Mecklenburg-Vorpommern	30,3	8	30,1	9	29,5	10	-0,8	-0,6
Niedersachsen	32,5	4	33,3	3	32,7	6	0,2	-0,6
Nordrhein-Westfalen	31,1	6	32,2	7	31,7	7	0,6	-0,5
Rheinland-Pfalz	29,4	11	29,6	10	28,9	12	-0,5	-0,7
Saarland	30,3	8	31,4	8	31,6	8	1,3	0,2
Sachsen	31,1	6	33,3	3	34,0	3	2,9	0,7
Sachsen-Anhalt	28,1	13	29,5	11	29,6	9	1,5	0,1
Schleswig-Holstein	38,2	1	40,0	1	40,4	1	2,2	0,4
Thüringen	26,5	15	27,6	14	27,8	14	1,3	0,2
Deutschland	30,8	x	31,8	x	31,6	x	0,8	-0,2

Quelle: Pflegestatistik

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen

Land	Vorangegangene Landtagswahl [1]			Letzte Landtagswahl [2]			Zeitraum
	Jahr	%	Rang	Jahr	%	Rang	[2] – [1]
							Veränderung in Prozentpunkten
Baden-Württemberg	2001	62,6	8	2006	53,4	14	-9,2
Bayern	2003	57,1	12	2008	57,9	10	0,8
Berlin	2001	68,1	3	2006	58,0	9	-10,1
Brandenburg	2004	56,4	14	2009	67,0	3	10,6
Bremen	2003	61,3	10	2007	57,5	11	-3,8
Hamburg	2004	68,7	2	2008	63,5	4	-5,2
Hessen	2008	64,3	6	2009	61,0	5	-3,3
Mecklenburg-Vorpommern	2002	70,6	1	2006	59,1	7	-11,5
Niedersachsen	2003	67,0	4	2008	57,1	12	-9,9
Nordrhein-Westfalen ¹	2005	63,0	7	2010	59,3	6	-3,7
Rheinland-Pfalz	2001	62,1	9	2006	58,2	8	-3,9
Saarland	2004	55,5	15	2009	67,6	2	12,1
Sachsen	2004	59,6	11	2009	52,2	15	-7,4
Sachsen-Anhalt	2002	56,5	13	2006	44,4	16	-12,1
Schleswig-Holstein	2005	66,5	5	2009	73,6	1	7,1
Thüringen	2004	53,8	16	2009	56,2	13	2,4
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x

1 Jahr 2010: Vorläufiges amtliches Endergebnis. – Quelle: Landeswahlleiter

Tabellenanhang

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2002		2005		2009		2002–2009	2005–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	81,1	2	78,7	4	72,4	5	-8,7	-6,3
Bayern	81,5	1	77,9	8	71,6	7	-9,9	-6,3
Berlin	77,6	11	77,4	10	70,9	10	-6,7	-6,5
Brandenburg	73,7	13	74,9	14	67,0	12	-6,7	-7,9
Bremen	78,8	10	75,5	12	70,3	11	-8,5	-5,2
Hamburg	79,6	9	77,5	9	71,3	9	-8,3	-6,2
Hessen	80,1	6	78,7	4	73,8	1	-6,3	-4,9
Mecklenburg-Vorpommern	70,6	15	71,2	15	63,0	15	-7,6	-8,2
Niedersachsen	81,0	3	79,4	1	73,3	4	-7,7	-6,1
Nordrhein-Westfalen	80,3	5	78,3	7	71,4	8	-8,9	-6,9
Rheinland-Pfalz	80,0	7	78,7	4	72,0	6	-8,0	-6,7
Saarland	80,0	7	79,4	1	73,7	2	-6,3	-5,7
Sachsen	73,7	13	75,7	11	65,0	14	-8,7	-10,7
Sachsen-Anhalt	68,8	16	71,0	16	60,5	16	-8,3	-10,5
Schleswig-Holstein	80,7	4	79,1	3	73,6	3	-7,1	-5,5
Thüringen	74,8	12	75,5	12	65,2	13	-9,6	-10,3
Deutschland	79,1	x	77,7	x	70,8	x	-8,3	-6,9

Quelle: Bundeswahlstatistik

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen

Land	Jahr						Zeitraum	
	1999		2004		2009		1999–2009	2004–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	40,6	12	53,1	4	52,0	4	11,4	-1,1
Bayern	44,8	7	39,7	10	42,3	7	-2,5	2,6
Berlin	39,9	13	38,6	11	35,1	14	-4,8	-3,5
Brandenburg	30,0	16	26,9	16	29,9	16	-0,1	3,0
Bremen	43,8	9	37,3	13	38,9	10	-4,9	1,6
Hamburg	37,0	15	34,9	15	34,7	15	-2,3	-0,2
Hessen	42,1	11	37,8	12	37,9	11	-4,2	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	50,8	5	45,1	6	46,6	6	-4,2	1,5
Niedersachsen	44,2	8	40,1	9	40,5	9	-3,7	0,4
Nordrhein-Westfalen	43,8	9	41,1	8	41,8	8	-2,0	0,7
Rheinland-Pfalz	63,8	1	58,3	1	55,6	2	-8,2	-2,7
Saarland	60,5	2	57,2	2	58,6	1	-1,9	1,4
Sachsen	53,6	4	46,1	5	47,6	5	-6,0	1,5
Sachsen-Anhalt	49,5	6	42,0	7	37,8	12	-11,7	-4,2
Schleswig-Holstein	38,7	14	36,4	14	36,8	13	-1,9	0,4
Thüringen	58,1	3	53,7	3	53,0	3	-5,1	-0,7
Deutschland	45,2	x	43,0	x	43,3	x	-1,9	0,3

Quelle: Europawahlstatistik

Unterrichtsstunden je Schülerin bzw. Schüler an allgemeinbildenden Schulen

Land	Schuljahr						Zeitraum	
	1999/2000		2007/2008		2008/2009		2000–2009	2008–2009
	Stunden	Rang	Stunden	Rang	Stunden	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1,47	9	1,59	7	1,61	7	9,5	1,3
Bayern	1,41	11	1,47	13	1,50	12	6,4	2,0
Berlin	1,54	6	1,70	6	1,72	6	11,7	1,2
Brandenburg	1,57	3	1,74	5	1,77	5	12,7	1,7
Bremen	1,62	1	1,57	8	1,61	7	-0,6	2,5
Hamburg	1,54	6	1,50	10	1,53	10	-0,6	2,0
Hessen	1,42	10	1,54	9	1,55	9	9,2	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	1,53	8	1,79	4	1,80	4	17,6	0,6
Niedersachsen	1,41	11	1,47	13	1,48	14	5,0	0,7
Nordrhein-Westfalen	1,34	16	1,41	16	1,43	16	6,7	1,4
Rheinland-Pfalz	1,35	15	1,49	11	1,50	12	11,1	0,7
Saarland	1,38	14	1,49	11	1,52	11	10,1	2,0
Sachsen	1,56	4	1,84	1	1,81	3	16,0	-1,6
Sachsen-Anhalt	1,55	5	1,84	1	1,87	2	20,6	1,6
Schleswig-Holstein	1,41	11	1,45	15	1,45	15	2,8	-
Thüringen	1,59	2	1,83	3	1,88	1	18,2	2,7
Deutschland	1,43	x	1,53	x	1,54	x	7,7	0,7

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an allen Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen

Land	Schuljahr						Zeitraum	
	1999/2000		2007/2008		2008/2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	13,1	6	11,5	6	11,2	6	-1,9	-0,3
Bayern	7,8	8	7,6	8	7,4	8	-0,4	-0,2
Berlin	14,8	4	15,7	1	15,1	1	0,3	-0,6
Brandenburg	0,8	13	1,6	15	1,6	15	0,8	-
Bremen	15,3	2	14,2	3	13,6	3	-1,7	-0,6
Hamburg	19,9	1	15,1	2	14,1	2	-5,8	-1,0
Hessen	15,2	3	13,0	4	12,0	4	-3,2	-1,0
Mecklenburg-Vorpommern	0,7	15	1,7	14	1,9	13	1,2	0,2
Niedersachsen	7,3	10	6,4	10	6,2	10	-1,1	-0,2
Nordrhein-Westfalen	13,2	5	12,3	5	11,7	5	-1,5	-0,6
Rheinland-Pfalz	7,5	9	7,0	9	6,6	9	-0,9	-0,4
Saarland	8,2	7	8,5	7	8,2	7	-	-0,3
Sachsen	0,8	13	2,3	12	2,7	12	1,9	0,4
Sachsen-Anhalt	0,9	12	2,0	13	1,9	13	1,0	-0,1
Schleswig-Holstein	5,4	11	4,6	11	4,3	11	-1,1	-0,3
Thüringen	0,7	15	1,4	16	1,5	16	0,8	0,1
Deutschland	9,4	x	9,3	x	8,9	x	-0,5	-0,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anteil der Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	8,0	2	5,8	1	5,5	1	-2,5	-0,3
Bayern	9,0	5	6,9	3	6,3	2	-2,7	-0,6
Berlin	12,3	13	9,4	13	9,2	13	-3,1	-0,2
Brandenburg	8,9	3	9,8	14	9,5	14	0,6	-0,3
Bremen	8,9	3	7,4	6	6,6	5	-2,3	-0,8
Hamburg	12,4	15	10,3	15	8,2	10	-4,2	-2,1
Hessen	10,2	8	7,9	10	6,5	4	-3,7	-1,4
Mecklenburg-Vorpommern	10,9	11	10,4	16	9,8	15	-1,1	-0,6
Niedersachsen	10,1	7	7,6	8	7,5	9	-2,6	-0,1
Nordrhein-Westfalen	6,1	1	6,5	2	6,4	3	0,3	-0,1
Rheinland-Pfalz	9,6	6	7,4	6	7,0	8	-2,6	-0,4
Saarland	10,5	10	7,3	5	6,8	6	-3,7	-0,5
Sachsen	12,1	12	8,4	11	8,6	12	-3,5	0,2
Sachsen-Anhalt	12,3	13	7,7	9	10,5	16	-1,8	2,8
Schleswig-Holstein	10,2	8	8,6	12	8,5	11	-1,7	-0,1
Thüringen	12,6	16	7,0	4	6,8	6	-5,8	-0,2
Deutschland	9,2	x	7,3	x	7,0	x	-2,2	-0,3

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anteil der Schulabgänge mit Hauptschulabschluss¹ an allen Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	32,2	3	30,7	4	29,9	2	-2,3	-0,8
Bayern	38,7	1	31,2	3	28,9	3	-9,8	-2,3
Berlin	22,0	10	23,4	7	22,7	7	0,7	-0,7
Brandenburg	19,2	13	15,7	12	14,3	13	-4,9	-1,4
Bremen	20,5	11	21,0	10	18,9	11	-1,6	-2,1
Hamburg	22,8	7	22,5	8	21,5	8	-1,3	-1,0
Hessen	23,7	6	24,8	6	23,4	6	-0,3	-1,4
Mecklenburg-Vorpommern	20,4	12	14,9	13	8,7	16	-11,7	-6,2
Niedersachsen	22,8	7	18,8	11	19,2	10	-3,6	0,4
Nordrhein-Westfalen	22,4	9	21,5	9	20,1	9	-2,3	-1,4
Rheinland-Pfalz	31,7	4	27,3	5	25,5	5	-6,2	-1,8
Saarland	29,2	5	32,7	2	31,2	1	2,0	-1,5
Sachsen	11,2	16	10,4	16	8,8	15	-2,4	-1,6
Sachsen-Anhalt	11,8	15	11,6	15	16,0	12	4,2	4,4
Schleswig-Holstein	34,8	2	34,5	1	28,4	4	-6,4	-6,1
Thüringen	18,2	14	13,0	14	13,4	14	-4,8	0,4
Deutschland	25,4	x	23,7	x	22,6	x	-2,8	-1,1

¹ Ohne Nichtschülerprüfungen. – Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabellenanhang

Anteil der Schulabgänger mit qualifiziertem Sekundarabschluss¹ an allen Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	37,6	10	39,6	9	39,2	7	1,6	-0,4
Bayern	33,1	14	40,7	7	42,8	3	9,7	2,1
Berlin	34,5	13	30,7	15	29,7	14	-4,8	-1,0
Brandenburg	43,7	4	38,2	11	33,4	13	-10,3	-4,8
Bremen	41,0	8	41,2	6	41,4	4	0,4	0,2
Hamburg	30,7	16	28,4	16	29,3	15	-1,4	0,9
Hessen	38,2	9	40,1	8	40,9	5	2,7	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	44,9	3	42,8	4	27,3	16	-17,6	-15,5
Niedersachsen	43,0	5	48,1	2	48,7	1	5,7	0,6
Nordrhein-Westfalen	41,6	6	41,4	5	40,7	6	-0,9	-0,7
Rheinland-Pfalz	35,9	11	38,6	10	39,0	8	3,1	0,4
Saarland	34,7	12	34,0	13	33,5	12	-1,2	-0,5
Sachsen	50,8	1	50,0	1	44,5	2	-6,3	-5,5
Sachsen-Anhalt	49,6	2	36,5	12	37,1	10	-12,5	0,6
Schleswig-Holstein	31,6	15	32,7	14	36,4	11	4,8	3,7
Thüringen	41,3	7	44,9	3	38,9	9	-2,4	-6,0
Deutschland	39,7	x	40,7	x	40,2	x	0,5	-0,5

1 Ohne Nichtschülerprüfungen. – Quelle: Statistisches Bundesamt

Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife¹ an allen Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	22,2	15	23,8	15	25,5	14	3,3	1,7
Bayern	19,3	16	21,2	16	22,1	16	2,8	0,9
Berlin	31,2	2	36,5	3	38,5	5	7,3	2,0
Brandenburg	28,3	5	36,3	4	42,7	2	14,4	6,4
Bremen	29,5	4	30,3	9	33,2	8	3,7	2,9
Hamburg	34,1	1	38,8	2	41,0	3	6,9	2,2
Hessen	27,9	6	27,2	10	29,2	10	1,3	2,0
Mecklenburg-Vorpommern ²	23,8	12	31,9	6	54,2	1	30,4	22,3
Niedersachsen	24,1	11	25,5	13	24,6	15	0,5	-0,9
Nordrhein-Westfalen	29,9	3	30,6	8	32,8	9	2,9	2,2
Rheinland-Pfalz	22,8	14	26,7	11	28,5	11	5,7	1,8
Saarland	25,5	10	26,0	12	28,5	11	3,0	2,5
Sachsen	26,0	9	31,2	7	38,1	6	12,1	6,9
Sachsen-Anhalt	26,2	8	44,1	1	36,4	7	10,2	-7,7
Schleswig-Holstein	23,4	13	24,1	14	26,7	13	3,3	2,6
Thüringen	27,8	7	35,2	5	40,9	4	13,1	5,7
Deutschland	25,6	x	28,3	x	30,2	x	4,6	1,9

1 Ohne Nichtschülerprüfungen. – 2 Jahr 2008: Doppelter Abiturjahrgang. – Quelle: Statistisches Bundesamt

Studienanfängerquote

Land	Studienjahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	36,8	4	37,6	7	47,2	5	10,4	9,6
Bayern	31,4	8	36,5	9	37,3	10	5,9	0,8
Berlin	52,4	3	51,1	3	54,0	3	1,6	2,9
Brandenburg	21,9	16	26,2	16	30,4	14	8,5	4,2
Bremen	57,2	1	66,2	1	70,3	1	13,1	4,1
Hamburg	52,7	2	58,9	2	63,8	2	11,1	4,9
Hessen	35,4	5	42,8	4	48,2	4	12,8	5,4
Mecklenburg-Vorpommern	23,2	15	28,4	15	30,1	15	6,9	1,7
Niedersachsen	29,3	11	29,9	12	30,6	13	1,3	0,7
Nordrhein-Westfalen	35,1	6	37,3	8	40,1	7	5,0	2,8
Rheinland-Pfalz	33,5	7	40,7	5	41,7	6	8,2	1,0
Saarland	29,9	10	30,8	11	37,7	9	7,8	6,9
Sachsen	31,3	9	37,8	6	38,2	8	6,9	0,4
Sachsen-Anhalt	24,7	13	29,0	13	32,3	12	7,6	3,3
Schleswig-Holstein	24,5	14	28,7	14	28,7	16	4,2	-
Thüringen	26,9	12	32,9	10	35,2	11	8,3	2,3
Deutschland	33,5	x	37,1	x	40,3	x	6,8	3,2

Quellen: Studierendendatenstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, eigene Berechnungen

Anteil der Bildungsausländer an allen Studierenden

Land	Wintersemester						Zeitraum	
	2000/01 [1]		2007/08 [2]		2008/09 [3]		[3] – [1]	[3] – [2]
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	9,4	4	11,0	4	10,1	4	0,7	-0,9
Bayern	6,9	8	8,3	11	7,8	12	0,9	-0,5
Berlin	9,6	3	11,9	3	12,6	2	3,0	0,7
Brandenburg	9,9	2	10,5	5	9,7	5	-0,2	-0,8
Bremen	6,0	9	13,9	1	13,2	1	7,2	-0,7
Hamburg	7,1	7	8,2	12	8,3	10	1,2	0,1
Hessen	7,5	5	8,9	7	8,8	6	1,3	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	3,4	16	5,5	16	5,2	16	1,8	-0,3
Niedersachsen	5,9	11	9,0	6	8,7	7	2,8	-0,3
Nordrhein-Westfalen	6,0	9	8,6	9	8,2	11	2,2	-0,4
Rheinland-Pfalz	7,5	5	8,9	7	8,7	7	1,2	-0,2
Saarland	10,1	1	13,9	1	12,6	2	2,5	-1,3
Sachsen	5,8	12	8,6	9	8,6	9	2,8	-
Sachsen-Anhalt	4,9	13	8,0	13	7,7	13	2,8	-0,3
Schleswig-Holstein	4,7	14	6,2	14	6,0	14	1,3	-0,2
Thüringen	3,7	15	6,0	15	5,9	15	2,2	-0,1
Deutschland	6,9	x	9,1	x	8,8	x	1,9	-0,3

Quelle: Studierendenstatistik

Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Prüfungsjahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	Semester	Rang	Semester	Rang	Semester	Rang	Veränderung in Semestern	
Baden-Württemberg	10,2	6	9,5	1	9,3	2	-0,9	-0,2
Bayern	10,3	8	9,6	2	9,4	4	-0,9	-0,2
Berlin	11,2	13	10,5	15	10,1	13	-1,1	-0,4
Brandenburg	9,7	1	9,8	5	9,4	4	-0,3	-0,4
Bremen	11,7	16	10,2	13	9,5	7	-2,2	-0,7
Hamburg	11,1	12	10,8	16	10,3	16	-0,8	-0,5
Hessen	10,9	11	9,7	4	9,3	2	-1,6	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	10,0	3	9,9	6	9,8	10	-0,2	-0,1
Niedersachsen	10,8	10	9,6	2	9,0	1	-1,8	-0,6
Nordrhein-Westfalen	11,2	13	10,1	10	9,8	10	-1,4	-0,3
Rheinland-Pfalz	10,7	9	10,0	7	9,9	12	-0,8	-0,1
Saarland	11,5	15	10,1	10	10,1	13	-1,4	-
Sachsen	9,7	1	10,2	13	10,1	13	0,4	-0,1
Sachsen-Anhalt	10,0	3	10,1	10	9,7	8	-0,3	-0,4
Schleswig-Holstein	10,2	6	10,0	7	9,4	4	-0,8	-0,6
Thüringen	10,0	3	10,0	7	9,7	8	-0,3	-0,3
Deutschland	10,7	x	9,9	x	9,6	x	-1,1	-0,3

Quelle: Prüfungsstatistik

Wanderungssaldo der Studierenden

Land	Wintersemester						Zeitraum	
	2000/01		2007/08		2008/09		[3] – [1]	[3] – [2]
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Absolute Veränderung	
Baden-Württemberg	- 16 573	15	- 14 875	14	- 5 505	11	11 068	9 370
Bayern	2 942	6	7 032	6	3 986	6	1 044	- 3 046
Berlin	42 046	1	26 568	1	24 018	1	- 18 028	- 2 550
Brandenburg	- 7 696	12	- 15 521	15	- 14 953	15	- 7 257	568
Bremen	4 292	5	9 074	5	9 236	4	4 944	162
Hamburg	10 065	3	18 709	2	18 923	2	8 858	214
Hessen	- 3 879	8	- 1 511	8	3 825	7	7 704	5 336
Mecklenburg-Vorpommern	- 4 024	10	- 2 395	9	- 3 466	9	558	- 1 071
Niedersachsen	- 28 745	16	- 28 809	16	- 30 881	16	- 2 136	- 2 072
Nordrhein-Westfalen	19 635	2	15 250	3	13 814	3	- 5 821	- 1 436
Rheinland-Pfalz	1 035	7	12 224	4	8 646	5	7 611	- 3 578
Saarland	- 3 973	9	- 6 465	10	- 5 313	10	- 1 340	1 152
Sachsen	6 991	4	4 676	7	3 467	8	- 3 524	- 1 209
Sachsen-Anhalt	- 8 343	13	- 7 333	11	- 8 516	13	- 173	- 1 183
Schleswig-Holstein	- 8 844	14	- 7 752	12	- 8 305	12	539	- 553
Thüringen	- 4 929	11	- 8 872	13	- 8 976	14	- 4 047	- 104
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Studierendenstatistik

Tabellenanhang

Straßendichte (Straßenlänge je km² Fläche)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	m je km ² Fläche	Rang	m je km ² Fläche	Rang	m je km ² Fläche	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	768	4	767	5	767	4	-0,1	-
Bayern	591	10	593	10	594	9	0,5	0,2
Berlin	279	15	287	14	279	15	-	-2,8
Brandenburg	425	12	422	13	421	13	-0,9	-0,2
Bremen	242	16	280	15	287	14	18,6	2,5
Hamburg	305	14	266	16	266	16	-12,8	-
Hessen	755	5	769	4	766	5	1,5	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	419	13	430	12	430	12	2,6	-
Niedersachsen	593	9	594	9	592	10	-0,2	-0,3
Nordrhein-Westfalen	868	2	868	2	867	2	-0,1	-0,1
Rheinland-Pfalz	929	1	930	1	929	1	-	-0,1
Saarland	789	3	794	3	795	3	0,8	0,1
Sachsen	735	6	738	6	738	6	0,4	-
Sachsen-Anhalt	531	11	536	11	537	11	1,1	0,2
Schleswig-Holstein	627	8	625	7	626	7	-0,2	0,2
Thüringen	638	7	613	8	610	8	-4,4	-0,5
Deutschland	646	x	647	x	647	x	0,2	-

Quelle: Statistik der Straßenlängen

Pkw-Bestand

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	544	5	524	5	527	5	-17	3
Bayern	556	1	538	3	541	3	-15	3
Berlin	348	16	321	16	319	16	-29	-2
Brandenburg	516	8	508	6	511	6	-5	3
Bremen	423	15	390	15	391	15	-32	1
Hamburg	453	14	406	14	402	14	-51	-4
Hessen	556	1	535	4	534	4	-22	-1
Mecklenburg-Vorpommern	474	12	473	13	477	13	3	4
Niedersachsen	535	6	507	7	509	7	-26	2
Nordrhein-Westfalen	505	9	489	10	490	10	-15	1
Rheinland-Pfalz	555	3	540	2	543	2	-12	3
Saarland	553	4	550	1	555	1	2	5
Sachsen	488	11	483	12	486	12	-2	3
Sachsen-Anhalt	472	13	485	11	489	11	17	4
Schleswig-Holstein	530	7	504	8	505	8	-25	1
Thüringen	496	10	496	9	501	9	5	5
Deutschland	517	x	500	x	503	x	-14	3

Quelle: Statistik des Kfz-Bestandes

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner ¹	Rang	Veränderung je 10 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	41	1	35	2	33	1	-8	-2
Bayern	52	11	43	10	42	11	-10	-1
Berlin	48	8	43	10	40	10	-8	-3
Brandenburg	53	14	34	1	34	3	-19	-
Bremen	52	11	47	15	48	16	-4	1
Hamburg	56	16	48	16	45	15	-11	-3
Hessen	44	3	38	6	37	6	-7	-1
Mecklenburg-Vorpommern	55	15	39	7	38	7	-17	-1
Niedersachsen	51	10	43	10	42	11	-9	-1
Nordrhein-Westfalen	41	1	36	5	35	5	-6	-1
Rheinland-Pfalz	47	6	40	8	39	9	-8	-1
Saarland	45	5	44	13	42	11	-3	-2
Sachsen	44	3	35	2	34	3	-10	-1
Sachsen-Anhalt	48	8	40	8	38	7	-10	-2
Schleswig-Holstein	52	11	44	13	43	14	-9	-1
Thüringen	47	6	35	2	33	1	-14	-2
Deutschland	47	x	39	x	38	x	-9	-1

¹ Stichtag 30.06.2009. – Quelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Verkehrstote (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner ¹	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	8	6	5	6	5	6	-3	-
Bayern	12	11	6	9	6	10	-6	-
Berlin	3	2	2	1	1	1	-2	-1
Brandenburg	16	15	9	15	8	15	-8	-1
Bremen	3	2	2	1	2	2	-1	-
Hamburg	2	1	2	1	2	2	-	-
Hessen	9	8	5	6	5	6	-4	-
Mecklenburg-Vorpommern	21	16	8	13	9	16	-12	1
Niedersachsen	12	11	7	12	7	12	-5	-
Nordrhein-Westfalen	6	4	4	4	3	4	-3	-1
Rheinland-Pfalz	9	8	6	9	6	10	-3	-
Saarland	6	4	4	4	4	5	-2	-
Sachsen	10	10	6	9	5	6	-5	-1
Sachsen-Anhalt	13	13	9	15	7	12	-6	-2
Schleswig-Holstein	8	6	5	6	5	6	-3	-
Thüringen	13	13	8	13	7	12	-6	-1
Deutschland	9	x	5	x	5	x	-4	-

1 Stichtag 30.06.2009. – Quelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2004		2008		2000–2008	2004–2008
	m ² je Wohnung	Rang	m ² je Wohnung	Rang	m ² je Wohnung	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	90,1	6	91,1	5	91,9	5	2,0	0,9
Bayern	91,3	4	92,2	4	93,0	4	1,9	0,9
Berlin	69,3	15	69,9	15	70,4	15	1,6	0,7
Brandenburg	74,9	11	76,7	9	78,2	9	4,4	2,0
Bremen	75,6	9	76,1	10	76,7	11	1,5	0,8
Hamburg	71,0	14	71,5	14	72,1	14	1,5	0,8
Hessen	90,2	5	90,9	6	91,5	6	1,4	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	71,4	13	72,4	13	73,0	13	2,2	0,8
Niedersachsen	93,6	3	94,8	3	95,6	3	2,1	0,8
Nordrhein-Westfalen	83,4	8	84,3	8	85,0	8	1,9	0,8
Rheinland-Pfalz	96,6	1	97,7	1	98,6	1	2,1	0,9
Saarland	96,2	2	96,9	2	97,4	2	1,2	0,5
Sachsen	68,2	16	69,1	16	69,9	16	2,5	1,2
Sachsen-Anhalt	72,8	12	74,0	12	74,8	12	2,7	1,1
Schleswig-Holstein	85,9	7	86,8	7	87,5	7	1,9	0,8
Thüringen	75,0	10	76,0	11	77,0	10	2,7	1,3
Deutschland	84,6	x	85,6	x	86,4	x	2,1	0,9

1 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. – Quelle: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes

Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2004		2008		2000–2008	2004–2008
	m ² je Einwohner	Rang	m ² je Einwohner	Rang	m ² je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	40,3	7	41,2	7	42,4	7	5,2	2,9
Bayern	41,6	4	42,9	4	44,3	4	6,5	3,3
Berlin	38,2	9	38,8	11	38,8	14	1,6	-
Brandenburg	35,6	14	37,9	13	39,5	12	11,0	4,2
Bremen	39,7	8	40,4	8	41,0	9	3,3	1,5
Hamburg	35,5	15	36,0	16	36,1	16	1,7	0,3
Hessen	40,6	6	41,8	5	43,2	5	6,4	3,3
Mecklenburg-Vorpommern	34,3	16	37,0	15	39,1	13	14,0	5,7
Niedersachsen	42,1	3	43,8	3	45,5	3	8,1	3,9
Nordrhein-Westfalen	37,8	10	39,0	10	40,4	10	6,9	3,6
Rheinland-Pfalz	43,5	2	45,3	2	47,4	2	9,0	4,6
Saarland	44,5	1	46,3	1	48,4	1	8,8	4,5
Sachsen	36,2	12	37,7	14	38,8	14	7,2	2,9
Sachsen-Anhalt	37,1	11	39,3	9	41,2	8	11,1	4,8
Schleswig-Holstein	40,7	5	41,8	5	43,0	6	5,7	2,9
Thüringen	36,1	13	38,0	12	39,6	11	9,7	4,2
Deutschland	39,5	x	40,8	x	42,2	x	6,8	3,4

Quellen: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Tabellenanhang

Wohneigentumsquote¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	1998		2003		2008		1998–2008	2003–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	x	x	53,8	3	53,3	3	x	-0,5
Bayern	x	x	50,2	4	49,2	6	x	-1,0
Berlin	x	x	11,5	16	16,2	16	x	4,7
Brandenburg	x	x	35,7	12	41,4	11	x	5,7
Bremen	x	x	43,2	8	42,6	10	x	-0,6
Hamburg	x	x	22,3	15	23,9	15	x	1,6
Hessen	x	x	45,9	7	47,5	7	x	1,6
Mecklenburg-Vorpommern	x	x	28,5	14	34,4	13	x	5,9
Niedersachsen	x	x	48,4	5	50,4	5	x	2,0
Nordrhein-Westfalen	x	x	40,0	10	43,1	8	x	3,1
Rheinland-Pfalz	x	x	57,1	2	57,2	2	x	0,1
Saarland	x	x	60,2	1	59,5	1	x	-0,7
Sachsen	x	x	31,0	13	32,1	14	x	1,1
Sachsen-Anhalt	x	x	36,0	11	38,2	12	x	2,2
Schleswig-Holstein	x	x	47,4	6	51,6	4	x	4,2
Thüringen	x	x	41,0	9	43,0	9	x	2,0
Deutschland	x	x	43,0	x	43,2	x	x	0,2

1 Anteil der Haushalte in Wohneigentum an allen Haushalten. – Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Bodenfläche

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2000		2004		2008		2000–2008	2004–2008
	km ²	Rang	km ²	Rang	km ²	Rang	Veränderung in km ²	
Baden-Württemberg	35 751	3	35 752	3	35 751	3	0	- 1
Bayern	70 550	1	70 552	1	70 550	1	0	- 2
Berlin	892	14	892	14	892	14	0	0
Brandenburg	29 477	5	29 478	5	29 481	5	4	3
Bremen	404	16	404	16	404	16	0	0
Hamburg	755	15	755	15	755	15	0	0
Hessen	21 115	7	21 115	7	21 115	7	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	23 173	6	23 178	6	23 186	6	13	8
Niedersachsen	47 616	2	47 620	2	47 627	2	11	7
Nordrhein-Westfalen	34 081	4	34 084	4	34 088	4	7	4
Rheinland-Pfalz ²	19 853	9	19 853	9	19 854	9	1	1
Saarland ²	2 569	13	2 570	13	2 570	13	1	0
Sachsen	18 413	10	18 415	10	18 419	10	6	4
Sachsen-Anhalt	20 447	8	20 446	8	20 448	8	1	2
Schleswig-Holstein	15 763	12	15 763	12	15 799	12	36	36
Thüringen	16 172	11	16 172	11	16 172	11	0	0
Deutschland	357 031	x	357 050	x	357 111	x	80	61

1 Stichtag jeweils 31.12. – 2 Einschließlich des gemeinsamen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebiets. – Quelle: Flächenerhebung

Anteil der Waldfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2000		2004		2008		2000–2008	2004–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	38,0	3	38,1	3	38,3	3	0,3	0,2
Bayern	34,8	5	34,9	5	35,0	5	0,2	0,1
Berlin	17,9	13	18,0	13	18,2	13	0,3	0,2
Brandenburg	34,9	4	35,1	4	35,5	4	0,6	0,4
Bremen	1,9	16	1,9	16	1,9	16	-	-
Hamburg	4,5	15	5,8	15	6,2	15	1,7	0,4
Hessen	39,9	2	40,0	2	40,1	2	0,2	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	21,3	10	21,4	11	21,6	11	0,3	0,2
Niedersachsen	21,1	12	21,2	12	21,5	12	0,4	0,3
Nordrhein-Westfalen	24,8	9	24,9	9	25,5	9	0,7	0,6
Rheinland-Pfalz	40,8	1	41,5	1	41,9	1	1,1	0,4
Saarland	33,4	6	33,4	6	33,5	6	0,1	0,1
Sachsen	26,5	8	26,8	8	27,1	8	0,6	0,3
Sachsen-Anhalt	21,3	10	23,9	10	24,1	10	2,8	0,2
Schleswig-Holstein	9,5	14	10,0	14	10,4	14	0,9	0,4
Thüringen	31,9	7	31,9	7	31,9	7	-	-
Deutschland	29,5	x	29,8	x	30,1	x	0,6	0,3

1 Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung

Anteil der Landwirtschaftsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2000		2004		2008		2000–2008	2004–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	46,8	10	46,3	10	45,9	10	-0,9	-0,4
Bayern	50,6	8	50,1	8	49,6	7	-1,0	-0,5
Berlin	5,3	16	4,9	16	4,6	16	-0,7	-0,3
Brandenburg	49,9	9	49,6	9	49,3	9	-0,6	-0,3
Bremen	29,2	14	28,6	14	28,0	14	-1,2	-0,6
Hamburg	27,8	15	25,4	15	24,0	15	-3,8	-1,4
Hessen	43,0	12	42,6	12	42,2	12	-0,8	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	64,3	2	63,9	2	63,1	2	-1,2	-0,8
Niedersachsen	61,4	4	60,9	4	60,4	4	-1,0	-0,5
Nordrhein-Westfalen	51,0	7	50,2	7	49,4	8	-1,6	-0,8
Rheinland-Pfalz	42,8	13	42,6	12	42,0	13	-0,8	-0,6
Saarland	44,6	11	44,2	11	43,7	11	-0,9	-0,5
Sachsen	56,0	5	55,7	5	55,4	5	-0,6	-0,3
Sachsen-Anhalt	62,7	3	62,7	3	62,1	3	-0,6	-0,6
Schleswig-Holstein	72,2	1	71,0	1	70,0	1	-2,2	-1,0
Thüringen	53,9	6	54,0	6	54,4	6	0,5	0,4
Deutschland	53,5	x	53,0	x	52,5	x	-1,0	-0,5

1 Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung

Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche

Land	Jahr ¹						Zeitraum	
	2000		2004		2008		2000–2008	2004–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	13,2	8	13,6	8	14,0	8	0,8	0,4
Bayern	10,4	12	10,8	12	11,1	12	0,7	0,3
Berlin	69,0	1	69,4	1	69,9	1	0,9	0,5
Brandenburg	8,2	15	8,6	15	9,1	14	0,9	0,5
Bremen	55,8	3	56,5	3	57,2	3	1,4	0,7
Hamburg	57,0	2	58,6	2	59,5	2	2,5	0,9
Hessen	14,9	6	15,1	6	15,4	6	0,5	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	6,7	16	7,2	16	7,7	16	1,0	0,5
Niedersachsen	12,6	9	13,1	9	13,4	9	0,8	0,3
Nordrhein-Westfalen	21,0	4	21,6	4	22,2	4	1,2	0,6
Rheinland-Pfalz	13,4	7	13,8	7	14,2	7	0,8	0,4
Saarland	19,7	5	20,1	5	20,4	5	0,7	0,3
Sachsen	11,3	10	11,7	11	12,2	11	0,9	0,5
Sachsen-Anhalt	9,4	13	10,3	13	11,0	13	1,6	0,7
Schleswig-Holstein	11,2	11	11,9	10	12,4	10	1,2	0,5
Thüringen	8,8	14	9,0	14	9,1	14	0,3	0,1
Deutschland	12,3	x	12,8	x	13,2	x	0,9	0,4

1 Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung

Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) pro Tag (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2001		2004		2007		2001–2007	2004–2007
	Liter je Einwohner	Rang	Liter je Einwohner	Rang	Liter je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	124	7	123	8	116	7	-6,5	-5,7
Bayern	134	12	135	12	133	13	-0,7	-1,5
Berlin	124	7	124	9	112	6	-9,7	-9,7
Brandenburg	102	4	100	4	98	4	-3,9	-2,0
Bremen	138	13	136	13	127	11	-8,0	-6,6
Hamburg	151	15	142	15	133	13	-11,9	-6,3
Hessen	128	10	127	10	123	10	-3,9	-3,1
Mecklenburg-Vorpommern	102	4	102	5	100	5	-2,0	-2,0
Niedersachsen	131	11	130	11	128	12	-2,3	-1,5
Nordrhein-Westfalen	141	14	139	14	135	16	-4,3	-2,9
Rheinland-Pfalz	125	9	122	7	118	9	-5,6	-3,3
Saarland	121	6	118	6	116	7	-4,1	-1,7
Sachsen	90	2	88	1	85	1	-5,6	-3,4
Sachsen-Anhalt	95	3	92	3	90	2	-5,3	-2,2
Schleswig-Holstein	152	16	143	16	133	13	-12,5	-7,0
Thüringen	87	1	90	2	90	2	3,4	-
Deutschland	127	x	126	x	122	x	-3,9	-3,2

Quelle: Statistik der öffentlichen Wasserversorgung

Tabellenanhang

Energieproduktivität¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2005		2006		2000–2006	2005–2006
	1991=100	Rang	1991=100	Rang	1991=100	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	111,4	12	107,4	14	109,9	15	-1,5	2,5
Bayern	112,6	8	123,2	9	122,7	10	10,1	-0,5
Berlin	119,3	6	125,1	8	125,5	8	6,2	0,4
Brandenburg	184,4	3	171,0	3	173,6	3	-10,8	2,6
Bremen	107,1	14	128,3	7	128,3	7	21,2	-
Hamburg	...	x	135,7	6	135,0	6	x	-0,7
Hessen	107,2	13	109,3	13	110,8	14	3,6	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	147,0	5	144,8	5	139,2	5	-7,8	-5,6
Niedersachsen	111,8	11	...	x	117,0	11	5,2	x
Nordrhein-Westfalen	112,1	10	111,7	12	112,3	13	0,2	0,6
Rheinland-Pfalz	100,2	15	102,5	15	103,3	16	3,1	0,8
Saarland	119,0	7	118,7	10	123,5	9	4,5	4,8
Sachsen	216,2	2	213,4	2	216,7	2	0,5	3,3
Sachsen-Anhalt	177,1	4	163,9	4	163,8	4	-13,3	-0,1
Schleswig-Holstein	112,2	9	116,1	11	116,6	12	4,4	0,5
Thüringen	228,4	1	218,2	1	224,0	1	-4,4	5,8
Deutschland	118,9	x	121,9	x	123,0	x	4,1	1,1

1 Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) je direktem Energieverbrauch. - Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen

CO₂-Emissionen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2005		2006		2000–2006	2005–2006
	Tonnen je Einwohner	Rang	Tonnen je Einwohner	Rang	Tonnen je Einwohner	Rang	Veränderung %	
Baden-Württemberg	7,1	4	7,2	8	7,3	8	2,8	1,4
Bayern	7,3	6	6,5	4	6,6	4	-9,6	1,5
Berlin	7,0	3	5,9	2	5,9	2	-15,7	-
Brandenburg	23,3	15	23,4	14	22,8	15	-2,1	-2,6
Bremen	21,3	13	18,4	13	19,1	13	-10,3	3,8
Hamburg	...	x	6,5	4	6,6	4	x	1,5
Hessen	9,2	8	8,9	9	...	x	x	x
Mecklenburg-Vorpommern	5,8	2	6,1	3	6,5	3	12,1	6,6
Niedersachsen	9,4	9	...	x	8,8	9	-6,4	x
Nordrhein-Westfalen	16,3	12	15,6	12	15,9	12	-2,5	1,9
Rheinland-Pfalz	7,2	5	6,5	4	6,7	6	-6,9	3,1
Saarland	21,9	14	23,6	15	22,5	14	2,7	-4,7
Sachsen	9,4	9	11,0	10	11,3	10	20,2	2,7
Sachsen-Anhalt	10,0	11	11,2	11	11,3	10	13,0	0,9
Schleswig-Holstein	7,7	7	6,8	7	6,8	7	-11,7	-
Thüringen	4,9	1	4,9	1	4,9	1	-	-
Deutschland	9,7	x	9,4	x	9,5	x	-2,1	1,1

Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen

Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2006		2007		2000–2007	2006–2007
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	1,9	15	2,6	9	2,8	9	0,9	0,1
Bayern	2,2	12	1,8	13	3,5	7	1,3	1,7
Berlin	2,9	9	1,2	15	0,3	16	-2,6	-0,9
Brandenburg	5,6	3	3,7	6	10,0	1	4,4	6,3
Bremen	1,0	16	1,0	16	2,0	14	1,0	1,0
Hamburg	5,0	4	4,8	2	4,9	3	-0,1	0,1
Hessen	2,3	11	2,1	12	2,7	11	0,4	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	6,5	1	4,6	4	4,8	4	-1,7	0,2
Niedersachsen	3,1	7	3,7	6	2,9	8	-0,2	-0,9
Nordrhein-Westfalen	3,4	5	4,3	5	4,0	5	0,6	-0,3
Rheinland-Pfalz	2,1	13	6,9	1	6,0	2	3,9	-1,0
Saarland	2,9	9	1,7	14	2,8	9	-0,1	1,2
Sachsen	2,1	13	2,4	10	2,2	13	0,2	-0,2
Sachsen-Anhalt	5,9	2	3,7	6	3,8	6	-2,1	-
Schleswig-Holstein	3,3	6	4,7	3	2,7	11	-0,5	-2,0
Thüringen	3,1	7	2,4	10	2,0	14	-1,1	-0,4
Deutschland	2,8	x	3,1	x	3,4	x	0,7	0,4

Quelle: Statistik der Umweltschutzinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	297 393	3	365 056	3	343 736	3	15,6	-5,8
Bayern	359 376	2	444 812	2	429 862	2	19,6	-3,4
Berlin	78 382	7	88 585	8	90 134	8	15,0	1,7
Brandenburg	44 985	11	54 368	11	53 891	11	19,8	-0,9
Bremen	22 110	16	27 432	16	26 753	16	21,0	-2,5
Hamburg	72 554	9	87 482	9	85 757	9	18,2	-2,0
Hessen	183 100	4	221 350	4	216 515	4	18,2	-2,2
Mecklenburg-Vorpommern	30 061	14	35 695	14	35 229	14	17,2	-1,3
Niedersachsen	180 117	5	213 093	5	205 596	5	14,1	-3,5
Nordrhein-Westfalen	454 250	1	547 537	1	521 746	1	14,9	-4,7
Rheinland-Pfalz	91 036	6	106 371	6	102 526	6	12,6	-3,6
Saarland	24 737	15	31 053	15	28 851	15	16,6	-7,1
Sachsen	75 666	8	94 923	7	92 853	7	22,7	-2,2
Sachsen-Anhalt	43 279	12	53 721	12	51 480	12	18,9	-4,2
Schleswig-Holstein	64 853	10	73 942	10	73 399	10	13,2	-0,7
Thüringen	40 602	13	50 380	13	48 871	13	20,4	-3,0
Deutschland	2 062 500	x	2 495 800	x	2 407 200	x	16,7	-3,5

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	Index: 2000=100	Rang	Index: 2000=100	Rang	Index: 2000=100	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	100	x	111,5	6	103,3	11	3,3	-7,4
Bayern	100	x	115,9	1	110,1	2	10,1	-5,0
Berlin	100	x	102,1	16	101,3	16	1,3	-0,7
Brandenburg	100	x	107,1	13	104,8	7	4,8	-2,1
Bremen	100	x	111,9	5	108,1	4	8,1	-3,4
Hamburg	100	x	107,8	12	104,3	8	4,3	-3,2
Hessen	100	x	108,9	9	104,2	10	4,2	-4,3
Mecklenburg-Vorpommern	100	x	109,2	8	106,7	5	6,7	-2,3
Niedersachsen	100	x	108,1	11	103,0	13	3,0	-4,7
Nordrhein-Westfalen	100	x	108,5	10	102,1	14	2,1	-5,8
Rheinland-Pfalz	100	x	106,9	14	101,6	15	1,6	-5,0
Saarland	100	x	112,0	4	103,2	12	3,2	-7,9
Sachsen	100	x	115,6	2	111,2	1	11,2	-3,8
Sachsen-Anhalt	100	x	110,2	7	105,1	6	5,1	-4,7
Schleswig-Holstein	100	x	106,4	15	104,3	8	4,3	-1,9
Thüringen	100	x	113,6	3	108,8	3	8,8	-4,3
Deutschland	100	x	110,3	x	104,8	x	4,8	-5,0

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstitigen in jeweiligen Preisen (Arbeitsproduktivität)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	EUR	Rang	EUR	Rang	EUR	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	55 567	5	65 170	5	61 678	5	11,0	-5,4
Bayern	56 826	4	66 904	4	64 650	4	13,8	-3,4
Berlin	49 753	10	54 080	11	54 116	11	8,8	0,1
Brandenburg	42 282	12	51 863	13	50 992	12	20,6	-1,7
Bremen	57 062	3	69 912	3	68 441	3	19,9	-2,1
Hamburg	69 615	1	78 519	1	76 235	1	9,5	-2,9
Hessen	60 205	2	71 078	2	69 456	2	15,4	-2,3
Mecklenburg-Vorpommern	40 098	14	48 755	15	48 168	14	20,1	-1,2
Niedersachsen	51 092	9	58 185	8	55 914	9	9,4	-3,9
Nordrhein-Westfalen	53 620	6	63 011	6	60 157	6	12,2	-4,5
Rheinland-Pfalz	51 604	8	57 267	10	55 284	10	7,1	-3,5
Saarland	48 802	11	60 848	7	56 967	8	16,7	-6,4
Sachsen	38 377	15	48 588	16	47 898	16	24,8	-1,4
Sachsen-Anhalt	40 892	13	52 933	12	50 965	13	24,6	-3,7
Schleswig-Holstein	52 049	7	58 092	9	57 319	7	10,1	-1,3
Thüringen	38 171	16	48 978	14	48 112	15	26,0	-1,8
Deutschland	52 690	x	61 963	x	59 784	x	13,5	-3,5

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	1,2	10	0,7	10	0,7	10	-0,5	-
Bayern	1,3	9	1,0	8	0,9	8	-0,4	-0,1
Berlin	0,2	14	0,1	16	0,1	16	-0,1	-
Brandenburg	2,4	3	1,9	2	1,7	2	-0,7	-0,2
Bremen	0,2	14	0,2	13	0,2	13	-	-
Hamburg	0,2	14	0,2	13	0,2	13	-	-
Hessen	0,7	12	0,6	11	0,5	12	-0,2	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	4,4	1	2,8	1	2,4	1	-2,0	-0,4
Niedersachsen	2,2	5	1,6	4	1,6	3	-0,6	-
Nordrhein-Westfalen	0,8	11	0,6	11	0,6	11	-0,2	-
Rheinland-Pfalz	1,7	7	1,5	6	1,5	5	-0,2	-
Saarland	0,4	13	0,2	13	0,2	13	-0,2	-
Sachsen	1,4	8	1,0	8	0,9	8	-0,5	-0,1
Sachsen-Anhalt	2,7	2	1,9	2	1,6	3	-1,1	-0,3
Schleswig-Holstein	2,4	3	1,6	4	1,4	6	-1,0	-0,2
Thüringen	2,2	5	1,4	7	1,2	7	-1,0	-0,2
Deutschland	1,3	x	0,9	x	0,8	x	-0,5	-0,1

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Anteil des produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	38,7	1	39,1	1	34,2	1	-4,5	-4,9
Bayern	31,8	4	31,0	6	27,8	6	-4,0	-3,2
Berlin	20,0	15	18,3	15	17,7	15	-2,3	-0,6
Brandenburg	27,7	10	25,2	11	24,1	11	-3,6	-1,1
Bremen	28,1	9	25,6	10	24,3	10	-3,8	-1,3
Hamburg	18,6	16	17,7	16	16,2	16	-2,4	-1,5
Hessen	26,4	12	23,6	12	21,6	12	-4,8	-2,0
Mecklenburg-Vorpommern	20,6	14	19,6	14	18,5	14	-2,1	-1,1
Niedersachsen	31,9	3	30,2	7	26,7	8	-5,2	-3,5
Nordrhein-Westfalen	29,8	7	29,9	9	26,2	9	-3,6	-3,7
Rheinland-Pfalz	33,1	2	32,4	4	28,8	5	-4,3	-3,6
Saarland	31,5	5	36,0	2	30,1	2	-1,4	-5,9
Sachsen	28,9	8	30,1	8	27,5	7	-1,4	-2,6
Sachsen-Anhalt	27,7	10	31,6	5	29,1	4	1,4	-2,5
Schleswig-Holstein	23,5	13	22,5	13	20,7	13	-2,8	-1,8
Thüringen	30,2	6	32,8	3	30,1	2	-0,1	-2,7
Deutschland	30,3	x	29,8	x	26,6	x	-3,7	-3,2

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	60,1	16	60,2	16	65,1	16	5,0	4,9
Bayern	66,8	13	68,0	11	71,3	11	4,5	3,3
Berlin	79,8	2	81,6	2	82,2	2	2,4	0,6
Brandenburg	69,8	7	72,9	7	74,2	7	4,4	1,3
Bremen	71,7	6	74,2	6	75,5	6	3,8	1,3
Hamburg	81,2	1	82,1	1	83,6	1	2,4	1,5
Hessen	72,9	5	75,9	4	78,0	4	5,1	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	75,0	3	77,5	3	79,1	3	4,1	1,6
Niedersachsen	65,9	14	68,2	10	71,7	9	5,8	3,5
Nordrhein-Westfalen	69,5	10	69,5	8	73,2	8	3,7	3,7
Rheinland-Pfalz	65,3	15	66,1	13	69,7	12	4,4	3,6
Saarland	68,2	11	63,7	15	69,7	12	1,5	6,0
Sachsen	69,7	8	68,9	9	71,6	10	1,9	2,7
Sachsen-Anhalt	69,6	9	66,5	12	69,3	14	-0,3	2,8
Schleswig-Holstein	74,1	4	75,9	4	77,9	5	3,8	2,0
Thüringen	67,6	12	65,9	14	68,7	15	1,1	2,8
Deutschland	68,5	x	69,3	x	72,6	x	4,1	3,3

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Anteil der Dienstleistungsbereiche "Handel, Gastgewerbe und Verkehr" an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	15,9	15	15,7	11	16,0	11	0,1	0,3
Bayern	17,0	12	15,6	12	15,5	12	-1,5	-0,1
Berlin	15,9	15	15,6	12	14,8	14	-1,1	-0,8
Brandenburg	18,9	8	18,5	8	18,2	8	-0,7	-0,3
Bremen	25,1	2	28,0	1	26,6	1	1,5	-1,4
Hamburg	25,8	1	26,7	2	25,1	2	-0,7	-1,6
Hessen	19,2	5	20,1	4	19,4	5	0,2	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	20,1	4	19,9	5	19,5	4	-0,6	-0,4
Niedersachsen	18,1	9	18,7	6	18,7	6	0,6	-
Nordrhein-Westfalen	19,0	7	18,4	9	18,2	8	-0,8	-0,2
Rheinland-Pfalz	17,3	10	16,9	10	17,2	10	-0,1	0,3
Saarland	16,6	13	13,9	16	14,7	15	-1,9	0,8
Sachsen	17,2	11	15,4	14	15,5	12	-1,7	0,1
Sachsen-Anhalt	19,2	5	18,7	6	18,6	7	-0,6	-0,1
Schleswig-Holstein	21,0	3	20,7	3	20,7	3	-0,3	-
Thüringen	16,5	14	14,5	15	14,5	16	-2,0	-
Deutschland	18,2	x	17,7	x	17,6	x	-0,6	-0,1

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Anteil der Dienstleistungsbereiche "Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister" an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	25,5	8	25,8	12	28,1	8	2,6	2,3
Bayern	28,8	4	32,1	4	33,8	4	5,0	1,7
Berlin	32,1	3	34,6	3	35,1	3	3,0	0,5
Brandenburg	21,2	15	27,1	8	27,4	11	6,2	0,3
Bremen	24,9	9	26,7	10	28,1	8	3,2	1,4
Hamburg	35,6	1	36,9	2	38,6	2	3,0	1,7
Hessen	34,7	2	37,3	1	38,8	1	4,1	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	22,7	12	25,8	12	26,2	13	3,5	0,4
Niedersachsen	24,1	10	26,0	11	27,4	11	3,3	1,4
Nordrhein-Westfalen	27,8	7	29,1	6	30,8	5	3,0	1,7
Rheinland-Pfalz	22,5	13	24,8	14	26,1	14	3,6	1,3
Saarland	28,8	4	27,1	8	29,4	7	0,6	2,3
Sachsen	24,1	10	27,2	7	27,9	10	3,8	0,7
Sachsen-Anhalt	20,9	16	21,0	16	21,6	16	0,7	0,6
Schleswig-Holstein	28,4	6	29,7	5	30,6	6	2,2	0,9
Thüringen	22,0	14	24,2	15	24,8	15	2,8	0,6
Deutschland	27,5	x	29,4	x	31,0	x	3,5	1,6

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Anteil der Dienstleistungsbereiche "Öffentliche und private Dienstleister" an der Bruttowertschöpfung¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	18,7	16	18,8	14	20,9	13	2,2	2,1
Bayern	21,1	13	20,3	12	22,1	12	1,0	1,8
Berlin	31,8	2	31,4	2	32,3	2	0,5	0,9
Brandenburg	29,7	3	27,3	3	28,6	5	-1,1	1,3
Bremen	21,7	12	19,5	13	20,9	13	-0,8	1,4
Hamburg	19,7	14	18,5	15	20,0	15	0,3	1,5
Hessen	19,0	15	18,5	15	19,8	16	0,8	1,3
Mecklenburg-Vorpommern	32,2	1	31,8	1	33,4	1	1,2	1,6
Niedersachsen	23,7	9	23,6	9	25,6	9	1,9	2,0
Nordrhein-Westfalen	22,7	10	22,1	11	24,3	11	1,6	2,2
Rheinland-Pfalz	25,4	7	24,4	8	26,4	8	1,0	2,0
Saarland	22,7	10	22,6	10	25,5	10	2,8	2,9
Sachsen	28,4	6	26,3	6	28,1	6	-0,3	1,8
Sachsen-Anhalt	29,5	4	26,8	5	29,0	4	-0,5	2,2
Schleswig-Holstein	24,7	8	25,4	7	26,6	7	1,9	1,2
Thüringen	29,0	5	27,2	4	29,4	3	0,4	2,2
Deutschland	22,8	x	22,1	x	24,0	x	1,2	1,9

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Tabellenanhang

Umsatz im verarbeitenden Gewerbe

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000 ¹		2008 ²		2009 ²		2000–2009	2008–2009
	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	187 996	10	239 778	13	201 706	15	7,3	-15,9
Bayern	204 245	5	269 755	9	240 726	8	17,9	-10,8
Berlin	274 455	3	276 638	8	259 090	5	-5,6	-6,3
Brandenburg	175 274	13	244 337	12	223 750	11	27,7	-8,4
Bremen	296 498	2	388 096	2	341 703	2	15,2	-12,0
Hamburg	570 682	1	902 137	1	645 823	1	13,2	-28,4
Hessen	179 280	11	250 023	11	229 048	10	27,8	-8,4
Mecklenburg-Vorpommern	157 367	14	231 210	14	204 341	14	29,8	-11,6
Niedersachsen	241 042	4	368 285	3	312 249	3	29,5	-15,2
Nordrhein-Westfalen	203 309	6	282 040	6	234 845	9	15,5	-16,7
Rheinland-Pfalz	201 926	7	290 097	5	242 012	7	19,9	-16,6
Saarland	176 206	12	277 249	7	223 696	12	27,0	-19,3
Sachsen	142 663	16	230 325	15	206 108	13	44,5	-10,5
Sachsen-Anhalt	189 025	9	309 997	4	260 635	4	37,9	-15,9
Schleswig-Holstein	199 465	8	267 161	10	244 215	6	22,4	-8,6
Thüringen	143 371	15	188 966	16	163 479	16	14,0	-13,5
Deutschland	204 975	x	280 698	x	240 156	x	17,2	-14,4

1 WZ 2003. – 2 WZ 2008. – Quelle: Monats- und Jahresbericht im verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000 ¹		2008 ²		2009 ²		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	41,6	2	48,6	3	47,0	5	5,4	-1,6
Bayern	40,3	4	48,9	2	48,8	1	8,5	-0,1
Berlin	23,6	11	43,4	7	44,9	7	21,3	1,5
Brandenburg	17,9	14	24,0	16	22,8	16	4,9	-1,2
Bremen	49,5	1	51,2	1	48,4	2	-1,1	-2,8
Hamburg	17,1	15	24,3	15	28,1	13	11,0	3,8
Hessen	37,4	7	47,9	5	47,1	4	9,7	-0,8
Mecklenburg-Vorpommern	21,6	13	25,2	14	25,8	15	4,2	0,6
Niedersachsen	40,2	5	42,9	8	38,9	10	-1,3	-4,0
Nordrhein-Westfalen	34,7	8	41,7	9	40,3	9	5,6	-1,4
Rheinland-Pfalz	40,6	3	48,2	4	46,6	6	6,0	-1,6
Saarland	39,9	6	47,0	6	47,3	3	7,4	0,3
Sachsen	25,6	10	34,4	11	33,1	11	7,5	-1,3
Sachsen-Anhalt	15,7	16	28,5	13	26,4	14	10,7	-2,1
Schleswig-Holstein	31,7	9	40,2	10	41,7	8	10,0	1,5
Thüringen	22,8	12	30,8	12	28,2	12	5,4	-2,6
Deutschland	36,3	x	43,4	x	42,4	x	6,1	-1,0

1 WZ 2003. – 2 WZ 2008. – Quelle: Monats- und Jahresbericht im verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Umsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	100 040	7	129 097	4	128 066	3	28,0	-0,8
Bayern	104 700	4	130 335	3	124 851	4	19,2	-4,2
Berlin	113 781	3	125 499	6	115 139	9	1,2	-8,3
Brandenburg	80 583	12	101 930	13	101 562	14	26,0	-0,4
Bremen	123 173	2	169 678	2	142 646	2	15,8	-15,9
Hamburg	132 086	1	213 800	1	203 692	1	54,2	-4,7
Hessen	103 861	5	119 998	9	115 139	9	10,9	-4,0
Mecklenburg-Vorpommern	78 570	14	100 174	15	95 556	16	21,6	-4,6
Niedersachsen	96 877	8	125 066	7	118 253	6	22,1	-5,4
Nordrhein-Westfalen	101 683	6	127 224	5	117 842	7	15,9	-7,4
Rheinland-Pfalz	95 604	10	121 805	8	118 721	5	24,2	-2,5
Saarland	95 814	9	115 779	10	115 832	8	20,9	0,0
Sachsen	80 548	13	101 842	14	99 816	15	23,9	-2,0
Sachsen-Anhalt	77 871	15	108 688	12	105 537	12	35,5	-2,9
Schleswig-Holstein	83 597	11	111 830	11	108 235	11	29,5	-3,2
Thüringen	75 966	16	99 517	16	101 888	13	34,1	2,4
Deutschland	95 413	x	122 023	x	117 278	x	22,9	-3,9

Quelle: Monatsbericht im Bauhauptgewerbe

Umsatz in den Dienstleistungsbereichen¹ bereinigt

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2006		2007		2003–2007	2006–2007
	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	102 606	7	109 604	7	109 536	7	6,8	-0,1
Bayern	113 922	5	123 592	4	126 769	4	11,3	2,6
Berlin	89 842	9	105 605	9	103 562	9	15,3	-1,9
Brandenburg	78 747	12	96 065	10	96 446	10	22,5	0,4
Bremen	142 450	2	133 931	3	140 664	2	-1,3	5,0
Hamburg	168 982	1	209 057	1	221 809	1	31,3	6,1
Hessen	142 312	3	141 847	2	135 750	3	-4,6	-4,3
Mecklenburg-Vorpommern	73 868	13	77 788	13	79 965	13	8,3	2,8
Niedersachsen	99 185	8	111 265	6	110 207	6	11,1	-1,0
Nordrhein-Westfalen	114 158	4	122 276	5	123 943	5	8,6	1,4
Rheinland-Pfalz	81 990	11	85 723	11	87 120	11	6,3	1,6
Saarland	88 161	10	78 806	12	80 279	12	-8,9	1,9
Sachsen	62 835	14	65 866	14	68 306	14	8,7	3,7
Sachsen-Anhalt	57 876	16	58 727	16	57 903	16	0,0	-1,4
Schleswig-Holstein	107 718	6	108 447	8	108 968	8	1,2	0,5
Thüringen	62 003	15	61 370	15	60 709	15	-2,1	-1,1
Deutschland	109 715	x	117 560	x	118 611	x	8,1	0,9

1 Wirtschaftsabschnitte I und K der WZ 2003. – Quelle: Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich

 Bruttoanlageinvestitionen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2006		2007		2000–2007	2006–2007
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	19,0	12	18,1	9	18,3	10	-0,7	0,2
Bayern	22,1	8	21,3	4	20,9	5	-1,2	-0,4
Berlin	19,9	11	16,2	12	17,2	13	-2,7	1,0
Brandenburg	35,9	1	22,4	3	21,3	4	-14,6	-1,1
Bremen	16,7	15	13,8	16	14,1	16	-2,6	0,3
Hamburg	16,4	16	24,1	2	27,7	1	11,3	3,6
Hessen	17,2	14	16,0	13	17,3	12	0,1	1,3
Mecklenburg-Vorpommern	33,4	3	24,9	1	20,9	5	-12,5	-4,0
Niedersachsen	21,8	9	17,0	11	17,9	11	-3,9	0,9
Nordrhein-Westfalen	18,9	13	15,5	14	16,0	15	-2,9	0,5
Rheinland-Pfalz	22,6	6	18,3	7	19,5	7	-3,1	1,2
Saarland	22,6	6	15,5	14	16,5	14	-6,1	1,0
Sachsen	33,9	2	19,3	6	22,1	2	-11,8	2,8
Sachsen-Anhalt	32,0	4	17,6	10	18,5	9	-13,5	0,9
Schleswig-Holstein	21,4	10	18,3	7	18,9	8	-2,5	0,6
Thüringen	31,8	5	20,9	5	21,8	3	-10,0	0,9
Deutschland	21,5	x	18,2	x	18,8	x	-2,7	0,6

1 Anteil am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Gewerbeanmeldungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	89	7	98	7	102	7	14,6	4,1
Bayern	102	3	114	4	121	4	18,6	6,1
Berlin	101	4	120	3	131	1	29,7	9,2
Brandenburg	86	10	93	10	93	11	8,1	-
Bremen	83	12	93	10	100	9	20,5	7,5
Hamburg	109	1	129	1	125	3	14,7	-3,1
Hessen	106	2	125	2	129	2	21,7	3,2
Mecklenburg-Vorpommern	83	12	88	13	85	14	2,4	-3,4
Niedersachsen	82	14	89	12	94	10	14,6	5,6
Nordrhein-Westfalen	88	9	98	7	102	7	15,9	4,1
Rheinland-Pfalz	94	6	101	6	105	6	11,7	4,0
Saarland	77	15	88	13	91	13	18,2	3,4
Sachsen	89	7	94	9	92	12	3,4	-2,1
Sachsen-Anhalt	76	16	70	16	72	16	-5,3	2,9
Schleswig-Holstein	100	5	110	5	114	5	14,0	3,6
Thüringen	86	10	79	15	82	15	-4,7	3,8
Deutschland	92	x	102	x	106	x	15,2	3,9

1 Stichtag 30.06.2009. – Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik

Tabellenanhang

Insolvenzen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	je 10 000 Unternehmen ¹	Rang	je 10 000 Unternehmen ¹	Rang	je 10 000 Unternehmen ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	57	1	51	1	65	1	14,0	27,5
Bayern	61	2	60	2	69	2	13,1	15,0
Berlin	193	13	106	13	113	12	-41,5	6,6
Brandenburg	197	14	82	6	85	5	-56,9	3,7
Bremen	82	7	84	8	111	10	35,4	32,1
Hamburg	69	3	75	5	95	8	37,7	26,7
Hessen	81	6	66	3	78	3	-3,7	18,2
Mecklenburg-Vorpommern	201	15	94	10	89	7	-55,7	-5,3
Niedersachsen	96	10	87	9	97	9	1,0	11,5
Nordrhein-Westfalen	89	8	157	16	163	16	83,1	3,8
Rheinland-Pfalz	73	4	82	7	88	6	20,5	7,3
Saarland	75	5	98	11	122	13	62,7	24,5
Sachsen	189	12	127	15	131	14	-30,7	3,1
Sachsen-Anhalt	245	16	114	14	147	15	-40,0	28,9
Schleswig-Holstein	94	9	103	12	111	10	18,1	7,8
Thüringen	185	11	72	4	81	4	-56,2	12,5
Deutschland	98	x	93	x	103	x	5,1	10,8

1 Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen. – Quelle: Insolvenzstatistik

Gästeintensität im Tourismus (ohne Kleinbetriebe)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	je 100 Einwohner	Rang	je 100 Einwohner	Rang	je 100 Einwohner ¹	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	134	9	153	8	149	9	11,2	-2,6
Bayern	195	2	213	4	211	4	8,2	-0,9
Berlin	149	7	230	3	241	3	61,7	4,8
Brandenburg	123	11	148	9	147	10	19,5	-0,7
Bremen	110	13	141	13	138	13	25,5	-2,1
Hamburg	157	6	232	2	246	2	56,7	6,0
Hessen	167	5	190	6	185	6	10,8	-2,6
Mecklenburg-Vorpommern	284	1	396	1	417	1	46,8	5,3
Niedersachsen	142	8	143	12	146	12	2,8	2,1
Nordrhein-Westfalen	81	15	99	15	96	15	18,5	-3,0
Rheinland-Pfalz	173	3	185	7	185	6	6,9	-
Saarland	62	16	75	16	69	16	11,3	-8,0
Sachsen	120	12	145	11	147	10	22,5	1,4
Sachsen-Anhalt	86	14	111	14	113	14	31,4	1,8
Schleswig-Holstein	172	4	201	5	207	5	20,3	3,0
Thüringen	127	10	147	10	151	8	18,9	2,7
Deutschland	138	x	162	x	162	x	17,4	-

1 Stichtag 30.06.2009. – Quelle: Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik

Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	Tage	Rang	Tage	Rang	Tage	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	3,0	6	2,6	10	2,6	10	-13,3	-
Bayern	3,3	4	2,9	4	2,9	5	-12,1	-
Berlin	2,3	14	2,2	14	2,3	13	-	4,5
Brandenburg	2,8	9	2,7	7	2,8	6	-	3,7
Bremen	1,9	15	1,8	16	1,8	16	-5,3	-
Hamburg	1,8	16	1,9	15	1,9	15	5,6	-
Hessen	2,6	11	2,4	12	2,4	12	-7,7	-
Mecklenburg-Vorpommern	4,2	2	4,2	1	4,1	2	-2,4	-2,4
Niedersachsen	3,4	3	3,2	3	3,2	3	-5,9	-
Nordrhein-Westfalen	2,6	11	2,3	13	2,3	13	-11,5	-
Rheinland-Pfalz	3,0	6	2,7	7	2,7	8	-10,0	-
Saarland	3,3	4	2,9	4	3,0	4	-9,1	3,4
Sachsen	2,8	9	2,7	7	2,7	8	-3,6	-
Sachsen-Anhalt	2,5	13	2,5	11	2,5	11	-	-
Schleswig-Holstein	4,8	1	4,2	1	4,2	1	-12,5	-
Thüringen	3,0	6	2,8	6	2,8	6	-6,7	-
Deutschland	3,1	x	2,8	x	2,8	x	-9,7	-

Quelle: Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik

Ausgaben für Forschung und Entwicklung (Anteil am Bruttoinlandsprodukt)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2001		2005		2007		2001–2007	2005–2007
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	3,9	2	4,3	1	4,4	1	0,5	0,1
Bayern	2,9	3	2,9	3	2,8	3	-0,1	-0,1
Berlin	4,1	1	3,8	2	3,3	2	-0,8	-0,5
Brandenburg	1,4	12	1,2	13	1,2	13	-0,2	-
Bremen	2,2	7	2,6	4	2,2	7	-	-0,4
Hamburg	1,5	11	1,3	12	2,0	8	0,5	0,7
Hessen	2,4	5	2,6	4	2,6	4	0,2	-
Mecklenburg-Vorpommern	1,1	14	1,4	11	1,3	12	0,2	-0,1
Niedersachsen	2,5	4	2,4	6	2,5	6	-	0,1
Nordrhein-Westfalen	1,8	10	1,8	8	1,8	10	-	-
Rheinland-Pfalz	2,0	8	1,7	10	1,9	9	-0,1	0,2
Saarland	1,0	16	1,0	16	1,1	15	0,1	0,1
Sachsen	2,4	5	2,3	7	2,6	4	0,2	0,3
Sachsen-Anhalt	1,2	13	1,2	13	1,1	15	-0,1	-0,1
Schleswig-Holstein	1,1	14	1,1	15	1,2	13	0,1	0,1
Thüringen	2,0	8	1,8	8	1,8	10	-0,2	-
Deutschland	2,5	x	2,5	x	2,5	x	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Berechnungen des BMBF, eigene Berechnungen

FuE-Personal im Wirtschaftssektor (Vollzeitäquivalente)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2001		2005		2007		2001–2007	2005–2007
	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	Veränderung je 1 000 Erwerbstätige	
Baden-Württemberg	15,5	1	18,1	1	18,9	1	3,4	0,8
Bayern	13,9	2	14,1	2	13,0	3	-0,9	-1,1
Berlin	11,2	4	8,1	4	7,0	6	-4,2	-1,1
Brandenburg	2,6	13	1,9	15	2,3	15	-0,3	0,4
Bremen	7,0	7	5,8	9	5,9	10	-1,1	0,1
Hamburg	5,5	11	6,7	7	7,0	6	1,5	0,3
Hessen	12,0	3	11,8	3	13,3	2	1,3	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	1,0	16	1,6	16	2,1	16	1,1	0,5
Niedersachsen	8,0	5	7,8	5	8,5	4	0,5	0,7
Nordrhein-Westfalen	6,0	9	6,1	8	6,6	9	0,6	0,5
Rheinland-Pfalz	7,9	6	6,9	6	7,9	5	-	1,0
Saarland	2,0	15	2,1	14	3,0	13	1,0	0,9
Sachsen	6,5	8	5,8	9	6,7	8	0,2	0,9
Sachsen-Anhalt	2,1	14	2,3	13	2,6	14	0,5	0,3
Schleswig-Holstein	3,2	12	3,2	12	3,5	12	0,3	0,3
Thüringen	5,6	10	5,6	11	5,7	11	0,1	0,1
Deutschland	9,1	x	9,4	x	9,7	x	0,6	0,3

Quelle: Wissenschaftsstatistik gGmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Anteil der Beschäftigten in den Hochtechnologiebranchen an allen Beschäftigten¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	x	x	22,6	1	22,4	1	x	-0,2
Bayern	x	x	19,5	2	19,2	2	x	-0,3
Berlin	x	x	11,6	12	11,2	12	x	-0,4
Brandenburg	x	x	7,5	15	7,4	15	x	-0,1
Bremen	x	x	14,6	6	14,7	5	x	0,1
Hamburg	x	x	13,1	9	12,8	9	x	-0,3
Hessen	x	x	14,7	5	14,6	6	x	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	x	x	5,0	16	4,9	16	x	-0,1
Niedersachsen	x	x	13,3	7	13,0	8	x	-0,3
Nordrhein-Westfalen	x	x	13,2	8	13,1	7	x	-0,1
Rheinland-Pfalz	x	x	15,1	4	14,8	4	x	-0,3
Saarland	x	x	15,6	3	15,0	3	x	-0,6
Sachsen	x	x	11,7	10	11,6	10	x	-0,1
Sachsen-Anhalt	x	x	7,9	14	7,8	14	x	-0,1
Schleswig-Holstein	x	x	10,1	13	9,9	13	x	-0,2
Thüringen	x	x	11,7	10	11,6	10	x	-0,1
Deutschland	x	x	15,1	x	14,9	x	x	-0,2

¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Für 2000 liegen keine Daten nach der WZ 2008 vor. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Anteil der Beschäftigten in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen an allen Beschäftigten¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	x	x	34,8	16	35,0	16	x	0,2
Bayern	x	x	35,1	15	35,2	15	x	0,1
Berlin	x	x	49,8	1	50,1	1	x	0,3
Brandenburg	x	x	38,4	7	38,4	9	x	-
Bremen	x	x	38,1	8	38,5	8	x	0,4
Hamburg	x	x	45,7	2	45,9	2	x	0,2
Hessen	x	x	42,3	3	42,6	3	x	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	x	x	40,4	4	40,2	4	x	-0,2
Niedersachsen	x	x	37,4	11	37,5	11	x	0,1
Nordrhein-Westfalen	x	x	38,1	8	38,6	7	x	0,5
Rheinland-Pfalz	x	x	36,3	13	36,5	13	x	0,2
Saarland	x	x	36,3	13	36,7	12	x	0,4
Sachsen	x	x	39,1	5	39,2	5	x	0,1
Sachsen-Anhalt	x	x	39,0	6	38,8	6	x	-0,2
Schleswig-Holstein	x	x	38,0	10	38,1	10	x	0,1
Thüringen	x	x	36,6	12	36,5	13	x	-0,1
Deutschland	x	x	38,1	x	38,3	x	x	0,2

1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Für 2000 liegen keine Daten nach der WZ 2008 vor. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen Beschäftigten¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	8,7	8	10,7	6	11,2	6	2,5	0,5
Bayern	8,1	10	10,0	8	10,4	7	2,3	0,4
Berlin	12,2	1	13,9	1	14,4	1	2,2	0,5
Brandenburg	9,2	7	9,6	9	9,6	10	0,4	-
Bremen	9,3	6	11,2	5	11,6	5	2,3	0,4
Hamburg	10,5	3	13,0	2	13,4	2	2,9	0,4
Hessen	10,1	5	11,7	4	12,3	4	2,2	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	8,4	9	8,9	11	8,9	12	0,5	-
Niedersachsen	6,1	15	7,9	13	8,2	13	2,1	0,3
Nordrhein-Westfalen	7,8	12	9,5	10	9,9	9	2,1	0,4
Rheinland-Pfalz	6,3	14	7,4	15	7,8	15	1,5	0,4
Saarland	6,5	13	7,9	13	8,2	13	1,7	0,3
Sachsen	11,9	2	13,0	2	13,3	3	1,4	0,3
Sachsen-Anhalt	8,1	10	8,8	12	9,0	11	0,9	0,2
Schleswig-Holstein	5,4	16	6,4	16	6,6	16	1,2	0,2
Thüringen	10,4	4	10,1	7	10,4	7	-	0,3
Deutschland	8,5	x	10,1	x	10,4	x	1,9	0,3

1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Patentdichte

Land	Durchschnitte der Jahre						Zeitraum	
	2001–2003 [1]		2004–2006 [2]		2007–2009 [3]		[1]–[3] ¹	[2]–[3]
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	122	1	122	1	137	1	x	12,3
Bayern	117	2	111	2	106	2	x	-4,5
Berlin	34	8	27	10	28	9	x	3,7
Brandenburg	15	15	14	15	14	14	x	-
Bremen	26	11	24	11	24	12	x	-
Hamburg	72	3	55	4	57	3	x	3,6
Hessen	67	4	57	3	45	4	x	-21,1
Mecklenburg-Vorpommern	11	16	11	16	11	16	x	-
Niedersachsen	38	7	34	7	38	6	x	11,8
Nordrhein-Westfalen	51	6	44	6	43	5	x	-2,3
Rheinland-Pfalz	61	5	47	5	31	7	x	-34,0
Saarland	32	9	32	8	30	8	x	-6,3
Sachsen	19	13	19	13	25	11	x	31,6
Sachsen-Anhalt	16	14	15	14	14	14	x	-6,7
Schleswig-Holstein	23	12	21	12	21	13	x	-
Thüringen	32	9	29	9	26	10	x	-10,3
Deutschland	64	x	59	x	59	x	x	-

1 Bedingt durch die PCT-Reform 2004 sind die Werte ab 2004 mit denen der Vorjahre nicht direkt vergleichbar. – Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

Gründungsintensität

Land	Durchschnitte der Jahre						Zeitraum	
	1997–2000 [1]		2001–2004 [2]		2005–2008 [3]		[1]–[3]	[2]–[3]
	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	42	15	39	15	38	12	-9,5	-2,6
Bayern	50	7	47	7	47	5	-6,0	-
Berlin	62	2	57	2	52	3	-16,1	-8,8
Brandenburg	54	3	51	4	43	10	-20,4	-15,7
Bremen	52	4	52	3	54	2	3,8	3,8
Hamburg ¹	99	1	81	1	61	1	-38,4	-24,7
Hessen	51	5	48	5	46	8	-9,8	-4,2
Mecklenburg-Vorpommern	51	5	46	8	39	11	-23,5	-15,2
Niedersachsen	47	10	46	8	47	5	-	2,2
Nordrhein-Westfalen	45	13	44	10	45	9	-	2,3
Rheinland-Pfalz	46	12	44	10	47	5	2,2	6,8
Saarland	36	16	34	16	35	15	-2,8	2,9
Sachsen	47	10	42	12	35	15	-25,5	-16,7
Sachsen-Anhalt	43	14	40	14	36	14	-16,3	-10,0
Schleswig-Holstein	49	8	48	5	51	4	4,1	6,3
Thüringen	48	9	41	13	37	13	-22,9	-9,8
Deutschland	49	x	46	x	44	x	-10,2	-4,3

1 Werte bis 2001 nur bedingt mit den Angaben für die anderen Bundesländer vergleichbar. – Quelle: ZEW-Gründungspanel

Erwerbstätige am Arbeitsort

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	1 000	Rang	1 000	Rang	1 000	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	5 352	3	5 602	3	5 573	3	4,1	-0,5
Bayern	6 324	2	6 649	2	6 649	2	5,1	-
Berlin	1 575	8	1 638	8	1 666	8	5,7	1,7
Brandenburg	1 064	10	1 048	11	1 057	11	-0,7	0,8
Bremen	387	16	392	16	391	16	0,9	-0,4
Hamburg	1 042	13	1 114	10	1 125	10	7,9	1,0
Hessen	3 041	5	3 114	5	3 117	5	2,5	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	750	14	732	14	731	14	-2,4	-0,1
Niedersachsen	3 525	4	3 662	4	3 677	4	4,3	0,4
Nordrhein-Westfalen	8 472	1	8 690	1	8 673	1	2,4	-0,2
Rheinland-Pfalz	1 764	7	1 857	7	1 855	7	5,1	-0,2
Saarland	507	15	510	15	506	15	-0,1	-0,8
Sachsen	1 972	6	1 954	6	1 939	6	-1,7	-0,8
Sachsen-Anhalt	1 058	12	1 015	13	1 010	13	-4,6	-0,5
Schleswig-Holstein	1 246	9	1 273	9	1 281	9	2,8	0,6
Thüringen	1 064	10	1 029	12	1 016	12	-4,5	-1,2
Deutschland	39 144	x	40 279	x	40 265	x	2,9	-0,0

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Arbeitsp atzdichte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	Erwerbstätige je 1 000 Einwohner	Rang	Erwerbstätige je 1 000 Einwohner	Rang	Erwerbstätige je 1 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	510	4	521	4	519	4	9	-2
Bayern	519	3	531	3	532	3	13	1
Berlin	466	8	478	8	485	7	19	7
Brandenburg	409	15	414	16	420	16	11	6
Bremen	586	2	592	2	592	2	6	-
Hamburg	609	1	629	1	633	1	24	4
Hessen	502	5	513	5	514	5	12	1
Mecklenburg-Vorpommern	420	14	438	14	441	14	21	3
Niedersachsen	446	10	460	10	463	10	17	3
Nordrhein-Westfalen	471	7	484	7	485	7	14	1
Rheinland-Pfalz	438	12	460	10	461	11	23	1
Saarland	474	6	493	6	494	6	20	1
Sachsen	444	11	465	9	464	9	20	-1
Sachsen-Anhalt	402	16	423	15	427	15	25	4
Schleswig-Holstein	448	9	449	13	452	12	4	3
Thüringen	436	13	452	12	450	13	14	-2
Deutschland	476	x	490	x	492	x	16	2

Quellen: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	35,8	1	32,6	1	31,9	1	-3,9	-0,7
Bayern	31,5	2	28,8	3	28,2	3	-3,3	-0,6
Berlin	18,1	15	13,3	16	13,0	16	-5,1	-0,3
Brandenburg	27,1	10	22,9	10	22,7	10	-4,4	-0,2
Bremen	24,1	12	20,8	12	20,6	12	-3,5	-0,2
Hamburg	17,4	16	14,8	15	14,3	15	-3,1	-0,5
Hessen	26,2	11	22,5	11	22,0	11	-4,2	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	23,1	13	18,6	14	18,2	14	-4,9	-0,4
Niedersachsen	27,4	9	24,2	7	23,8	8	-3,6	-0,4
Nordrhein-Westfalen	28,7	7	24,2	7	23,7	9	-5,0	-0,5
Rheinland-Pfalz	29,4	6	25,9	6	25,5	6	-3,9	-0,4
Saarland	31,4	4	28,5	4	27,7	4	-3,7	-0,8
Sachsen	30,0	5	26,9	5	26,7	5	-3,3	-0,2
Sachsen-Anhalt	27,8	8	24,0	9	24,0	7	-3,8	-
Schleswig-Holstein	22,8	14	19,3	13	18,9	13	-3,9	-0,4
Thüringen	31,5	2	29,6	2	29,2	2	-2,3	-0,4
Deutschland	28,9	x	25,4	x	24,9	x	-4,0	-0,5

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	62,1	16	65,6	16	66,3	16	4,2	0,7
Bayern	65,0	15	68,3	14	68,9	14	3,9	0,6
Berlin	81,4	2	86,4	1	86,7	1	5,3	0,3
Brandenburg	68,9	9	73,5	8	73,6	8	4,7	0,1
Bremen	75,6	3	78,8	3	79,1	3	3,5	0,3
Hamburg	82,1	1	84,8	2	85,2	2	3,1	0,4
Hessen	72,3	5	76,0	6	76,5	6	4,2	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	72,3	5	77,4	5	77,9	4	5,6	0,5
Niedersachsen	69,1	8	72,5	10	72,9	10	3,8	0,4
Nordrhein-Westfalen	69,9	7	74,3	7	74,8	7	4,9	0,5
Rheinland-Pfalz	67,6	12	71,3	11	71,7	11	4,1	0,4
Saarland	67,8	11	70,8	13	71,5	12	3,7	0,7
Sachsen	67,3	13	71,0	12	71,2	13	3,9	0,2
Sachsen-Anhalt	68,7	10	73,1	9	73,0	9	4,3	-0,1
Schleswig-Holstein	73,9	4	77,5	4	77,8	5	3,9	0,3
Thüringen	65,2	14	67,8	15	68,1	15	2,9	0,3
Deutschland	68,7	x	72,5	x	73,0	x	4,3	0,5

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Anteil der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	89,9	11	89,4	7	89,5	7	-0,4	0,1
Bayern	87,6	16	87,2	15	87,3	15	-0,3	0,1
Berlin	89,3	13	85,9	16	85,9	16	-3,4	-
Brandenburg	90,2	9	87,9	13	87,7	13	-2,5	-0,2
Bremen	93,5	1	93,1	1	93,3	1	-0,2	0,2
Hamburg	90,6	8	89,5	6	89,8	5	-0,8	0,3
Hessen	89,8	12	89,2	9	89,2	9	-0,6	-
Mecklenburg-Vorpommern	92,4	2	89,7	5	89,7	6	-2,7	-
Niedersachsen	90,2	9	89,4	7	89,5	7	-0,7	0,1
Nordrhein-Westfalen	91,2	5	90,2	4	90,3	4	-0,9	0,1
Rheinland-Pfalz	89,2	14	88,4	12	88,5	12	-0,7	0,1
Saarland	91,7	4	91,5	2	91,5	2	-0,2	-
Sachsen	90,8	6	88,9	10	88,9	10	-1,9	-
Sachsen-Anhalt	92,2	3	90,8	3	90,9	3	-1,3	0,1
Schleswig-Holstein	88,7	15	87,8	14	87,7	13	-1,0	-0,1
Thüringen	90,8	6	88,9	10	88,9	10	-1,9	-
Deutschland	90,0	x	89,0	x	89,0	x	-1,0	-

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,1	6	10,6	9	10,5	9	0,4	-0,1
Bayern	12,4	1	12,8	2	12,7	2	0,3	-0,1
Berlin	10,7	4	14,1	1	14,1	1	3,4	-
Brandenburg	9,8	7	12,1	4	12,3	3	2,5	0,2
Bremen	6,5	16	6,9	16	6,7	16	0,2	-0,2
Hamburg	9,4	9	10,5	11	10,2	12	0,8	-0,3
Hessen	10,2	5	10,8	8	10,8	8	0,6	-
Mecklenburg-Vorpommern	7,6	15	10,3	12	10,3	11	2,7	-
Niedersachsen	9,8	7	10,6	9	10,5	9	0,7	-0,1
Nordrhein-Westfalen	8,8	12	9,8	13	9,7	13	0,9	-0,1
Rheinland-Pfalz	10,8	3	11,6	5	11,5	5	0,7	-0,1
Saarland	8,3	13	8,5	15	8,5	15	0,2	-
Sachsen	9,2	10	11,1	6	11,1	6	1,9	-
Sachsen-Anhalt	7,8	14	9,2	14	9,1	14	1,3	-0,1
Schleswig-Holstein	11,3	2	12,2	3	12,3	3	1,0	0,1
Thüringen	9,2	10	11,1	6	11,1	6	1,9	-
Deutschland	10,0	x	11,0	x	11,0	x	1,0	-

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Arbeitsvolumen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	Stunden je Erwerbstätigen	Rang	Stunden je Erwerbstätigen	Rang	Stunden je Erwerbstätigen	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1 440	13	1 420	10	1 366	12	-5,1	-3,8
Bayern	1 462	9	1 440	9	1 397	9	-4,4	-3,0
Berlin	1 566	4	1 455	7	1 428	7	-8,8	-1,9
Brandenburg	1 584	1	1 479	3	1 451	1	-8,4	-1,9
Bremen	1 430	15	1 407	12	1 359	16	-5,0	-3,4
Hamburg	1 509	7	1 483	1	1 448	2	-4,0	-2,4
Hessen	1 481	8	1 446	8	1 408	8	-4,9	-2,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 565	5	1 462	6	1 436	4	-8,2	-1,8
Niedersachsen	1 445	11	1 405	13	1 368	11	-5,3	-2,6
Nordrhein-Westfalen	1 438	14	1 404	14	1 365	13	-5,1	-2,8
Rheinland-Pfalz	1 442	12	1 404	14	1 365	13	-5,3	-2,8
Saarland	1 429	16	1 403	16	1 363	15	-4,6	-2,9
Sachsen	1 551	6	1 465	5	1 430	5	-7,8	-2,4
Sachsen-Anhalt	1 570	3	1 467	4	1 430	5	-8,9	-2,5
Schleswig-Holstein	1 455	10	1 412	11	1 381	10	-5,1	-2,2
Thüringen	1 576	2	1 482	2	1 444	3	-8,4	-2,6
Deutschland	1 473	x	1 430	x	1 390	x	-5,6	-2,8

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen¹

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	22,0	5	26,7	9	27,0	8	5,0	0,3
Bayern	21,1	8	25,4	11	25,3	11	4,2	-0,1
Berlin	18,8	11	26,8	8	27,0	8	8,2	0,2
Brandenburg	12,4	14	21,7	14	21,8	15	9,4	0,1
Bremen	22,1	4	31,1	1	30,9	1	8,8	-0,2
Hamburg	22,3	3	26,3	10	26,1	10	3,8	-0,2
Hessen	21,7	6	27,9	5	28,0	4	6,3	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	10,7	16	22,2	12	23,1	12	12,4	0,9
Niedersachsen	21,1	8	27,9	5	27,5	6	6,4	-0,4
Nordrhein-Westfalen	21,0	10	27,8	7	27,5	6	6,5	-0,3
Rheinland-Pfalz	21,3	7	28,2	4	27,8	5	6,5	-0,4
Saarland	22,6	2	29,2	2	28,5	3	5,9	-0,7
Sachsen	13,7	12	21,7	14	22,0	14	8,3	0,3
Sachsen-Anhalt	11,1	15	22,2	12	22,4	13	11,3	0,2
Schleswig-Holstein	23,8	1	28,9	3	30,1	2	6,3	1,2
Thüringen	12,6	13	19,9	16	20,6	16	8,0	0,7
Deutschland	19,8	x	26,3	x	26,3	x	6,5	-

¹ Abhängig Erwerbstätige. – Quelle: Mikrozensus

Tabellenanhang

Frauenerwerbsquote

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	63,7	9	70,7	6	71,1	6	7,4	0,4
Bayern	65,1	7	70,1	8	70,9	7	5,8	0,8
Berlin	65,8	6	70,0	9	69,7	9	3,9	-0,3
Brandenburg	70,1	3	77,0	1	76,5	2	6,4	-0,5
Bremen	60,0	13	65,9	14	65,1	15	5,1	-0,8
Hamburg	65,0	8	70,3	7	70,2	8	5,2	-0,1
Hessen	62,2	10	67,9	12	68,7	11	6,5	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	69,7	5	75,8	2	76,6	1	6,9	0,8
Niedersachsen	60,0	13	66,7	13	67,0	13	7,0	0,3
Nordrhein-Westfalen	57,1	15	65,0	15	65,2	14	8,1	0,2
Rheinland-Pfalz	61,0	12	68,6	11	68,7	11	7,7	0,1
Saarland	56,8	16	63,1	16	64,6	16	7,8	1,5
Sachsen	70,3	2	75,6	3	76,5	2	6,2	0,9
Sachsen-Anhalt	70,1	3	74,9	4	76,3	4	6,2	1,4
Schleswig-Holstein	62,2	10	69,5	10	69,6	10	7,4	0,1
Thüringen	70,7	1	74,7	5	74,5	5	3,8	-0,2
Deutschland	62,9	x	69,2	x	69,6	x	6,7	0,4

Quelle: Mikrozensus

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am 30. Juni

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	57,6	3	64,5	4	64,9	5	12,7	0,6
Bayern	52,0	7	59,4	9	60,2	9	15,8	1,3
Berlin	30,6	12	41,8	12	42,8	12	39,9	2,4
Brandenburg	26,8	15	39,1	15	39,8	15	48,5	1,8
Bremen	60,0	1	72,4	1	73,2	1	22,0	1,1
Hamburg	50,1	10	56,8	10	57,3	10	14,4	0,9
Hessen	52,0	7	60,6	8	61,5	8	18,3	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	27,9	14	40,1	14	41,0	13	47,0	2,2
Niedersachsen	53,8	5	64,4	5	65,5	4	21,7	1,7
Nordrhein-Westfalen	56,7	4	69,3	2	70,2	2	23,8	1,3
Rheinland-Pfalz	51,9	9	62,6	6	63,6	6	22,5	1,6
Saarland	58,7	2	69,1	3	69,8	3	18,9	1,0
Sachsen	32,4	11	42,8	11	43,3	11	33,6	1,2
Sachsen-Anhalt	25,6	16	37,8	16	38,2	16	49,2	1,1
Schleswig-Holstein	53,4	6	61,8	7	62,9	7	17,8	1,8
Thüringen	30,0	13	40,3	13	40,9	14	36,3	1,5
Deutschland	49,3	x	59,4	x	60,2	x	22,1	1,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosenquote (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	5,4	1	4,1	1	5,1	2	-0,3	1,0
Bayern	5,5	2	4,2	2	4,8	1	-0,7	0,6
Berlin	15,8	12	13,9	14	14,1	16	-1,7	0,2
Brandenburg	17,0	13	13,0	13	12,3	12	-4,7	-0,7
Bremen	13,0	10	11,4	11	11,8	11	-1,2	0,4
Hamburg	8,9	6	8,1	8	8,6	8	-0,3	0,5
Hessen	7,3	3	6,6	4	6,8	4	-0,5	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	17,8	15	14,1	16	13,6	14	-4,2	-0,5
Niedersachsen	9,3	8	7,7	7	7,8	6	-1,5	0,1
Nordrhein-Westfalen	9,2	7	8,5	9	8,9	9	-0,3	0,4
Rheinland-Pfalz	7,3	3	5,6	3	6,1	3	-1,2	0,5
Saarland	9,8	9	7,3	5	7,7	5	-2,1	0,4
Sachsen	17,0	13	12,8	12	12,9	13	-4,1	0,1
Sachsen-Anhalt	20,2	16	14,0	15	13,6	14	-6,6	-0,4
Schleswig-Holstein	8,5	5	7,6	6	7,8	6	-0,7	0,2
Thüringen	15,4	11	11,3	10	11,4	10	-4,0	0,1
Deutschland	9,6	x	7,8	x	8,2	x	-1,4	0,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000 ¹		2008 ¹		2009 ¹		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	4,7	1	3,3	1	4,6	1	-0,1	1,3
Bayern	4,8	2	3,6	2	4,6	1	-0,2	1,0
Berlin	19,4	16	14,8	16	15,3	16	-4,1	0,5
Brandenburg	16,7	13	12,7	14	12,5	13	-4,2	-0,2
Bremen	13,6	10	9,6	10	10,7	11	-2,9	1,1
Hamburg	9,9	6	6,9	6	8,1	7	-1,8	1,2
Hessen	7,2	3	6,4	5	7,0	4	-0,2	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	16,9	14	12,3	13	12,0	12	-4,9	-0,3
Niedersachsen	10,1	8	7,3	7	7,6	5	-2,5	0,3
Nordrhein-Westfalen	9,0	5	7,4	8	8,5	9	-0,5	1,1
Rheinland-Pfalz	7,8	4	5,6	3	6,6	3	-1,2	1,0
Saarland	10,5	9	6,2	4	7,6	5	-2,9	1,4
Sachsen	15,8	12	12,2	12	12,5	13	-3,3	0,3
Sachsen-Anhalt	18,5	15	13,0	15	13,0	15	-5,5	-
Schleswig-Holstein	9,9	6	8,1	9	8,4	8	-1,5	0,3
Thüringen	14,3	11	9,7	11	10,2	10	-4,1	0,5
Deutschland	9,5	x	7,1	x	7,8	x	-1,7	0,7

1 Für das Jahr 2000 bezogen auf alle abhängig zivilen Erwerbspersonen, ab 2008 alle zivilen Erwerbspersonen. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Berufsauspendler

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner ¹	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	15	14	17	14	18	14	3	1
Bayern	14	15	17	14	17	15	3	-
Berlin	33	10	39	10	40	10	7	1
Brandenburg	75	1	98	1	99	1	24	1
Bremen	51	4	56	6	57	4	6	1
Hamburg	44	7	52	7	52	7	8	-
Hessen	26	11	31	11	31	11	5	-
Mecklenburg-Vorpommern	39	9	46	8	46	8	7	-
Niedersachsen	40	8	44	9	45	9	5	1
Nordrhein-Westfalen	11	16	13	16	13	16	2	-
Rheinland-Pfalz	59	3	66	2	66	3	7	-
Saarland	22	13	27	13	27	13	5	-
Sachsen	26	11	31	11	31	11	5	-
Sachsen-Anhalt	45	6	58	4	57	4	12	-1
Schleswig-Holstein	62	2	66	2	68	2	6	2
Thüringen	48	5	57	5	56	6	8	-1
Deutschland	.	x	.	x	.	x	x	x

1 Stichtag 30.06.2009. – Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Berufseinpender

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner ¹	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	28	9	31	9	31	9	3	-
Bayern	20	11	22	11	22	12	2	-
Berlin	53	3	68	3	70	3	17	2
Brandenburg	35	6	43	6	44	6	9	1
Bremen	170	1	183	1	183	1	13	-
Hamburg	159	2	172	2	175	2	16	3
Hessen	46	5	52	4	52	4	6	-
Mecklenburg-Vorpommern	12	16	14	16	14	16	2	-
Niedersachsen	25	10	28	10	29	10	4	1
Nordrhein-Westfalen	17	12	18	15	18	15	1	-
Rheinland-Pfalz	29	8	33	8	33	8	4	-
Saarland	52	4	52	4	51	5	-1	-1
Sachsen	17	12	20	14	20	14	3	-
Sachsen-Anhalt	17	12	22	11	23	11	6	1
Schleswig-Holstein	34	7	39	7	39	7	5	-
Thüringen	17	12	21	13	21	13	4	-
Deutschland	.	x	.	x	.	x	x	x

1 Stichtag 30.06.2009. – Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2006		2007		2000–2007	2006–2007
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2 875	13	3 181	10	3 375	10	17,4	6,1
Bayern	2 880	12	3 158	11	3 371	11	17,0	6,7
Berlin	4 045	3	3 800	2	4 804	1	18,8	26,4
Brandenburg	3 098	7	3 279	9	3 781	7	22,0	15,3
Bremen	5 057	1	3 515	4	4 218	3	-16,6	20,0
Hamburg	4 115	2	4 953	1	4 688	2	13,9	-5,4
Hessen	3 058	9	3 660	3	3 585	9	17,2	-2,0
Mecklenburg-Vorpommern	3 117	5	3 296	7	3 793	6	21,7	15,1
Niedersachsen	2 732	15	2 758	16	3 036	16	11,1	10,1
Nordrhein-Westfalen	2 893	11	3 023	12	3 306	12	14,3	9,4
Rheinland-Pfalz	2 791	14	2 813	14	3 132	14	12,2	11,3
Saarland	3 290	4	2 840	13	3 230	13	-1,8	13,7
Sachsen	3 070	8	3 331	6	3 807	5	24,0	14,3
Sachsen-Anhalt	3 112	6	3 388	5	3 829	4	23,0	13,0
Schleswig-Holstein	2 728	16	2 809	15	3 065	15	12,4	9,1
Thüringen	3 052	10	3 286	8	3 774	8	23,7	14,9
Deutschland	3 003	x	3 190	x	3 479	x	15,9	9,1

Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2006		2007		2000–2007	2006–2007
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2 069	16	2 247	11	2 361	13	14,1	5,1
Bayern	2 115	12	2 255	10	2 382	12	12,6	5,6
Berlin	3 327	2	3 000	2	3 967	1	19,2	32,2
Brandenburg	2 772	6	2 870	7	3 290	6	18,7	14,6
Bremen	4 150	1	2 504	9	3 197	7	-23,0	27,7
Hamburg	2 737	9	3 220	1	3 067	8	12,1	-4,8
Hessen	2 109	13	2 614	8	2 428	10	15,1	-7,1
Mecklenburg-Vorpommern	2 824	3	2 927	4	3 397	2	20,3	16,1
Niedersachsen	2 103	14	2 055	16	2 291	16	8,9	11,5
Nordrhein-Westfalen	2 094	15	2 098	14	2 308	15	10,2	10,0
Rheinland-Pfalz	2 154	10	2 106	13	2 390	11	11,0	13,5
Saarland	2 758	7	2 144	12	2 472	9	-10,4	15,3
Sachsen	2 746	8	2 872	6	3 307	5	20,4	15,1
Sachsen-Anhalt	2 821	4	2 953	3	3 366	3	19,3	14,0
Schleswig-Holstein	2 126	11	2 087	15	2 334	14	9,8	11,8
Thüringen	2 791	5	2 901	5	3 342	4	19,7	15,2
Deutschland	2 306	x	2 369	x	2 597	x	12,6	9,6

Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2006		2007		2000–2007	2006–2007
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	805	4	934	4	1 014	4	26,0	8,6
Bayern	766	6	903	6	989	6	29,1	9,5
Berlin	718	7	801	7	838	7	16,7	4,6
Brandenburg	327	12	409	14	491	13	50,2	20,0
Bremen	907	3	1 011	3	1 021	3	12,6	1,0
Hamburg	1 378	1	1 733	1	1 621	1	17,6	-6,5
Hessen	949	2	1 047	2	1 158	2	22,0	10,6
Mecklenburg-Vorpommern	292	14	369	16	396	16	35,6	7,3
Niedersachsen	630	9	703	10	745	9	18,3	6,0
Nordrhein-Westfalen	799	5	925	5	998	5	24,9	7,9
Rheinland-Pfalz	637	8	707	9	742	10	16,5	5,0
Saarland	532	11	696	11	757	8	42,3	8,8
Sachsen	324	13	460	12	500	12	54,3	8,7
Sachsen-Anhalt	291	15	435	13	464	14	59,5	6,7
Schleswig-Holstein	602	10	722	8	730	11	21,3	1,1
Thüringen	261	16	386	15	431	15	65,1	11,7
Deutschland	697	x	821	x	883	x	26,7	7,6

Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

Kreditmarktschulden der Länder sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	3 515	2	4 491	3	4 439	3	26,3	-1,2
Bayern	2 608	1	2 993	1	2 861	1	9,7	-4,4
Berlin	9 888	15	16 634	15	16 340	15	65,3	-1,8
Brandenburg	5 621	8	7 443	7	7 409	7	31,8	-0,5
Bremen	12 881	16	21 577	16	23 085	16	79,2	7,0
Hamburg	9 732	14	12 282	14	12 223	14	25,6	-0,5
Hessen	4 945	4	6 301	4	6 344	4	28,3	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	5 373	6	7 011	5	6 893	5	28,3	-1,7
Niedersachsen	5 352	5	7 127	6	7 217	6	34,8	1,3
Nordrhein-Westfalen	5 835	10	7 629	9	7 620	9	30,6	-0,1
Rheinland-Pfalz	5 617	7	7 556	8	7 576	8	34,9	0,3
Saarland	7 460	13	9 714	13	10 183	13	36,5	4,8
Sachsen	3 647	3	3 622	2	3 229	2	-11,5	-10,9
Sachsen-Anhalt	6 391	11	9 519	12	9 468	12	48,1	-0,5
Schleswig-Holstein	6 409	12	8 604	11	8 677	11	35,4	0,8
Thüringen	5 733	9	7 961	10	7 803	10	36,1	-2,0
Deutschland	5 246	x	6 925	x	6 885	x	31,2	-0,6

Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte

Kreditmarktschulden der Länder (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2 811	3	3 881	3	3 878	3	38,0	-0,1
Bayern	1 475	1	1 821	1	1 767	1	19,8	-3,0
Berlin	9 888	15	16 634	15	16 340	15	65,3	-1,8
Brandenburg	4 921	10	6 798	9	6 774	10	37,7	-0,4
Bremen	12 881	16	21 577	16	23 085	16	79,2	7,0
Hamburg	9 732	14	12 282	14	12 223	14	25,6	-0,5
Hessen	3 562	4	4 937	4	5 034	4	41,3	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	4 200	5	5 971	5	5 927	5	41,1	-0,7
Niedersachsen	4 307	7	6 191	6	6 301	6	46,3	1,8
Nordrhein-Westfalen	4 260	6	6 335	7	6 322	7	48,4	-0,2
Rheinland-Pfalz	4 554	9	6 348	8	6 369	8	39,9	0,3
Saarland	5 732	13	8 795	13	9 184	13	60,2	4,4
Sachsen	2 266	2	2 613	2	2 279	2	0,6	-12,8
Sachsen-Anhalt	5 154	11	8 269	12	8 259	12	60,2	-0,1
Schleswig-Holstein	5 570	12	7 772	11	7 891	11	41,7	1,5
Thüringen	4 460	8	6 826	10	6 724	9	50,8	-1,5
Deutschland	4 054	x	5 855	x	5 849	x	44,3	-0,1

Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte

Kreditmarktschulden der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	704	2	610	1	561	1	-20,3	-8,0
Bayern	1 133	6	1 172	9	1 095	9	-3,4	-6,6
Berlin	x	x	x	x	x	x	x	x
Brandenburg	700	1	645	2	635	2	-9,3	-1,6
Bremen	x	x	x	x	x	x	x	x
Hamburg	x	x	x	x	x	x	x	x
Hessen	1 383	11	1 364	13	1 310	13	-5,3	-4,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 173	7	1 040	7	966	6	-17,6	-7,1
Niedersachsen	1 045	4	936	5	916	4	-12,3	-2,1
Nordrhein-Westfalen	1 575	12	1 294	12	1 297	12	-17,7	0,2
Rheinland-Pfalz	1 063	5	1 208	10	1 208	10	13,6	-
Saarland	1 728	13	919	4	999	7	-42,2	8,7
Sachsen	1 380	10	1 008	6	950	5	-31,2	-5,8
Sachsen-Anhalt	1 237	8	1 250	11	1 209	11	-2,3	-3,3
Schleswig-Holstein	840	3	833	3	786	3	-6,4	-5,6
Thüringen	1 273	9	1 135	8	1 079	8	-15,2	-4,9
Deutschland	1 191	x	1 070	x	1 036	x	-13,0	-3,2

Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte

Tabellenanhang

Personal der Länder sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände (Vollzeitäquivalente)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	39	12	36	7	36	6	- 3	-
Bayern	42	8	34	9	33	10	- 9	- 1
Berlin	62	1	35	8	34	8	- 28	- 1
Brandenburg	48	5	37	3	37	3	- 11	-
Bremen	57	2	34	9	34	8	- 23	-
Hamburg	41	9	33	12	33	10	- 8	-
Hessen	41	9	34	9	33	10	- 8	- 1
Mecklenburg-Vorpommern	51	4	37	3	36	6	- 15	- 1
Niedersachsen	40	11	33	12	33	10	- 7	-
Nordrhein-Westfalen	37	14	31	15	31	15	- 6	-
Rheinland-Pfalz	34	16	33	12	33	10	- 1	-
Saarland	38	13	37	3	37	3	- 1	-
Sachsen	48	5	37	3	37	3	- 11	-
Sachsen-Anhalt	57	2	41	1	40	1	- 17	- 1
Schleswig-Holstein	36	15	29	16	29	16	- 7	-
Thüringen	48	5	38	2	38	2	- 10	-
Deutschland	42	x	34	x	34	x	- 8	-

Quelle: Personalstandstatistik

Länderfinanzausgleich (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2007		2008		2000–2008	2007–2008
	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Veränderung in Mill. EUR	
Baden-Württemberg	- 1 980	2	- 2 301	3	- 2 521	2	- 541	- 220
Bayern	- 1 917	3	- 2 302	2	- 2 938	1	- 1 021	- 636
Berlin	2823	16	2890	16	3154	16	331	264
Brandenburg	646	12	669	14	627	12	- 19	- 42
Bremen	446	9	471	10	507	10	61	36
Hamburg	-562	5	-361	4	-375	4	187	-14
Hessen	- 2 737	1	- 2 875	1	- 2 489	3	248	386
Mecklenburg-Vorpommern	503	10	508	11	545	11	42	37
Niedersachsen	569	11	315	8	323	8	- 246	8
Nordrhein-Westfalen	- 1 125	4	- 33	5	50	5	1 175	83
Rheinland-Pfalz	399	8	341	9	377	9	- 22	36
Saarland	168	6	124	6	117	6	- 51	- 7
Sachsen	1 190	15	1 155	15	1 170	15	- 20	15
Sachsen-Anhalt	720	14	623	12	633	13	- 87	10
Schleswig-Holstein	183	7	136	7	178	7	- 5	42
Thüringen	675	13	639	13	643	14	- 32	4
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Glossar



Allgemeinbildende Schulen

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, integrierte Gesamtschulen, freie Waldorfschulen, regionale Schulen, duale Oberschulen sowie Förderschulen.

Allgemeine Krankenhäuser

Krankenhäuser, die über Betten in vollstationären Fachabteilungen verfügen, wobei die Betten nicht ausschließlich für psychiatrische und neurologische Patienten vorgehalten werden.

Altenquotient

Der Altenquotient gibt die Zahl der 65-jährigen und älteren Personen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die über 65-Jährigen in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die nicht mehr erwerbstätigen Personen.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen zivilen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Arbeitsplatzdichte

Die Arbeitsplatzdichte ist die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen bezogen auf die jahresdurchschnittliche Bevölkerung.

Arbeitsproduktivität

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen wird als Maß für die Arbeitsproduktivität verwendet. Dabei wird das Bruttoinlandsprodukt auf die Zahl der voll- und teilzeitbeschäftigten Erwerbstätigen bezogen.

Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Hingegen gehören die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise wegen Jahresurlaub, Erziehungsurlaub, Feiertagen, Kurzarbeit oder krankheitsbedingter Abwesenheit, nicht zum Arbeitsvolumen. Das Arbeitsvolumen wird nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) nachgewiesen.

Ärzte, niedergelassene

Bei den niedergelassenen Ärzten handelt es sich ausschließlich um Ärzte mit eigener Praxis. Angestellte Ärzte werden nicht berücksichtigt.

Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der bundesdeutschen Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Das

Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied.

Ausländer

Ausländer sind Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz sind, einschließlich Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 400 Euro nicht überschreitet. Die wöchentliche Arbeitszeit ist unerheblich. Es ist zu unterscheiden zwischen geringfügig entlohnnten Beschäftigten, die nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte), und solchen, die ihre geringfügig entlohnte Beschäftigung neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausüben („Nebenjob“).

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten errichten (einschließlich Fertigteilbauten) sowie Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Bereinigte Gesamtausgaben der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände

Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte nach Abzug der haushaltstechnischen Verrechnungen sowie der von gleicher Ebene empfangenen Zahlungen.

Berufsauspendler

Aus der Sicht der Wohngemeinde handelt es sich um Erwerbstätige, deren Arbeitsstätte außerhalb der Wohngemeinde liegt.

Berufseinpender

Aus der Sicht der Zielgemeinde handelt es sich bei Berufseinpendlern um Erwerbstätige, deren Arbeitsort sich in der Zielgemeinde befindet, die aber in einer anderen Gemeinde ihren Wohnsitz haben.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung eines Gebietes zählen alle Personen, die in diesem Gebiet ihre alleinige oder ihre Hauptwohnung (vorwiegend genutzte Wohnung) haben. Die zugrunde liegenden Zahlen des Bevölkerungsstandes beziehen sich auf den Stichtag 31. Dezember des betreffenden Jahres.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter umfasst alle Personen in dem Alter, in dem üblicherweise eine Erwerbstätigkeit ausgeübt oder gesucht wird. Je nach Untersuchungsgegenstand sind unterschiedliche Altersabgrenzungen möglich. Für langfristige Vergleichszwecke wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter häufig mit der Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen gleichgesetzt.

Bevölkerungsdichte

Die Bevölkerungsdichte misst die Zahl der Einwohner, die durchschnittlich auf einem Quadratkilometer Fläche leben.

Bildungsausländer

Als Bildungsausländer werden die ausländischen Studierenden nachgewiesen, die ihre Hochschulzu-

gangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erworben haben.

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich aller eingeführten und selbsterstellten Anlagen) sowie die Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlandskonzept). Der Übergang von der „bereinigten Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen“ zum „Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen“ erfolgt, indem der Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen zur „Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen“ hinzuaddiert wird.

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert. Sie ergibt sich als Differenz zwischen den Produktionswerten und den Vorleistungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die Bruttowertschöpfung ist zu Herstellungspreisen bewertet, berücksichtigt also die empfangenen Gütersubventionen, nicht jedoch die zu zahlenden Gütersteuern. Die Summierung der in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ermittelten Bruttowertschöpfung ergibt die gesamtwirtschaftliche „unbereinigte Bruttowertschöpfung“. Durch Abzug der unterstellten Bankgebühr, die als gesamtwirtschaftlicher Vorleistungsverbrauch zu interpretieren ist, ergibt sich die „bereinigte Bruttowertschöpfung“.

CO₂-Emissionen

Bei der Verbrennung fossiler Energieträger werden Schadstoffe wie Schwefeldioxid und Stickstoffoxide sowie das Klimagas Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt. Die Darstellung der energiebedingten CO₂-Emissionen beruht auf dem Primärenergieverbrauch gemäß der Energiebilanz der Länder. Unter Primärenergie wird die Energie verstanden, die mit den natürlich vorkommenden Energieformen oder Energiequellen zur Verfügung steht (z.B. Kohle, Gas oder Wind). Die Darstellung erfolgt quellenbezogen, das bedeutet, dass die Emissionen am Ort der Entstehung nachgewiesen werden.

Dienstleistungsbereiche

Zu den Dienstleistungsbereichen zählen Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie sonstige öffentliche und private Dienstleister.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist eine Erhebung über die Lebensverhältnisse privater Haushalte. Sie wird alle fünf Jahre durchgeführt.

Einkommensreichumsquote

Die Einkommensreichumsquote ist definiert als Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

Energieproduktivität

Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität gilt als Maßstab für die Effizienz einer Volkswirtschaft im Umgang mit den Energieressourcen. Sie wird ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch.

Elterngeld

Das zum 01. Januar 2007 eingeführte Elterngeld löst das bis dahin geltende Erziehungsgeld ab. Rechts-

Grundlage der Statistik zum Elterngeld ist das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG). Mit Einführung des Elterngeldes zum 01. Januar 2007 erstreckte sich die Erhebung der Statistik auf bewilligte Anträge von Elterngeld (so genannte Antragsstatistik). Ab dem 01. Januar 2008 wurde die Erhebung von der Antragsstatistik auf die gemeldeten beendeten Leistungsbezüge umgestellt. Mit dieser rückwirkenden Betrachtung steht die tatsächliche Inanspruchnahme von Elterngeld im Vordergrund.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die innerhalb eines Wirtschaftsgebietes („Inland“) einer oder mehreren Erwerbstätigkeiten nachgehen, unabhängig von ihrem Wohnort und der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Nach der Stellung im Beruf wird unterschieden zwischen Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie Arbeitnehmern (Arbeiter, Angestellte, geringfügig Beschäftigte, Beamte). Anders als beim Inlandskonzept, das die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort misst, ist beim Inländerkonzept der Wohnort für die räumliche Zuordnung der Erwerbstätigen maßgebend.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Forschung und Entwicklung (FuE)

FuE kann sich auf Natur- und Ingenieurwissenschaften, Informatik, Medizin, Agrarwissenschaften

sowie auf Wirtschafts-, Geistes- und Sozialwissenschaften beziehen. FuE-Arbeiten sind Arbeiten, die mit dem Ziel ausgeübt werden:

- neue allgemeingültige Erkenntnisse zu gewinnen
- neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden
- neue Dienstleistungen, Produkte oder Verfahren auf experimentelle Weise zu entwickeln oder durch wesentliche Änderungen weiterzuentwickeln.

Frauenerwerbsquote

Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Frauen im gebärfähigen Alter

Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren.

FuE-Gesamtaufwendungen

Diese umfassen interne FuE-Aufwendungen (für eigene und im Auftrag für andere in Ihrem Unternehmen durchgeführte FuE) und externe FuE-Aufwendungen (für FuE-Aufträge, die nach außen vergeben wurden). Beiträge zur Gemeinschafts-FuE sind in jedem Falle auszuschließen, da diese bei den Institutionen für Gemeinschaftsforschung direkt erfragt werden.

FuE-Intensität

Die FuE-Intensität stellt die Ausgaben in Forschung und Entwicklung (FuE) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts dar.

FuE-Personal

FuE-Personal umfasst Personen, die direkt mit FuE-Arbeiten befasst sind oder indirekte Dienstleistungen für FuE erbringen, wie z. B. in Management und Verwaltung tätiges Personal sowie Bürokräfte. Eingeschlossen sind auch solche Personen, die auf Honorar- oder ähnlicher Vertragsbasis im Unternehmen für FuE arbeiten. Vollzeitäquivalent ist eine Maßeinheit, die einem Vollzeitbeschäftigten ent-

spricht, der seine gesamte Arbeitszeit auf FuE verwendet. Bei der Berechnung wird z. B. ein Vollzeitbeschäftigter, der ein Viertel seiner Arbeitszeit auf FuE verwendet, als 0,25 VZÄ berechnet, ein Halbtagsbeschäftigter, der ausschließlich für FuE-Arbeiten eingesetzt wird, als 0,5 VZÄ.

Gästeintensität

Gäste je 100 Einwohner (Tourismus).

Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)

Am 1. Januar 2005 wurde die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) eingeführt. Die SGB II-Quote berechnet sich aus den Empfängern von Leistungen nach dem SGB II, bezogen auf die Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren.

Geborenen-/Gestorbenenüberschuss

Differenz zwischen der Zahl der Lebendgeborenen und der Zahl der Gestorbenen in einem bestimmten Zeitraum.

Haushalt

Einen privaten Haushalt bilden zusammen wohnende und gemeinsam wirtschaftende Personen sowie einzelne Personen, die alleine wohnen und wirtschaften.

Hochqualifizierte Beschäftigte

Unter hochqualifizierten Beschäftigten sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zu verstehen, die ein Studium an einer Fachhochschule oder an einer wissenschaftlichen Hochschule abgeschlossen haben (als Fachhochschulabschluss gilt auch der Abschluss der früheren höheren Fachschule). Synonym wird hier auch von Akademikern oder Hochschulabsolventen gesprochen.

Hochtechnologiebranchen

Zu den Hochtechnologiebranchen zählen (nach einer Abgrenzung von Eurostat und der OECD) die

chemische Industrie, der Maschinenbau, die Herstellung von Büromaschinen usw., die Herstellung von Geräten zur Elektrizitätserzeugung usw., die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik usw., der Fahrzeugbau, die Nachrichtenübermittlung, Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung.

Jugendquotient

Der Jugendquotient gibt die Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die unter 20-Jährigen häufig noch nicht erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die noch nicht erwerbstätigen Personen.

Kassenmäßige Steuereinnahmen (Steueraufkommen)

Ist-Einnahmen, die in dem Betrachtungszeitraum tatsächlich vereinnahmt wurden. Dabei ist es unerheblich, für welchen Zeitraum sie verrechnet werden.

Kindertagesbetreuung

Kindertagesbetreuung umfasst die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege. Zentrale Kennziffer ist die Betreuungsquote, die den Anteil der betreuten Kinder in einer Kindertageseinrichtung und in Kindertagespflege an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe angibt. Angaben zu den betreuten Kindern werden im Rahmen der Statistiken der Kindertagesbetreuung erhoben. Seit dem Jahr 2006 erfolgt die Erhebung nicht mehr nur alle vier Jahre, sondern wird jährlich zum Stichtag 1. März (bis zum Jahr 2008: 15. März) durchgeführt. Voraussetzung für die Einbeziehung in die Statistik ist die finanzielle Förderung durch die Jugendämter; rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht erfasst.

Kreditmarktschulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände

Unter Kreditmarktschulden werden die Schulden zusammengefasst, die von den Haushalten der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zum Zweck der Haushaltsfinanzierung über Verbindlichkeiten aus Obligationen und Schatzanweisungen sowie Forderungen inländischer und ausländischer Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen aufgenommen wurden.

Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich ist ein finanzielles Ausgleichssystem zwischen dem Bund und den Ländern sowie zwischen den Ländern. Die Bezugsgröße ist die bundesdurchschnittliche Steuerkraft je Einwohner. Länder, deren tatsächliche Steuereinnahmen je Einwohner den Bundesdurchschnitt unterschreiten, sind grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Bei Überschreiten des Bundesdurchschnitts sind die Länder grundsätzlich ausgleichspflichtig.

Mikrozensus

Repräsentativerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, die jährlich mit einem Auswahl-satz von einem Prozent durchgeführt wird. Der Mikrozensus richtet sich an Haushalte und die darin lebenden Personen. Die Ergebnisse des Mikrozensus beruhen daher auf den Angaben der Befragten. So wird beispielsweise die Beteiligung am Erwerbsleben von der Person aus gesehen, im Gegensatz zu Erhebungen, in denen Unternehmen und Betriebe über die von ihnen Beschäftigten befragt werden.

Öffentliche Transferzahlungen

Öffentliche Transferzahlungen sind u. a. (Brutto-) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, (Brutto-) Pensionen, Arbeitslosenhilfe, laufende Übertragungen der Arbeitsförderung, Kindergeld. Nicht-öffentliche Transferzahlungen sind u. a. (Brutto-) Werks- und Betriebsrenten, Leistungen aus privaten Versicherungen, Unterstützung von privaten Haushalten.

Patente

Patente geben ihrem Inhaber ein exklusives, jedoch zeitlich befristetes Recht an einer Erfindung. Der Forschungs- und Entwicklungsaufwand des Erfinders wird durch die Patenterteilung belohnt. Nach Ablauf der Schutzdauer steht die Erfindung der Allgemeinheit zur Verfügung. Im Ergebnis fördert das Schutzrecht Forschungsleistungen und Innovation (Vermarktung der Erfindung), sodass die Zahl der angemeldeten Patente eine Aussage über das Innovationspotenzial einer Gesellschaft erlaubt.

Patentintensität

Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner.

Produzierendes Gewerbe

Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Siedlungs- und Verkehrsfläche

Zur Siedlungs- und Verkehrsfläche gehören die Gebäude- und Freiflächen, die Betriebsflächen ohne das Abbauland, die Erholungsflächen, die Verkehrsflächen und die Friedhofsflächen.

Sonstige Dienstleistungen

Die sonstigen Dienstleistungen als Teil des Dienstleistungsbereichs umfassen die Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie sonstige öffentliche und private Dienstleister.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversiche-

rungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Aus dieser Abgrenzung ergibt sich, dass in der Regel alle Arbeiterinnen bzw. Arbeiter und Angestellten (einschließlich Personen in beruflicher Ausbildung) von der Sozialversicherungspflicht erfasst werden. Daneben besteht in wenigen Fällen auch für Selbstständige Versicherungspflicht in der Sozialversicherung. Wehr- und Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihren Dienst aus einem auch weiterhin bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen der Ableistung dieser Dienstzeiten kein Entgelt erhalten. Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen dagegen der weit überwiegende Teil der Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen, die Beamten sowie die geringfügig Beschäftigten.

Sparquote

Der nicht konsumierte Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche stellt das Sparen der privaten Haushalte dar. Die Relation aus Sparen zu verfügbarem Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet.

Straßendichte

Straßenlänge in Meter je Quadratkilometer Fläche.

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich

Mit der Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich (Dienstleistungsstatistik) werden jährlich höchstens 15% der wirtschaftlich tätigen Unternehmen und Einrichtungen aus den Abschnitten „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ sowie „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Unternehmensdienstleistungen“ erfasst. Die Erhebung wurde erstmals im Jahr

2000 durchgeführt. Die Ergebnisse der ersten Befragung sind jedoch nicht veröffentlicht worden, daher erfolgt hier kein Vergleich der Entwicklung seit 2000.

Studienanfängerquote

Anteil der Studienanfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Alters. Die Berechnung wurde nach dem OECD-Verfahren durchgeführt.

Teilzeitbeschäftigung

Zu den Teilzeitbeschäftigten werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezählt, die regelmäßig kürzer arbeiten als ein vergleichbarer Vollzeitbeschäftigter.

Teilzeitquote

Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängigen Erwerbstätigen.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen die Firma beteiligt ist. Einzubeziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen. Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Umweltschutzinvestitionen

Zugänge an Sachanlagen zum Schutz vor schädlichen Einflüssen, die bei der Produktionstätigkeit

entstehen (produktionsbezogene Investitionen) sowie zur Herstellung von Erzeugnissen, die bei Verwendung oder Verbrauch eine geringere Umweltbelastung hervorrufen (produktbezogene Investitionen).

Unternehmensgründung

Unternehmensgründung wird hier als originäre (erstmalige) Unternehmensgründung verstanden.

Unternehmensinsolvenz

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan) zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren.

Verbraucherinsolvenz

Das Verbraucherinsolvenzverfahren stellt ein vereinfachtes Insolvenzverfahren dar, das für Verbraucher gilt.

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt und ergibt sich aus dem Primäreinkommen, das sämtliche den inländischen privaten Haushalten zugeflossenen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen umfasst, durch Abzug der geleisteten laufenden Transfers (direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge u.a.) und Addition der empfangenen laufenden Transfers (Leistungen der Sozialversicherung, soziale Geldleistun-

gen u.a.). Der überwiegende Teil des verfügbaren Einkommens wird konsumiert (private Konsumausgaben), der restliche Teil wird gespart (Sparen der privaten Haushalte).

Verweildauer im Tourismus, durchschnittliche

Der als Quotient aus Übernachtungen und Ankünften im Reiseverkehr (Tourismus) errechnete Wert gibt die durchschnittliche Verweildauer der Gäste im Beherbergungsbetrieb an.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens zu liefern. Sie stellen ein Auswertungssystem dar, in dem das Datenmaterial einer Vielzahl von Wirtschafts- und Finanzstatistiken zu einem konsistenten Rechenwerk zusammengeführt wird. Im Rahmen der Inlandsproduktsberechnungen werden Angaben zur Entstehung, Verteilung und Verwendung (Drei-Seiten-Rechnung) des Bruttoinlandsprodukts ermittelt.

Vollzeitäquivalent

Maßeinheit für die Arbeitszeit, die dem Gegenwert eines Vollzeitbeschäftigten entspricht.

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Beherbergungsstätte unter ärztlicher Leitung zur ausschließlichen oder überwiegenden Unterbringung von Kurgästen. Zu dieser Betriebsart können auch Kinderheilstätten, Mutter-Kind-Kurheime, Rehabilitations- oder ähnliche Krankenhäuser sowie Fachabteilungen von Krankenhäusern zählen.

Wanderungen (Räumliche Bevölkerungsbewegung)

Veränderung von Bestand und Struktur der Bevölkerung eines Gebietes im Zeitablauf durch dauerhafte Verlagerungen des Wohnorts von Personen zwischen abgegrenzten Gebietseinheiten. Es ist zu

unterscheiden zwischen Abwanderung (Fortzug aus der betrachteten Gebietseinheit) und Zuwanderung (Zuzug in die betrachtete Gebietseinheit).

Wissensintensive Dienstleistungsbranchen

Zu den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen zählen (nach einer Abgrenzung von Eurostat und der OECD) die Schifffahrt, die Luftfahrt, die Nachrichtenübermittlung, das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie damit verbundene Tätigkeiten, das Grundstücks- und Wohnungswesen, die Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, die Unternehmensdienstleistungen, Erziehung und Unterricht, das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie Kultur, Sport und Unterhaltung.

Wohneigentumsquote

Die Wohneigentumsquote ist definiert als der Anteil der von Gebäude- und Wohnungseigentümern

selbst bewohnten Wohnungen an den bewohnten Wohnungen insgesamt (wohnungsbezogene Eigentumsquote).

Zahnärzte, niedergelassene

Bei den niedergelassenen Zahnärzten handelt es sich ausschließlich um Zahnärzte mit eigener Praxis. Angestellte Zahnärzte werden nicht berücksichtigt.

Zusammengefasste Geburtenziffer (Geburtenrate)

Zur Berechnung dieser wichtigen demografischen Maßzahl wird zunächst für jedes Altersjahr die Zahl der Lebendgeborenen eines bestimmten Zeitraums auf die (durchschnittliche) Zahl der Frauen dieses Altersjahrs im gleichen Zeitraum bezogen und üblicherweise mit 1 000 multipliziert. Die errechneten altersspezifischen Geburtenziffern für alle Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre) werden summiert; die Summe heißt zusammengefasste Geburtenziffer (Geburtenrate).



Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Referat „Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“

Titelfoto: Jürgen Hammerl

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Erschienen im August 2010

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:
http://www.statistik.rlp.de/analysen/rlp-laendervergleich_2010.pdf

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.